



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Von der Herrschaft zur Regierung.
Die Ausbreitung und Durchsetzung der neoliberalen
Gouvernementalität in der Türkei

Verfasser

Mehmet Gökhan Tuncer

Angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ.- Prof. Dr. Eva Kreisky

Danksagung

Während des Entstehens dieser Dissertation bin ich in den Genuss von Freundschaft und Unterstützung von Personen gekommen, die mich in meinem Vorhaben stets gestärkt haben. Es ist für mich eine besondere Freude, ihnen an dieser Stelle sehr herzlich zu danken.

An erster Stelle danke ich meiner Betreuerin Prof. Dr. Eva Kreisky von der Universität Wien, die mich von der Themenfindung bis zum Abschluss dieser Arbeit ermutigt und unterstützt hat.

Mein ganz herzlicher Dank gilt auch Herrn Prof. a. D. Dr. Friedemann Büttner, dem ehemaligen Leiter der Arbeitsstelle „Politik des Vorderen Orients“ des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin, an der ich die Anfangsphase meiner Dissertation verbrachte. Mit seiner großzügigen Unterstützung erhielt ich die Möglichkeit in der Lehre und Forschung wertvolle Erfahrungen zu sammeln, von denen diese Dissertation wesentlich profitiert hat.

Besonders bedanken möchte ich mich außerdem bei Assoc. Prof. Dr. Helga Rittersberger-Tılıç von der Middle East Technical University, Ankara, für die vielfältigen Diskussionen in gemeinsamen Lehrveranstaltungen, von denen ich viele wertvolle Anregungen für die vorliegende Arbeit bekommen habe.

Dankbar bin ich besonders auch meinen Eltern, Feride und Sabri Ünal Tuncer, für ihre immerwährende Unterstützung und großzügige Hilfsbereitschaft, vor allem in der Endphase des Vorhabens.

Von ganzem Herzen danke ich Yolanda Alvarez nicht nur für ihre stets vorhandene Bereitschaft für die Diskussion meiner Ideen und für die kritische Lektüre der ersten Teile dieser Dissertation, sondern auch für ihre intensive Geduld und Freundschaft sowie motivierende Unterstützung.

Für seine starke Freundschaft danke ich Nurettin Alphan Tuncer ganz herzlich und für die vielen anregenden Gespräche und Anmerkungen, die mir die Gelegenheit gaben, von seinem umfangreichen Wissen über das politische System der Türkei zu profitieren. Ihm sei auch Dank für seine Kritik des Manuskripts und für seine sorgfältige Überprüfung des Literatur- und Abkürzungsverzeichnisses.

Aus tiefem Herzen danke ich Dr. Judith Hoffmann für die bereichernde Zusammenarbeit in gemeinsamer Lehre und Forschung, für die konstruktiven Vorschläge zum Manuskript, von denen viele bei der Überarbeitung des Textes berücksichtigt worden sind, und vor allem für ihre unschätzbare wertvolle Begleitung, Freundschaft und Motivation.

Ebenso sei allen denen ein Dankeschön ausgesprochen, die nicht namentlich Erwähnung fanden, aber zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Berlin, im Januar 2011

Mehmet Gökhan Tuncer

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	7
1 Einleitung.....	9
1.1 Der Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei	16
1.2 Der theoretische Zugang.....	19
1.3 Die Fragestellung und die Hypothesen	23
1.4 Der Aufbau.....	26
2 Die politische Transformation in der Türkei: Eine Diskussion der bestehenden Theorieansätze	28
2.1 Der modernisierungstheoretische Ansatz	29
2.2 Der liberale Ansatz.....	38
2.3 Der marxistische Ansatz	49
2.4 Zwischenfazit	56
3 Der theoretische Rahmen.....	59
3.1 Die begrifflichen Werkzeuge einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung.....	60
3.1.1 Die Machtverhältnisse und die gesellschaftlichen Kräfte	61
3.1.2 Die historischen Strukturen und die Phänomene der Beherrschung	64
3.1.3 Die Technologie der Macht.....	66
3.2 Von der Herrschafts- zur Regierungstechnologie: Staatlichkeit im Wandel	68
3.2.1 Die Technologie der Herrschaft und der territoriale Gerechtigkeitsstaat.....	71
3.2.2 Die Gouvernentalisierung des Staates: Die Technologie der Disziplin und der Verwaltungsstaat	74
3.2.3 Die Technologie der liberalen Regierung und der Regierungsstaat.....	79
3.2.4 Das neue Programm der liberalen Regierungstechnologie: Der Neoliberalismus	84
3.3 Zwischenfazit	92
4 Die Transformation der Machttechnologie im Übergang vom Reich zum Nationalstaat: Ein historischer Überblick	98
4.1 Die sultanische Herrschaft	99
4.2 Das Regieren für und durch den Nationalstaat	110
4.3 Die Blockade der Staatsräson.....	118
4.4 Das Regieren für und durch den Entwicklungsstaat.....	126

4.5	Zwischenfazit	135
5	Die autoritäre Einführung der neoliberalen Regierungstechnologie	139
5.1	Die „Neue Vision“ (<i>Yeni Görüş</i>): Das politische Projekt von Turgut Özal	141
5.2	Die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie	151
5.3	Die Krise des neoliberalen Projektes	167
5.4	Zwischenfazit	180
6	Die Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie	185
6.1	Die „Konservative Demokratie“: Das neoliberale Projekt der AKP	190
6.2	Die progressive EU-Integration und die institutionelle Verankerung der neoliberalen Regierung	208
6.3	Die neoliberale Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und die Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft	224
6.4	Zwischenfazit	245
7	Schlussfolgerungen	250
	Literaturverzeichnis	265

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
AP	Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei)
BDDK	Bankacılık Düzenleme ve Denetleme Kurumu (Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für das Bankenwesen)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
DISK	Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Bund Revolutionärer Arbeitergewerkschaften)
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei)
DPT	Devlet Planlama Teşkilatı (Staatliches Planungsamt)
DSP	Demokratik Sol Parti (Partei der Demokratischen Linken)
DTP	Demokratik Türkiye Partisi (Partei der demokratischen Türkei)
DYP	Doğru Yol Partisi (Partei des rechten Weges)
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FP	Fazilet Partisi (Tugendpartei)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEGP	Güçlü Ekonomiye Geçiş Programı (Programm Übergang zu einer starken Wirtschaft)
HP	Halkçı Parti (Volkspartei)
IDP	Islahatçı Demokrasi Partisi (Partei der reformistischen Demokratie)
ISI	Importsubstituierende Industrialisierungsstrategie
ISPAT	The Republic of Turkey Prime Ministry Investment Support and Promotion Agency
IWF	Internationaler Währungsfond
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen
kurd.	kurdisch
MDP	Milliyetçi Demokrasi Partisi (Partei der nationalistischen Demokratie)
MESS	Arbeitgebervertretung der metallverarbeitenden Industrie (Türkiye Metal Sanayicileri Sendikası)
MGK	Milli Güvenlik Kurulu (Nationaler Sicherheitsrat)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
MNP	Milli Nizam Partisi (Nationale Ordnungspartei)
MSP	Milli Selamet Partisi (Nationale Heilspartei)
MÜSIAD	Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği (Verein unabhängiger Industrieller und Unternehmer)

NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSC	National Security Council
NSR	Nationaler Sicherheitsrat
OECD	Organization of Economic Cooperation and Development
OYAK	Ordu Yardımlaşma Kurumu (Pensionsfonds der türkischen Streitkräfte)
PKK	Partîya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
RTÜK	Radio ve Televizyon Üst Kurulu (Hoher Rundfunk- und Fernsehrat)
SHP	Sosyal Demokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratischen Volkspartei)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
T.C.	Türkiye Cumhuriyeti (Republik Türkei)
TIP	Türkiye İşçi Partisi (Türkische Arbeiterpartei)
TIS	Türk-Islam Sentezi (Türkisch-Islamische Synthese)
TISK	Türkiye İşveren Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der türkischen Arbeitgeberverbände)
TOBB	Türkiye Ticaret, Sanayi, Deniz Ticaret Odaları ve Ticaret Borsaları Birliği (Vereinigung der türkischen Handels-, Industrie- und Seehandelskammern und der Warenbörsen)
TRT	Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu (Staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt)
TSK	Türk Silahlı Kuvvetleri (Türkische Streitkräfte)
TÜSIAD	Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği (Verein der türkischen Industrieller und Unternehmer)
UN	United Nations
USA	United States of America
WTO	World Trade Organization
YÖK	Yükseköğretim Kurulu (Hochschulrat)

1 Einleitung

Diese Arbeit analysiert die Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei seit 1980 im Rahmen des komplexen Prozesses ihrer transnationalen Integration und versucht, diese aus dem Blickwinkel des Wandels der Art und Weise der Ausübung der politischen Macht zu verstehen und kritisch zu bewerten. Besondere Berücksichtigung findet die Regierungszeit der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) zwischen 2002 und 2007, in der sich eine neue Form der Staatlichkeit besonders klar herauskristallisiert hat.

Die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei lässt sich schlaglichtartig anhand der zwei folgenden Ereignisse zeigen: Einerseits an der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei am 3. Oktober 2005 auf der Grundlage der positiven Bewertung der Türkei durch die Europäische Kommission als stabiler, demokratischer Rechtsstaat. Anlässlich dieses Ereignisses titelte die türkische Zeitung *Hürriyet* „Ein Traum ist wahr geworden!“, und Jack Straw, der damalige Außenminister Großbritanniens, sprach von einem „historischen Tag“ für Europa (vgl. *Hürriyet* 03.10.2005). Andererseits drückt diesen Wandel die „ungewöhnliche“ Aussage des ehemaligen Generalstabschefs Hilmi Özkök in einem Interview aus, der hinsichtlich einer innenpolitischen Intervention der Armee gegen die AKP-Regierung äußerte: „Sie (das Militär, G.T.) sagen etwas und die Börse fällt. (...) Die Wirtschaft des Landes erleidet Schäden in Höhe von Milliarden US-Dollar, wenn die Zinsen um ein Prozent steigen. (...) Habe ich das Recht so etwas zu verursachen? Ich glaube nicht“ (vgl. *Milliyet* 04.10.2007, eigene Übersetzung).

Beide Beispiele verdeutlichen, dass die Verabschiedung von grundlegenden Reformen durch die AKP-Regierung unter der Führung von Recep Tayyip Erdoğan seit 2002 tief greifende Veränderungen im Staats-Gesellschaftsverhältnis in der Türkei widerspiegelt, bei denen die Stärkung der türkischen Demokratie und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu zentralen Prinzipien der politischen Machtausübung geworden sind. Sie markieren die Genese einer neuen Form der Staatlichkeit in Folge des Wandels, den die türkische Gesellschaft seit der Liberalisierung der türkischen Wirtschaft im Jahre 1980 erlebt hat.

Die Euphorie über den Reform- und EU-Integrationsprozess löste allerdings innerhalb und außerhalb der Türkei gleichzeitig auch eine tiefe Kontroverse um die Einschätzung des

politischen und sozioökonomischen Wandels des Landes aus. Gegenwärtig wird in Europa und in der Türkei – intensiv wie noch nie zuvor – darüber debattiert, ob die Türkei zu „Europa“ gehört bzw. sich auf dem „richtigen“ Weg nach Europa befindet. Es wird danach gefragt, ob und wie „demokratisch“ und „marktwirtschaftlich“ bzw. ob und wie „säkular“ die Türkei „ist“. Dabei ist zu beobachten, dass die Diskussion über die Türkei fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der „EU-Kompatibilität“ des Landes geführt wird. Es herrscht eine starke Fokussierung auf interne „Probleme“ der Türkei, die einer „wünschenswerten“ Entwicklung in Richtung der EU, der Entfaltung der Zivilgesellschaft, der Demokratisierung und dem wirtschaftlichen Wachstum im Wege stehen und aufgehoben werden sollten, wie z.B. der „autoritäre Staat“, der „Islamismus“ oder der „Nationalismus“.

Die gegenwärtige Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei lässt sich allerdings nur unzureichend aus diesem Blickwinkel fassen und anhand von Begriffen adäquat charakterisieren, die als Gegensätze strukturiert sind, wie z.B. Staat vs. Zivilgesellschaft, Zwang vs. Freiheit, Islam vs. Demokratie, national vs. global. Der strukturelle Wandel in der Türkei wird vielmehr durch eine Vielzahl von wechselnden Allianzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, staatlichen Behörden und externen Akteuren in politischen Projekten vorangetrieben mit dem Ziel, eine Vielzahl von Facetten der politischen Strukturen, der wirtschaftlichen Aktivitäten, des sozialen Lebens und schließlich des individuellen Verhaltens zu ihrem Vorteil zu regeln.

Die Fragestellung dieser Arbeit lautet daher, wie der politische Strukturwandel in der Türkei seit den 1980er Jahren aus der Perspektive der sich verändernden Formen der politischen Machtausübung interpretiert werden kann und anhand welcher politischen Projekte, d.h. auf der Grundlage von welchen politischen Rationalitäten und Praktiken, sich gegenwärtig die Neugestaltung der Staatlichkeit innerhalb des komplexen Prozesses der transnationalen Integration der Türkei vollzieht.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, jenseits der genannten Dichotomien die Transformation der Staatlichkeit von einer autoritären und klientelistischen Ordnung zu einer sukzessiven Demokratisierung des politischen Systems und Liberalisierung der Wirtschaft einer kritischen Analyse zu unterwerfen. Erstere Ordnung ist durch eine schwache Gesellschaft und einen schwachen Staat im modernen Sinne gekennzeichnet, der nicht in der Lage ist, die sozialen Probleme im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Zuge der Modernisierung zu bewältigen. Letztere charakterisiert sich durch eine Stärkung der

marktwirtschaftlichen Akteure und der Regulierungskapazitäten des Staates sowie einer zunehmenden transnationalen Integration. Besonderes Augenmerk der Untersuchung liegt auf der Genese von neuen Organisationsprinzipien des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Kontext globaler Entwicklungen und auf den Veränderungen in der Art und Weise der politischen Machtausübung, die diesem Transformationsprozess zugrunde liegen.

Die zentrale Hypothese dieser Arbeit ist es, dass in der Türkei im Zeichen der massiven Krise der bestehenden politischen Strukturen der Staatsräson spätestens nach dem Wahlsieg der AKP im Jahre 2002 eine neoliberale Regierungstechnologie zur dominanten Art und Weise der politischen Machtausübung geworden ist. Dieser Prozess liegt der Herausbildung einer neoliberalen Form von Staatlichkeit zugrunde, in der die Zielsetzungen, die Problemstellung und die Instrumente der politischen Machtausübung neu definiert werden. Die Transformation der Staatlichkeit kommt darin zum Ausdruck, dass die Legitimation der politischen Souveränität anstelle des Erhalts und der Stärkung des Nationalstaates bzw. der nationalen Entwicklung immer mehr durch das Kriterium der Integration in den globalen Wettbewerbsmarkt gewährleistet wird. Diese Verschiebung wird im Sinne von Michel Foucault als Ausdruck und Bestandteil des Prozesses der „Gouvernementalisierung“ des türkischen Staates konzeptualisiert (vgl. Foucault 2006 a). Dabei wird argumentiert, dass der Neoliberalismus nicht als eine Ideologie von externen Akteuren auf den türkischen Staat und seinen Institutionen einseitig aufoktroziert wird, sondern sich als ein politisches Projekt, als eine politische Denk- und Handlungsweise, als eine Art und Weise des Regierens in einem nicht-linearen und umkämpften Prozess im globalen Raum ausbreitet. Als eine umfassende politische Strategie modifiziert er die Organisation von sozialen Beziehungen, wird durch sie mutiert und umgestaltet. Als Folge dieser Prozesse wird die neoliberale Staatlichkeit effektiv.

Durch die empirische Untersuchung der Herausbildung einer neoliberalen Form von Staatlichkeit in der Türkei soll ein Beitrag zum Verständnis von komplexen Veränderungsprozessen der Staats-Gesellschaftsbeziehungen in den Ländern der „Peripherie“ im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung und deren inhärenten Widersprüchen geleistet werden.¹ Der Strukturwandel in den peripheren Ländern in Folge der neoliberalen Globalisierung wurde bisher aus liberaler Sicht als ein natürlicher Prozess

¹ In dieser Arbeit bezieht sich die Bezeichnung „Peripherie“ im allgemeinen Sinne auf die Länder, die eine untergeordnete Position innerhalb der globalen Machtbeziehungen innehaben, im Gegensatz zu Ländern mit demokratischen Marktwirtschaften, die durch ihre ökonomische und sozio-politische Struktur eine Vormachtstellung genießen. Demzufolge wird der Begriff Peripherie hier für die an sich sehr inhomogene Gruppe der sog. „Entwicklungs-“, „Schwellen-“ und „Transformationsländer“ benutzt.

der weltweiten Ausweitung der marktwirtschaftlichen Strukturen oder aus marxistischer Perspektive als eine passive Unterwerfung vereinfacht und verzerrt dargestellt. Diese Sichtweise muss allerdings in Frage gestellt werden, da, wie van der Pijl darauf hinweist, „the unique trajectory of each ethno-national entity’s absorption into this expanding capitalist world is what truly makes the process of globalisation global, not the inherent drive to globality which can be projected from the expansion itself” (van der Pijl 2005: 274). Weitgehend unterbelichtet blieb daher der Prozess, durch den die jeweiligen Staats-Gesellschaftskomplexe peripherer Länder die strukturellen Veränderungsprozesse auf der globalen Ebene für sich übersetzen und sich ihnen aktiv anpassen.

Der Schwerpunkt der Untersuchung der vorliegenden Arbeit liegt auf der Periode vom Beginn der Ausbreitung des neoliberalen Projektes unter dem Militärregime im Jahre 1980 bis zum Ende der ersten Regierungsperiode der AKP im Jahre 2007. Um die in dieser Periode stattfindende Ausbreitung und anschließende Konsolidierung der neoliberalen Regierungstechnologie historisch in ihrer Auseinandersetzung mit den Machttechnologien der Souveränität und der Staatsräson einzubetten, bezieht die Untersuchung die Entwicklungen zum Ende des Osmanischen Reiches über die Republikgründung bis in die 1970er Jahre mit ein.

Das Jahr 1980 markiert den Beginn einer neuen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung der Türkei. In diesem Jahr setzte die Außenöffnung und Liberalisierung der türkischen Wirtschaft durch die finanzielle und beratende Unterstützung von IWF und Weltbank ein. Die liberalen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft in der Türkei als eine Teil der globalen Ausbreitung des Neoliberalismus als eine neue Art und Weise der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses statt und wurde durch die Neugestaltung der politischen Strukturen, die ihre Fixierung in der autoritären Verfassung von 1982 fanden, begleitet. Diese Entwicklungen stellten die veränderten Rahmenbedingungen für die Entfaltung der gesellschaftlichen Entwicklung in der Türkei im Kontext der neoliberalen Globalisierung in den darauf folgenden Dekaden dar.

Die Reformpolitik der AKP-Regierung nach ihrem Regierungsantritt im Jahre 2002, die umfangreiche neoliberale Strukturveränderungen umfasste, stellt ebenfalls eine Zäsur in der Geschichte der Türkei dar. Mit der Verschiebung der dominanten Art und Weise der politischen Machtausübung von der Staatsräson zur neoliberalen Regierungstechnologie war die zunehmende Integration in die europäischen Strukturen und die Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft verbunden. Die Besonderheit dieser Phase

liegt in der Tatsache, dass ausgerechnet eine Partei, deren führende Figuren aus den Reihen des anti-westlichen politischen Islams stammen, im Verlauf der 2000er Jahre der zentrale Akteur der Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses geworden ist, der eine neoliberale Regierungstechnologie unterliegt. Sie leitete den Umschwung in Richtung politischer Reformen mit dem Ziel der EU-Integration und der intensiven Integration in den Weltmarkt ein. Unter ihrer Führung entstand eine neue Form des Staates in der Türkei, in dem die rechtlichen Rahmenbedingungen, die institutionelle Struktur und die Rolle des Staates neu definiert wurden. Die Untersuchungsperiode endet mit dem erneuten Wahlsieg der AKP bei den Parlamentswahlen im Jahre 2007 und der darauf folgenden Wahl des aus den Reihen der AKP stammenden Abdullah Gül zum Staatspräsidenten, mit der die institutionelle Fixierung der neoliberalen Regierung eine neue Qualität gewann.

Neoliberale Globalisierung als politisches Projekt

Der Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses und die Entstehung einer neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei fanden vor dem Hintergrund und in Bezug auf den Globalisierungsprozess statt. Seit dem Ende der „Goldenen Jahre“ Mitte der 1970er Jahre unterwarf der Prozess der Globalisierung die grundlegenden Strukturmerkmale moderner Gesellschaften und ihrer Transaktionsmuster einem radikalen Wandel (vgl. Hobsbawm 2009). Die Globalisierung bezieht sich in erster Linie auf die zunehmende internationale Verflechtung – insbesondere innerhalb der OECD-Staaten – im Bereich der Wirtschaft sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht. Dieser Prozess, der auch als „Entgrenzung“ bzw. „Denationalisierung“ bezeichnet wird, umfasst neben der globalen Integration der Finanzmärkte die Zunahme des internationalen Handels sowie die transnationale Reorganisation der Produktion durch einen massiven Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Diese Entwicklungen auf der ökonomischen Ebene stehen in einem engen Verhältnis zu Finanzinnovationen, zum Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnologie, zur gewaltigen Senkung der Transportkosten sowie zu einem Wandel der politischen Regulierungen und Institutionen. Neben der Intensivierung der Mobilität von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Wissen schließt der Globalisierungsprozess auch eine Verstärkung der Migrationsströme und schließlich eine Zunahme der Interdependenzen in den Bereichen Umwelt, Sicherheit und Kultur ein. Somit stellt Globalisierung, wie Held et al. (1999) sie definieren, einen Prozess (oder eine Reihe von Prozessen) dar, der einen Wandel in der räumlichen Organisation der sozialen Beziehungen und Transaktionen hinsichtlich ihrer Verbreitung, Vertiefung und

Beschleunigung verkörpert und zu transkontinentalen oder interregionalen Strömen und Netzwerken von Aktivitäten, Interaktionen und Ausübung von Macht führt. Damit tritt als die zentrale Eigenschaft der Globalisierung das allmähliche Verschwinden der nationalen Grenzen in allen Aspekten des sozialen Lebens in den Vordergrund.

Dem Diskurs über die Globalisierung wohnt allerdings die Tendenz inne, konkrete Machtverhältnisse und die Interessen jener sozialen Akteure, die von diesem Prozess profitieren und ihn aktiv vorantreiben, zu verschleiern. Daher kann die Globalisierung nicht als ein natürlicher Fakt oder ein evolutionärer Prozess konzeptualisiert werden. Insofern deutet Schott zu Recht darauf hin, dass solche Analysen, die die Globalisierung ausschließlich als das Ergebnis komplexer sozialer und wirtschaftlicher Prozesse darstellen – egal wie vorsichtig sie sind, nur begrenzt in der Lage sind, um teleologische und deterministische Interpretationen zu vermeiden (vgl. Schott 1997).

Wie Bohle argumentiert, ist die neoliberale Theorie und Praxis „(u)ntrennbar mit der Globalisierung verbunden (...), d.h. die Bekämpfung des (sozialpolitisch) intervenierenden Staates zugunsten der Freisetzung der Marktkräfte, die Zurückdrängung des Einflusses der Gewerkschaften, die Stärkung des privaten Eigentums und die Konzentration auf die Herstellung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit im globalen ‚Konkurrenzkampf‘“ (Bohle 2002, 65). Damit stellt Globalisierung ein umkämpftes „politisches Projekt“ dar, das in sich widersprüchlicher Natur ist (vgl. Schott 1997). Globalisierung muss daher zumindest teilweise als das Ergebnis des Neoliberalismus betrachtet werden. Die neoliberale Globalisierung wurde im „Westen“ Mitte der 1970er Jahre von transnational agierenden gesellschaftlichen Akteuren auf der Basis von politischen Entscheidungen eingeleitet, durch die die Lösung der Krise des keynesianischen Nachkriegsmodells durchgesetzt und ideologisch abgesichert werden sollte (vgl. van der Pijl 1998). Das neoliberale Staats-Gesellschaftsverhältnis, das seinen globalen Durchbruch Mitte der 1970er Jahre erlebte, drückt sich darin aus, dass das reibungslose Funktionieren des wirtschaftlichen Wettbewerbs auf der globalen Ebene anstelle der Wohlfahrt der Nation zum Organisationsprinzip sozialer Beziehungen und zur Legitimationsgrundlage von politischer Machtausübung erklärt wird (vgl. Foucault 2006 b).

Neoliberale Globalisierung und die Länder der Peripherie

Die neoliberale Globalisierung eröffnet den Länder der Peripherie, die sich ebenfalls dem neoliberalen Projekt verschrieben, ein neues Feld des außenorientierten Wachstums und

begünstigt neue Formen der verstärkten internationalen Einbindung. In dieser Entwicklung zeigt sich die Tendenz der neoliberalen Globalisierung, die alten binären Gegensätze zwischen „Nord“ und „Süd“, „West“ und „Ost“, „arm“ und „reich“, „entwickelt“ und „unterentwickelt“, entlang denen lange die Trennlinien zwischen den Ländern gezogen wurden, zunehmend obsolet zu machen. Allerdings führt die neoliberale Wende nicht zu einem linear-teleologischen Prozess der Homogenisierung dieser Länder.

So fallen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Länder der Peripherie äußerst unterschiedlich aus. Einige Länder, wie die asiatischen „Tigerstaaten“, stiegen zu wichtigen Exportnationen auf. Andere, wie die postsozialistischen Staaten, erleben seit Beginn der 1990er Jahre eine relativ erfolgreiche Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Viele Länder Lateinamerikas, des Balkans und des Nahen Ostens können allerdings trotz der Öffnung ihrer Märkte die strukturelle Abhängigkeit gegenüber dem Weltmarkt kaum reduzieren. Schließlich erfährt eine große Anzahl von Ländern – wie z.B. die Mehrheit der Länder Afrikas – eine zunehmende Marginalisierung. Diese unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der einzelnen Länder der Peripherie können allerdings nicht durch eine einseitige Konzentration auf nationalstaatliche Faktoren, wie korrupte Politiker oder kulturelle Einstellungen, erklärt werden.²

Die gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder fand vielmehr schon immer in Beziehung zur „Modernisierung“ in den Ländern des Zentrums statt. Im Kontext der Globalisierung erfolgte die Transformation der Länder der Peripherie in unmittelbarem Verhältnis zur Entwicklung des globalen Wettbewerbsmarktes und den neoliberalen Machtverhältnissen. Externe Akteure wie die internationalen Finanzorganisationen, multinationale Unternehmen und regionale Organisationen, wie z.B. die EU in Süd-, Ost- und Südosteuropa, waren – und sind immer noch – maßgeblich an der Integration der Peripherie in das Projekt der neoliberalen Globalisierung beteiligt und unterwerfen sie einer permanenten Überprüfung.

Allerdings sollte auch das Engagement externer Akteure nicht im Sinne einer einseitigen Bestimmung interpretiert werden. In vielen Fällen sind es die Eliten der jeweiligen Länder, die selbst das Engagement externer Akteure suchen, um ihre Position innerhalb des nationalen Kräftefelds abzusichern. Deswegen kann die gesellschaftliche Entwicklung der

² Für eine solche Argumentation, in der Korruption, der Machtmissbrauch politischer Führer oder andere nicht-ökonomische Faktoren als Gründe für den Misserfolg neoliberaler Reformen und für Finanz- und Wirtschaftskrisen in den Ländern der Peripherie herangezogen werden, vgl. z.B. Mauro 1997, Rose-Ackermann 1998.

Peripherie im Kontext der Globalisierung nicht ausschließlich im Sinne einer Ungleichheit analysiert werden, sondern als die Wirkung strategischer Handlungen interner und externer Akteure. Gerade durch diese vielfältigen Beziehungen werden die Länder der Peripherie Teil der transnationalen Integration. Sie sind Teil der Machtverhältnisse, durch die die neoliberale Globalisierung die Weltordnung neu gestaltet.

Spätestens seit Ende der 1990er Jahre wird das neoliberale Projekt mit seinem Diskurs des Bedeutungsverlustes des Nationalstaates als Organisationsprinzip der globalen Beziehungen gegenüber dem Weltmarkt und der zunehmenden Entterritorialisierung mit einem *comeback* der Geopolitik konfrontiert. Angesichts der zahlreichen Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland Ende der 1990er Jahren und in den USA und in der EU in jüngster Gegenwart und angesichts neuerer sicherheitspolitischer Risiken, z.B. durch die gewaltsame Desintegration auf dem Balkan bzw. die Fragmentierung im Nahen Osten, sowie immer stärker werdender autoritärer Regime durch die Zunahme der Bedeutung von Rohstoffen nimmt die Bedeutung von räumlichen Kategorien und das Prinzipien der nationalstaatlichen Souveränität sichtbar zu. Damit wird deutlich, dass das „Projekt“ der neoliberalen Globalisierung nicht einem Masterplan folgt und keinen linearen Verlauf zeigt, sondern sich auf einem transnationalen Kräftefeld entfaltet, in dem Staaten mit verschieden gearteten Staats-Gesellschaftsverhältnissen und sozialen Akteuren in sich verändernden Konstellationen um unterschiedliche Interessen kämpfen.

Dieser umkämpfte Prozess drückt sich dabei nicht nur auf der ökonomischen und politischen Ebene aus. Die „Entgrenzung“ bzw. „Entnationalisierung“ auf der ökonomischen Ebene wird auf der lokalen Ebene durch die Rückbesinnung auf die eigene kulturelle, religiöse und ethnische Identität begleitet bzw. herausgefordert. Entgegen der Tendenz der Universalisierung von Lebensstilen (und demokratischen Werten) setzen Prozesse der Wiedererfindung von Tradition, Religion und Kultur ein. In der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung werden sie wieder belebt und in neue Formen übersetzt. Diese Entwicklungen können am Beispiel der Türkei nachvollzogen werden.

1.1 Der Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei

Das türkische Fallbeispiel zeigt, wie die Staatlichkeit eines peripheren Landes, dessen Gesellschaft sich im Übergang von einer landwirtschaftlich geprägten Struktur zu einer

postindustriellen Ordnung befindet, im Spannungsfeld staatlicher Strukturen, gesellschaftlicher Akteure und sich verändernder Weltordnungen einem umkämpften Prozess des Wandels unterworfen ist.

Das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Osmanischen Reich war durch die Strukturen der Souveränität geprägt. Diese Ordnung, in der die Ausübung der politischen Macht die Form des Gesetzes des Sultans zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über das Territorium annahm, zeichnete sich durch die Abwesenheit des Problems der Regierung der Bevölkerung auf der politischen Ebene. Spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer Reformbewegung im Inneren der Institutionen der Souveränität, die sich die in Westeuropa vorherrschenden politischen Rationalitäten und Formen der Machtausübung zum Vorbild nahm und auf eine Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses abzielte. Sie wurde allerdings durch die Dominanz des Problems der Aufrechterhaltung der Souveränität angesichts der externen Bedrohung weitgehend blockiert.

1923 erfolgte mit der Gründung der Türkischen Republik ein institutioneller Wandel des durch die göttlichen Gesetze legitimierten Reiches in einen Nationalstaat, der sich über seine Verantwortung für die Regierung der Bevölkerung definierte. Nach dem Prinzip der Staatsräson erfolgte unter der Führung der Staatseliten, die sich ausgehend aus dem herrschenden Block des Osmanischen Reiches als ein neuer sozialer Akteur mit einer neuen politischen Rationalität herausgebildet haben, die Neuausrichtung der politischen Machtausübung und der türkische Nationalstaat wurde als ein souveränes Mitglied in die Staatengemeinschaft integriert. Während die Gründungs- und Konsolidierungsphase der Republik zwischen den 1920er bis Ende der 1950er Jahre als die Phase des Aufbaus des Nationalstaates als eine konkrete Regierungsform im Zeichen der Staatsräson bezeichnet werden kann, nahm die Staatsräson in der Phase ab 1960 bis 1980 die Form des Entwicklungsstaates an. Eine Zäsur für die gesellschaftliche Entwicklung war sicherlich die Integration der jungen Republik in den westlichen Block nach dem Zweiten Weltkrieg.³ Die damit verbundene Einführung des Mehrparteienregimes führte sowohl zu einer Begrenzung der Staatsräson als auch zu einer langsamen Partizipation der ländlichen Bevölkerung am politischen Projekt des Nationalstaates.

³ Die Türkei ist seit 1947 Mitglied des IWF, seit 1949 des Europarats, seit 1952 der NATO und seit 1961 der OECD. Ankara beschloss 1959, eine enge Zusammenarbeit mit der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) einzugehen.

Über diese lange Zeitspanne bildeten neue soziale Akteure wie z.B. Berufsverbände, Kammern, Parteien und Gewerkschaften sowie ein städtisches Bürgertum sich heraus. Allerdings setzte sich die Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in einem Kontext, in dem die finanziellen Hilfen aus dem Ausland das Fehlen einer umfassenden Integration der Bevölkerung das Projekt des Nationalstaates und der nationalen Entwicklung nach der Staatsräson kompensierten, relativ langsam fort. So blieb das Staats-Gesellschaftsverhältnis in der bis in die 1980er Jahre weitgehend landwirtschaftlich geprägten Republik zwar institutionell auf der Grundlage der Staatsräson strukturiert, dennoch hatten die traditionellen politischen Praktiken der Herrschaft in Form des Klientelismus einen wichtigen Platz bei der Ausübung der politischen Macht inne. Die politische Rationalität der Staatsräson kam schließlich bei den Militärinterventionen 1960, 1971 und 1980 deutlich zum Ausdruck, bei denen der Staatsstreich im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und Krisen als legitimes Instrument der politischen Machtausübung mit der Legitimation des Schutzes der Existenz des Staates zum Einsatz kam.

Betrachtet man nun die Phase nach 1980, so gehört die Türkei im Kontext der Ausbreitung des Neoliberalismus auf der globalen Ebene seit Mitte der 1970er Jahre zu den ersten Ländern der Peripherie, die eine neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik einleiteten. Die Deregulierung und die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft unter der Regie des späteren Regierungschefs (1983-1989) und Präsidenten (1989-1993) Turgut Özal löste eine neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in der Türkei aus. Die Öffnung der Märkte führte einerseits zu einer zunehmenden Integration der türkischen Wirtschaft in die globalen Märkte und hatte die Abnahme der Kontrolle des Staates über bestimmte Bereiche des wirtschaftlichen Lebens zur Folge.

In den 1990er Jahren war die Türkei mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Einerseits erreichte die Differenzierung der Gesellschaft in Folge des sozialen Wandels seit den 1950er Jahren und der wirtschaftlichen Liberalisierung seit den 1980er Jahren einen Grad, der sich nicht mehr durch die klientelistischen Praktiken innerhalb der bestehenden Strukturen leiten ließ. Andererseits zeigten sich erstmals die negativen Folgen der liberalen Wirtschaftspolitik, die durch den Abbau der staatlichen Leistungen ausgelöst wurden. Die Auflösung traditioneller Strukturen der sozialen Fürsorge in Folge der Binnenmigration und Urbanisierung verstärkte die soziale Krise. Angesichts der Zunahme von Armut in den Städten stellte sich die soziale Frage für die Türkei zum ersten Mal im modernen Sinne.

Andererseits entstand eine neue Mittelschicht, die von der Integration der türkischen Wirtschaft in den Weltmarkt profitierte. In diesem Kontext erstarkte der politische Islam als eine soziale Bewegung zu einer wichtigen politischen Kraft. Er stellte das Projekt des westlich orientierten und transatlantisch integrierten Nationalstaates in Frage und reagierte auf die soziale Krise durch eine Rückbesinnung auf die islamische Religion, indem er eine eigene alternative Programmgestaltung der Staatsräson, das Projekt der „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*), entwickelte.

Schließlich begann Ende der 1990er Jahre in der Türkei angesichts der drohenden Staatskrise unter massivem Engagement externer Akteure ein umkämpfter Prozess der Reorganisation der politischen Strukturen auf der Basis der neoliberalen Regierungstechnologie Gestalt anzunehmen. Mit ihr verschob sich die Legitimationsbasis der Staatlichkeit vom Prinzip der Stärkung des Staates und der nationalen Entwicklung auf das Prinzip der Integration in den globalen Wettbewerbsmarkt. In diesem Kontext kristallisierte sich in der Türkei spätestens nach dem Regierungsantritt der AKP im Jahre 2002 ein neues Staats-Gesellschaftsverhältnis heraus und es kam zu einer Neudefinition der Rolle des Staates im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Die gegenwärtige Transformation der Staatlichkeit in der Türkei ist daher untrennbar mit zwei Prozessen verbunden, die miteinander in Wechselwirkung stehen: Erstens mit der Entstehung von neuen Denk- und Handlungsweisen in Folge des sozialen Wandels der türkischen Gesellschaft durch die wirtschaftliche Liberalisierung seit den 1980er Jahren im Kontext der neoliberalen Globalisierung und zweitens mit der Krise der bestehenden, im Zeichen der Staatsräson organisierten politischen Strukturen Ende der 1990er Jahre, die nicht mehr in der Lage waren, die gesellschaftliche Entwicklung zu gestalten.

1.2 Der theoretische Zugang

Die gängigen Analysen der Transformation der politischen Strukturen in der Türkei nähern sich ihrem Untersuchungsobjekt mit universell konzipierten Kategorien (vgl. Kapitel 2). Sie beschäftigen sich insbesondere mit den Fragen, welche besonderen „inhärenten“ Hindernisse die „evolutionäre“ Entwicklung, deren Inhalt anhand der vorgegebenen Kategorien bestimmt ist, in der Türkei blockieren und wie diese „Fehler“ zu beheben sind. Statt den Strukturwandel in der Türkei anhand von abstrakt definierten Kategorien zu analysieren und in Hinblick auf einen linearen (Zivilisations-)Prozess zu bewerten, wird

hier ein Ansatz benutzt, der der kritischen Theorie entspringt.⁴ Die kritische Theorie versucht in einem relationalen Denken zu verstehen, wie die konstitutiven Beziehungen zwischen innen und außen, zwischen Struktur und Akteur, zwischen Staat und Gesellschaft aufgebaut sind, wie die Wechselwirkung bzw. die Interaktion zwischen beiden funktioniert und wie Wandel stattfindet. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die bestehenden Ansätze zur Analyse des Wandels in der Türkei gegeben. Im Anschluss wird der theoretische Zugang, der für diese Arbeit gewählt wurde, vorgestellt.

In der bestehenden Literatur zum sozioökonomischen und politischen Wandel der Türkei wird meist ein Entwicklungsgefälle zwischen dem „Westen“ und der Türkei festgestellt, das in einem nächsten Schritt fast ausschließlich durch interne Faktoren erklärt wird. Dabei wird entweder auf sozioökonomische bzw. soziokulturelle Faktoren, wie die Rückständigkeit der Gesellschaft aufgrund der traditionell agrarischen, religiös geprägten Gesellschaftsstrukturen des Landes, oder aber auf politische Faktoren, wie das Spannungsverhältnis zwischen dem „autoritären Staat“ und der „unterdrückten Gesellschaft“ hingewiesen. Parallel dazu werden die „Erfolge“ in der gesellschaftlichen Entwicklung – weitgehend und je nach theoretischer Position – entweder als Ergebnisse des modernisierenden Eingriffs des Staates in die traditionelle Gesellschaft oder aber als Resultate des gesellschaftlichen Widerstands gegenüber dem autoritären Staat interpretiert. Die Interaktion mit externen Entwicklungen, wie u.a. die zunehmende Integration in den Weltmarkt, wird häufig nicht berücksichtigt oder wenn sie einbezogen wird, findet sie ausschließlich aus einem staatszentrierten Blickwinkel Eingang in die Analyse. Prozesse der Transnationalisierung finden keine Berücksichtigung. Insgesamt herrscht in der gängigen Analyse eine Dichotomie zwischen dem Staat und der Gesellschaft einerseits und internen und externen Entwicklungen andererseits. Damit bleibt insbesondere die Frage nach der Komplexität des strukturellen Wandels in der Peripherie im Rahmen der neoliberalen Globalisierung nur unzureichend beantwortet.

Um diese Komplexität am Beispiel der Türkei begrifflich zu erfassen, wird in dieser Arbeit ein eigener Ansatz entwickelt. Er bezieht sich vor allem auf den Theorieansatz von Michel Foucault und auf den Begriff der Gouvernamentalität, den er in seinen Vorlesungen am

⁴ Im deutschsprachigen Raum werden unter dem Begriff der „kritischen Theorie“ in erster Linie die theoretischen Ansätze der Frankfurter Schule um Adorno und Horkheimer bzw. Habermas verstanden. Inzwischen ist aber der Begriff weltweit in zahlreichen Wissenschaftsdisziplinen (z.B. Kulturwissenschaften, Internationale Beziehungen) verbreitet. Mit dem Begriff der kritischen Ansätze wird in dieser Arbeit auf die Theorieansätze Bezug genommen, die sich radikal gegen alles Selbstverständliche, Starre, unveränderbar Scheinende wenden und auf aufklärungskritische Ansichten der Frankfurter Schule und des französischen Poststrukturalismus (u.a. Michel Foucault, Gilles Deleuze) zurückgehen.

Collège de France Ende der 1970er Jahren prägte, um die Genealogie des modernen Staates zu untersuchen (vgl. Foucault 2006 a, b). Mit diesem Ansatz sollen neue Wege einer machtheoretisch fundierten Herangehensweise an die Probleme des gesellschaftlichen Wandels im Kontext der neoliberalen Globalisierung eingeschlagen werden. Dieser alternative theoretische Rahmen ermöglicht es, das Augenmerk auf die Rolle von sich verändernden Denk- und Handlungsweisen auf der Ebene der sozialen Beziehungen zu richten, die dem Strukturwandel unterliegen, der damit nicht evolutionär entsteht, sondern aus der Konkurrenz unterschiedlicher politischer Projekte resultiert. Dabei wird besonders im empirischen Teil darauf abgezielt, die Dichotomie zwischen internen und externen Entwicklungen zu überwinden und Prozesse sichtbar zu machen, die bei einer Analyse, die sich nur auf den Nationalstaat konzentriert, untergehen.

Diesem Ansatz folgend wird die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei, die mehrmals durch wirtschaftliche, soziale und politische Krisen unterbrochen wurde, nicht als ein aufeinander folgendes Scheitern eines „linear-evolutionären Modernisierungs- bzw. Demokratisierungsprozesses“ und dessen Wiederaufbau gelesen. Vielmehr werden die transformativen Effekte des gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozesses in Auseinandersetzung mit externen Prozessen und die jeweiligen sozialen Konflikte und Widersprüche, die sie in sich barg, in den Vordergrund gestellt.

Die gemeinsame Grundlage der kritischen Ansätze der Sozialwissenschaften besteht darin, dass die soziale Wirklichkeit in ihrer Geschichtlichkeit aufgefasst wird. Aus dieser historisch-materialistischen Perspektive bilden die Strukturen, wie z.B. der Staat, die Demokratie oder der Markt, keine universelle Kategorien, sondern werden als soziale Konstrukte betrachtet, die in einem bestimmten historischen Kontext entstanden sind. Danach können Strukturen und individuelle Ereignisse nur in diesem Kontext durch die Analyse ihrer materiellen Existenzbedingungen verstanden werden. Die Strukturen werden gleichzeitig nicht als Ergebnisse subjektiver und zielgerichteter Handlungen von isolierten Individuen gesehen. Die Strukturen entstehen als Wirkung von Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren, die auf unterschiedlichen Ebenen jeweils nach unterschiedlichen Prozeduren und Mechanismen agieren. Der strukturelle Wandel ist dabei das Ergebnis von Veränderungen in den sozialen Beziehungen. Dabei formieren sich die gesellschaftlichen Akteure – und treten in Beziehung zueinander – in der sozialen Interaktion, die durch die jeweilige Konstellation von materiellen Kapazitäten, Ideen und institutionellen Machtbeziehungen in dem jeweiligen historischen Kontext bestimmt ist.

Damit werden nicht nur Produktions- bzw. Destruktionskapazitäten, sondern auch kulturelle Formationen, religiöse Überzeugungen und intellektuelle Produktion einerseits und Institutionen andererseits als gesellschaftliche Kräfte betrachtet, die konstitutiv für das Entstehen und Handeln von gesellschaftlichen Akteuren sind, woraus soziale Strukturen bzw. soziale Konflikte entstehen und sich Wandel ergibt.

Für die vorliegende Arbeit hat diese theoretische Herangehensweise folgende Auswirkungen: Erstens bedeutet diese Herangehensweise eine Verschiebung des Untersuchungsinteresses vom *Staat* als zentraler Kategorie der politischen Ordnung zur *Staatlichkeit*, verstanden als eine historische Konfiguration des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, in der die Machtverhältnisse nach einer bestimmten Art und Weise der Ausübung der politischen Macht mit einem spezifischen Bündel von Prozeduren und Mechanismen organisiert werden. Der soziale Wandel in der Türkei seit 1980 und deren Grenzen kann diesem Ansatz zufolge ohne die Berücksichtigung der Veränderungen auf der Ebene der materiellen Kapazitäten, dem Feld der institutionalisierten Machtbeziehungen und dem Bereich der Ideen nicht ausreichend verstanden werden. Erst als Folge dieser Entwicklungen wurde das Staats-Gesellschaftsverhältnis auf der Basis einer geänderten Technologie der politischen Macht neu gestaltet.

Zweitens ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Mehrebenenanalyse. Der Nationalstaat als historische Struktur ist nicht nur ein Produkt der sozialen Kräfteverhältnisse in dem jeweiligen Land, sondern er kann nur im globalen Kontext verstanden werden. Damit wird die dichotome Sichtweise zwischen der nationalen Entwicklung und der internationalen Ordnung überwunden und der Fokus auf die transnationalen Beziehungen, die zwischen diesen Ebenen eine vermittelnde Rolle spielen, gerichtet. So werden die internationalen Beziehungen jenseits einer staatszentrierten Sichtweise konzeptualisiert und die dominante Position des Nationalstaates als territoriale und administrative Organisationseinheit in Frage gestellt. Der nationale Kontext verschwindet in dieser Perspektive nicht, sondern er wird anders positioniert. Durch den besonderen Fokus auf die transnationalen Beziehungen als konstitutive Elemente des Strukturwandels wird eine Vielzahl von Akteuren, Prozessen und Perspektiven ins Blickfeld gerückt und Netzwerke, die die Grenzen des Nationalstaats durchkreuzen und Entwicklungen in ihm beeinflussen, sichtbar gemacht.

1.3 Die Fragestellung und die Hypothesen

Gegenstand dieser Arbeit ist es, die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren mit besonderer Berücksichtigung der Regierungszeit der AKP zwischen 2002 und 2007 aus der Perspektive der sich verändernden Art und Weise der Ausübung der politischen Macht zu untersuchen und diese in den Kontext der vor 1980 vorherrschenden Machttechnologien der Souveränität und der Staatsräson zu setzen.

Die grundlegenden Fragen der Arbeit lauten daher:

Worin besteht der Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei seit den 1980er Jahren und wie hat sich die Art und Weise der politischen Machtausübung gegenüber den vorherigen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei seit dem Osmanischen Reich verändert?

Folgende spezifische Fragen liegen der Arbeit zu Grunde:

1. Wie hat sich die Art und Weise der politischen Machtausübung in der Türkei seit dem Osmanischen Reich bis Ende der 1970er Jahre geändert? Auf der Grundlage von welcher Rationalitäten und Praktiken haben sich die politischen Strukturen in der Türkei bis 1980 herausgebildet?
2. Mit welchen politischen Projekten und konkreten Regierungspraktiken versuchten die sozialen Akteure seit 1980 auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen? In welchem Verhältnis stand die interne gesellschaftliche Entwicklung zu externen Prozessen auf der Ebene der Weltordnung?
3. Wie haben sich die Beziehungen zwischen den sozialen Akteuren in dieser Phase geändert? Welche gesellschaftlichen Konflikte und Krisen sind dabei entstanden? Welche Auswirkung hatte die gesellschaftliche Entwicklung auf die bestehenden politischen Strukturen?
4. Welche Rolle spielt die AKP in der Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses? Worin besteht die Besonderheit des politischen Projektes der AKP?
5. Wie wurden die Zielsetzungen, die Problemstellung und die Instrumente der politischen Machtausübung durch das politische Projekt der AKP seit 2002 neu definiert? Wie drückt sich die veränderte Rolle des Staates aus? Wie können die Veränderungen des rechtlich-institutionellen Rahmens im Zuge der EU-Integration

und die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik aus der Perspektive der Entstehung einer neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei interpretiert werden?

6. Was kann in Hinblick auf die Stabilität der neuen Machtverhältnisse gesagt werden?

In Hinblick auf diese Fragen werden die sozioökonomischen und politischen Dimensionen der Entwicklung der Türkei seit den 1980er Jahren im Kontext der neoliberalen Globalisierung und der zunehmenden Integration des Landes in die europäischen Strukturen aus einer kritischen Perspektive analysiert. Dabei wird besonders auf die Krisendynamiken Ende der 1990er Jahre und den darauf folgenden Reformprozess, der unter der Regierung der AKP seit 2002 intensiviert wurde, eingegangen.

Die zentrale Hypothese der Arbeit ist, dass es in dieser Phase einen tief greifenden Wandel der Staatlichkeit in der Türkei gegeben hat. Er besteht darin, dass sich die Art und Weise der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses veränderte und sich eine neue Technologie der politischen Machtausübung durchsetzte. Dieser Prozess wird in Anlehnung an Michel Foucault als eine Verschiebung von der Staatsräson zur neoliberalen Regierungstechnologie interpretiert.

Dieser Prozess, so die Hypothese dieser Arbeit, war durch die Formulierung eines neoliberalen politischen Projektes durch Turgut Özal sowie seine Regierungspraktiken in den 1980er Jahren als Antwort auf die Krise Ende der 1970er Jahren ausgelöst, stand in einem engen Verhältnis zum Projekt der neoliberalen Globalisierung auf der globalen Ebene.

Des Weiteren wird die Hypothese formuliert, dass die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei und die Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses nicht einer linearen Entwicklung folgten. Dieser Wandel ist untrennbar verbunden mit der Krise, in der sich die türkische Gesellschaft Ende der 1990er Jahre befand. Diese Krise wurde hervorgerufen durch die Prozesse der wirtschaftlichen Liberalisierung, der gesellschaftlichen Differenzierung und der Formulierung von neuen politischen Projekten im Kontext der neoliberalen Globalisierung. So wird in der Arbeit argumentiert, dass die wirtschaftliche und politische Krise in den 1990er Jahren als die Unfähigkeit der bestehenden Strukturen und der diesen Strukturen unterliegenden Machtformen interpretiert werden soll, die nicht in der Lage waren im Kontext der

zunehmenden Integration in den globalen Markt und in die europäischen Strukturen im Zuge der EU-Integration entstandene soziale Kämpfe zu beenden.

In Bezug auf die politische Transformation unter der Regierung der AKP in der Periode 2002-2007 geht die Arbeit von der Hypothese aus, dass das politische Projekt der AKP und ihre Regierungspraxis als eine Reaktion zur Krise der Strukturen der Staatsräson in der Türkei und auf die globalen Prozesse verstanden werden muss, mit dem Ziel die neoliberale Regierungstechnologie als die dominante Art und Weise der politischen Machtausübung durchzusetzen. Die neoliberale Regierungstechnologie, so die letzte Hypothese dieser Arbeit, drückt sich in einer Verschiebung der Legitimationsgrundlage der politischen Machtausübung vom Prinzip des Nationalstaates und der nationalen Entwicklung zum Prinzip der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Damit geht eine Neudefinition der Rolle des Staates einher, nach der die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Aktivitäten einer Unternehmensgesellschaft den wichtigsten Bestandteil der neuen Rolle des Staates bildet. Die Restrukturierung des Staates zeigt sich, insbesondere im Zuge der Annäherung an die EU, unmittelbar in der Transnationalisierung des Staates, deren Kennzeichen eine Demokratisierungspolitik und ein wirtschaftlicher Strukturwandel ist.

In Hinblick auf die Frage nach der Stabilität der neuen Machtverhältnisse geht die Arbeit von der Hypothese aus, dass der Wandel der Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren keinen linear-evolutionären Prozess darstellt und die Stabilität der neuen Ordnung davon abhängig sein wird, ob die transnationale Integration der Türkei, die eine Eingliederung in die EU und die internationale Expansion der türkischen Wirtschaft beinhaltet, den notwendigen sozioökonomischen Entfaltungsraum für die türkische Gesellschaft schaffen wird. Während die Existenz einer relativ starken und differenzierten nationalen Wirtschaft diese Option stärkt, wird sie durch die stark zunehmende Entnationalisierung der türkischen Ökonomie mit einer starken Abhängigkeit von externen Kapitalzuflüssen und zunehmender sozialer Ungleichheit geschwächt. Somit droht angesichts der inhärenten Widersprüchen des neoliberalen Umstrukturierungsprojektes eine Peripherialisierung der Türkei und ein Rückfall in die alten Machtformen, die durch die dominante Rolle der transnationalen sozialen Kräfte bei der neoliberalen Umstrukturierung und die derzeitige neoliberale Ausrichtung des europäischen Erweiterungsprozesses eher gestärkt werden.

1.4 Der Aufbau

Die vorliegende Untersuchung gliedert sich in sechs Kapitel. Nach der Einleitung (1. Kapitel) widmet sich das zweite Kapitel einer kritischen Diskussion des Forschungsstandes zum politischen Strukturwandel in der Türkei seit Gründung der Republik 1923. Dabei wird vor allem auf drei Ansätze Bezug genommen. Die modernisierungstheoretischen, die liberalen und die neueren marxistischen Ansätze zum Wandel der politischen Strukturen in der Türkei werden anhand von einschlägigen Beispielen diskutiert und nach den Grenzen ihrer Erklärungskapazität/-kraft untersucht.

Im dritten Kapitel wird ausgehend von der Kritik der bestehenden Ansätze der eigene Forschungsansatz in Anlehnung an die Machttheorie von Michel Foucault entwickelt. Dabei werden zuerst begriffliche Werkzeuge für eine kritische Analyse des sozialen Wandels dargelegt. In einem weiteren Schritt wird auf Foucaults Analyse der verschiedenen Technologien der Macht und seine Interpretation der Transformation der Staatlichkeit in Europa als Gouvernementalisierung des Staates eingegangen. Schließlich wird auf seine Charakterisierung der neoliberalen Regierungstechnologie eingegangen, die im empirischen Teil der Arbeit den theoretischen Rahmen für die Analyse der Transformation der Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren bildet.

Das vierte Kapitel liefert einen historischen Überblick zur Genese der modernen Staatlichkeit in der Türkei. Denn nur vor diesem Hintergrund, der auf bereits bestehende Formen der Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse hinweist, kann der umkämpfte Prozess der gegenwärtigen Neugestaltung der Staatlichkeit verstanden werden. Das Kapitel beschäftigt sich daher mit der Transformation der Staatlichkeit seit dem Ende des Osmanischen Reiches über die Gründung der Türkischen Republik bis zum Ende der 1970er Jahre aus dem Blickwinkel ihrer Gouvernementalisierung. Dabei steht die Verschiebung der Form der politischen Machtausübung von der „Herrschaftstechnologie“ zu einer „Regierungstechnologie im Zeichen der Staatsräson“ im Zentrum.

Im fünften Kapitel wird die Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei in der Periode nach dem Militärputsch von 1980 bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 analysiert. Die detaillierte Untersuchung richtet sich auf die Wechselwirkung zwischen der Entstehung von neuen Ideen, der neoliberalen Wende in der Wirtschaftspolitik und der Neugestaltung der politischen Strukturen. Dabei werden die Prozesse der Formulierung und Ausbreitung der neoliberalen Regierungsform als eine neue

Art und Weise der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses analysiert. Schließlich wird auf die Stärkung des politischen Islams und auf die Krise der politischen Strukturen Ende der 1990er Jahre eingegangen, die ihren Höhepunkt in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 erreichte.

Im sechsten Kapitel erfolgt eine detaillierte Untersuchung des politischen Projektes der AKP und ihrer Regierungszeit zwischen 2002 und 2007. Diese Phase stellt sich als eine Umbruchphase dar, in der, ausgelöst durch eine tiefe Krise ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Natur, in strategischen Kämpfen zwischen internen und externen Akteuren eine neoliberale Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses und eine Neudefinition der Rolle des Staates stattfindet. Dabei wird in einem ersten Schritt das politische Projekt der AKP untersucht. Anschließend werden die Veränderungen des rechtlich-institutionellen Rahmens im Zuge der EU-Integration analysiert. Schließlich wird die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik im Kontext der transnationalen Integration der türkischen Wirtschaft diskutiert. Darüber hinaus wird der Frage nach der Stabilität der neuen Form der Staatlichkeit nachgegangen. Das abschließende siebte Kapitel fasst die Schlussfolgerungen dieser Arbeit zusammen.

2 Die politische Transformation in der Türkei: Eine Diskussion der bestehenden Theorieansätze

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts befindet sich die Türkei (damals das Osmanische Reich) in einem Prozess des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels. Dabei erlebte das Land radikale Einschnitte, wie der Untergang des Osmanischen Reiches und die Gründung des Nationalstaates 1923, der Übergang zu einem Mehrparteienregime 1947 und die wiederkehrenden Militärinterventionen 1960, 1971 und 1980. Seit dem Ende des Einparteienregimes durch die gewaltfreie Machtübernahme einer Oppositionspartei durch Wahlen im Jahr 1950 folgten diesen Militärinterventionen jedes Mal Schritte zur Etablierung von demokratischen Strukturen. In diesem Prozess fanden - parallel zum tief greifenden sozioökonomischen Wandel, den die türkische Gesellschaft erlebte - auch enorme Veränderungen in der politischen Sphäre statt. Sie bezogen sich auf die rechtlichen und institutionellen Strukturen, die Akteure, deren Ziele und Positionen. Die Radikalität und die Krisenhaftigkeit dieses Wandlungsprozesses lenkten den Blick der sozialwissenschaftlichen Forschung auf die Analyse der politischen Entwicklungen in der Türkei. Obwohl im Zuge dieses Interesses eine umfangreiche sozialwissenschaftliche Literatur zum Thema politische Transformation in der Türkei entstanden ist, besteht sie hauptsächlich aus empirischen Analysen. Dabei wird dort außerdem implizit oder explizit nur auf wenige theoretische Ansätze Bezug genommen.

Ziel des Kapitels ist es, einen kritischen Überblick über die bestehenden theoretischen Ansätze zur Analyse der politischen Transformation in der Türkei zu geben. Dabei werden drei Theorieansätze vorgestellt und analysiert, die als die führenden Lesearten der politischen Transformation in der Türkei das intellektuelle Feld bisher dominiert haben. Sie bilden auch in der gegenwärtigen öffentlichen und intellektuellen Diskussion den theoretischen und begrifflichen Rahmen für die wichtigsten Positionen.

Zuerst widmet sich das Kapitel dem modernisierungstheoretischen Ansatz, der lange Zeit den vorherrschenden Deutungsrahmen der Entstehung des modernen Staates und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Türkei bildete und immer noch einen starken Einfluss ausübt. In einem zweiten und dritten Schritt werden liberale und marxistische Theorieansätze diskutiert, die sich mit dem Wandel der politischen Ordnung in der Türkei aus jeweils unterschiedlichen theoretischen Positionen kritisch auseinandersetzen und alternative Erklärungsmuster für diesen Wandlungsprozess anbieten. Allen Ansätzen ist

gemeinsam, dass sie einerseits einen theoretischen Rahmen für die Untersuchung der sozioökonomischen und politischen Entwicklung des Landes anbieten und andererseits eine politische Handlungsstrategie für die Zukunft entwerfen. Die drei Ansätze sind zwar seit den 1950er Jahren in unterschiedlichen Perioden entstanden, haben sich allerdings im Laufe ihrer Wirkungsgeschichte zu einander parallel existierenden theoretischen und politischen Positionen verfestigt.

Die jeweiligen Theorieansätze werden anhand von einschlägigen Veröffentlichungen zur Türkei dargestellt und in Hinblick auf die wesentlichen Charakteristika ihrer Konzeptualisierung der politischen Transformation in der Türkei analysiert. Das Kapitel erhebt nicht den Anspruch, das Feld der theoretischen Ansätze vollständig darzustellen und zu analysieren. Auch eine detaillierte Darstellung der politischen Transformation der Türkei ist nicht das Ziel des Kapitels. Der kritische Überblick über die bestehenden theoretischen Ansätze zur Analyse der politischen Transformation in der Türkei dient vielmehr dazu, im nächsten Schritt den eigenen theoretischen Ansatz in Auseinandersetzung mit ihnen zu entwickeln.

2.1 Der modernisierungstheoretische Ansatz

Der Positivismus bestimmte im Wesentlichen die politischen Analysen der türkischen Intellektuellen und die Rezeption der Türkischen Republik in Westeuropa Mitte der 1920er Jahre. In einer differenzierteren Form erlebte die Modernisierungstheorie ein Comeback, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in den USA wieder an Popularität gewann.

In Zeiten der Entkolonialisierung und des stärker werdenden Einflusses des Ost-West-Konflikts stellte die Türkei ein geeignetes Beispiel für die Möglichkeit einer Modernisierung dar, ohne den Weg des Kommunismus einzuschlagen. In diesem Kontext stieß die junge Republik Türkei auf ein reges Interesse der neuen Generation von Modernisierungstheoretikern. Arbeiten wie Daniel Lerner's *Passing of Traditional Society* (1958) und Bernard Lewis' *The Emergence of Modern Turkey* (1961) analysierten die Türkische Republik mit ihrer Strategie der Verwestlichung als ein Erfolgsbeispiel der nachholenden Modernisierung (vgl. Lerner 1958, Lewis 1961). Diese Leseart wurde auch von türkischen Forscher geteilt, wie sie bei zum Beispiel bei Berkes' *The Development of Secularism in Turkey* (1964) zum Ausdruck kommt (vgl. Berkes 1964). Auch heute noch stellt die Modernisierungstheorie einen wichtigen theoretischen Rahmen auf dem Feld der sozialwissenschaftlichen Forschung zur politischen Transformation in der Türkei dar.

Der Modernisierungstheorie zufolge verläuft der Modernisierungsprozess als eine lineare Entwicklung von einer agrarisch geprägten, religiös beeinflussten und statischen Ordnung zu einer industriellen, weitgehend säkularisierten und dynamischen Gesellschaftsordnung (vgl. Berkes 1964, Eisenstadt 1966, Lerner 1958, Lewis 1961). Diese Entwicklung wird als ein natürlicher Prozess gesehen, „which takes place as a result of factors beyond the control of individuals“ (Berkes 1964: 3). Die Modernisierung hat aus dieser Perspektive einen universellen Charakter und ist jeder Nation inhärent. Die fehlende bzw. beschränkte Entfaltung des Modernisierungsprozesses ist – so die Argumentation der Modernisierungstheoretiker – auf die traditionellen Strukturen zurückzuführen, in denen die einzelnen Gesellschaften leben. Grundvoraussetzung der nationalen Entwicklung ist die Überwindung der Traditionalität. Nur durch einen Bruch mit der Tradition kann die Modernität schließlich erreicht werden. In der Modernisierungstheorie wird dieser Übergang als Diskontinuität konzeptualisiert, die sowohl vorausgesetzt als auch zum Ziel erhoben wird. Kennzeichnend für diesen Theorieansatz ist folglich eine Dichotomie zwischen „Tradition“ und „Moderne“.

Unter Modernisierung wird weiterhin weitgehend eine „Verwestlichung“ verstanden. Wie Eisenstadt es formulierte: „Historically, modernization is the process of change towards those types of social, economic and political systems that have developed in Western Europe and North America“ (Eisenstadt 1966: 1). Die Modernisierungstheorie postuliert, dass die in Europa und Amerika herausgebildeten Strukturen als die Ziele einer erfolgreichen Modernisierung universalisiert werden können. In diesem Verständnis werden als Gründe der fehlenden „Verwestlichung“ vor allem die internen Aspekte der jeweiligen Länder gesehen, die den Prozess der Modernisierung behindern. Zu ihnen zählen insbesondere die Religion, die traditionellen Werte und Normen sowie die darauf basierenden politischen Strukturen. Sie stehen im Vordergrund der modernisierungstheoretischen Analyse.

Beispielhaft für die Anwendung dieses Ansatzes für die politische Transformation in der Türkei soll das Buch von Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey*, untersucht werden, das als „Klassiker“ bezeichnet werden kann. Es wurde 1961 veröffentlicht und war bis in die 1980er Jahre ein maßgebendes Lehrbuch für die türkische Transformationsgeschichte. Im Folgenden sollen die wichtigsten Charakteristika, die diesen Ansatz bestimmen, anhand dieses zentralen Buches über die Türkei näher beleuchtet werden:

Erstes zentrales Element dieses Ansatzes bildet die „Nation“, die von Lewis, wie für die Modernisierungstheoretiker allgemein, als das Subjekt der Geschichte aufgefasst wird. So ist die Geschichte der Türkei, die Lewis schreibt, eine Nationalgeschichte. Sie ist die Anstrengung einer Nation ihren Platz in der Geschichte der Menschheit einzunehmen, wie der Titel seines Buches bereits suggeriert. Es wird dabei festgestellt, dass die türkische „Nation“ mit der Gründung des Nationalstaates durch Mustafa Kemal Atatürk erst wiederaufgeweckt werden musste, denn „so completely had the Turks identified themselves with Islam that the very concept of a Turkish nationality was submerged“ (Lewis 1961: 2). Tatsächlich stellt für Lewis die Übernahme der klassischen islamischen Zivilisation durch die Osmanen den wesentlichen Grund dafür dar, dass die nationale Entwicklung der Türken zu einem Stillstand kam.

Zweitens bildet die starke Staateszentriertheit einen weiteren Aspekt, der bei den modernisierungstheoretischen Analysen der politischen Transformation in der Türkei, auffällt. So ist bei Lewis die Institution des modernen Nationalstaates eine universelle Kategorie. Seiner These nach findet jede Nation in dem entsprechenden Nationalstaat ihren politischen Ausdruck. Diese These liegt dem für die Vertreter der Modernisierungstheorie charakteristischen Zugang zugrunde, die den gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses mit Bezug auf den Aufbau des Nationalstaates nach dem westlichen Modell betrachtet (vgl. Lewis 1961).

Der Betonung der Kategorie des Nationalstaates im Prozess der Modernisierung liegt allerdings eine dichotomische Sichtweise der Beziehungen zwischen dem „modernisierenden Nationalstaat“ und der „traditionellen Massen“ zugrunde. Der Staat wird als Ort der Eliten und Akteur der Modernisierung aufgefasst und positiv bewertet, während die Gesellschaft als Ort der den Traditionen verhafteten politischen und sozioökonomischen Strukturen gesehen wird, von denen stets eine Gefahr für die Modernisierung ausgehen kann. Die Massen, die in religiös geprägten, traditionellen politischen und sozioökonomischen Strukturen verhaftet sind, müssen demnach in die modernen Strukturen des Nationalstaates integriert werden, damit sie aus dem Zustand der Rückständigkeit befreit werden können. Lewis betrachtet in diesem Sinne den Übergang vom islamisch geprägten Osmanischen Reich zu einem Nationalstaat nach westlichem Vorbild als einen radikalen und gewaltsamen Bruch mit den sozialen, kulturellen und politischen Strukturen der Vergangenheit. Er fasst die Gründung des Nationalstaates als die wichtigste Zäsur innerhalb der politischen Transformation in der Türkei auf. Deswegen

konzentriert sich seine Analyse in erster Linie auf den institutionellen Reformprozess, vor allem die Gründung der Republik im Jahre 1923, und auf die Erfolge der republikanischen Elite bei der Modernisierung des Staatesapparats und der Gesellschaftsordnung bis in die 1950er Jahre.

Drittens kommt neben der Kategorie der Nation und der politischen Struktur des Nationalstaates dem Begriff der Säkularisierung eine wesentliche Bedeutung zu. Bildet die Nation das Subjekt der Geschichte, bezeichnet die Säkularisierung den zielgerichteten Weg, den der Modernisierungsprozess einer Nation im Rahmen der politischen Struktur des Nationalstaates nimmt (vgl. auch Berkes 1964). Die Säkularisierung steht für den Übergang von der Tradition zur Moderne. Lewis stellt fest: „In this transformation, the replacement of old, Islamic concepts of identity, authority, and loyalty by new conceptions of European origin was of fundamental importance” (Lewis 1961: 479). Die Säkularisierung steht bei Lewis als Türhüter für weitere Rationalisierungs-, Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse. Nach Lewis gelang es den „Türken“ im Unterschied zu anderen muslimischen Nationen durch ihre besonderen Wesensmerkmale, wie u.a. ihr prozesshaftes Denken und die Vorstellung von organischen Strukturen, sich vom negativen Einfluss der islamischen Zivilisation wieder zu befreien und die Errungenschaften der westlichen Zivilisation anzueignen (Lewis 1961: 13). So argumentiert Lewis:

(I)n the westward march (...) that began 1,000 years ago, (the Turkish people) (...) turned to Islam. Now, renouncing a large part though not the whole of their Islamic heritage, they have turned to Europe, and made a sustained and determined effort to adopt and apply the European way of life in government, society, and culture. (T)here can (...) be no doubt that in large and important areas of the public life of Turkey the Westernization revolution is accomplished and irreversible. (Lewis 1961: 479)

Die Gründung der Türkischen Republik betrachtet er als den letzten und entscheidenden Schritt im langen Reformprozess, der die türkische Nation durch die Säkularisierung aus dem entwicklungshemmenden Einfluss der islamischen Religion befreite und in die Welt der Moderne einführte (vgl. Lewis 1961). Die Reformen Mustafa Kemals seien in diesem Sinne durchgeführt, „with the purpose of giving the Turkish state and people a more secular, more national, more modern – and less Islamic character“ (Lewis 1961: 271). Allerdings erkennt Lewis durchaus die Leistungen der Osmanischen Reformer seit dem 18.

Jahrhundert an, die gewisse Grundlagen für die Verwestlichung gelegt haben und sich wieder dem Westen zuwandten. In dieser Hinsicht ist er differenzierter als die republikanische Geschichtsschreibung, die das Osmanische Erbe gänzlich negierte, um die Legitimität der neuen Republik zu stärken. Trotzdem steht auch für Lewis nicht die Kontinuität, sondern die Diskontinuität im Vordergrund. So liegt der Fokus seiner Analyse ausdrücklich auf dem Aspekt des Übergangs „from an Islamic Empire to a national Turkish state, from a medieval theocracy to a constitutional republic, from a bureaucratic feudalism to a modern capitalist economy” (Lewis 1961: 474).

Neben der Säkularisierung wird viertens der modernisierenden Elite und ihren Ideen eine große Bedeutung im Rahmen des modernisierungstheoretischen Ansatz zugemessen. So untersucht Lewis den Modernisierungsprozess aus dem Blickwinkel der Elite. Sie ist es, die zuerst ein eigenes nationales Bewusstsein entwickelte. Sie gründete den modernen Nationalstaat und ergriff die politische Macht im Namen der Nation. Schließlich leitete die Elite die Modernisierung der Massen ein: „(T)he Turkish governing *élite* transformed itself, the state, and finally the country” (Lewis 1961: 478, kursiv im Original). Die Analyse von Lewis konzentriert sich auf die Fragen, wie die Führungs- und intellektuelle Elite sich geformt, wie ihr Denken sich entwickelt und schließlich welche Maßnahmen sie für die Modernisierung des Landes durchgeführt hat. Die Konzentration auf die Elite erklärt sich dadurch, dass sie nach Lewis die Akteure der nationalen Entwicklung darstellten und stellvertretend für die Nation untersucht wurden. Die Modernisierung der Türkei wird damit als eine von der modernisierenden Elite im Namen der Nation vorangetriebenen Entwicklung aufgefasst. Als einziger gesellschaftlicher Konflikt wird damit der zwischen der modernisierenden Elite und den traditionellen Strukturen gesehen. Die Vielfalt der gesellschaftlichen Konflikte wird weitgehend nicht in die Analyse integriert.

Fünftens ist hervorzuheben, dass sich Lewis sehr stark auf die internen Bedingungen und die innere Dynamik der politischen Transformation konzentriert. Der externen Dimension der Entwicklung kommt nur eine sekundäre Rolle zu. Für ihn existieren „three main streams of influence that have gone to make modern Turkey: the Islamic, the Turkish, and a third (the) local” (Lewis 1961: 3). In allen diesen drei Bereichen findet Lewis im geschichtlichen Erbe positive Eigenschaften, die schließlich zur erfolgreichen Behauptung der türkischen Nation gegenüber „der islamischen Zivilisation“ geführt haben. Nichtsdestotrotz erwähnt er auch den Einfluss des Westens auf den Reformprozess als eine

vierte Quelle. Er ist aber den internen Faktoren untergeordnet und spielt lediglich eine befördernde Rolle, um die inneren Kräfte frei zu legen: „Europe may have provided both the starting gun and the winning-post in the Turkish race against history; she did not provide the motive force” (Lewis 1961: 474). Die Konzentration auf interne Faktoren und Dynamiken ist dadurch zu erklären, dass für die Modernisierungstheorie der Nationalstaat den Analyserahmen und die westliche Moderne das Ziel bildet. Lewis geht davon aus, dass die Modernisierung, wie sie im „christlichen“ Westen stattgefunden hat, Ausdruck einer immanenten Eigenschaft der Nation zu betrachten ist, die auch im türkischen Fall Anwendung findet. Jede Nation kann in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmt oder beschleunigt werden – und zwar auch, wie Lewis mit Rückblick auf die Kolonialisierungsgeschichte selbstkritisch anmerkt, durch „the merits and the faults of the Western world“ (Lewis 1961: 16). Ausschlaggebend für den Erfolg jeder Nation auf dem Weg der Zivilisation bzw. des Fortschritts sind aber letztendlich ihre eigenen Qualitäten und Anstrengungen.

Ein weiteres wichtiges Element in der Analyse von Lewis bildet schließlich die Behandlung der Türkei als ein „Sonderfall“. Lewis betont einerseits, dass zwischen den großen europäischen Revolutionen in England, Frankreich und Russland und der türkischen „Revolution“, d.h. der Gründung der Republik im Jahre 1923, viele Parallelen gesucht und Ähnlichkeiten gefunden werden können. Trotzdem sieht er sie als nicht vergleichbar an und vertritt sogar die Ansicht, dass sie radikal unterschiedlich sind. Aufgrund ihrer fehlenden Zugehörigkeit zur christlichen Zivilisation sei die Türkei nicht ein Teil des Westens:

Ottoman Turkey was not a European country but an Islamic Empire, drawing its inspiration from another faith, and shaped by another set of historical events and circumstances. (...) (A)ll the swift yet complex evolution of European life and society, have no parallel in the Islamic and Middle Eastern civilization of the Ottomans. (Lewis 1961: 475)

Andererseits argumentiert er, dass die türkische Revolution auch nicht mit den Unabhängigkeitsbewegungen in den ehemaligen Kolonien in Asien und im Nahen Osten vergleichbar ist. Sie unterscheide sich von den östlichen nationalistischen Revolutionen dadurch, dass die Türken die Verantwortung für ihre eigenen Angelegenheiten übernommen haben und sich darin behaupten konnten. Durch ihre lange Staatstradition und die westliche Orientierung ihrer Eliten waren sie in der Lage, die Unabhängigkeit ihres

Landes gegen den Westen zu behaupten und eine Trennung zwischen Staat und Religion durchzuführen, ohne in eine antiwestliche Haltung bzw. Orientierung an Russland zu verfallen (vgl. ebd.).

In der Türkei machte die klassische Modernisierungstheorie bis in die 1980er Jahre unter den städtischen Eliten fast aller politischen Richtungen den herrschenden Interpretationsrahmen für die politische Transformation aus. So erhärtete sich die positivistisch modernisierungstheoretische Argumentation in der Türkei zu einer Ideologie: dem Kemalismus.⁵ Wie Kili noch im Jahr 1980 argumentierte: „Kemalism is a national ideology of modernization, and as such it continues to be the most favored ideology of the Turkish political elite and intelligentsia” (Kili 1980: 381). Der Kemalismus diente den türkischen intellektuellen Eliten unterschiedlicher Epochen in jeweils veränderten Versionen stets als eine Basis sowohl für das Nationalbewusstsein als auch für die Legitimation des eigenen Status’ als „Modernisierer“.

Dabei lag der Schwerpunkt in den ersten Dekaden der Republik stark auf der Betonung des Nationalstaates, der Säkularisierung und der Verwestlichung. So wurden die traditionellen Strukturen der Osmanischen Gesellschaftsordnung als Grund der Unterentwicklung der türkischen Nation betrachtet und eine radikale Trennung von der Osmanischen Geschichte und religiös geprägten Kultur als eine Notwendigkeit für die Entwicklung gesehen.

Der Akzent verschob sich in den darauf folgenden Jahrzehnten – parallel zu Verschiebungen des Diskurses auf der globalen Ebene – auf Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung. So betrachtete die neue Generation von linken Intellektuellen in den 1960er Jahren, wie z.B. die Yön-Bewegung, die Industrialisierung als die dringlichste Aufgabe für die Modernisierung der Türkei:

We believe that the aims assumed by the Atatürk reforms, such as the attainment of the level of modern civilization, the final solution of the problems of education, the enlivening of Turkish democracy, the realization of social justice and the establishment of a democratic regime on firm foundations, depend upon the success we will achieve in rapid economic development – that

⁵ Der Kemalismus, benannt nach dem Staatesgründer Mustafa Kemal Atatürk, geht zurück auf die programmatische Ausrichtung der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) während des Einparteienregimes in den 1930er Jahren. Er bezieht sich im Wesentlichen auf sechs Grundprinzipien, die sog. sechs Pfeile (*Altı Ok*): Republikanismus, Volkssouveränität, Nationalismus, Populismus, Revolutionismus, Laizismus, und Etatismus.

is, in rapid increase in the level of national productivity. (Yön zitiert in: Landau 1974: 51)

Die Intellektuellen der 1960er Jahre unterwarfen die republikanischen Reformen damit einer internen Kritik und argumentierten, dass die Reformen sich sehr stark auf die institutionellen, rechtlichen und kulturellen Aspekte konzentriert haben. Allerdings teilten sie dasselbe modernistische Selbstverständnis ihrer Vorgänger. Ihrer Meinung nach sollte die Modernisierung jedoch durch Reformen im wirtschaftlichen Bereich vervollständigt werden. Sie definierten die wirtschaftliche Entwicklung als das bevorzugte Ziel der nationalen Entwicklung, benannten den Staat als die „Ausführungsmaschine“ und sich selbst als ihre Anführer.

Auch in den 1980er Jahren dominierte die modernisierungstheoretische Argumentation das intellektuelle Feld. Jedoch erlebte sie eine Akzentverschiebung, die sich darin ausdrückt, dass in den Jahren des Militärregimes zwischen 1980-1983 eine Neubewertung der Religion stattfand. Dieses Mal wurde als das Hindernis für die nationale Entwicklung der gesellschaftliche Werteverfall durch linke Ideologien bestimmt. Um die ideologisch polarisierte Gesellschaft „auf einen Nenner“ zu bringen, propagierten große Teile der etablierten Intellektuellen eine neue Staatesideologie, die „Türkisch-Islamische Synthese“ (TIS). Damit wurde versucht in der Gesellschaft das „Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Aufnahme des Islams in das nationalistische Credo wieder zu beleben“ (Toprak 1989: 55). Dem Staat wurde eine aktive Rolle im religiösen und moralischen Bereich zugeteilt: So wurde der Religionsunterricht in den Grund- und Mittelschulen eingeführt und der Aufbau von religiös orientierten Bildungseinrichtungen von staatlicher Seite stark gefördert.

Seit den 1990er Jahren nimmt der modernisierungstheoretische Ansatz insbesondere durch die kemalistischen Autoren einen wichtigen Platz auf dem intellektuellen Feld ein (vgl. Kışlalı 1993, 1994). Gemeinsamer Grundtenor der kemalistischen Positionen ist die Überzeugung, dass ein grundlegender Gegensatz zwischen der modernisierenden Elite, insbesondere der staatlichen Bürokratie und des Militärs, und dem Islam herrscht, der durch den politischen Islam demagogisch benutzt wird, um das einfache Volk zu manipulieren. Die Gefahren für den türkischen Nationalstaat kommen den kemalistischen Autoren zufolge gegenwärtig aus drei Quellen, dem politischen Islam, dem ethnischen Separatismus und den kosmopoliten Intellektuellen – und damit ausschließlich aus der gesellschaftlichen Sphäre unter der Führung von Gegen-Eliten.

Auch außerhalb der Türkei wirkt das intellektuelle Erbe der Modernisierungstheorie in Bezug auf die Interpretation des politischen Wandels in der Türkei bis in die Gegenwart fort. In Publikationen zur politischen Transformation in der Türkei wie Tibis' „Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus“ (1998) spiegelt sich die dichotomische Denkweise der Modernisierungstheorie wider. Die Transformation in der Türkei wird in diesen Analysen anhand der Gegensätzen Moderne vs. Islam und Staat vs. Gesellschaft interpretiert. Dabei kommen diese Analysen oftmals zur Schlussfolgerung, dass der „Westen“ gegen die Gefahr der „Reislamisierung“, die die Errungenschaften der Republik gefährden könnte, die westlich orientierten Eliten in der Türkei gegen die islamistischen Kräfte unterstützen muss. Die Türkei solle, um den Modernisierungsprozess zu stabilisieren, stärker an Europa angebunden werden – gänzlich integriert könne sie aufgrund der unterschiedlichen historischen Erfahrungen und schließlich der Religion auf absehbare Zeit allerdings nicht werden (vgl. Tibi 1998, Wehler 2004, Agai 2004).

Betrachtet man zusammenfassend die modernisierungstheoretische Konzeptionalisierung der politischen Transformation in der Türkei, dann weist sie eine Reihe von Problemen auf. Sie sollen im Folgenden diskutiert werden.

Erstens begreift dieser Theorieansatz die politische Transformation in der Türkei als einen zielgerichteten Prozess, in dem die türkische Nation unter der Anleitung des Nationalstaates nach dem westeuropäischen Modell aus ihrem unterentwickelten Zustand befreit wurde. Der Prozess der politischen Transformation, als nationale Entwicklung verstanden, wird damit zum Ausdruck der universellen Evolution. Diese lineare Auffassung der geschichtlichen Entwicklung führt dazu, dass alle gesellschaftlichen und politischen Konflikte als Widerstände gegen bzw. Abweichungstendenzen von diesen Entwicklungsweg betrachtet und bewertet werden. Die Modernisierungstheorie ist dementsprechend durch einen ahistorischen Zugang zur politischen Transformation gekennzeichnet und ist nicht in der Lage, deren besondere Qualität in der Türkei begrifflich zu fassen. Die politische Transformation wird somit insgesamt auf einen Prozess der „Konvergenz“ reduziert.

Zweitens basiert die Modernisierungstheorie auf einem Gegensatz zwischen „modernem Staat“ und „traditioneller Gesellschaft“. Der nach dem westlichen Modell aufgebaute Nationalstaat wird positiv bewertet, während die gesellschaftliche Sphäre mit ihrer religiösen und kulturellen Prägung als Ort der Tradition negativ bewertet wird. Der Staat und die Gesellschaft werden dabei gleichzeitig als monolithische Blöcke aufgefasst.

Aufgrund dieser dichotomischen Sichtweise wird die Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft nicht analysiert, sondern der Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft steht im Zentrum.

Drittens führt die Konzentration auf die Elite dazu, dass die aktive Rolle anderer sozialer Akteure bei der Neugestaltung der politischen Strukturen in der Analyse des politischen Transformationsprozess kaum eine Beachtung findet. Die sozialen Akteure, die nicht dem westeuropäischen Modell entsprechen und in diesem Sinne keinen Elitestatus haben, werden als Gegen-Eliten betrachtet, die die Massen für ihre Machtambitionen gegen den modernisierenden Nationalstaat instrumentalisieren. Die Aufgabe der modernisierende Elite ist es, diese internen „Hindernisse“ zu verändern und zu überwinden, damit die in Westeuropa vorherrschenden Strukturen erreicht werden können.

Viertens werden auch Wechselwirkungen zwischen äußeren und inneren Entwicklungen und Prozessen nicht analysiert, da das Verhältnis zwischen „Innen“ und „Außen“ bei diesem Ansatz nur einseitig eine Rolle spielt. Der Westen wird als die Norm konzipiert, im Vergleich zu der die Transformationsgeschichte anderer Gesellschaften als Nationen erzählt wird. Positive und negative Einflüsse werden lediglich als einseitige Prozesse betrachtet. Durch die Interaktion mit dem Westen passen sich die isolierten, in traditionellen Strukturen verhafteten Nationen letztendlich an die westliche Norm an.

Schließlich ist zu kritisieren, dass durch die Konstruktion der Türkei als Sonderfall, der weder zum Westen noch zum Osten gehört, nur eine künstliche Lösung für die Probleme des dichotomischen Weltbilds der Modernisierungstheorie konstruiert wird, das die Welt in Zivilisationen einteilt.

2.2 Der liberale Ansatz

In den 1970er Jahren gerieten die Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie verstärkt in die interne Kritik. Es wurde vor allem mit Blick auf die Transformationsprozesse in Kontexten außerhalb Europas festgestellt, dass der Übergang von traditionellen zu modernen Gesellschaften nicht nur durch den Prozess der Säkularisierung erfolgen muss. Damit wurde die Grundannahme der Modernisierungstheorie, dass das westeuropäische Modell den universellen Weg der Modernisierung darstellt, überarbeitet. In diesem Zusammenhang wurde argumentiert, dass es nicht die Moderne gibt, sondern, wie Eisenstadt es später formulierte, multiple Modernitäten (vgl. Eisenstadt 2002).

The notion of „multiple modernities“ (...) goes against the view of the “classical” theories of modernization and of convergence of industrial societies prevalent in the 1950s (...) One of the most important implications of the term “multiple modernities” is that modernity and Westernization are not identical; Western patterns of modernity are not the only “authentic” modernities, though they enjoy historical precedence and continue to be a basic reference point for others. (Eisenstadt 2002: 1ff.)

Aufbauend auf der internen Kritik der Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie entwickelte eine neue, junge Generation von türkischen Sozialwissenschaftlern einen liberalen Theorieansatz für die Analyse der politischen Transformation in der Türkei. Zu ihnen zählen Wissenschaftler, wie u.a. Şerif Mardin und Metin Heper, die ihre Ausbildung in den USA bzw. an amerikanischen Universitäten in der Türkei erhielten und mit neuen Theorieentwicklungen im angloamerikanischen Raum in Kontakt kamen. Der liberale Theorieansatz für die Analyse des Strukturwandels in der Türkei unterwarf die klassische Modernisierungstheorie und insbesondere den vorherrschenden Deutungsrahmen des Kemalismus einer Kritik, und entwickelte eine neue Leseart der politischen Transformation in der Türkei. Diese neue Version der Modernisierungstheorie gewann spätestens seit Ende der 1980er Jahren eine zunehmend wichtigere Stellung innerhalb der sozialwissenschaftlichen Literatur zum türkischen Transformationsprozess. Auf den liberalen Theorieansatz als eine neue Form der Modernisierungstheorie wird in der gegenwärtigen politischen Diskussion sowohl durch neoliberale sowie islamistisch-konservative als auch links-liberale Intellektuelle sehr stark zurückgegriffen.⁶

Den Ausgangspunkt der Überlegungen der liberalen Intellektuellen bildet ihre Enttäuschung über die schwache Bilanz der Republik bei der politischen und wirtschaftlichen Modernisierung. Sie zeigt sich für die Vertreter dieses neuen Ansatzes in erster Linie in den wiederkehrenden Militärinterventionen 1960, 1971 und 1980. Die damit verbundene Zunahme autoritärer Eingriffe des Staates in die gesellschaftliche Sphäre, die fehlende Demokratisierung des politischen Systems und die anhaltende sozioökonomische

⁶ Für eine ausführliche kritische Besprechung des liberalen Ansatzes türkischer Intellektuellen vgl. Dinler 2003, Güngen/Erten 2005, Yalman 2002. Diese Autoren bezeichnen diesen Ansatz als *Strong-State Tradition*-Ansatz. Wie Dinler betont, werden die Prämissen dieses Ansatzes gegenwärtig zwar durch eine Reihe von türkischen Sozialwissenschaftlern wie Metin Heper, Şerif Mardin, Halil İnalcık, Kemal Karpat, Çaglar Keyder, Ayşe Buğra, Nilüfer Göle, Yeşim Arat, Ertuğrul Özbudun und Ziya Öniş geteilt, trotzdem ist es nicht ein explizit definiertes Forschungsprogramm mit einem einheitlich durchgehaltenen konzeptionellen Rahmen. Diese Wissenschaftler wenden diese Perspektive an eine Reihe von Themen und unterschiedlichen Perioden der türkischen Modernisierung an.

Rückständigkeit im Vergleich zu den europäischen Ländern bildet die Ansatzpunkte der Kritik dieser neuen Generation von Wissenschaftlern. Rückblickend auf die Republikgeschichte stellen die liberalen Intellektuellen fest, dass der Entwicklungsverlauf nicht mit den Annahmen der Modernisierungstheorie übereinstimmte. Sie äußern Zweifel an der Übertragbarkeit des westlichen Entwicklungsmodells auf die Türkei und an der Dichotomie zwischen modernen politischen Institutionen und traditionellen religiösen Strukturen. Sie distanzieren sich von den optimistischen Thesen der klassischen Modernisierungstheorie in Hinblick auf die positive Rolle des Staates im Modernisierungsprozess und die negative Einschätzung des Einflusses der Religion.

Analysiert die klassische Version der Modernisierungstheorie die erfolgreiche Entstehung der modernen Republik mit besonderer Berücksichtigung der kemalistischen Reformen, durchgeführt unter der aktiven Anleitung des Staates, so suchen die liberalen Intellektuellen seit den 1970er Jahren nach den Gründen der Stagnation der politischen Reformen und gesellschaftlicher Entwicklung:

Turkish democracy has been interrupted three times by military interventions: it has experienced three democratic breakdowns and three restorations of democracy. Today, Turkey is still far from having reached the level of advanced representative democracies; why this is the case is the fundamental question. (Özbudun 2000: 1)

Das Buch von Metin Heper, *The State Tradition in Turkey*, das 1985 geschrieben wurde und der Artikel von Şerif Mardin, *Center-Periphery Relations: A Key To Turkish Politics?* von 1973 können exemplarisch für den liberalen Theorieansatz analysiert werden. Im Folgenden sollen die wichtigsten Charakteristika, die diesen Ansatz bestimmen, anhand dieser Beispiele näher beleuchtet werden.

Im Gegensatz zum modernisierungstheoretischen Ansatz bildet erstens nicht die Nation, sondern die Zivilgesellschaft das Subjekt der Geschichte. Deren Emanzipation und freie Entfaltung bilden das Ziel der Modernisierung. So wird die gesellschaftliche Sphäre nicht als Ort der Tradition konzipiert, die durch Passivität, Rückständigkeit und islamische Religion gekennzeichnet ist und damit einen Gegensatz zum modernen Nationalstaat bildet. Sie beinhaltet vielmehr das Potential der Modernisierung. In diesem Sinne werden im Rahmen des liberalen Theorieansatzes die fehlenden Fortschritte bei der

Demokratisierung des politischen Systems, der Übergang zu einer Marktwirtschaft und die ökonomische Rückständigkeit problematisiert (vgl. Heper 1985, Mardin 1973).

Zweitens argumentieren die liberalen Intellektuellen, dass die Tradition als Gegensatz der Modernität im türkischen Kontext nicht nur, wie die Annahmen der Modernisierungstheorie suggerierten, in dem Einfluss der Religion, d.h. des Islams, auf die politische und gesellschaftliche Sphäre besteht. Vielmehr ist sie in den Besonderheiten des türkischen Staates zu suchen, wie es im Titel des Buches von Heper zum Ausdruck kommt (vgl. Heper 1985). Für die Vertreter des liberalen Theorieansatzes stellt im türkischen Kontext vielmehr der Staat den Ort der Tradition dar. Er behindert mit seinen besonderen traditionellen Merkmalen den Weg zur Modernisierung. Dem Staat in der osmanisch-türkischen Tradition werden bestimmte essenzielle Charakteristika als ein von der Gesellschaft unabhängiges Wesen zugeschrieben, die die Modernisierung im Sinne der Entfaltung der Zivilgesellschaft blockieren (vgl. ebd.).

Für Heper existiert eine osmanisch-türkischen *Staatstradition*, die sich durch ihre spezifischen Charakteristika sowohl von der westlichen als auch von den orientalisch-islamischen politischen Formationen qualitativ wesentlich abhebt. Heper basiert seine Thesen auf der Argumentation des Historikers Halil İnalcık:

Turks have had a special State tradition from the time they entered and controlled the Islamic world in the eleventh century. Originated in the steppe empires, this tradition can be defined as recognition of the state's absolute right to legislate on public matters. (İnalcık zitiert in: Heper 1985: 17).

Um die genuine Besonderheit des osmanisch-türkischen Staates zum westeuropäischen Raum zu betonen, benutzt Heper den Begriff „*Strong State*“ (Heper 1992: 146). Heper argumentiert mit Rückgriff auf Max Webers Idealtyp, dass das vorherrschende Charakteristikum der osmanisch-türkischen Staatstradition der Patrimonialismus ist, der bis in die Gegenwart im modernen türkischen Staat fortwirkt. Für ihn ist der türkische Staat durch einen hohen Grad an Autonomie von den gesellschaftlichen Kräften gekennzeichnet und gewinnt dadurch seinen besonderen Charakter. Im Gegensatz zum Feudalismus stellt nach Heper der Patrimonialismus eine Struktur dar, bei dem außerhalb des autonomen Staates keine gesellschaftliche Kraft geduldet wird.

The Ottoman-Turkish polity in its long process of evolution came to stand at the opposite pole so far as the English case is concerned. If in the case of

England the antecedent endogenous variable was centralized feudalism, and, if in France it was decentralized feudalism, in the case of the Ottomans it was patrimonialism. Whereas in both centralized and decentralized feudalism central authority is effectively checked by countervailing powers, in patrimonialism the periphery is almost totally subdued by the centre. (Heper 1985: 14)

Der Staat geprägt durch die Tradition des Patrimonialismus sei nicht interessiert an der Entstehung einer mündigen dynamische Zivilgesellschaft.

Auch in Mardins einflussreichen Artikel, *Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics* (1973) wird als Besonderheit des türkischen Falles das starke Zentrum betont, das die Peripherie dominiert. Ausgehend von einem Vergleich zwischen den sozialen Strukturen im Westen und denen im Osmanischen Reich stellt auch Mardin wesentliche Unterschiede zwischen den beiden sozialen Systemen fest. So hatte im „Westen“ die Peripherie dem Zentrum gegenüber eine gewisse Autonomie. Es existierten vielfältige gesellschaftliche Konfrontationen und Konfliktlinien, u.a. zwischen dem Staat und der Kirche, der Stadt und dem Land, den Bauern und den Adeligen und nicht zuletzt zwischen dem Kapital und der Arbeit. Sie wurden durch Koalitionsbildungs- und Konsensfindungsprozesse geregelt. Im Osmanischen Reich hingegen verliefen die Konfliktlinien nicht zwischen gesellschaftlichen Kräften bzw. sozialen Klassen, sondern es bestand lediglich eine Konfliktlinie zwischen dem Zentrum und der Peripherie, d.h. zwischen der Staatsbürokratie und den Massen. Innerhalb dieser Ordnung, deren Struktur, innere Dynamik und Beziehungsrahmen durch den Staat definiert ist, konnten soziale Akteure nach Mardin nur durch die Einwilligung des Staates Zugang zur Macht finden (vgl. Mardin 1973).

Neben der Staatszentriertheit ist dem liberalen Ansatz drittens eigen, dass er den Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik nicht als Bruch, sondern als Kontinuität darstellt.

Even though in 1923 the newly founded republican state explicitly aimed to sever all ties with the Ottoman past, especially its Muslim institutional and legal framework, the strong state tradition continued to exert its presence during the process of modernization. (Arat 1999: 373)

Der liberale Ansatz argumentiert daher, dass die Emanzipation der politischen Institutionen von der Religion, die durch die kemalistischen Reformen ausgelöst wurden, nicht als eine Zäsur für die Modernisierung betrachtet werden kann. Denn der türkische Staat weist spezifische historische und kulturelle Prägungen auf, die den Verlauf des Modernisierungsprozesses beeinflussen und zu einer Abweichung vom westeuropäischen Modell führen. Zwar wurden moderne Elemente im Zuge der Reformgeschichte in das Staateswesen integriert, aber die Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft in der Türkei haben sich dadurch nur geringfügig verändert. Die Probleme, denen das Land auf dem Weg zur Modernisierung begegnet, können im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden. Der türkische Staat sei, so schlussfolgert Heper, antipluralistisch und autoritär und könne sogar despotisch der Gesellschaft entgegentreten (vgl. Heper 1985).

Für Mardin bildet die Kluft zwischen dem Zentrum und der Peripherie – in der von ihm angenommenen Kontinuität – das Hauptcharakteristikum auch des modernen türkischen Staates. Damit reproduzierten die kemalistischen Eliten eine Strategie der Integration „von oben“ in einer autoritären Art und Weise, wie es auch für das Osmanische Reich typisch war. Die Perpetuierung dieser für das Osmanische Reich charakteristischen Kluft zwischen der Staatesbürokratie und der breiten Bevölkerung habe, so Mardin, ihren Niederschlag in den Methoden der Gründer der Republik gefunden, mit denen sie die soziale Integration im Rahmen des neu gegründeten Staates vorangetrieben haben. So sei die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) während des Einparteienregimes bis Ende der 1940er Jahre weder in der Lage gewesen mit den ländlichen Massen einen Kontakt aufzubauen noch habe sie sich dafür besonders interessiert. Stattdessen habe die kemalistische Ideologie eine starke Anbindung der Gesellschaft an den Staat hergestellt: Einerseits auf der diskursiven Ebene durch den türkischen Nationalismus, durch den den Bürgern eine einheitliche Identität aufoktroziert wurde. Andererseits auf der sozioökonomischen Ebene, bei der „the center’s attitude toward the periphery (was) marked more by patronizing advice than by identification with the plight of the lower classes“ (Mardin 1973: 186).

Daraus folgt viertens für den liberalen Ansatz, dass die krisenhafte Entwicklung der türkischen Demokratie mit den wiederkehrenden Interventionen der Militärs in die politische Sphäre in den Jahren 1960, 1971 und 1980 als ein Ergebnis der *Strong State*-Tradition konzeptualisiert wird. Heper stellt fest: „(A) polity with a dominant state is not the best environment for creating the prerequisites for democracy“ (Heper 1985: 14).

Bereits der Übergang zum Mehrparteiensystem 1946 und die Machtübernahme der Demokratischen Partei (*Demokrat Parti*, DP) als erster Oppositionspartei bei den Wahlen 1950 stellt für Mardin keinen richtigen Bruch mit der Tradition des die Gesellschaft dominierenden Zentrums dar. Stattdessen setzte sich ihm zufolge die strukturelle Trennung zwischen dem Staat und der Gesellschaft im Mehrparteiensystem fort – in Form des Gegensatzes zwischen der CHP als Vertreterin der militärischen und zivilen Bürokratie bzw. des Zentrums und der DP als Vertreterin der demokratisch orientierten Gesellschaft, die eine Liberalisierung eintrat:

(I)ntead of seeing its future tasks in terms of organization and mobilization, the Republican People's Party stood fast for the preservation of Kemalist ideals. And, thus, the bureaucrats selected it as the one party with which they could best cooperate. There were now good reasons to claim that the Republican People's Party represented the "bureaucratic" center, whereas the Democrat Party represented the "democratic" periphery. (Mardin 1973: 186)

Der Militärputsch im Jahre 1960, der von der offiziellen Geschichtsschreibung als die „Revolution von 1960“ bezeichnet wurde, spiegelt für Mardin die Konfliktlinie zwischen Zentrum (Staat) und Peripherie (Gesellschaft) wider. Er zeigt, wie der Staat die Dynamik in der Gesellschaft unterdrückte und die Entwicklung einer modernen Demokratie auf der Basis einer pluralistischen Zivilgesellschaft behinderte:

The Revolution of May 27, 1960 once more underlined the cleavage between the center, now identified with the preservation of a static order, and the periphery, the real "party of movement." The old polarization of center against periphery acquired a new form: the preservers of the Procrustean, early Republican order against those who wanted change. (Mardin 1973: 186)

Das Zentrum zeigte somit, wie Mardin argumentiert, sein wahres Gesicht in wiederkehrenden historischen Situationen. Insbesondere dann, wenn die bestehende Ordnung durch neue gesellschaftliche Kräfte in Frage gestellt wurde, wie es u.a. in den 1950er Jahren während der Regierungsperiode der DP zum Ausdruck kam, bis sie durch einen Militärputsch im Jahre 1960 aus dem Amt entfernt wurde. Auch die Militärintervention im Jahre 1971 interpretieren die liberalen Intellektuellen als Folge des Wunsches der militärischen und zivilen Bürokratie als Repräsentanten des *Strong State* zur rigiden Ordnung des alten und autoritären Systems zurückzukehren. Dies habe die Folge,

dass einerseits die Vorherrschaft der Bürokratie gefestigt werde und andererseits die gesellschaftlichen Kräfte, die das Funktionieren eines jeden demokratischen Systems gewährleisten, unterentwickelt blieben:

The capacity of civil society to create consensus, not by imposition from above, not arrived at once and for all, but progressively as a resolution of conflicts about fundamental claims, is closely related to the ‚fortunes‘ of the state to the extent that if such a consensus is not reached there emerges, or re-emerges, a state that is sovereign and autonomous vis-à-vis civil society. (Heper 1985: 19)

Das Verhältnis zum Staat wird auch durch Mardin als das fundamentale Moment für den Differenzierungsprozess in der Gesellschaft konzipiert.⁷ Die Gesellschaft bzw. die Peripherie wird unter einer „identity as counter-bureacracy“ subsumiert (Mardin 1973: 187).

Auch Heper stellt fest, dass seit dem Ende des Einparteienregimes „(t)he earlier nebulous periphery gradually developed into a ‚civil society‘“. Allerdings wird auch der Militärputsch von 1980 und das Militärregime 1980-1983 im Rahmen des liberalen Ansatzes entlang des Gegensatzes zwischen dem *Strong State* und einer der Zivilgesellschaft gelesen, die nicht in der Lage ist die politische Transformation selbst zugestalten. „The generals decided that there was no hope within the present political framework. And so they acted“ (Heper 1985: 125). Die politische Transformation nach 1980 besteht nach Heper darin, wie der *Strong State* mit den gesellschaftlichen Akteuren umgeht, und wie er die politischen Strukturen neu gestaltet. In diesem Fall wird er repräsentiert durch das Militär, das als eine von der Gesellschaft autonome Macht konzipiert ist. So hebt Heper hervor, das „the post-1980 ‚transition to democracy‘ is qualitatively different from earlier ones of 1961 and 1973“ (Heper 1985: 153). Dieser Unterschied zeigte sich nach Heper in der viel offeneren Haltung des Staates nach der Militärintervention nach 1980 gegenüber der Religion und der Marktwirtschaft anstelle eines bürokratischen Etatismus, wie in den früheren Perioden (vgl. ebd.).

Fünftens wird im Rahmen des liberalen Theorieansatzes auch die sozioökonomische Rückständigkeit der Türkei und ihre fehlende ökonomische Dynamik auf die *Strong State*-

⁷ Zwar existieren schon bei Mardin (1973) Hinweise für die Autonomisierung der Gesellschaft bzw. Entstehung von neuen Konfliktlinien, z.B. zwischen der Arbeit und dem Kapital, allerdings werden diese Prozesse als Randphänomene bezeichnet und nicht näher verfolgt.

Tradition zurückgeführt. Dies verdeutlicht sich insbesondere in der populistischen Anbindung der Massen, d.h. in der Verteilung von ökonomischen Ressourcen bzw. Renten durch den Staat versucht, seine Autorität und die Stabilität abzusichern. Ergebnis dieses besonderen Merkmals des türkischen Staates sei es Heper zufolge, dass die Produktion während der gesamten Periode der Republik nicht auf das angestrebte Niveau der westlichen Länder angehoben wurde (vgl. ebd.). Der *Strong State* und dessen Vertreter, die zivile Bürokratie und das Militär, seien in erster Linie daran interessiert, den Status des Staates und seine politische Macht in der Gesellschaft abzusichern. Die Sicherstellung des sozialen Friedens und der Ordnung bilde damit die wichtigsten Ziele des Staates und weniger die soziale Entfaltung der Gesellschaft. Die lokalen Kräfte werden seitens der zentralen Bürokratie instrumentalisiert, um soziale Unterstützung zu mobilisieren. Im Gegenzug gewähre die zentrale Bürokratie politische und wirtschaftliche Vorteile. Der Zentralstaat wird dabei als „Patron“ und die lokale Prominenz als „Klienten“ konzipiert. Solange die „Klienten“ gehorsam gegenüber dem Staat bleiben, werden sie mit verschiedenen Privilegien belohnt, ansonsten werden sie bestraft. Dasselbe Muster sieht Mardin auch hinter den Versuchen in den 1960er Jahren einen wirtschaftlichen Entwicklungsplan zu implementieren:

Planning seems to relegate all control over one's fate to the limbo of bureaucratic decision: once again, *regulation* raises its ugly head. Whether this is a correct assessment of the planning is irrelevant; the polarity that the perception of regulation creates is of officials versus all others. (Mardin 1973: 186, kursiv im Original)

Schließlich ist es Kennzeichen des liberalen Ansatzes, dass die Annahme der klassischen Modernisierungstheorie in Hinblick die Rolle der Religion in der Gesellschaft kritisiert wird. Der modernisierungstheoretische Ansatz vertritt die Auffassung, dass die Rolle der Religion im Prozess der Modernisierung progressiv abnehmen würde. Im Gegensatz dazu betont Mardin, dass die Modernisierung nicht als die Befreiung von der Tradition konzipiert werden könne. Sie sei vielmehr auf die in jeder traditionellen Kultur bzw. Religion vorhandene endogene Stärke und kreative Kraft angewiesen. Wie er in seiner Studie zur *Nur*-Bewegung und deren Begründer Bediüzzaman Said Nursi (1876-1960) darlegte, versteht Mardin die religiösen Bewegungen in der Türkei als Teil des Modernisierungsprozesses und nicht lediglich als eine Reaktion dagegen (vgl. Mardin 1989). Ihm zufolge gewannen soziale Kräfte, wie insbesondere religiöse Bewegungen, als

eine Antwort auf die Orientierungslosigkeit der Massen an Macht. Denn nach Mardin führte die westliche Gesellschaftsvision der osmanisch-türkischen Eliten im Prozess der Säkularisierung zu einer zunehmenden Entfremdung der Eliten von den Massen und zu Spannungen zwischen dem zunehmend säkularen Zentrum und der traditionell islamischen Kultur der Provinz. „A clinging to Islam, to its cultural patrimony, was the province’s response to the center’s inability to integrate it into the new cultural framework” (Mardin 1973: 179). Die religiösen Bewegungen übersetzten in diesem Kontext moderne Vorstellungen in die Sprache und Weltanschauung der Religion und spielten nach Mardin damit eine transformative Rolle im komplexen Interaktionsprozess zwischen Religion und der sozioökonomischen Entwicklungen (vgl. Mardin 1989).

Wie bereits erwähnt, entwickelte sich der liberale Ansatz zum türkischen Transformationsprozess als Kritik der Modernisierungstheorie, insbesondere in ihrer ideologischen Form als Kemalismus. Unterwirft man den liberalen Theorieansatz seinerseits einem kritischen Vergleich mit der klassischen Modernisierungstheorie, so lassen sich – neben den dargestellten Unterschieden – allerdings auch zahlreiche Parallelen feststellen.

Erstens unterliegt der Analyse, wie auch bei der klassischen Modernisierungstheorie, ein linearer Evolutionsgedanke. Die Modernisierung hat im Rahmen des liberalen Ansatzes nicht *einen* Weg, aber dennoch bilden die westlichen Länder implizit *das* Ziel für die Entwicklung der Türkei, das sie anstreben soll. Anstelle der Revolution, der Herausbildung eines Nationalstaates und der Säkularisierung – Themen der klassischen Modernisierungstheorie – stehen hier allerdings die Konsolidierung der Demokratie, die Entfaltung einer pluralistischen Zivilgesellschaft und einer marktwirtschaftlichen Ordnung als Idealbilder im Vordergrund. Die Analyse der Türkei findet damit in Form einer Suche nach essentiellen Charakteristika relativ zu den impliziert definierten Qualitäten des Westens statt. Gleichwohl wird angenommen, dass nach der Entfernung der Hindernisse, in diesem Fall die *Strong State*-Tradition, eine Entwicklung nach dem Vorbild der europäischen Länder stattfinden kann.

Zweitens werden - ähnlich wie beim modernisierungstheoretischen Ansatz - die internen Strukturen und Traditionen in den Vordergrund der Analyse gezogen. Sie stellen die eigentliche Gründe dar, weswegen sich ein dem Westen vergleichbarer Modernisierungsprozess in der Türkei nicht ereignet hat. Traditionen, wie z.B. die *Strong State*-Tradition, nehmen daher einen zentralen Platz in der Analyse ein, die

Entwicklungsprozesse in Richtung einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung blockieren.⁸

Drittens wird auch bei diesem Ansatz die interne Struktur des Landes, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, dualistisch aufgefasst. So argumentieren die Vertreter dieses Ansatzes, dass es für die politische Transformation in der Türkei charakteristisch sei, dass der starke Staat (Zentrum) und die Gesellschaft (Peripherie) relativ beziehungslos nebeneinander existierten, und dass der mäßigende Effekt von vermittelnden Zwischeninstanzen fehle. Während die Modernisierungstheorie den Staat als ein modernes Apparat betrachtet, der durch die Reformeliten für die Modernisierung der Nation geführt wird, wird beim liberalen Ansatz von einem Staat mit einer eigenständigen Tradition ausgegangen, der die politische und sozioökonomische Struktur von oben auf die Gesellschaft aufoktroyiert und die Modernisierung behindert. Damit behandelt auch der liberale Ansatz Staat und Gesellschaft als voneinander getrennte, in sich homogene Blöcke, als Antithesen. Gleichwohl werden ihre Beziehungen aus der entgegengesetzten Richtung erklärt: Die Probleme, die das Land im Modernisierungsprozess erlebt, werden nicht als Folge der traditionsverhafteten gesellschaftlichen Strukturen gesehen, sondern auf die *Strong State*-Tradition zurückgeführt. Der „dominante“ Staat gibt demnach der Zivilgesellschaft keinen Raum für ihre Entfaltung, und blockiert damit die Modernisierung, Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung. Wie die Modernisierungstheorie leidet auch der liberale Ansatz an einer reduktionistischen Sicht der Staatesbildung. Er scheitert auch daran, die Differenziertheit und die Eigennützigkeit der gesellschaftlichen Akteure wahrzunehmen, die durchaus in der Lage sind, eigene Ziele zu formulieren, einen bestimmenden Einfluss auf die staatlichen Institutionen zu nehmen und damit über eine relative Autonomie verfügen.

Viertens steht auch dieser Ansatz vor der Herausforderung, einen Weg für den Umgang mit den orientalistischen Wurzeln der Modernisierungstheorie zu finden, nämlich mit dem Widerspruch zwischen der Annahme einer linearen Evolution und der Vorstellung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen der westlichen und der islamischen Zivilisation. Dieser Herausforderung wird mit dem Argument geantwortet, dass nicht die Türkische Republik mit Atatürk's Reformen, sondern das osmanisch-türkische Gesellschaftssystem

⁸ Bei Lewis finden internationale Zusammenhänge durchaus Erwähnung. Sie stellen allerdings nur sekundäre Faktoren dar, die dazu verhelfen, dass endogene Veränderungsprozesse gestärkt werden und essentielle Eigenschaften zum Vorschein kommen. Die Zusammenhänge zwischen Innen und Außen werden funktionalistisch interpretiert.

ein Sonderfall darstellt und durch die *Strong State*-Tradition (hier verstanden als Fähigkeit zur Institutionenaufbau im Gegensatz zur dominierenden Bürokratie) und den undogmatische Charakter des „türkischen“ Islams erhebliches Potential für Modernisierung - im breiteren Kontext von ‚multiple‘ modernities - aufweist (vgl. Mardin 2005).⁹

Fünftens besteht zwischen dem modernisierungstheoretischen und dem liberalen Ansatz eine starke Ähnlichkeit in Bezug auf ihre Konzeption der Eliten und ihre Staateszentriertheit. Indem die liberalen Intellektuellen den türkischen Staat als ein monolithisches Wesen konzipieren, das der Gesellschaft keine Autonomie überträgt, rückt auch dieser Ansatz überproportional die bürokratisch-militärischen Eliten als die alleinigen Vertreter des Staates ins Zentrum der Analyse. Allerdings werden sie, im Unterschied zur Modernisierungstheorie, negativ besetzt. Die politischen Vorschläge der Vertreter des liberalen Ansatzes beziehen sich wiederum auch auf die Staateseliten, wie z.B. ihr Vorschlag, den Zentralismus auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene abzuschaffen. Im Kern fordern sie, dass der kemalistische Staat, der ein Hindernis auf dem Weg zur Moderne darstellt, sich endgültig selbst entmachtet. Damit würde die Autonomie der Zivilgesellschaft anerkannt, ihre Entfaltung ermöglicht und der Entstehung einer modernen politischen und wirtschaftlichen Struktur der Weg geöffnet. Wie die Modernisierungstheorie bleibt auch der liberale Ansatz damit letztendlich Staateszentriert.

2.3 Der marxistische Ansatz

Der dritte Ansatz, der im Rahmen dieser Arbeit kritisch diskutiert werden soll, ist der marxistische Ansatz zur Interpretation der politischen Transformation in der Türkei. Den Fokus der Analyse bildet dabei eine neue Strömung, die seit Anfang der 1990er Jahre an Bedeutung gewonnen hat. Da sie die jüngsten Entwicklungen innerhalb des marxistischen Literatur widerspiegelt, soll vor allem auf sie hier eingegangen werden. Die Vertreter dieses neueren marxistischen Ansatzes formulieren ihre Argumente insbesondere als Kritik am liberalen Ansatz und der *Strong State*-Tradition-These. Darüber hinaus sind sie bestrebt, verstärkt auf unorthodoxe marxistische Ansätze, wie die von Antonio Gramsci, zurückzugreifen, um eine materialistische Theorie des strukturellen Wandels in der Türkei zu liefern (vgl. Öncü 2003, Yalman 2002).¹⁰ Dieser neuere marxistische Theorieansatz zur

⁹ Mardin spricht vom „Turkish Islamic Exceptionalism“ (vgl. Mardin 2005).

¹⁰ Gramsci's Begriff der Hegemonie wurde erstmals bei Tünay (1993) für die Analyse der politischen Entwicklungen nach 1980 nutzbar gemacht.

politischen Transformation in der Türkei soll im Folgenden exemplarisch anhand der Arbeiten von Zülküf Aydın (2005), Ahmet Öncü (2003), Sungur Savran (2002) und Galip Yalman (2002, 2004) charakterisiert und kritisch diskutiert werden.

Betrachtet man die genannten Schriften, so fallen besonders die folgenden Charakteristika des Ansatzes auf:

Erstens ist das Subjekt der Geschichte für die neueren marxistischen Intellektuellen weder die Nation noch die Zivilgesellschaft, sondern die Klasse. Deswegen verläuft nach Meinung der marxistischen Intellektuellen die Hauptkonfliktlinie innerhalb der türkischen Modernisierung weder zwischen der Nation und der islamischen Zivilisation, wie die Modernisierungstheorie argumentiert. Noch verläuft sie zwischen einem bevormundenden Staat, der seinem Wesen nach die dynamische Zivilgesellschaft unterdrückt und kolonialisiert, wie die Vertreter des liberalen Ansatzes diagnostizieren. Vielmehr bestehe der Hauptkonflikt zwischen den Klassen bzw. Klassenfraktionen (vgl. Aydın 2005, Yalman 2002, 2004).

Zweitens findet im Rahmen dieses Ansatzes eine funktionalistische Konzeptionalisierung des Staates statt. Nach Yalman kann der Staat nicht als der konstitutive Agent der sozialen Formation und eine autonome Quelle der Macht konzipiert werden. Vielmehr stellt sich der Staat im Rahmen dieses Theorieansatzes lediglich als ein Instrument der Bourgeoisie dar. Der Staat, so die Argumentation, wird durch die Bourgeoisie benutzt, um über die anderen gesellschaftlichen Klassen zu herrschen. Er sei daher keine eigene autonome Struktur, die außerhalb der Gesellschaft mit einer Eigenlogik ausgestattet ist, eigene Interessen formuliert und diese verfolgt (vgl. Yalman 2002). Im Unterschied zur Dichotomie, die sich bei den modernistischen und liberalen Ansätzen niederschlägt, werden hier die herrschenden Klassen bzw. der sog. Machtblock in den Vordergrund gestellt, in deren Interesse der Staat handelt. Damit wird gegen die dualistische Konzeptualisierung von Staat und Gesellschaft als voneinander getrennte Wesen argumentiert, in der der Staat über eine Autonomie unabhängig von der Gesellschaft verfügt (vgl. Aydın 2005, Öncü 2003, Savran 2002, Yalman 2004). Nicht der Staat sei damit stark, sondern die herrschenden Klassen bzw. der sog. Machtblock. Die Klassenanalyse und nicht die Analyse von Zentrum-Peripherie-Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft steht damit im Mittelpunkt des marxistischen Ansatzes. Sie kritisieren die in beiden dargestellten Ansätzen vorkommende Konzeption der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft als ein Null-Summen-Verhältnis, wonach

ein Mehr an Autonomie für den Staat automatisch zu einem Weniger an gesellschaftlicher Autonomie führen würde.

Drittens bietet dieser Theorieansatz ausgehend aus den ersten beiden Punkten einen anderen Interpretationsrahmen für die starke Rolle des Militärs, die autoritären Eingriffe des türkischen Staates und die Instabilität der türkischen Demokratie als der liberale Ansatz (vgl. Savran 2002). So vertritt Savran die Ansicht, dass die starke Rolle des Militärs in der Türkischen Republik nicht vom Osmanischen Reich vererbt worden ist. Seiner Auffassung nach sind die Gründe für den autoritären Staat in den Widersprüchen der türkischen Modernisierung zu suchen. Er argumentiert, dass „the struggles between and within the different classes and strata (...) set the stage for and call forth the military to step forward and take things in their hands in times of crisis“ (Savran 2002: 3). Die Geschichte der Modernisierung der Türkei stellt sich aus dieser Perspektive als die Geschichte der Etablierung und Entwicklung des Kapitalismus, seiner Widersprüche und der diesen Prozess begleitenden Klassenkämpfe dar (vgl. ebd.). In diesem Prozess versuche die Bourgeoisie mit Hilfe des Militärs seine Hegemonie zu errichten, wie Yalman es mit Rekurs auf Gramsci ausdrückt (vgl. Yalman 2004).¹¹ In diesem Prozess besaßen der autoritäre Staat und die wiederkehrenden Militärinterventionen für die Bourgeoisie eine funktionale Rolle, um wesentliche politische und institutionelle Veränderungen durchzuführen, ohne dafür Konzessionen an die beherrschten Klassen zu machen (vgl. Aydın 2005). Damit seien die Krisenhaftigkeit und die Instabilität der türkischen Demokratie mit der Folge einer übermäßigen Gewaltanwendung des Staates auf das soziale und politische Versagen der dominanten Klasse zurückzuführen. Deswegen können sie nicht einfach mit dem Rekurs auf die Eigenheit der türkischen Staatstradition, die stets die Gesellschaft dominieren soll, erklärt werden (vgl. Yalman 2002).

Im Einzelnen wird die politische Transformation in der Türkei nach der eben beschriebenen Auffassung der Vertreter des marxistischen Ansatzes folgendermaßen gelesen: Die Gründung der Republik nach dem Ersten Weltkrieg stellte in ihren Augen einen radikalen geschichtlichen Bruch mit der Osmanischen Tradition dar (vgl. Savran 2002, Yalman 2002). So betrachtet Savran die „kemalistische Revolution“ von 1919-1923 als eine bürgerliche Revolution, die den politischen Herrschaftsanspruch der entstehenden Bourgeoisie manifestierte und den türkischen Staat als einen kapitalistischen Staat verstand

¹¹ Eine Kritik der Rezeption der Theorien von Gramsci, insbesondere des Hegemonie-Begriffs, durch die türkischen marxistischen Intellektuellen kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.

(vgl. Savran 2002: 4). Die Vorherrschaft der bürokratischen Elite, insbesondere zwischen 1923 und 1950, bedeutete nicht eine Weiterführung der Osmanischen Tradition, in der die Staatesbürokratie lediglich an der Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Hierarchie und ihrer Machtstellung interessiert war. Nach Aydın war die dirigistische Rolle der Bürokratie bei der Modernisierung der Gesellschaft vielmehr instrumental für die im Entstehen begriffene türkische Bourgeoisie (vgl. Aydın 2005). Denn die schwache Stellung der türkischen Bourgeoisie im internationalen Wettbewerb machte sie besonders bedürftig für einen starken und interventionistischen Staat, der die Kapitalakkumulation aktiv unterstützte (vgl. Savran 2002). Gleichzeitig sollte der Staat aber einen autonomen Anschein aufrechterhalten:

(T)he civilianised military bureaucracy in this period needed to appear autonomous of class interests in order not to lose the support of powerful landlords and religious and tribal leaders who played a vital role in mobilising support for the independence movement headed by Atatürk. In its reconciliatory role, the military bureaucratic state provided the necessary conditions for the commercial bourgeoisie to enrich itself. (Aydın 2005: 84)

Die Strategie der Staatesgeleiteten wirtschaftlichen Entwicklung des Einparteienregimes in den 1930er Jahren kann aus diesem Blickwinkel weder als die Bestrebung der modernisierenden Elite verstanden werden, die Nation zu entwickeln, noch als Versuch interpretiert werden, ihre Autonomie gegenüber der Gesellschaft abzusichern. Vielmehr muss sie als geplanter Übergang vom Handelskapitalismus zur industriellen Kapitalakkumulation gesehen werden, der im Namen der Unternehmerklasse vollzogen wird (vgl. Yalman 2002).

Für Yalman und Aydın kann auch die Regierungsperiode der DP (1950-1960) mit ihrem anti-bürokratischen Diskurs nicht als ein demokratischer Wendepunkt betrachtet werden. Obwohl die DP eine anti-elitäre Haltung einnahm, verhinderte die Bourgeoisie, dass auch andere Kräfte der Gesellschaft (d.h. die Arbeiter und Bauern) ihre eigenen autonomen Organisationen gründeten. Stattdessen, so betont Yalman, habe das Bürgertum durch eine populistische Politik staatliche Ressourcen mobilisiert und damit – ohne die Vermittlung der Staateseliten – direkte klientelistische Beziehungen mit den Massen etabliert. Damit wird eine Kontinuität zwischen der Phase des Etatismus und der anti-bürokratischen Dekade der Regierung der DP unterstrichen (vgl. Aydın 2005, Yalman 2002).

Auch der Militärputsch von 1960 und die Versuche, eine staatlich geplante Industrialisierungsstrategie zu implementieren, stellen aus der Perspektive des marxistischen Ansatzes weder einen Modernisierungsakt der Eliten noch einen Reflex des „starken Staates“ dar. Sie werden vielmehr in ihrer Funktionalität für die bürgerliche Klasse gesehen, als „the army’s intervention and takeover on behalf of the industrial bourgeoisie on May 27, 1960” (Öncü 2003: 318). So diene nach Savran die Machtübernahme des Militärs im Kontext der Wirtschaftskrise Ende der 1950er Jahre einerseits dem Schutz der am meisten entwickelten Fraktion der Bourgeoisie, des industriellen Bürgertums, gegenüber den nicht-bürgerlichen Teilen der Gesellschaft (vgl. Savran 2002).

Andererseits sei der Putsch für die Beschleunigung der Kapitalakkumulation der Bourgeoisie funktional gewesen. Mit dem Übergang zur importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie seien staatliche Subventionen in die Produktion von Konsumgütern für den geschützten Binnenmarkt kanalisiert worden. Damit habe die industrielle Bourgeoisie mit Hilfe des Militärs versucht, ihre Machtstellung als die führende Klasse innerhalb der herrschenden Klassen zu konsolidieren (vgl. Aydın 2005, Savran 2002). Die ländlichen Massen waren dabei dem modernen Regime weitgehend befremdet geblieben, verfügten aber über eine massiven Stimmacht (vgl. Savran 2002).

Auch die gesellschaftliche und ökonomische Krise der 1970er Jahre, in deren Folge die politische Fragmentierung und Polarisierung stark zunahm und das Land sich am Ende der Dekade in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand befand, wird durch die Vertreter des marxistischen Ansatzes auf die inneren Gespaltenheit des Machtblocks zurückgeführt. So stellt Öncü fest, dass die industrielle Bourgeoisie weder in der Lage war, eine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich zu bringen, noch die politische Kontrolle über den gesamten Staatsapparat zu erringen.

Mainly because of its weak hegemony over the polity, the dominant class has had to govern under various coalitions of the ruling classes. Thus it failed to translate its economic supremacy into social and cultural supremacy. The social failure of the dominant class has been apparent in the ‘survival of an Islamic ethos in social life’ and the rise of Islamic political parties contesting the bourgeois nationalism of the state. (Öncü 2003: 324)

Einen weiteren Grund der Krise sehen sie in der Unwilligkeit der dominanten Klassenfraktion, der industriellen „big bourgeoisie“, die Autonomie anderer gesellschaftlichen Kräfte, z.B., der städtischen Arbeiterschicht, anzuerkennen und mit ihnen einen Kompromiss zu suchen (Öncü 2003: 324).

Der Militärputsch von 1980 wird als eine Reaktion der herrschenden Klasse auf die drohende Staateskrise infolge der gesellschaftlichen und politischen Spaltungen interpretiert. Als die politische und ökonomische Krise nicht mehr zu stoppen war, „the army ‘rescued’ the big bourgeoisie *via a coup d’etat*“ (Öncü 2003: 324). Damit bildete der Militärputsch von 1980 für die marxistischen Intellektuellen keine freiwillige Entscheidung und einen Akt der staatlichen Elite unabhängig von den Klasseninteressen in der Gesellschaft. Er reflektierte vielmehr die Tatsache, dass das Militär als ein Vehikel der Großbourgeoisie intervenierte, um eine gesellschaftliche und politische Umstrukturierung in deren Interesse durchzuführen.

The 1980 military coup and the civilian rule that followed it under the tutelage of the army, was part and parcel of the bourgeoisie’s attempt to strengthen its hegemony rather than the continuation of the ‘state tradition’. The army acted on behalf of the dominant classes in order (...) to speed up Turkey’s integration into the capitalist global economy. (Aydın 2005: 92)

Unterwirft man den marxistischen Ansatz einem kritischen Vergleich mit den oben vorgestellten Ansätzen, werden auch hier wesentliche Gemeinsamkeiten offensichtlich. Wie bei den Vertretern der modernisierungstheoretischen und liberalen Ansätze verfällt auch der marxistische Ansatz bei seiner Analyse der politischen Transformation in der Türkei in eine ahistorische Leseart. Die sich verändernden Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft werden hier zwar nicht lediglich als ein unterschiedlicher Ausdruck der Modernisierung der Nation bzw. der „Staatstradition“ gesehen. Allerdings werden die jeweiligen geschichtlichen Formationen (z.B. der Etatismus der 1930er, der Plan der 1960er oder die wirtschaftliche Liberalisierung der 1980er) alle auf das Interesse der herrschenden Klassen im Gegensatz zur beherrschten Klassen zurückgeführt. Folgt man Öncü, so kann man feststellen, dass “(a) survey of Turkish history shows amply that dominant groups and classes have *always* governed the form and activities of the state” (Öncü 2003: 322, Hervorhebung im Original).

Gleichzeitig reproduzieren die marxistischen Intellektuellen dieselbe dichotomische Denkweise der Modernisierungstheorie und der liberalen Intellektuellen wie Şerif Mardin und Metin Heper. Hierbei wird zwar nicht die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, stattdessen aber die Beziehungen zwischen den Klassen als ein Null-Summen-Verhältnis konzipiert. Die Gesellschaft wird ökonomistisch in die Lager der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, und der Beherrschten unterteilt, die beide unabhängig gegeneinander existieren: Die Herrschenden haben die Macht und die Beherrschten sind machtlos. Dabei führt der Macht- und Autonomiegewinn einer Klasse bzw. Klassenfraktion automatisch zur Macht- Autonomieverlust anderer Klassen bzw. Klassenfraktionen. Nur die gegensätzlichen Paare sind nicht der Staat und die Gesellschaft, sondern die herrschende Klasse und die beherrschte Klasse.

Auch im Rahmen des marxistischen Ansatzes werden der Staat und die Gesellschaft damit als monolithische Blöcke behandelt. Zwar wird die Vorstellung vom Staat als einem substanziellen „Wesen“ außerhalb der Gesellschaft enthüllt, aber gleichzeitig eine andere Vorstellung gefestigt, nämlich die Vorstellung des Staates als „Instrument“ der Bourgeoisie, die ihre Herrschaft über die produktiven Klassen garantiert und fortsetzt (vgl. Yalman 2002).¹² Die herrschende Klasse hat danach direkten Zugriff auf *den* Staat, der in dieser Betrachtung auf das Gewaltmonopol reduziert wird, und manipuliert ihn von „außen“. Dabei bleibt die Darstellung des Machtblocks weitgehend unklar und außer der Bourgeoisie nicht näher spezifiziert. Die anderen sozialen Akteure werden nur als passive und nichtkreative bzw. abhängige Gruppen behandelt. Die Machtkämpfe sind so aufgefasst, dass die kapitalistische Klasse höchstens Zugeständnisse an untergeordnete Gruppen macht. Wenn es zu einem offenen Kampf kommt, dann findet er nur unter den verschiedenen Fraktionen der kapitalistischen Klasse statt. Die marxistischen Intellektuellen überschätzen damit die Bedeutung des sog. „Großbürgertums“ und unterschätzen die Rolle anderer gesellschaftlichen Gruppen sowie politischer Eliten beim Entwurf und Durchführung von gesellschaftlichen und politischen Projekten. Wie bei den anderen Theorieansätzen bleibt die Interdependenz vielfältiger gesellschaftlicher Akteure untereinander und mit den Teilen des Staates unterbelichtet.

Die Vertreter des marxistischen Ansatzes problematisieren zwar die Annahme der linearen Entwicklung, von der die Modernisierungstheorie ausgeht. Allerdings wird die

¹² Besonders hier wird ersichtlich, dass der Begriff der Hegemonie im Rahmen der neueren marxistischen Ansätze zum politischen und sozioökonomischen Wandel in der Türkei in einer reduktionistischen Weise als direkte Beherrschung benutzt wird – und sich damit von Gramscis Hegemoniebegriffs unterscheidet.

Problematik des sozialen Wandels auf eine besondere Art des sozialen Konflikts, nämlich zwischen Klassen, beschränkt. Es ist kritisch zu betrachten, inwieweit die langfristige Entwicklung der türkischen Gesellschaft durch das Klasseninteresse erklärt werden kann. Vielmehr kann angenommen werden, dass auch in der Türkei „das Schicksal einer Klasse von den Erfordernissen der Gesellschaft bestimmt (wird), als das Schicksal der Gesellschaft von den Erfordernissen von Klassen“ (Polanyi 1995: 210). Damit wird die soziale Auseinandersetzung, die insbesondere in den Ländern der Peripherie selten in modernen Kategorien als Klassenkonflikt zu fassen ist, verkürzt dargestellt.

Schließlich liegt auch beim marxistischen Ansatz die Analyse der internen Prozesse im Vordergrund. Die externen Einflüsse finden entweder kaum Beachtung, oder sie werden als sekundäre Faktoren betrachtet. Es gibt fast kein Hinweis auf den Einfluss von Veränderungen im internationalen Systems auf den Wandel der Staates-Gesellschaftsverhältnisse in der Türkei bzw. auf die Rolle der Interaktion zwischen Innen und Außen. Die Verhältnisse zwischen dem Staat und der Bourgeoisie wird innerhalb des nationalstaatlichen „Containers“ analysiert, ohne die Außendimension, die Veränderungen auf der globalen Ebene zu berücksichtigen.

2.4 Zwischenfazit

Das intellektuelle Feld zur Frage nach der politischen Transformation in der Türkei wurde bisher von drei Theorieansätzen dominiert: von der klassischen Modernisierungstheorie, dem liberalen und dem marxistischen Ansatz. Sie unterliegen auch in der Gegenwart den meisten empirischen Arbeiten und den wichtigsten Positionen.

Wie die kritische Diskussion dieser Ansätze gezeigt hat, nähern sich die klassische Modernisierungstheorie und der liberale Ansatz dem strukturellen Wandel der politischen Sphäre in der Türkei mit linear-evolutionär aufgestellten Modellen. Die marxistische Leseart folgt einem einfachen Basis-Überbau-Schemata. Alle drei diskutierten Ansätze analysieren den Transformationsprozess dabei in Hinblick auf die Frage, welche besonderen „Hindernisse“ die „normalerweise“ zu erwartenden Prozesse blockieren und wie diese „Fehler“ zu beheben sind. Dabei wird aus der Sicht der Modernisierungstheorie auf die traditionellen, religiös geprägten Strukturen als Grund der langsamen nationalen Entwicklung hingewiesen, während der liberale Ansatz den *Strong State* als Barriere für die Entfaltung der Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellt. Aus der marxistischen Sicht

wird die Instrumentalisierung des Staates durch die kapitalistische Klasse als Grund der Unterentwicklung des Landes gesehen.

Gemeinsam ist allen drei Ansätzen außerdem, dass sie sich durch eine Staateszentriertheit auszeichnen: Die Modernisierungstheorie betrachtet den Nationalstaates als die ideale Struktur der politischen Repräsentation der Nation und betrachtet ihn als Norm der politischen Sphäre. Sie analysiert deswegen die politische Transformation in der Türkei aus dem Blickwinkel der Entwicklung des modernen Nationalstaates und widmet sich der Frage, wie der Nationalstaat die nationale Entwicklung nach Gründung der Türkischen Republik vorantreibt. Der liberale Ansatz kritisiert die positive Sicht der klassischen Modernisierungstheorie in Bezug auf den Staat, bleibt aber selbst auch Staateszentriert. Er untersucht, wie der *Strong State* die Gesellschaft in den unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung unterdrückt hat. Der marxistische Ansatz analysiert demgegenüber, wie die bürgerliche Klasse den Staat in den verschiedenen Perioden ihrer Entwicklung instrumentalisiert hat. Ein solcher Instrumentalismus fasst den Staat als Werkzeug einer Klasse auf, die eine dem staatlichen Handeln vorgeordnete politische Subjektivität besitzt, die dem Staat prinzipiell äußerlich ist.

Außerdem wurde deutlich, dass bei allen drei diskutierten Ansätze eine dichotomische Betrachtungsweise dominiert, wobei die Transformation als Machtkampf zwischen gegensätzlichen Phänomenen analysiert wird, sei es die Beziehungen zwischen Moderne und Tradition, zwischen Nation und islamischer Zivilisation, zwischen Staat und Zivilgesellschaft oder zwischen der Bourgeoisie und den beherrschten Klassen. Dabei werden die Beziehungen zwischen den gegensätzlichen Kategorien als Null-Summen-Verhältnis konzipiert, indem der Machtgewinn auf der einen Seite zum Machtverlust der anderen Seite führt.

Schließlich wurde deutlich, dass die Frage nach der externen Dimension und den Wechselwirkungen zwischen äußeren und inneren Entwicklungen und Prozessen kaum in die Analyse einbezogen wird. Bei allen diskutierten Theorieansätzen dominierte ein „Container“-Denken bei der Analyse des Strukturwandels in der Türkei.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die diskutierten Ansätze die politische Transformation in der Türkei mit universell und abstrakt konzipierten Modellen analysieren. Sie bedienen sich dabei Kategorien wie u.a. die Nation, der Staat, die Zivilgesellschaft oder die Klasse, die als bereits existierende objektive Gegebenheiten

betrachtet werden, die über eine eigene Identität, Legitimität und Entscheidungskapazität verfügen und das Potential haben, zu autonom handelnden Subjekten der gesellschaftlichen Entwicklung zu werden. Sie akzeptieren die soziale Realität, die sie anhand von vorgegebener Kategorien beschreiben, als den objektiven Handlungsrahmen und bewerten den Transformationsprozess in binären Oppositionen in Hinblick auf einen zielgerichteten Entwicklungsprozess. Damit bleiben die untersuchten Ansätze einem Substanzdenken und einer ahistorischen Denkweise verhaftet. Darin folgen sie „Problemlösungstheorien“ (Cox 1981: 128), bei denen „immer auf der einen Seite das gedanklich formulierte Wissen, auf der anderen ein Sachverhalt (steht), der unter es befasst werden soll“ (Horkheimer 1988: 167). Die Tendenz zu „Problemlösungstheorien“ hängt stark damit zusammen, dass die untersuchten Ansätze darauf abzielen, verwertbare Erkenntnisse zu produzieren und konkrete Handlungsanleitungen für bestimmte gesellschaftliche Akteure auf der nationalen bzw. internationalen Ebene zu geben.

Statt den politischen Strukturwandel in der Türkei anhand von abstrakt definierten Modellen und Kategorien zu analysieren, wird im Folgenden der eigene theoretische Ansatz entwickelt, der einem kritischen Zugang zur sozialen Realität entspringt. Das Ziel dieses alternativen theoretischen Rahmens ist es, den Strukturwandel der politischen Sphäre als einen Prozess zu verstehen, der nicht evolutionär verläuft, sondern aus dem strategischen Kampf unterschiedlicher politischer Projekte resultiert. Damit werden die sozialen Akteure und deren Interdependenz in den Blickwinkel gerückt, die weder auf einen Prozess der nationalen Entwicklung noch auf die Befreiung der Zivilgesellschaft bzw. auf die Klassenherrschaft reduzierbar sind.

3 Der theoretische Rahmen

Ausgehend von der kritischen Analyse der bestehenden theoretischen Ansätze wird im Folgenden der eigene theoretische Zugang entwickelt. Er bezieht sich überwiegend auf das Spätwerk von Michel Foucault, insbesondere auf seine Vorlesungen am *Collège de France* zwischen den Jahren 1977 und 1979 zur Geschichte der Gouvernamentalität, in denen er seine Analyse der Machtverhältnisse auf die politische Ebene anwendet (vgl. Foucault 2006 a, b).¹³

Dabei geht Foucault – im Gegensatz zu positivistischen „Problemlösungstheorien“ – nicht von objektiv vorgegebenen, quasi zeitlosen Kategorien bzw. Wahrheiten aus, wie z.B. einem evolutionären Zivilisations- bzw. Demokratisierungsprozess, der analytischen Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft oder aber der Konzeption des internationalen Systems als (anarchische) Staatenwelt. Er distanziert sich ebenfalls von jenen marxistischen Ansätzen, die einem Ökonomismus verhaftet bleiben und konkrete gesellschaftliche Verhältnisse aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals und die gesellschaftliche Entwicklung in den einzelnen nationalstaatlichen Kontexten vom kapitalistischen Weltsystem ableiten.

„(A)nstatt von Universalien auszugehen, um daraus konkrete Phänomene abzuleiten, oder vielmehr von Universalien als notwendigem Raster für das Verstehen einer bestimmten Zahl von konkreten Praktiken auszugehen“ entscheidet sich Foucault in diesem Sinne dafür, „von diesen konkreten Praktiken aus(zu)gehen und gewissermaßen die Universalien in das Raster dieser Praktiken ein(zu)ordnen“ (Foucault 2006 b: 15). Damit nimmt Foucault Distanz von der bestehenden Ordnung der Welt und fragt, wie diese Ordnung zustande gekommen ist, ob und wie Wandel auf sozialer, politischer und globaler Ebene stattfindet.

Foucaults theoretisches Werk stellt sich für die vorliegende Arbeit als besonders wertvoll dar. Seine Analyse der Machtverhältnisse bietet Ansatzpunkte, um in einem relationalen Denken die Transformation der Staatlichkeit als Ergebnis der Verschiebungen in den konstitutiven Beziehungen zwischen Innen und Außen, zwischen Struktur und Akteur, zwischen Staat und Gesellschaft zu untersuchen. Sein Zugang hilft, die begrifflichen

¹³ Ein Überblick über die zunehmend umfangreiche Sekundärliteratur zum Konzept der Gouvernamentalität von Foucault würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen. Für einen Überblick bzw. für die Nutzbarmachung des Konzepts für die sozialwissenschaftliche Analyse vgl. u.a. Burchell et al. 1991, Bröckling et al. 2000, Dean 1999, Lemke 1997, 2000, 2001 a,b, Rose 1999.

Werkzeuge zu entwickeln, um die politische Transformation im türkischen Kontext als einen Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses und der Art und Weise der Ausübung der politischen Macht zu konzeptionalisieren. Damit können in dieser Arbeit neue Wege einer alternativen Herangehensweise an den Wandel der Staatlichkeit in der Türkei im Kontext der neoliberalen Globalisierung eingeschlagen werden.

Der Nutzbarmachung von Foucaults theoretischen Arbeiten für den eigenen Ansatz liegt eine Haltung zugrunde, die Michel Foucault zum Ausdruck brachte, als er gefragt wurde, was für ihn ein Buch sei: eine „Werkzeugkiste“ (Foucault 1976: 45). Die theoretischen Arbeiten von Foucault werden nicht als vollkommene Repräsentationen der Welt betrachtet, die nur nach ihren inhärenten Regeln auf Problemstellungen anzuwenden sind. Im Gegenteil wird davon ausgegangen, dass „die Kombinationen und Gebrauchsweisen dem Buch nie inhärent (sind), sondern (...) von seinen Verbindungen mit diesem oder jenem Außen ab(hängen)“ (Deleuze/Guattari 1977: 40). In diesem Sinne folgt die Konstruktion des theoretischen Rahmens dem Rat von Deleuze und Guattari: „Ja, nehmt was ihr wollt. (...) In einem Buch gibt's (...) viel, dessen man sich bedienen kann, (...) womit man experimentieren kann“ (Deleuze/Guattari 1977: 41).

Im Folgenden werden zunächst ausgehend von Foucaults alternativem theoretischen Zugang zum gesellschaftlichen Wandel die zentralen Begrifflichkeiten eingeführt, die in dieser Arbeit verwendet werden. In einem zweiten Schritt wird auf Foucaults Analyse der Transformation der Staatlichkeit eingegangen, den er aus dem Blickwinkel der sich verändernden Technologien der Machtausübung untersucht. Schließlich wird auf Foucaults Analyse der Entstehung der neoliberalen Staatlichkeit und der neoliberalen Regierungstechnologie eingegangen. Sie dienen im anschließenden empirischen Teil der Arbeit als „Ansatzpunkte“ zu einer detaillierten und historisch kontextualisierten Analyse der Transformation der Staatlichkeit in der Türkei nach 1980 aus dem Blickwinkel des Auftauchens spezieller Machttechnologien im Kontext der neoliberalen Globalisierung.

3.1 Die begrifflichen Werkzeuge einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung

Zu den zentralen Konzepten, auf die im Rahmen dieser Arbeit Bezug genommen wird zählen: die Analyse der Machtverhältnisse und die gesellschaftlichen Kräfte, die historischen Strukturen sowie die Technologien der Machtausübung. Sie werden im Weiteren im Detail dargestellt.

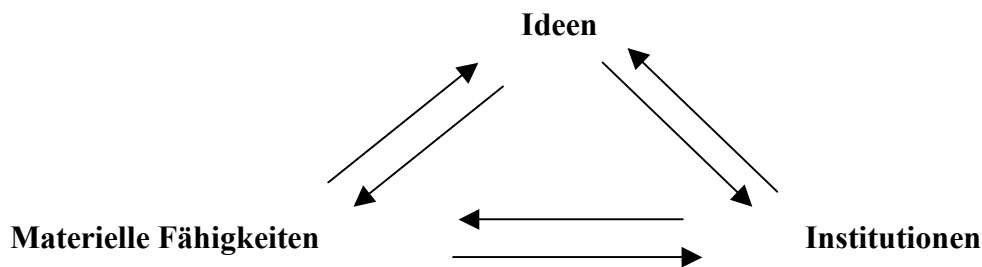
3.1.1 Die Machtverhältnisse und die gesellschaftlichen Kräfte

Für Foucault sind politische und soziale Kategorien, wie u.a. die Nation, der Staat, die Zivilgesellschaft und die Klasse, als globale Effekte der Machtverhältnisse aufzufassen. Dabei wird die Macht nicht als etwas betrachtet, was ein Individuum, ein sozialer Akteur, eine Klasse oder ein Staat besitzen kann, d.h. etwas, das eine Substanz hat, und mit dem die gesellschaftlichen Strukturen verändert werden könnten. Wie Horkheimer betonte: „Wirtschaft, Staat, Recht, Religion, Wissenschaft, Kunst – alle spezifischen Erzeugnisse der Menschen sind in der Geschichte geworden und darum nicht aus den isolierten Individuen, sondern nur aus den Beziehungen dieser Individuen (...) zu verstehen“ (Horkheimer 1987: 235). Foucault versteht unter Macht „eine komplexe strategische Situation in einer Gesellschaft“ (Foucault 1998: 114). Deswegen distanziert Foucault sich von einer Analyse *der* Macht und widmet sich einer Analyse der Machtverhältnisse. Dabei untersucht er insbesondere, wie die Machtverhältnisse organisiert sind bzw. wie Macht in einem sozialen Feld zu einem gegebenen Zeitpunkt ausgeübt wird (vgl. Foucault 1987).

Die Machtverhältnisse können als Konfiguration von gesellschaftlichen Kräften definiert werden. Dabei kann zwischen drei gesellschaftlichen Kräften unterschieden werden, die aufeinander einwirken und sich gegenseitig beeinflussen: Materiellen Fähigkeiten, Ideen und Institutionen.¹⁴

¹⁴ Während Foucault von „Verhältnissen“ spricht und drei Arten von „Macht“ definiert, benutzt Robert Cox, Vordenker der kritischen Theorie der Internationalen Beziehungen, den eingängigeren Begriff der „gesellschaftlichen Kräfte“, wobei er in ähnlicher Weise die Machtverhältnisse beschreibt und charakterisiert wie Foucault. Hier wird zur besseren Verständlichkeit und Unterscheidung zwischen Foucaults Machtbegriff und den „Machtverhältnissen“ auf die Begrifflichkeit von Cox, „gesellschaftliche Kräfte“, zurückgegriffen. Cox benutzt, um die einzelnen gesellschaftlichen Kräfte zu beschreiben, die Begriffe „material capabilities“ (materielle Fähigkeiten), „ideas“ (Ideen) und „institutions“ (Institutionen). Foucault verwendet hingegen die Begriffe „sachliche Fähigkeiten“, „Kommunikationsbeziehungen“ und „Machtverhältnisse“. Auch wenn Foucault in seiner Terminologie seinen theoretischen und methodischen Prämissen konsequent folgt und jede der drei Arten von Macht relational begrifflich fasst, soll hier zum besseren Verständnis Cox gefolgt werden, um begrifflich eingängige Konzepte zu benutzen.

Abbildung 1: Die Machtverhältnisse als Konfiguration der gesellschaftlichen Kräfte (nach Foucault 1987 und Cox 1981)



Unter materiellen Fähigkeiten sind produktive und destruktive Kräfte zu verstehen, „die man über die Dinge ausübt und die einen instand setzt(en), zu verändern, zu gebrauchen, sie zu konsumieren oder zu zerstören“ (Foucault 1987: 251). Sie beziehen sich auf das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur und beruhen auf Fertigkeiten, die direkt körperlich oder über Instrumente vermittelt sind (vgl. ebd.). Sie umfassen damit alle Handlungsweisen in einer gegebenen Gesellschaft. Dazu gehören technologische Fähigkeiten, organisatorische Strukturen einschließlich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie die akkumulierten materiellen Ressourcen (vgl. Hummel 2000: 36).

Eine weitere Kraft, die auf die gesellschaftliche Entwicklung einwirkt, bilden die Ideen. Sie können auch als die Gesamtheit der in einer Gesellschaft vorhandenen Denkweisen definiert werden. Darunter sind erstens die intersubjektiven Bedeutungen zu verstehen, die allgemeine Vorstellungen über die soziale Ordnung in einer bestehenden historischen Struktur darstellen. Sie spiegeln die gemeinsame Kultur einer Gesellschaft wider, die von einigen akzeptiert und von anderen abgelehnt wird, und tragen zur Perpetuierung der Gewohnheiten und Erwartungen an Handlungen bei. Zweitens bestehen Ideen als kollektive Vorstellungen von sozialer Ordnung bestimmter Gruppen innerhalb einer historischen Struktur. Durch dieses „In-Umlauf-Bringen signifikanter Elemente“ wirken konkurrierende Gesellschaftskonzepte kollektiver Akteure in Kommunikationsbeziehungen aufeinander ein (Foucault 1987: 252). Während intersubjektive Bedeutungen in einer spezifischen historischen Struktur allgemein geteilt werden und damit eine gemeinsame Basis für die gesellschaftliche Ordnung bzw. Konflikte bieten, können auf der anderen Seite gleichzeitig mehrere und gegensätzliche kollektive Vorstellungen existieren (vgl. Cox 1981).

Schließlich wirken Institutionen auf die Gesellschaft bzw. auf Individuen oder soziale Akteure ein. Sie sind Verschmelzungen von materiellen Fähigkeiten und Ideen und können damit als institutionalisierte Machtverhältnisse betrachtet werden, die ihrerseits die Entwicklung von Ideen und materiellen Fähigkeiten beeinflussen. Den Institutionen wohnt zwar eine gesellschaftliche Kraft inne, indem sie der Stabilisierung und Verfestigung bestimmter Machtverhältnisse dienen, allerdings werden sie selbst zum Kampfplatz gegensätzlicher Tendenzen oder führen dazu, dass konkurrierende Gegen-Institutionen entstehen, sobald sie sich etabliert haben (vgl. Foucault 1987).

Zwei Punkte müssen in diesem Zusammenhang festgehalten werden. Erstens: Als gesellschaftliche Kräfte bzw. Arten von Macht sind materielle Fähigkeiten, Ideen und Institutionen ohne Substanz. Es gibt also keine Handlungsweise oder ökonomische Macht, die existiert, ohne in Beziehung zu Denkweisen und Institutionen zu stehen. Genauso kann keine Institution Bestand haben, wenn sie nicht mit bestimmten Handlungs- und Denkweisen korreliert. Die gesellschaftlichen Kräfte können nur in Verhältnissen wirksam werden, die die Machtverhältnisse bzw. den Handlungsrahmen ausmachen (vgl. Cox 1981, Foucault 1987).

Zweitens: Zwischen diesen drei genannten Kräften besteht kein linearer Determinismus, sondern sie wirken immer aufeinander und unterstützen sich gegenseitig. Die Frage, was für ein innerer Zusammenhang zwischen diesen Kräften besteht, d.h. in welche Richtung die Kraftlinie verläuft, ist immer eine historische Frage, die für jeden partikularen Fall gesondert beantwortet werden muss (vgl. Cox 1981, Foucault 1987). Die Kontrolle der materiellen Fähigkeiten kann sich z.B. in die Kontrolle von bestimmten Institutionen umsetzen. Institutionen ermöglichen ihrerseits, die Handlungsweisen zu kontrollieren und umzuformen. Im Bereich der Ideen besteht das Potenzial, dass soziale Akteure mittels ihrer materiellen Ressourcen oder über die von ihnen kontrollierten Institutionen das vorherrschende Denken prägen können. Damit werden nicht nur Produktions- bzw. Destruktionskapazitäten, sondern auch kulturelle Formationen, religiöse Überzeugungen und intellektuelle Produktion einerseits und Institutionen andererseits als Kräfte betrachtet, die konstitutiv auf das Entstehen und Handeln von sozialen Akteuren wirken. Für die Untersuchung der Transformation der Staatlichkeit in der Türkei bedeutet das, dass im empirischen Teil der Arbeit die Formation und Entwicklung der politischen Strukturen als Ergebnis von Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfte und damit der Machtverhältnisse im Detail analysiert werden müssen.

3.1.2 Die historischen Strukturen und die Phänomene der Beherrschung

Ein weiteres wesentliches Konzept sind die historischen Strukturen. Die Konstellation von materiellen Fähigkeiten, Ideen und Institutionen bestimmt die soziale Interaktion in dem jeweiligen historischen Kontext, woraus historische Strukturen bzw. soziale Konflikte entstehen und sich der Wandel ergibt. Die soziale Realität wird als eine historische Struktur in ihrer Geschichtlichkeit vor dem Hintergrund der sozialen Existenzbedingungen, d.h. der jeweiligen Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte, verstanden. Eine Analyse der Machtverhältnisse gibt damit den Anspruch auf eine Theorie der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Wandels als kontextfreie, universelle, objektive Beschreibung und auf die gesamte Geschichte anwendbare Verallgemeinerung auf (vgl. Foucault 2006 a).

Eine historische Struktur bildet sich, wenn die Machtverhältnisse in Institutionen stabilisiert sind. Somit ist ihre Mobilität und Reversibilität eingeschränkt, und alternative Handlungsmöglichkeiten und Freiheitsspielräume sind stark beschränkt. Historische Strukturen sind keine fertigen Ergebnisse von gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern vielmehr sind sie als vereinfachte Momentaufnahmen von örtlicher und zeitlicher Begrenztheit aufzufassen.

Die Konzeptualisierung von historischen Strukturen dient dazu, in einer logisch kohärenten Form ein vereinfachtes Bild der komplexen Realität gesellschaftlicher Machtverhältnisse darzustellen und ihre Tendenzen auszudrücken. Die Analyse der Machtverhältnisse impliziert, dass die historischen Strukturen veränderlich sind, und sucht nach konkreten Erklärungen des sozialen Wandels (vgl. Cox 1981).

At its most abstract, the notion of a framework for action or historical structure is a picture of a particular configuration of forces. This configuration does not determine actions in any direct, mechanical way but imposes pressures and constraints. Individuals and groups may move with the pressures or resist and oppose them, but they cannot ignore them. To the extent that they do successfully resist a prevailing historical structure, they buttress their actions with an alternative, emerging configuration of forces, a rival structure. (ebd.: 135)

Innerhalb der historischen Struktur treffen soziale Akteure in strategischen Situationen aufeinander mit der Absicht „auf das Handeln, auf mögliche oder wirkliche, künftige oder gegenwärtige Handlungen“ innerhalb des sozialen Feldes einzuwirken (vgl. Foucault

1987). In diesem Verständnis gibt es kein soziales Feld außerhalb oder jenseits von Machtverhältnissen, keine „machtfreie“ Zone und keine Form interpersonaler Kommunikation, die nicht zugleich ein Machtverhältnis wäre – eben ein Teil der historischen Gesamtkonfiguration gesellschaftlicher Kräfte, „mit denen die Individuen das Verhalten der anderen zu lenken und zu bestimmen versuchen“ (Foucault 1985: 25).

Phänomene der Beherrschung sind in jeder historischen Struktur vorhanden. Soziale Akteure gewinnen eine inhärente Stärke und werden damit stabil und wirksam, wenn sie die Machtverhältnisse in einer bestimmten Art und Weise zu ihrem Nutzen organisieren und das Verhalten von Menschen steuern können. Foucault spricht dabei von „Blöcken“, die sich aus der „Koordination“ bzw. „Verknüpfung“ der drei gesellschaftlichen Kräfte ergeben, wenn z.B. „eine immer besser kontrollierte, immer rationellere und wirtschaftlichere Abstimmung“ zwischen den Handlungsweisen, Denkweisen und Institutionen hergestellt wird (Foucault 1987: 253).

Die Beherrschung ist eine umfassende Machtstruktur, deren Verzweigungen und Konsequenzen bis in das feinste Gestreng der Gesellschaft reichen können, aber zugleich ist sie eine strategische Situation, die in einer historisch langewährenden Auseinandersetzung zustandegekommen und auf Dauer gestellt worden ist. (...) Was (...) die Beherrschung einer Gruppe, einer Kaste oder einer Klasse und die Widersprüche oder Revolten, auf die sie stößt, zu einem zentralen Phänomen in der Geschichte der Gesellschaften macht, ist, dass sie – umfassend, massiv und in gesamtgesellschaftlichem Maßstab – das Einhaken von Machtverhältnissen in die strategischen Beziehungen und ihren wechselseitigen Antrieb manifestieren. (ebd.: 260 f.)

Das Phänomen der Beherrschung innerhalb einer historischen Struktur zeichnet sich damit dadurch aus, dass es sozialen Akteuren gelungen ist, die Dynamik der gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nach bestimmten Techniken und Mechanismen zu ihrem Vorteil zu gestalten, sie in institutionellen Strukturen zu verfestigen und eine dauerhafte Asymmetrie zu etablieren (vgl. Lemke 2001 a).

Die Analyse der Machtverhältnisse kann auf allen Ebenen des sozialen Lebens angewendet werden. Historische Strukturen existieren in den Beziehungen der sozialen Akteure untereinander auf der Ebene einzelner sozialer Felder, wie sie und ihren Wandel Foucault z.B. in seiner Arbeit zum psychiatrischen Feld „Wahnsinn und Gesellschaft. Eine

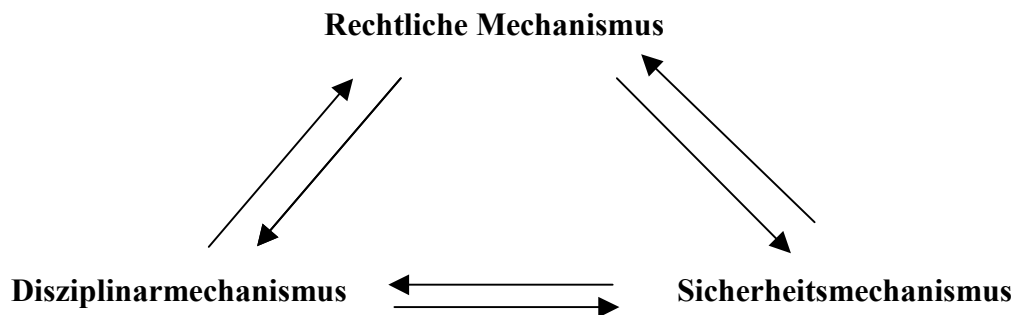
Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft“ oder zum Strafrechtssystem „Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses“ analysiert (vgl. Foucault 1993, 1994). Sie bilden sich auf der Ebene des Staats-Gesellschaftsverhältnisses und spiegeln sich in unterschiedlichen Formen von Staatlichkeit wider (vgl. Foucault 2006 a, 2006 b). Schließlich kristallisieren sich historische Strukturen auf der globalen Ebene in Form von Weltordnungen heraus, die den Gegenstand der Analysen von Robert Cox bilden (vgl. Cox 1981). Der Wandel von historischen Strukturen auf der sozialen, politischen und globalen Ebene hängt einerseits von Veränderungen in den Machtverhältnissen auf diesen Ebenen und andererseits von deren Interaktion untereinander ab (vgl. Cox 1981).

Im empirischen Teil der Arbeit wird untersucht werden, wie sich die historischen Strukturen auf der politischen Ebene in der Türkei in Zusammenhang mit den Transformationsprozessen sowohl auf der sozialen Ebene als auch auf der Ebene der Weltordnung verändern und welche Phänomene der Beherrschung sich im Untersuchungszeitraum neu herausgebildet haben.

3.1.3 Die Technologie der Macht

Ein weiteres Konzept von Foucault, das im Kontext dieser Arbeit Verwendung finden wird, ist die Technologie der Macht bzw. die Machttechnologie. Sie wird von ihm als die spezifische Art und Weise definiert, mit der die gesellschaftlichen Kräfte nach bestimmten Techniken und Mechanismen koordiniert werden. Damit stellt die Machttechnologie das Organisationsprinzip der Machtverhältnisse innerhalb einer historischen Struktur dar. Foucault argumentiert, dass man, um zu verstehen, wie Macht innerhalb eines sozialen Feldes ausgeübt wird, „aus der Institution heraustreten (muss), um sie durch den globalen Gesichtspunkt der Machttechnologie zu ersetzen“ (Foucault 2006 a: 176). Damit rückt die Frage nach der Technologie der Machtausübung in einem sozialen Feld, d.h. nach der Gesamtheit der Mechanismen und Techniken der Steuerung des Verhaltens der Menschen, in den Mittelpunkt der Analyse.

Abbildung 2: Machtmechanismen bzw. –techniken (nach Foucault 2006 a)



Foucault unterscheidet zwischen drei Machtmechanismen bzw. –techniken: Der rechtliche oder juristische Mechanismus, der Disziplinarmechanismus und schließlich der Sicherheitsmechanismus:

(D)as Gesetz verbietet, die Disziplin schreibt vor, und die Sicherheit hat – ohne zu untersagen und ohne vorzuschreiben, wobei sie sich eventuell einiger Instrumente in Richtung Verbot und Vorschrift bedient – die wesentliche Funktion, auf eine Realität zu antworten, so dass diese Antwort jene Realität (...) aufhebt oder einschränkt oder bremst oder regelt. (Foucault 2006 a: 76)

Die Machttechnologie eines sozialen Feldes, die der historischen Struktur ihre Beständigkeit verleiht, besteht in einem spezifischen Korrelationssystem der Machtmechanismen. So stellt jede Machttechnologie eine spezifische Anordnung dieser drei Machtmechanismen bzw. –techniken dar, in dem unter der Dominanz einer bestimmten Machttechnik die jeweiligen anderen Machtmechanismen zu einem System integriert werden (vgl. ebd.).

Nach Foucault kann zwischen drei Machttechnologien unterschieden werden: Erstens, die Herrschaftstechnologie bzw. die Souveränität, in der das Recht und das Gesetz der dominante Mechanismus ist, wobei der Disziplinartechnik und den Sicherheitsmechanismen eine sekundäre Rolle zukommt. Zweitens, die Disziplinartechnologie, die hauptsächlich mit der Vorschrift, der Überwachung und der Normierung arbeitet und eine Übergangsform zur Regierungstechnologie bildet. Und schließlich die Regierungstechnologie, d.h. in Foucaults Worten die „Gouvernementalität“, die als Hauptinstrument die Sicherheitsmechanismen hat, die der sozialen Dynamik freien Lauf gewähren, Freiheit schaffen, um sie in einem zweiten Schritt durch die Techniken des Gesetzes und der Disziplin zu steuern (vgl. ebd.).

Die Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte bewirkt, dass sich innerhalb einer gegebenen Gesellschaft bzw. innerhalb einer ihrer Teilbereiche (z.B. Rechtsordnung, Gesundheitsordnung usw.) eine Machttechnologie, „zum Beispiel eine Sicherheitstechnologie installiert, indem sie sich im Inneren ihrer eigenen Taktik juristische Elemente, disziplinarische Elemente zu eigen macht und in Gang setzt, manchmal sogar, indem sie sie vervielfältigt“ (ebd.: 23).

Somit kann der Wandel der Machtverhältnisse und der Strukturwandel in einem sozialen Feld als eine Geschichte des Wandels der Technologie der Macht in diesem Feld analysiert werden. In diesem Prozess finden nach Foucault, getrieben durch die Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte und in strategischen Kämpfen zwischen sozialen Akteuren, Verschiebungen der Dominanzverhältnisse und Neuordnungen des Korrelationssystems zwischen den einzelnen Machtmechanismen statt, die zu einer Transformation der Machttechnologie führen (vgl. ebd.).

Zusammenfassend stellen die genannten Konzepte, die Machtverhältnisse, die gesellschaftlichen Kräfte, die historischen Strukturen und die Machttechnologien die zentralen begrifflichen Instrumente dar, mit denen im Weiteren der Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses, d.h. der Machtverhältnisse auf dem politischen Feld, untersucht werden soll. Die verschiedenen Machttechnologien, die im Folgenden dargestellt werden, dienen im anschließenden empirischen Teil der Arbeit als Ansatzpunkte für die detaillierte Analyse der Veränderungen der Staatlichkeit in der Türkei nach 1980 und werden daher mit ihren spezifischen Charakteristika im Detail ausgeführt.

3.2 Von der Herrschafts- zur Regierungstechnologie: Staatlichkeit im Wandel

Nachdem im ersten Teil des Kapitels in die alternative Konzeptionalisierung und die Begrifflichkeit des gesellschaftlichen Wandels eingeführt wurde, soll im Folgenden näher auf Foucaults Analyse der Transformation der historischen Strukturen und den sich verändernden Technologien der Machtausübung auf der politischen Ebene eingegangen werden.

Wenn man sich auf die Ebene der Analyse des Staats-Gesellschaftsverhältnisse begibt, so kommt man nicht umhin, sich mit „dem Staat“ in Foucaults Ansatz zu beschäftigen. Sein Verständnis des Staates steht im Gegensatz zu den gängigen sozialwissenschaftlichen Ansätzen. Dort wird der Staat einerseits als eine einheitliche politische Organisation und

autonome Quelle von politischer Macht innerhalb eines gegebenen Territoriums betrachtet, der die Rolle hat, bindende Regeln für die darauf lebenden Menschen zu etablieren und durchzusetzen. Andererseits wird eine Trennlinie zwischen der staatlichen Souveränität und den gesellschaftlichen Akteuren als Objekt der staatlichen Rechtsordnung und Verwaltung gezogen. Schließlich wird der Staat als einheitlicher und zentraler Akteur auf der globalen Ebene betrachtet. Damit wird ein universelles Model postuliert.

Foucault distanziert sich von dieser ahistorischen und dualistischen Auffassung des Politischen. So argumentiert er, dass man eine Theorie des Staates vermeiden muss, die darin besteht, „die Natur, die Struktur und die Funktionen des Staates an und für sich zu analysieren“ und „vom Staat als eine Art politischer Universalie auszugehen“ – „so wie man sich eine ungenießbare Mahlzeit ersparen kann und muss“ (Foucault 2000: 69). Denn der Staat besitzt nach Foucault „(m)it Sicherheit (...) weder in der Gegenwart noch im Verlauf seiner Geschichte je diese Einheit, diese Individualität, diese strikte Funktionalität und (...) diese Bedeutung“ (ebd.: 65). Der Staat ist für ihn weder ein direktes Ergebnis der „Macht“ eines sozialen Akteurs über andere gesellschaftliche Gruppen und damit eine Struktur, die im instrumentellen Sinne dafür da ist, diese Macht zu gewährleisten. Noch besitzt der Staat ein Wesen außerhalb der sozialen Akteure, das sich von außen auf die Gesellschaft aufoktroziert und sie beherrscht. Deswegen kann bei der Analyse des strukturellen Wandels auf der politischen Ebene weder die Souveränität des Staates noch der Gegensatz von Staat und Gesellschaft und die globale Einheit einer Herrschaft (wie die des Kapitals) als objektive Wahrheiten vorausgesetzt werden (vgl. ebd.).

Aus der Perspektive des kritischen Ansatzes von Foucault hingegen stellt der Staat die institutionelle Integration der Machtverhältnisse auf der politischen Ebene dar. Der Staat ist ein Effekt der Machtverhältnisse und keine universelle Realität (Foucault 1998: 118). Auch Robert Cox stellt programmatisch fest: „Critical theory examines the origins of the state, of particular historical forms of state. Critical theorists look into forces that may be changing the nature of the state“ (Cox 1995: 34).

Zwischen dem Staat als der Summe der politischen Institutionen und den Machtverhältnissen besteht damit ein gegenseitiges Verhältnis. Während der Staat als ein institutionalisiertes Machtverhältnis tief in das Innere der Gesellschaft einwirkt und soziale Akteure mitformt, ist er einem ständigen Prozess der Umstrukturierung unterworfen. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verdichten und institutionalisieren sich auf der politischen Ebene, woraus sich die Staatlichkeit als historische Struktur herauskristallisiert.

So wird der Staat von Anfang an relational konzipiert, d.h. als Kondensierung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, historisch fixierter Konsequenz sozialen Handelns. Für Foucault ist der Staat nichts anderes als

der bewegliche Zuschnitt einer ständigen Verstaatlichung oder ständiger Verstaatlichungen, unaufhörlicher Transaktionen, welche die Finanzangelegenheiten, die Investitionsweisen, die Entscheidungszentren, die Formen und Typen der Kontrolle und die Beziehungen zwischen den lokalen Mächten und der zentralen Autorität verändern, verschieben, umstürzen oder allmählich ins Rutschen bringen. (Foucault 2000: 69f.)

Foucault zufolge kann der „Staat“ im Sinne des modernen abendländischen Staates überhaupt nur als ein historisches Phänomen verstanden werden, das sich seit dem 16. Jahrhundert kontinuierlich als eine neue politische Struktur entwickelt hat und einmalig in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften ist. Deswegen plädiert Foucault dafür, „(d)ie Geschichte des Staates (...) auf der Grundlage der Praxis der Menschen (zu schreiben), auf der Grundlage ihres Tuns und der Art und Weise ihres Denkens“ (Foucault 2006 a: 513).

Anstelle des Staates, der als ein gesondertes Wesen außerhalb der Gesellschaft konzipiert wird, tritt damit der Prozess der ständigen Verstaatlichung in den Vordergrund der Analyse. Die dominanten Charakterzüge und Funktionsmerkmale des Staates sind als Folge der dominanten Position bestimmter sozialer Akteure aufzufassen. Sie bilden im Inneren der Gesellschaft Blöcke und lassen Phänomene der Beherrschung hervortreten, indem es ihnen gelingt, das Staats-Gesellschaftsverhältnis nach einer bestimmten Machttechnologie zu gestalten und es in institutionellen Strukturen zu verfestigen.

Foucault unterscheidet drei Formen von Staatlichkeit bei seiner Analyse der Transformationsgeschichte der Machttechnologien des politischen Feldes in den abendländischen Gesellschaften im Übergang zur Moderne: der Gerechtigkeitsstaat, der Verwaltungsstaat und der Regierungsstaat. In diesen Formen der Staatlichkeit werden das Ziel, die Problemstellung und die Instrumente der politischen Machtausübung jeweils nach einer bestimmten Machttechnologie neu definiert.¹⁵ Auf diese drei Formen von Staatlichkeiten wird im Folgenden eingegangen.

¹⁵ Foucaults Thesen in Hinblick auf die moderne Staatlichkeit, in der die dominante Form der Machtausübung die Regierung ist, befinden sich in einer engen Parallelität zu Gramscis Hegemoniebegriff, nach dem der „integrale Staat“ als eine Kombination von „Zwang“ und „Konsens“ bzw. von „Diktatur“ und „Hegemonie“ mit einer Vorherrschaft der jeweils letzteren Elemente definiert ist (vgl. Gramsci 1971).

3.2.1 Die Technologie der Herrschaft und der territoriale Gerechtigkeitsstaat

Als Bezugspunkt der Transformation der Staatlichkeit im Abendland zieht Foucault den territorialen Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters heran. In ihm wird das Staats-Gesellschaftsverhältnis durch die Technologie der Herrschaft strukturiert. Die politische Machtausübung nimmt die Form einer souveränen Rechtssprechung des Herrschers an. Die institutionelle Struktur des Gerechtigkeitsstaates entspricht einer Gesellschaft des Gesetzes, in der die Denk- und Handlungsweisen sich an Gewohnheitsrechten und geschriebenen Gesetzen orientieren, „mit einer großen Garnitur an Verbindlichkeiten und strittigen Rechtsfällen“ (Foucault 2000: 66).

Unter dem Souverän kann dabei Verschiedenes verstanden werden: ein Fürst, eine einflussreiche Familie oder eine prominente Persönlichkeit, eine herrschende Aristokratie oder eine Gruppe von Bürokraten. Deswegen können auch die totalitären Regime der Neuzeit, aber auch die meisten peripheren Formen von Staatlichkeit bis in die Gegenwart, in denen die dominante strukturbildende Technologie der politischen Machtausübung auf der Herrschaft eines Souveräns basiert, als Variationen dieser Form von Staatlichkeit betrachtet werden.¹⁶

Wie Foucault argumentiert, stellt im territorialen Gerechtigkeitsstaat der Souverän das politische Subjekt dar. Er ist im Unterschied zu den Untertanen durch die Prinzipien der Singularität, Transzendenz und Exteriorität charakterisiert. Die drei Prinzipien zeigen sich dabei in folgender Weise:

Zwischen dem Souverän und seinem Herrschertum existiert keine andere Zusammengehörigkeit als die, die darin gründet, dass er der Souverän ist („Singularität“). Im Namen eines theologisch-kosmologischen Kontinuums von Gott zum Menschen ist der Souverän autorisiert über sein Territorium zu regieren, um seinen darauf lebenden Untertanen dabei zu helfen, ihr Heil im Jenseits zu finden. Die Souveränität ist damit an einem äußerlichen Endziel orientiert („Transzendenz“). Außerdem wird auf diese Weise zwischen dem Souverän und seinen Untertanen eine symbiotische Beziehung hergestellt.

¹⁶ Die Ausbreitung dieser Organisationsweise der Machtverhältnisse auf der politischen Ebene, in der eine symbiotische Beziehung zwischen dem Herrscher und den Beherrschten etabliert ist, kommt in den folgenden Zitaten zum Ausdruck. So schrieb Polanyi über die Jägerstämme: „Die Mitglieder eines Jägerstammes übergeben in der Regel das erlegte Wild dem Häuptling zur Verteilung“ (Polanyi 1995: 79). Machiavellis Verhältnis zum Fürsten ist durch dieselbe Technologie strukturiert: „Wer nach der Gnade eines Fürsten strebt, pflegt ihm in der Regel das Kostbarste, was er besitzt, oder doch etwas, was ihm angenehm sein könnte, zum Geschenke zu bringen. Daher werden ihm häufig Pferde, Waffen, Goldstoffe, Edelsteine und dergleichen Dinge, eines Fürsten würdig, dargebracht“ (Machiavelli 1991: 51).

Er dehnt sein herrschaftliches Wohlwollen auf seine Untertanen aus und erwartet im Gegenzug die absolute Loyalität. Wie die göttlichen, moralischen und natürlichen Gesetze es wollen, so will es der Souverän. Der Souverän ist damit kein ordentlicher Teil seines Herrschertums, sondern diesem stets äußerlich („Exteriorität“). In seiner Singularität und Transzendenz ist er durch Überlegenheit gekennzeichnet, worauf die Legitimität seiner Herrschaft basiert. Der Souverän ist der Souverän, weil er überlegen ist. Er ist überlegen, weil er der Souverän ist. Damit besteht in diesem Staats-Gesellschaftsverhältnis eine Zirkularität der Macht (vgl. Foucault 2006 a).

Das Ziel der Ausübung der politischen Macht besteht darin, die Beziehung des Souveräns zu dem, worauf er seine Herrschaft ausübt, markiert durch die territorialen Grenzen, zu schützen (vgl. Foucault 2006 a). Damit bildet das Territorium mit den Dingen auf dem Territorium die Zielscheibe der politischen Herrschaft und nicht die Bevölkerung in ihren diversen Eigenschaften, wie es bei der Machttechnologie der Regierung der Fall ist (vgl. ebd.).

Das wichtigste Problem der Souveränitätsmacht ist damit die Frage nach der Legitimität der Herrschaft über ein Territorium, weil das künstliche Band zwischen dem Herrscher und seinem Territorium bzw. seinen Untertanen dadurch gekennzeichnet ist, dass es stets bedroht und damit instabil ist. „Bedroht von außen durch die Feinde des Fürsten, die sein Fürstentum einnehmen oder zurückerobern wollen; und gleichermaßen von innen, denn es gibt keinen Grund an sich, keinen Grund *a priori*, keinen unmittelbaren Grund, weshalb die Untertanen das Fürstentum des Fürsten akzeptieren sollen“ (Foucault 2000 a: 139, kursiv im Original). Die Legitimität der Herrschaft des Souveräns muss deswegen gegen potentielle Konkurrenten stets nach außen und nach innen hin sichergestellt werden.

Um das Ziel der Bewahrung des Herrschaftsverhältnisses zu erreichen, steht dem Souverän legitimerweise das Instrument des Rechtes zur Verfügung. Die Technologie der Herrschaft basiert damit in erster Linie auf dem rechtlichen Mechanismus. Der Herrscher stellt einen Richter dar. Wie Foucault argumentiert, sind „Gesetz und Souveränität (...) also überhaupt nicht von einander zu trennen.“ (Foucault 2006 a: 150). Das Gesetz selbst ist das Instrument, um „das Ziel der Souveränität, nämlich den Gehorsam gegenüber den Gesetzen durchzusetzen“ (vgl. ebd.). Der Gerechtigkeitsstaat darf allerdings nicht als Rechtsstaat missverstanden werden. Zeichen der Macht des Souveräns ist es, dass es in diesem System keine allgemein verbindlichen Gesetze und eine einklagbare Gerechtigkeit für die Bürger gibt. Das Recht als Instrument steht allein dem Souverän zur Verfügung und

dient zur Konstruktion der Wahrheit durch den Willensakt des Souveräns. Der Souverän schützt das Herrschaftsverhältnis, indem er sein Recht über das Leben seiner Untertanen ausübt. Damit stellt sich die Politik im Gerechtigkeitsstaat als ein Akt des Schwertes dar:

Der Souverän übt sein Recht über das Leben nur aus, indem er sein Recht zum Töten ausspielt – oder zurückhält. Er offenbart seine Macht über das Leben nur durch den Tod, den zu verlangen er imstande ist. Das so genannte Recht ‚über Leben und Tod‘ ist in Wirklichkeit das Recht, sterben zu *machen* und leben zu *lassen*. Sein Symbol war ja das Schwert. (Foucault 1998: 163, kursiv im Original)

Die Souveränitätsmacht ist damit eine repressive, passivierende Macht. Jene Teile der Masse der Untertanen, die dem Herrschaftsverhältnis schädlich zu werden drohen, werden durch einen rechtlichen Akt der Souveränität durch Tod oder Verbannung aus diesem Verhältnis ausgeschlossen. Dabei orientiert sich die Machtausübung des Souveräns an traditionellen Tugenden (Weisheit, Gerechtigkeit, Achtung vor den göttlichen Gesetzen und den menschlichen Sitten) (vgl. Foucault 2006 a).

Ein weiteres Charakteristikum der Ausübung der politischen Macht entsprechend der Herrschaftstechnologie besteht darin, dass die wirtschaftliche Tätigkeit in die sozialen und politischen Beziehungen eingebettet ist und den Prinzipien der Souveränitätsmacht unterworfen wird. Die wirtschaftlichen Aktivitäten erfolgen nicht als Ergebnis des individuellen Interesses an materiellem Besitz, sondern der Sicherung des gesellschaftlichen Rangs. Der Umgang mit dem wirtschaftlichen Überschuss jenseits der einfachen Reproduktion erfolgt durch das Prinzip der Aneignung durch den Souverän, in Form von Abschöpfung der Kräfte und der Reichtümer des Territoriums und der Menschen, die auf diesem Territorium leben. Sie ist Teil des Verhältnisses zwischen dem Souverän und seinen Untertanen. Wie Foucault feststellt, vollzieht sich damit die Herrschaftsmacht im Gerechtigkeitsstaat „wesentlich als Abschöpfungsinstanz, als Ausbeutungsmechanismus, als Recht auf Aneignung von Reichtümern, als eine den Untertanen aufgezwungene Entziehung von Produkten, Gütern, Diensten, Arbeit und Blut“ (Foucault 1998: 163).

Zusammenfassend soll betont werden, dass die Bedeutung von Foucaults Analyse darin liegt, dass er durch seine Fokussierung auf die Frage, *wie* Macht ausgeübt wird, in der Lage ist zu zeigen, dass es nicht die Macht des Souveräns ist, die die Machtverhältnisse

alleine aufrechterhält. Es sind vielmehr die Denk- und Handlungsweisen, die gesellschaftlichen Praktiken, die der Institution der Souveränität unterlegt sind und diese symbiotische Beziehung aufrechterhalten. Damit ist der Souverän keine autonome Quelle von Macht, sondern der absolute Souverän und sein Gesetz entfalten sich aus der speziellen Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses nach der Technologie der Herrschaft. Das bedeutet nicht, dass das Handeln der sozialen Akteure keinen intentionalen Charakter besitzt und keine Absichten und Zielsetzungen verfolgt. Selbstverständlich wird der Souverän z.B. stets versuchen, seine politische Macht durch das Instrument des Rechts auszuweiten. Allerdings wird kein Souverän die Macht haben, die Ausübungsweise der Macht bestimmen zu können, ohne seine Legitimität als Souverän einzubüßen. Denn die Untertanen befinden sich in diesem Staats-Gesellschaftsverhältnis in einer aktiven Passivität, d.h. sie sind Teil einer durch das Prinzip der Souveränität organisierten politischen Ordnung. Und genau darin liegt der intersubjektive Charakter der Machtverhältnisse und der Machttechnologie, die diesen zugrunde liegt.

3.2.2 Die Gouvernentalisierung des Staates: Die Technologie der Disziplin und der Verwaltungsstaat

Die zweite Form der Staatlichkeit in der Transformationsgeschichte des politischen Feldes in den abendländischen Gesellschaften ist Foucault zufolge der Verwaltungsstaat. Nach Foucault werden im Europa des 16. Jahrhunderts diejenigen Machtverhältnisse aufgebrochen, die die Herrschaft eines Souveräns über ein Territorium gerechtfertigt und ermöglicht haben. Die Unfähigkeit der Machttechnologie der Herrschaft am Ende des Mittelalters, den vernichtenden religiösen und politischen Kämpfen die Stirn zu bieten und sie zu beenden, war die erste Ursache, die die bestehenden Strukturen in eine Krise stürzte. In Folge der massiven religiösen und politischen Krise brachen das Reich und die Kirche auseinander, die als die beiden Pole der historisch-religiösen Souveränität das Abendland beherrschten und das Heil, die Einheit sowie die Vollendung der Zeit versprachen. Zweitens konnten die bestehenden Strukturen des territorialen Gerechtigkeitsstaates keinen ausreichenden und wirkungsvollen Rahmen mehr für die neuen Ideen sowie für die neuen ökonomischen und infolgedessen politischen Verhältnisse bieten.

Die neuen Handlungs- und Denkweisen, die u.a. durch die Krise der bestehenden Ordnung, das Anwachsen der Bevölkerung und die Urbanisierung ausgelöst wurden, begannen vom 16. Jahrhundert an, auf allen gesellschaftlichen Ebenen ihre Wirkungen zu zeigen. Das wesentliche Element dieser Transformation besteht nach Foucault darin, dass „Regierung“,

im Sinne einer Tätigkeit, in der es darum geht, die Dinge zu lenken und zu führen, um sie zu erhalten und zu entwickeln, begann, eine immer zentralere Rolle bei den gesellschaftlichen Handlungen, Praktiken und Denkweisen einzunehmen. Allmählich entwickeln sich jene Formen des Zusammenlebens, die Foucault mit dem Begriff einer „gouvernementalisierten Gesellschaft“ bezeichnet, in der eine neue Art und Weise der Machtausübung, die „Regierungstechnologie“, zum Organisationsprinzip der neuen Machtverhältnisse in der sozialen Sphäre avanciert.¹⁷

Im Zuge dieses tief greifenden Strukturwandels dehnte sich nach Foucault die neue Machttechnologie der Regierung schrittweise auf die politische Sphäre aus. In diesem Prozess, den Foucault als die „Gouvernementalisierung des Staates“ bezeichnet, wird die Herrschaftstechnologie schrittweise aufgegeben. Es entsteht im Übergang zur Neuzeit eine neue Staatlichkeit, die ihre politische Rationalität in der Staatsräson und ihre institutionelle Widerspiegelung im „Verwaltungsstaat“ findet. Das Staats-Gesellschaftsverhältnis beginnt immer mehr durch die Technologie der Disziplin strukturiert zu werden, die den Staat als eine Art und Weise der Regierung etabliert. Foucault fasst die Entstehung und den Wandel der modernen Staatlichkeit damit nicht als einen Evolutionsschritt auf, sondern als einen Wandel in den historischen Strukturen auf der gesellschaftlichen und indessen Folge auf der politischen und globalen Ebene. Diesen Wandel analysiert er als den globalen Effekt einer neuen Machttechnologie, die im Kontext neuer materieller Bedingungen, neuer Ideen und neuer Institutionen entstanden und untrennbar mit der Vorgeschichte des Kapitalismus verbunden ist.

Nach Foucault taucht der Staat, verstanden als ein organisches Gebilde samt des Territoriums und der darauf lebenden Bevölkerung, als ein neues Subjekt auf der politischen Bühne überhaupt erst zu diesem Zeitpunkt in Gestalt des Verwaltungsstaates auf. Die Souveränität als Konzept nimmt zwar im politischen Denken in der frühen Neuzeit immer noch einen zentralen Platz ein. Doch der durch das Prinzip der Transzendenz legitimierte Souverän verliert immer mehr an Bedeutung. Die Souveränität recurriert nun nicht mehr auf theologische Begründungen oder auf die Person des Herrschers, sondern auf den Staat, der regiert werden muss.

Damit tritt an die Stelle des Souveräns zunehmend der Staat in das Feld der Praxis und des Denkens der Menschen ein, der eigenen, autonomen Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist

¹⁷ Die Regierung, als die Regierung der Seelen, stellte nach Foucault im Abendland bis dahin die zentrale Tätigkeit der christlichen Kirche dar (vgl. Foucault 2006 a).

und durch die Künste des Regierens verwaltet werden muss.¹⁸ Der Inhaber der politischen Macht, z.B. der König, steht nicht mehr direkt im Verhältnis zu Gott, sondern im Verhältnis zum Staat. Als Beamter, Richter etc. hat er eine funktionale Beziehung zum Staat, von dem er ein ordentlicher Teil ist, und aus dem er seine Autorität ableitet. Auch die Armee, das Steuerwesen, das Rechtswesen – alle bereits existierende Institutionen der Souveränität – beginnen nun als Elemente des Staates angesehen zu werden.

Der Staat als Gesamtheit der Institutionen der Souveränität existierte seit Jahrhunderten. Die Techniken der Regierung der Menschen waren ebenfalls mehr als tausend Jahre alt. Doch ausgehend von einer neuen Gesamttechnologie der Regierung der Menschen hat der Staat die Form angenommen, die wir [heute] kennen. (Foucault 2006 a: 181, Klammer im Original)

Diese neue Staatlichkeit ist eine bestimmte Art und Weise, das Wesen und die Beziehungen zwischen diesen schon bestehenden Elementen zu begreifen und zu analysieren. Der Verwaltungsstaat der frühen Neuzeit kann damit als eine historische Fixierung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet werden. Der Staat wurde zum neuen Verständnisprinzip der politischen Wirklichkeit und die Staatsräson zur neuen politischen Logik (vgl. ebd.).

Damit sind Veränderungen in Bezug auf die Zielsetzung, die Problemstellung sowie die Instrumente der politischen Machtausübung verbunden.

Das Ziel der Ausübung der politischen Macht ist nun die Stärkung des Staates samt seiner Bevölkerung in seinem Überleben(skampf). Nicht das Territorium, sondern die Menschen, die auf diesem Territorium leben, werden schrittweise zur Zielscheibe der Regierung. Die Regierung muss die Verantwortung für die Menschen übernehmen, für „die Menschen in ihren Beziehungen (...) mit jenen Dingen, den Reichtümern, Bodenschätzen und Nahrungsmitteln, natürlich auch dem Territorium“, denn sie machen die Stärke des Staates aus (ebd.: 51).

Parallel dazu koppelt sich die Ausübung der politischen Macht von der teleologisch zugespitzten Reichslehre ab. Der Fortbestand und die Entwicklung des auf sich selbst bezogenen Staates fungiert nun als das alleinige Ziel. Daraus folgt, dass nun die einzelnen

¹⁸ Obwohl Foucault diesen Bezug nicht herstellt, kann die Regierungstechnologie als eine Art des „Denkens in Maschinen“ verstanden werden, wie sie in Hobbes' Einleitung zum „Leviathan“ deutlich wird (vgl. Hobbes 2005).

Staaten ohne einen Bezug auf eine zukünftige Einheit, wie es in der Reichslehre der Fall war, in der Form von einer Gesellschaft der Staaten, d.h. im Plural, existieren werden. Damit entsteht eine neue Weltordnung, in der sich die verschiedenen Staaten im Wettstreit gegenüber stehen. Das Streben nach einem europäischen Gleichgewicht, das zu den Leitgedanken des Westfälischen Friedens gehörte, war eine Folge dieser politischen Technologie (vgl. ebd.).

Auch die Problemstellung der politischen Machtausübung ändert sich. Nach innen wird es wichtiger, die Kräfte eines Staates zu erkennen und zu entwickeln, als die Frage zu klären, welche Legitimität die Herrschaft eines Souveräns über ein Territorium hat. Das Problem ist nicht mehr, wer herrscht, sondern wie regiert wird. In diesem Prozess werden die Fragen nach dem Bereich und dem Gegenstand der Regierung sowie dem Typ von Rationalität, nach dem regiert werden soll, zur wichtigsten politischen Fragen. Zentrale Bedeutung gewinnt die „Staatsräson“ als die neue politische Rationalität. „Regieren nach dem Prinzip der Staatsräson bedeutet, dass man es so einrichtet, dass der Staat dauerhaft und stabil gemacht wird, dass er reich (...) (und) stark gemacht werden kann angesichts all dessen, was ihn zerstören könnte“ (Foucault 2006 b: 17). Nach außen besteht die Problemstellung der neuen Staatlichkeit darin, das durch Pluralität gestützte Staatengleichgewicht zu erhalten (vgl. Foucault 2006 a).

Schließlich kommt es zur Entwicklung von neuen politischen Instrumenten, um mit dem Problem der Erhaltung und der Stärkung des Staates umzugehen. Die neue Technologie der Disziplin bei der Ausübung der politischen Macht führt – anders als die Souveränitätsmacht – zur Ausarbeitung des Begriffs der „Bevölkerung“ und zur Politisierung des Lebens und der Regierung. Die Disziplinarmacht zielt nicht mehr bloß auf die Abschöpfung ab, sondern macht die Wertschöpfung selbst zu ihrem Gegenstand. „Es geht nicht mehr darum, auf dem Feld der Souveränität den Tod auszuspielen, sondern das Lebende in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren“ (Foucault 1998: 172).

Die Entwicklung von neuen Instrumenten der politischen Machtausübung steht nach Foucault in einer engen Verbindung mit der Entwicklung des Handelskapitalismus im Übergang zur Neuzeit.¹⁹ Vom Handel erwartet man, dass er den Staat reicher und stärker

¹⁹ Der Verwaltungsstaat spielte eine wesentliche Rolle als Großabnehmer industrieller Produkte, durch merkantilistische Wirtschaftspolitik, durch staatliche Förderungen des Manufaktursystems, durch die gesetzliche Ausdehnung des Normalarbeitstages, durch die Sicherung eines stabilen Geldsystems eine wesentliche Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus (vgl. Polanyi 1995).

macht (Foucault 2006 a: 487). Die neue Regierungsrationalität der Staatsräson stellt damit gleichzeitig das Ergebnis und das Mittel des Übergangs von der Moralökonomie zur politischen Ökonomie dar:

Die Einführung der Ökonomie in die politische Amtsführung ist, glaube ich, der Haupteinsatz, um den es beim Regieren geht. (...) Um den Staat zu regieren, wird man die Ökonomie einsetzen müssen, eine Ökonomie auf der Ebene des Staates als Ganzem, d.h. man wird die Einwohner, die Reichtümer und die Lebensführung aller und jedes Einzelnen unter eine Form von Überwachung und Kontrolle stellen. (Foucault 2006 a: 49)

Im modernen Staat nimmt die Ausübung der politischen Macht die Form der Anreizung, Verstärkung, Kontrolle, Überwachung, Steigerung und Organisation der unterworfenen Kräfte an. Die Disziplinarmacht erfasst, kalkuliert, reglementiert und kanalisiert die Verhaltensweisen der Individuen mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und ihre Kräfte effektiver zu nutzen. Überwachung und Kontrolle werden zu Richtlinien, denen sich die Souveränität unterordnet.

Die Ausübung der politischen Macht nach der Disziplinartechnologie stützt sich auf zwei Ensembles politischer Instrumente, die zum Ziel haben die Entfaltung der Kräfte nach innen und nach außen zu organisieren.

Der erste Komplex von politischen Instrumenten besteht aus der „Polizei“, im Sinne des Wortes, wie es in der frühen Neuzeit gebraucht wurde. Damit ist die moderne Verwaltung als die Gesamtheit von Mitteln gemeint, die notwendig ist, um die Kräfte des Staates im Inneren zu fördern und zu erhöhen, bei gleichzeitiger Erhaltung der Ordnung des Staates. Das Ziel der Verwaltung ist es, auf der Grundlage der Arbeit der Menschen öffentlichen Nutzen zu schaffen. Ihre Methoden sind Reglementierung und Disziplin. Der Verwaltungsstaat greift in alle Lebensbedingungen des Volkes ein. Er regelt prinzipiell alle Formen des menschlichen Zusammenlebens mit dem Ziel, dass die Subjekte ein ökonomisch sinnvolles Leben führen. Die Steigerung der Zahl der Menschen, die Versorgung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse, die Gewährleistung ihrer Gesundheit und ihre Versorgung mit Arbeit sowie der Verkehr der Waren sind die Gegenstände, um die sich die „Polizei“ kümmert. Die Einführung der modernen Verwaltung geht einher mit der Geburtsstunde der modernen Institutionen wie der Schule, der Kaserne, des Spitals, des Gefängnisses, der Fabrik, der Arbeitshäuser, der Irrenanstalten etc. Das Ziel die Kräfte zu

verwalten, erfordert nach innen Messtechniken, um die Kräfte der Bevölkerung zu erheben und dann zu erhöhen. Dafür wird die „Statistik“ erfunden.

Die Autorität der Verwaltung ist eine andere als die juristische Autorität. Sie greift nicht im Falle einer Streitigkeit punktuell ein, sondern sie ist omnipräsent. In Folge der Entwicklung der modernen Verwaltung gewinnt die Normierung durch regulierende und korrigierende Mechanismen wachsende Bedeutung, während das juristische System des Gesetzes an Bedeutung verliert. Wie Foucault argumentiert, bedeutet diese Entwicklung aber nicht, „dass sich das Gesetz auflöst oder dass die Institutionen der Justiz verschwinden, sondern dass das Gesetz immer mehr als Norm funktioniert, und die Justiz sich immer mehr in ein Kontinuum von Apparaten (Gesundheits-, Verwaltungsapparaten), die hauptsächlich regulierend wirken, integriert“ (Foucault 1998: 172).

Die innere Struktur des Verwaltungsstaates und die Weltordnung, die auf der Pluralität von Staaten basiert, sind durch die sozioökonomische Ordnung des Merkantilismus miteinander verbunden. Der Merkantilismus ist somit eine Technik der Stärkung der Staatsmacht innerhalb des europäischen Wettbewerbs, bei dem der Handel als Waffe genutzt wird. Die Herausforderung für den Staat besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Staaten herzustellen, die in Konkurrenz zueinander stehen. Um dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten wurde der zweite Komplex von Instrumenten des Verwaltungsstaates entwickelt. Dieser besteht aus den diplomatisch-militärischen Techniken und kommt nach außen hin zum Einsatz. Der moderne Staat setzt zwei neue Instrumente ein: eine feste Armee und die Diplomatie, die ständig bereit sind im Falle eines Ungleichgewichts zu intervenieren. Als Instrumente des modernen Staates nach außen ist es ihre Aufgabe, die Kräfte des Staates durch ein System von Bündnissen und durch die Organisation eines bewaffneten Apparates zu sichern und weiterzuentwickeln (vgl. Foucault 2006 a).

Zusammenfassend kann der moderne Staat damit nicht in erster Linie als eine institutionell-administrative Struktur konzipiert werden, die außerhalb der Gesellschaft ein Wesen hat, sondern vielmehr als eine Art von politischer Machtausübung, die sowohl von den Herrschenden als auch von den Beherrschten nicht zu trennen ist.

3.2.3 Die Technologie der liberalen Regierung und der Regierungsstaat

Die dritte Form der Staatlichkeit in der Transformationsgeschichte der Machttechnologien des politischen Feldes in den abendländischen Gesellschaften ist Foucault zufolge der

Regierungsstaat. Im 18. Jahrhundert gerät nach Foucault die historische Struktur des Verwaltungsstaates zunehmend in eine Krise. Im Inneren war der Verwaltungsstaat nicht mehr in der Lage, die neuen sozialen Probleme, wie den Nahrungsmittelmangel und die Armut in Folge des Bevölkerungswachstums, mit Verordnungen und Reglementierungen zu lösen. Gleichzeitig wurden im Außenhandel die Grenzen des Nullsummen-Spiels des Merkantilismus unübersehbar. Außerdem tauchten Veränderungen in den materiellen Kapazitäten auf, wie z.B. der erstmalige Einsatz von komplizierten Maschinen und Produktionsstätten im Rahmen der kommerziellen Gesellschaft des Merkantilismus. Um die teuren Maschinen bezahlbar zu machen, musste in großen Mengen produziert werden. Dafür mussten alle beteiligten Faktoren der Produktion jederzeit frei käuflich sein, um einen optimalen Einsatz der Maschinen zu gewährleisten (vgl. Polanyi 1995). Die Kritik an den bestehenden Strukturen kam auch in den neuen Denkweisen, insbesondere in den Theorien der Ökonomen des 18. Jahrhunderts, zum Ausdruck. Sie argumentierten, dass die ökonomischen Phänomene durch Reglementierung und Disziplin nicht zu lenken seien, weil sie ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen: Versucht man z.B. durch Reglementierung den Preis niedrig zu halten, verringert sich die Menge auf dem Markt, so dass der Preis steigt. Deshalb forderten die Ökonomen, die Reglementierung durch die polizeiliche Autorität mit einer Regulierung der wirtschaftlichen Prozesse zu ersetzen, die die Marktpreise nicht antastet. Außerdem forderten die Ökonomen, dass man den Handel zwischen den Ländern frei spielen lassen sollte. Schließlich erkannten die Ökonomen, dass die Bevölkerung für die Stärkung des Staates nicht in ihrer absoluten Zahl wichtig war, sondern im Verhältnis zu anderen Faktoren, wie z.B. Ressourcen, Arbeitsmöglichkeiten usw., die die Kräfte der Bevölkerung in „natürlicher Weise“ beeinflussten (vgl. Foucault 2006 a). Angesichts der wiederkehrenden Probleme und Veränderungen in den Handlungs- und Denkweisen konnte das Staats-Gesellschaftsverhältnis nicht mehr durch die Technologie der Disziplin stabilisiert werden.

Im Zentrum der Transformation der Staatlichkeit ab Mitte des 18. Jahrhunderts steht nach Foucault die Integration der bürgerlichen Gesellschaft als ein neues autonomes politisches Subjekt in die Ausübung der politischen Macht. Als Gesamtheit der ökonomischen Subjekte wird sie sichtbar als ein politisches Subjekt mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, die von außen nicht direkt zu beeinflussen sind (Foucault 2006 a).²⁰ Denn auch, wenn innerhalb der Logik der Staatsräson zwar ein impliziter Verweis auf die Bevölkerung

²⁰ Diese Entwicklung beschreibt Polanyi als die „Entdeckung der Gesellschaft“ (vgl. Polanyi 1995).

existierte, stellte sie nur einen Gegenstand des Staates dar und wurde noch nicht als ein selbständiges Element betrachtet.

Das liberale Denken geht nicht von der Existenz des Staates aus, um dann im Regieren das Mittel zur Erreichung des Zwecks zu sehen, den er für sich selbst verkörpert. Es geht vielmehr von der Gesellschaft aus, die sich in einem komplexen Exterioritäts- und Interitoritätsverhältnis zum Staat befindet. (Foucault 2006 b: 437)

Die Idee der Gesellschaft ermöglicht es, eine Technologie der liberalen Regierung zu entwickeln, die sich ständig dem Kalkül der Nützlichkeit unterwirft und dadurch gleichzeitig ihre Begrenzung erfährt. Die Technologie der liberalen Regierung stellt, so Foucault, „eine Führung der Führungen“ oder eine Form der Machtausübung dar, die nicht eine Handlung erzwingt, sondern sie wahrscheinlich macht (vgl. Foucault 2006 a, 2006 b).

Im Zuge dieser Transformation setzt sich der Prozess der Gouvernentalisierung des Staates fort. Es entsteht der Regierungsstaat, in dem die Zielsetzungen, die Problemstellung sowie die Instrumente der politischen Machtausübung neu definiert wurden.

Der Staat ist nun für eine „bürgerliche Gesellschaft“ verantwortlich und soll die Führung dieser bürgerlichen Gesellschaft gewährleisten (Foucault 2006 a: 502). Im Regierungsstaat ist das Ziel der politischen Machtausübung die Sicherstellung der Freiheit der Märkte als Aktionsraum der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat ist nicht mehr das Prinzip für das Wohl der Einzelnen. Vielmehr ermöglicht die bürgerliche Gesellschaft, in der die Einzelnen mit dem Ziel der Profitmaximierung in Konkurrenz zueinander stehen, die Entfaltung der Kräfte des Staates und das Glück aller (vgl. ebd.).

Wovon wird das Glück des Ganzen (...) abhängen? Nicht einfach von diesem autoritären Eingreifen des Staates, der in Gestalt der Polizei den Raum, das Territorium und die Bevölkerung reglementieren wird. Das Wohl aller wird durch das Verhalten eines jeden sichergestellt werden, sobald der Staat bzw. die Regierung weiß, auf welche Weise man die Mechanismen des Einzelinteresses spielen lassen soll, die durch die Phänomene der Kumulierung und der Regulation schließlich allen dienen werden. (ebd.: 497)

Dabei ist zu unterstreichen, dass die Transformation sich nicht dadurch auszeichnet, dass der Markt bzw. die Ökonomie eine dominante Position gegenüber dem Staat gewinnt und

ihn begrenzt. Der Wandel besteht vielmehr darin, dass die Ökonomie selbst das Muster der neuen liberalen Regierungsrationalität bildet.

Die Problemstellung der liberalen Regierung liegt im Unterschied zur Staatsräson nicht darin, mit welchen Mitteln das unbegrenzte Wachstum des Staates an Kraft, Reichtum und Macht abzusichern ist. Das Problem des Liberalismus bildet vielmehr die Frage nach der Bestimmung des richtigen Maßes der Regierungstätigkeit, die durch die „Natur“ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse gegeben ist und deren Überschreitung das zielgerichtete Funktionieren dieser Prozesse beeinträchtigen würde (vgl. Foucault 2006 b). Die Regierung hat damit keine direkte Einflussmöglichkeit mehr auf die Dinge und die Menschen. Eine gute Regierung muss sich selbst beschränken können, um effektiv zu sein: „Das ganze Problem der kritischen gouvernementalen Vernunft (dreht) sich um die Frage (...), wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren“ (ebd.: 29).

Mit dieser Verschiebung verändern sich auch die Instrumente der politischen Machtausübung. Das starre Regierungsmodell des Verwaltungsstaates gerät mit dem Auftauchen der neuen Koordinate „bürgerliche Gesellschaft“ ins Wanken. Die liberale Regierungstechnologie zeichnet sich demgemäß darin aus, dass ein neues Prinzip eingeführt wird, das zum Ziel hat, von innen her die Ausübung der Regierungsmacht zu begrenzen.

Das neue Begrenzungsprinzip nimmt die Form der Ökonomie an und der Markt wird als Grenze des Regierungshandelns platziert. Die liberalen Praktiken zielen nicht mehr darauf ab:

mit aller Kraft zu verkaufen, um soviel Gold wie möglich wieder ins Land zurückzuführen oder zu importieren, sondern bei diesen neuen Techniken der Gouvernementalität, die die Ökonomen ansprechen, wird es darum gehen, die anderen Länder in Regulationsmechanismen einzubinden, die innerhalb von jedem Land operieren werden. (...) Man wird den Wettbewerb nicht zwischen den Staaten, sondern zwischen den einzelnen spielen lassen. (Foucault 2006 a: 496)

Die Ordnungsmacht des Staates im Bereich der Ökonomie wird demgemäß auf ein Minimum reduziert, um Kräfte freizusetzen, die keiner staatlichen Gesamtperspektive mehr unterstehen. In der Sphäre der Wirtschaftspraxis muss der Staat unsichtbar bleiben

und darf sich nicht in die Interessen seiner Untertanen einmischen (vgl. Foucault 2006 b). Der Markt wird vielmehr zum großen Mechanismus des Anreizes.

Im liberalen Regierungsstaat besitzt die Freiheit nicht nur als Recht der Individuen einen besonderen Status, sondern sie ist Bestandteil der Gouvernamentalität, d.h. der liberalen Regierungstechnologie: „Die Freiheit nicht zu achten bedeutet (...) vor allem, nicht ordentlich regieren zu können“ (Foucault 2006 a: 506). Dafür geht mit der Einrichtung des freien Marktes der Aufbau eines neuen Rechtssystems einher, das auf die Achtung der Freiheiten basiert. Die Autorität des Staates wird nun zum Instrument der Sicherstellung der individuellen Eigentumsrechte, die für die Produktion notwendig sind. Dabei ist dieses neue öffentliche Recht durch seine Flexibilität gekennzeichnet. Es zielt nicht darauf ab, die soziale Entwicklung von außen zu formen, sondern reagiert auf die soziale Entwicklung. Parallel zur Einrichtung der Freiheit in der wirtschaftlichen Sphäre findet eine Zerlegung der „Polizei der Staatsräson“ statt.

Auf der einen Seite entstehen neue Arten der Intervention des Staates in Form von Sicherheitsmechanismen. Diese neuen Formen der Staatsintervention versuchen nicht die soziale Entwicklung zu reglementieren. Sie wirken nicht normierend, sondern normalisierend. Sie verstehen die Gesellschaft als eine Zusammenballung von Kräften, Interessen, Wünschen und Werten, die nicht konstant ist, sondern sich immer wieder nach eigenen Gesetzmäßigkeiten neu konstituiert. Sie zielen darauf ab, die Bevölkerung als Gesamtheit von „natürlichen Phänomene“ derart zu steuern, sodass sie nicht vom gewünschten Kurs abweicht und die gleichzeitige Maximierung der Freiheit bei gleichzeitiger Minimierung des Risikos aufrechterhalten werden kann. Die Sicherheitsmechanismen gewähren der sozialen Dynamik freien Lauf, um sie in einem zweiten Schritt durch die Techniken des Gesetzes und der Disziplin zu steuern. Dabei gilt das Prinzip der Begrenzung der Machtausübung durch das Kalkül der Nützlichkeit. Die Sicherheitsmechanismen basieren auf einem deterritorialen Denken. Sie integrieren ständig neue Elemente des sozialen Lebens in den Wirtschaftsprozess und zielen gleichzeitig auf die Expansion des Marktes auf der globalen Ebene ab (vgl. Foucault 2006 a).²¹

Auf der anderen Seite existiert die Institution der Polizei, die allerdings im Regierungsstaat eine ausschließlich einschränkende Funktion hat. Ihre Aufgaben ist es neben dem Recht

²¹ Wie Foucault betont, steht diese neue Sichtweise der Bevölkerung in engem Zusammenhang mit der Entstehung von neuen Wissenschaften, wie die Sozialmedizin, die öffentliche Hygiene, die Demographie und schließlich die politische Ökonomie, die insbesondere mittels der Statistik und der Wahrscheinlichkeitsrechnung ein neues Wissen von der Bevölkerung produzierten (vgl. Foucault 2006 a).

die Bewahrung der Ordnung und die Verhinderung von Unregelmäßigkeiten zu gewährleisten (vgl. ebd.).

Außenpolitisch dienen der diplomatische und der militärische Apparat unverändert als Instrumente der politischen Machtausübung des Regierungsstaates. Die Auswirkung des Auftauchens der liberalen Regierungstechnologie auf der Ebene der Weltordnung ist nach Foucault die Entstehung des Imperialismus. Damit wird das imperiale Prinzip wieder aktiviert, zwar nicht in Form des Kaiserreichs, aber durch die neue Stellung Europas als unbegrenzte wirtschaftliche Entwicklungsregion gegenüber einem Weltmarkt. Das konkurrierende Gleichgewicht zwischen den Staaten wird durch das Prinzip des freien Wettbewerbs zwischen den Individuen und den Unternehmen ersetzt (vgl. Foucault 2006 b).

Die liberale Regierungstechnologie ergibt sich damit nach Foucault als eine Kombination von Rationalitäten der Souveränität und Gouvernamentalität mit einer dominanten Stellung der letzteren. Die Gesellschaft, die Ökonomie, der Markt, die Trennung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, die Freiheit und die Sicherheit sind Bestandteile dieser Machttechnologie, die nach Foucault in ihren zeitgenössischen Modifikationen in Europa die Art und Weise der Machtausübung auf der politischen Sphäre bestimmt. Nach Foucault hört damit aber weder die Souveränität und noch die Disziplin auf eine Rolle zu spielen. In dem Regierungsstaat finden sowohl die Herrschaftstechniken als auch die Disziplinarmechanismen ihren Einsatz. Sie sind allerdings dem Organisationsprinzip der Regierung untergeordnet (vgl. Foucault 2006 a).

3.2.4 Das neue Programm der liberalen Regierungstechnologie: Der Neoliberalismus

Foucault argumentiert, dass die Technologie der liberalen Regierung angesichts der Krise des *Laissez-faire*-Liberalismus Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Programmgestaltung in der Form der *neoliberalen* Regierungstechnologie erhielt. Sie wurde seit ca. 1925 als Gegenstrategie zu den interventionistischen politischen Projekten vor allem des Keynesianismus formuliert, die die verbreitete Antwort auf das Scheitern des *Laissez-faire*-Liberalismus waren (vgl. Foucault 2006 b).²²

Foucaults Analyse des Neoliberalismus konzentriert sich hauptsächlich auf die Untersuchung des Diskurses des Ordoliberalismus der Freiburger Schule. Ihr gehörte eine

²² John Maynard Keynes veröffentlichte sein Buch *Das Ende des Laissez-faire* im Jahre 1926.

Gruppe von Ökonomen und Juristen an, die die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland in der Nachkriegszeit programmatisch mitgestaltete.²³ Weiterhin beschäftigte er sich mit dem amerikanischen Liberalismus der Chicagoer Schule.²⁴ In beiden Fällen (Deutschland und USA) betont Foucault, dass der Neoliberalismus als eine Kritik des Staatsinterventionismus und als eine Rückkehr zu einer Technologie des sparsamen Regierens entstand (vgl. ebd.).

Die neoliberale Regierungstechnologie wurde, wie Foucault argumentiert, in der Nachkriegszeit zuerst in Deutschland zur dominanten Art und Weise der politischen Machtausübung.²⁵ Dort bestanden nach Foucault besondere Bedingungen, die den Erfolg der neoliberalen Theorie und Praxis ermöglichten. Angesichts der historischen Situation in Deutschland nach 1945 konnte die Strategie der neoliberalen Intellektuellen, den Staat durch die Garantie der wirtschaftlichen Freiheit zu legitimieren, eine Wirkung zeigen. Denn im Nachkriegsdeutschland war es nicht ohne weiteres möglich, eine Staatlichkeit auf der Basis historischer Rechte oder juristischer Legitimität wiederherzustellen. Dafür bauten die neoliberalen Intellektuellen eine wirksame Gegnerschaft zwischen Liberalismus und Faschismus auf. Sie setzten gleichzeitig die Erfahrungen mit dem Nazismus als Kritik am Staatsinterventionismus ein, der – wie sie meinten – zum Faschismus geführt habe. Trotzdem war, wie Foucault in seiner Analyse darstellt, eine Reihe von politischen Entscheidungen und Zusammenschlüssen zwischen den sozialen Akteuren notwendig, damit die Strategie der „Neoliberalen“ tatsächlich umgesetzt werden konnte. So wurden in Deutschland zwischen 1948-1953 schrittweise die Preise freigegeben, nachdem der Generalstreik für eine Rückkehr zur gesteuerten Wirtschaft im Jahre 1948 gescheitert war. Den christlich inspirierten Gewerkschaften wurde der Neoliberalismus als eine dritte

²³ Die wichtigsten Denker der Freiburger Schule sind u.a. Walter Eucken, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke. Auch F.A.v. Hayek kann dazu gerechnet werden (obwohl er vielleicht größeren Einfluss auf den US-Neoliberalismus ausübte). Wichtigster Umsetzer der Theorie war Ludwig Erhard, Wirtschaftsminister unter der von der CDU geführten Regierung von Konrad Adenauer, der den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ prägte.

²⁴ Der wichtigste Unterschied zwischen der Ausbreitung des Neoliberalismus in den Vereinigten Staaten und Europa liegt laut Foucault darin, dass der Staat in der USA als ein historisch-rechtlicher Rahmen der wirtschaftlichen Freiheit nicht vorgeordnet war. Während der europäische Liberalismus immer eine Bewegung war, die die Regierung und die Opposition kritisierte, ist der US-amerikanische Liberalismus als Gründungsideologie der USA das „staatsgründende und -legitimierende Prinzip“ im 18. Jahrhundert. Er steht seither immer im Zentrum der politischen Debatte, vergleichbar etwa damit, wie im europäischen Kontext die „Nation“, „die Unabhängigkeit“ bzw. „der Rechtsstaat“ im Mittelpunkt der Diskussion stand. Foucault betont, dass der Liberalismus in der USA eine „ganze Seins- und Denkweise“ darstellt, und nicht durch die herrschenden sozialen Akteure erst eingeführt und durchgesetzt werden musste (Foucault 2006 b: 305).

²⁵ Da der Ordoliberalismus für die Untersuchung des türkischen Fallbeispiels relevanter ist, wird hier im Wesentlichen auf diese Position eingegangen.

Ordnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus präsentiert. Schließlich wurde die neue Regierungstechnologie von der SPD in ihrem Bad Godesberger Programm 1959 angenommen. Durch die dort formulierten programmatischen Änderungen, die auf eine Aufgabe des Prinzips des Plans hinausliefen, näherte sie sich der neoliberalen Gouvernamentalität (vgl. Foucault 2006 b).

Im transatlantischen Raum setzte sich die neoliberale Regierungstechnologie seit Mitte der 1970er Jahren in strategischen Kämpfen der transnational agierenden sozialen Akteure gegen das keynesianische Nachkriegsmodell zum dominanten Strukturierungsprinzip des Staats-Gesellschaftsverhältnisses durch. Seit den 1980er breitete sie sich global aus, in dem das reibungslose Funktionieren des wirtschaftlichen Wettbewerbs auf der globalen Ebene zunehmend zum dominanten Ziel der politischen Machtausübung auf der Ebene der Weltordnung wurde (vgl. Foucault 2006 b, Cox 1987, van der Pijl 1998).

Im Folgenden werden in Anlehnung an Foucaults' Analyse des Diskurses der Ordoliberalen die Zielsetzung, die Problemstellung und die Instrumente der neoliberalen Staatlichkeit dargestellt. Sie werden in den danach folgenden empirischen Teile der Arbeit (vor allem in Kapitel 5 und 6) wichtige Orientierungspunkte für die Analyse des türkischen Falls bieten.

Das Ziel der politischen Machtausübung im Neoliberalismus ist die Einrichtung eines Wettbewerbsmarktes, der die Gesellschaft allgemein regelt. Die Ordoliberalen leiten damit die Legitimität des Staates aus den Anforderungen der Aufrechterhaltung des ökonomischen Rahmens ab.

(A)nstatt eine Freiheit des Marktes zu akzeptieren, die durch den Staat definiert und in gewisser Weise unter staatlicher Aufsicht aufrechterhalten wird – was gewissermaßen die Ursprungsformel des Liberalismus war (...), sagen die Ordoliberalen, muss man die Formel umdrehen und die Freiheit des Marktes als Organisations- und Regulationsprinzip einrichten, und zwar vom Beginn seiner Existenz bis zur letzten Form seiner Interventionen. Anders ausgedrückt, es soll sich vielmehr um einen Staat unter der Aufsicht des Marktes handeln als um einen Markt unter der Aufsicht des Staats. (Foucault 2006 b: 168)

Nicht mehr der Erhalt und die Stärkung des Staates ist das Ziel der politischen Machtausübung, sondern der Staat soll im Verständnis der Ordoliberalen nur noch insofern eine politische Souveränität besitzen, als er sich explizit und ausschließlich der Freiheit des

Marktes verschreibt. So kann gegenüber der Ökonomie kein politisches Subjekt einen gleichwertigen Platz in Anspruch nehmen. Damit wird der Staat von der Institution des Marktes aus ständig wiederhergestellt.

Im klassischen Liberalismus verlangte man vom Staat, den Markt als einen freien und unbelasteten Ort einzurichten und die Freiheit der am Tausch Beteiligten sicherzustellen, indem das individuelle Eigentum durch die Autorität des Staates geschützt wurde. Die Ordoliberalen betrachten nicht mehr den Tausch, sondern den Wettbewerb als Prinzip des Marktes. Sie argumentieren, dass der Wettbewerb als ein formales Spiel zwischen Ungleichen seine „natürlichen“ Wirkungen nicht von sich aus, sondern nur unter bestimmten Bedingungen entfaltet: „Der reine Wettbewerb soll und kann nur ein Ziel sein, ein Ziel, das folglich eine äußerst aktive Politik verlangt“ (Foucault 2006 b: 173).

Die Problemstellung der Ausübung der politischen Macht im Neoliberalismus besteht darin, das natürliche Funktionieren des Marktes zu gewährleisten:

Angenommen, der wirtschaftlich-politische Regelungsprozess ist der Markt und kann nur der Markt sein, wie kann man die materiellen, kulturellen, technischen, rechtlichen Grundlagen verändern, die in Europa gegeben sind? Wie kann man diese Gegebenheiten verändern, wie kann man diesen Rahmen verändern, damit die Marktwirtschaft sich durchsetzen kann? (Foucault 2006 b: 200f.)

Die Regierung muss damit die Bedingungen für die Entfaltung des Wettbewerbs gewährleisten, indem sie einen Rahmen schafft, innerhalb dessen sich die abstrakten Marktgesetze frei entfalten können. Damit wird eine „aktive Passivität“ der Regierung gefordert. Nur durch sie kann der Markt sich frei entfalten, der durch die Regierung selbst ermöglicht wurde. Die Kernthese des Ordoliberalismus ist, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb einen staatlichen Ordnungsrahmen braucht, um ungestört die positiven Auswirkungen seiner Natur zu entfalten.

Wendet man sich den Instrumenten der neoliberalen Regierungstechnologie zu, so bestehen sie darin, dass vom Staat drei Arten von Interventionen verlangt werden: die wirtschaftliche Intervention, die gesellschaftliche Intervention und die rechtlich-institutionelle Intervention.

Die neoliberale Regierung nimmt auf der Ebene der Wirtschaft erstens die konkrete Form an, die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen zu befreien und die Öffnung der

Märkte herbeizuführen. Der Staat darf dem neoliberalen Programm zufolge nicht direkt in das Marktgeschehen intervenieren. Denn diese Eingriffe, die als Korrektur des Marktmechanismus legitimiert werden, sehen die Ordoliberalen als Gründe für das Versagen des Marktes. Der Staat soll sich vielmehr aktiv und wachsam um die Bedingungen des freien Marktes kümmern, damit der Wettbewerb wirksamer und erfolgreicher gemacht wird. Die Steuerungsfunktion des Wirtschaftsprozesses soll soweit wie möglich durch den Mechanismus der Preise gewährleistet werden. Daher müssen in erster Linie alle Begrenzungen des Marktmechanismus aufgehoben und alle Preise freigegeben werden. Der Staat darf nicht auf der Basis eines Plans Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung setzen und durch Maßnahmen, wie z.B. die Regelung von bestimmten Preisen, die Erreichung dieser Ziele fördern (vgl. Foucault 2006 b).

Zweitens soll die Wirtschaftspolitik dem neoliberalen Programm zufolge das Ziel verfolgen, dass die natürlichen Tendenzen des Preismechanismus ungestört funktionieren können, damit sie zur Kostensenkung mit punktueller Gewinnerhöhung bzw. zu abnehmenden Unternehmensgewinnen führen und damit Mechanismen des selbstregulierenden Marktes darstellen. So besteht das übergeordnete Ziel der neoliberalen Wirtschaftspolitik darin, die Preisstabilität im Sinne einer Inflationskontrolle sicherzustellen.

Folglich können alle anderen Ziele außer dieser Preisstabilität nur zweitrangig und gewissermaßen untergeordnet sein. In keinem Fall können sie ein vorrangiges Ziel darstellen. Insbesondere dürfen die Erhaltung der Kaufkraft, die Erhaltung der Vollbeschäftigung und selbst eine ausgeglichene Zahlungsbilanz keine vorrangigen Ziele sein. (ebd.: 197)

Um die Preisstabilität zu gewährleisten und die Spar- und Investitionstätigkeit zu beeinflussen, stehen der neoliberalen Wirtschaftspolitik lediglich monetäre Mittel der Geld- und Kreditpolitik, der Währungspolitik und der Steuerpolitik zur Verfügung. Nichtmonetäre Mittel der Fiskalpolitik, wie u.a. die Festsetzung der Preise, die Unterstützung eines Marktsegments, die systematische Schaffung von Arbeitsplätzen und die öffentlichen Investitionen stellen aus der Sicht des Neoliberalismus gerade diejenigen Eingriffe der Politik in den Marktmechanismus dar, die für die negativen Effekte des wirtschaftlichen Prozesses auf die Gesellschaft verantwortlich sind.

Insbesondere ist die neoliberale Politik mit Bezug auf die Arbeitslosigkeit vollkommen eindeutig. (...) Was zunächst und vor allem gerettet werden muss, ist die Preisstabilität. (...) Aber die Vollbeschäftigung ist kein Ziel, und es kann sogar sein, dass ein bestimmter Prozentsatz von Arbeitslosigkeit für die Wirtschaft absolut notwendig ist. (...) Der Arbeitslose ist kein soziales Opfer. (...) Er ist ein Arbeiter im Übergang. (ebd.: 198)

Das dritte Element der neoliberalen Wirtschaftspolitik besteht in der Rahmenpolitik. Sie zielt auf die Beeinflussung von strukturellen Rahmenbedingungen ab, um alle Sektoren in die Marktwirtschaft zu integrieren und zu vertiefen. Die neoliberale Rahmenpolitik sieht keine direkte Unterstützung der Rentabilität eines Sektors vor, sondern zielt darauf ab, Rahmenfaktoren derart zu verändern, dass die Rentabilität in diesem Sektor hergestellt wird. Mit dem Ziel, diese neuen Rahmenbedingungen zu schaffen, werden ganze Politikbereiche, wie z.B. die Bevölkerungspolitik, die Bildungspolitik und die Infrastrukturpolitik sowie die Wissenschafts- und Forschungspolitik neu positioniert.

Viertens distanziert sich die neoliberale Wirtschaftspolitik von einer Wohlfahrtsökonomie, in der eine egalisierende Sozialpolitik als Gegengewicht zum Wirtschaftsprozess dient. Denn durch die wichtigsten Instrumente der Wohlfahrtspolitik, wie die Vergesellschaftung bestimmter Elemente des Konsums und die Übertragung von Einkommenselementen, würde der Wettbewerbsmechanismus, der seine positiven Effekte nur unter den Bedingungen der Ungleichheit entfalten kann, gestört werden. „Eine Sozialpolitik kann sich die Gleichheit nicht zum Ziel setzen. Sie muss im Gegenteil die Ungleichheit spielen lassen. (...) ‚Die Ungleichheit‘, (sagen die Neoliberalen) ‚ist dieselbe für alle‘“ (ebd.: 203). Das Instrument der Sozialpolitik der Ordoliberalen ist in erster Linie die Privatisierung. Die Absicherung der Individuen gegenüber Risiken, z.B. wie Krankheit oder Unfall, wird im neoliberalen Programm nicht als Aufgabe der Gesellschaft betrachtet, sondern es wird erwartet, dass der Marktmechanismus jedem die Möglichkeit anbietet, sich auf der Grundlage seiner eigenen privaten Rücklage gegenüber Risiken abzusichern. Damit zielt die neoliberale Sozialpolitik auf die Individualisierung ab, die das Privateigentum als Instrument verwendet, statt auf die Kollektivierung und Vergesellschaftung. Das Instrument der Umverteilung könne nur zur Sicherung eines Existenzminimums für jene, die entweder dauernd oder vorübergehend ihre Existenz nicht selbst sichern können, eingesetzt werden, um das Funktionieren des Wettbewerbs aufrechtzuerhalten (vgl. ebd.). Für die Ordoliberalen ist die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerbsmechanismus und den

daraus folgenden ungleichen Wirkungen damit eine Art von allgemeinem Regelungsfaktor der Gesellschaft, dem offensichtlich jedermann nachgeben und sich fügen muss. Wie Foucault feststellt, gibt es im Neoliberalismus „nur eine wahre und grundlegende Sozialpolitik, nämlich das Wirtschaftswachstum“ (ebd.: 205).

Die zweite Art von Interventionismus, der nach der neoliberalen Regierungstechnologie vom Staat verlangt wird, ist ein gesellschaftlicher Interventionismus, deren Gegenstand „die soziale Umwelt“ ist, wie ihn die Ordoliberalen nennen. Er besteht darin, dass die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die dem Wettbewerb entgegenstehen, aufgehoben werden. Durch die Gesellschaftspolitik soll der Staat auf die Organisation, Struktur und Zusammensetzung der Gesellschaft einwirken, damit der Wettbewerbsmechanismus allgemein die Rolle eines regulierenden Faktors spielen kann. Dies wird als die Voraussetzung betrachtet, um dem Ziel der Errichtung eines Marktes näher zu kommen, der allgemein die Gesellschaft regeln soll.

Wie Foucault anhand von Rübkes Überlegungen darstellt, ist das Ziel dieser Gesellschaftspolitik erstens, jedem soweit wie möglich Zugang zum Privateigentum zu gestatten. Zweitens sieht das neoliberale Programm vor, die Konzentration der Politik und Wirtschaft auf große Agglomerationen und große wirtschaftliche Einheiten durch eine Förderung der mittleren Städte und kleineren wirtschaftlichen Einheiten zu ersetzen. Drittens zielt die neoliberale Gesellschaftspolitik auf den organischen Wiederaufbau der Gesellschaft in Form von natürlichen Gemeinschaften, Familien und Nachbarschaften durch die Dezentralisierung ab, um die Auswirkung der Spezialisierung und der Arbeitsteilung zu korrigieren. Schließlich zeichnet sie sich durch die Überwachung, Kontrolle und Verwaltung der Auswirkungen des Zusammenlebens der Menschen und der Produktion auf die Umwelt aus. Insgesamt handelt es sich bei diesen Regierungshandlungen im Großen und Ganzen darum, „den Schwerpunkt des Regierungshandelns nach unten zu verlegen“ (Rübke zitiert in: Foucault 2006 b: 210). Die Gesellschaftspolitik hat das Ziel ein soziales Gebilde herzustellen, in dem die Basiseinheiten die Form eines Unternehmens anzunehmen. Damit fordert das neoliberale Programm, die soziale Ethik des Unternehmens zu verallgemeinern, indem sie die Ausübung der politischen Macht allein auf dieses Ziel ausrichtet (vgl. ebd.).

Der Wettbewerbsmarkt ist außerdem auf den rechtlichen und institutionellen Interventionismus als dritte Art von staatlicher Intervention angewiesen. Die neoliberale Regierungstechnologie definiert das Verhältnis zwischen Recht und Wirtschaft neu. Die

natürliche Entfaltung des Wirtschaftsprozesses wird durch die Ordoliberalen als eine Wirkung des rechtlich-institutionellen Rahmens definiert, mit dem jener wiederum eine wirtschaftlich-rechtliche Ordnung bildet (vgl. ebd.).

So ist es dem neoliberalen Programm zufolge die Aufgabe des Staates, durch die Gesetzgebung einen anti-monopolistischen Rahmen schaffen. Denn die Monopolerscheinungen werden von der neoliberalen Theorie nicht als eine natürliche Tendenz der Marktwirtschaft betrachtet, sondern sie werden auf negative Einflüsse des sozialen, politischen und kulturellen Kontextes zurückgeführt, die das freie Funktionieren des Wettbewerbsmechanismus beeinträchtigen.

Außerdem wird ein rechtlich-institutioneller Rahmen, der die Eigentumsrechte, die Vertragsrechte und die Patentrechte bestimmt sowie das Bankenwesen, das Währungssystem und das System des Konkurses rechtlich regelt, als eine notwendige Bedingung für die Effizienz des Wettbewerbs betrachtet. Dieser Rahmen soll dabei einerseits umfassend und andererseits flexibel sein. Darüber hinaus impliziert die neoliberale Regierungstechnologie eine ständige Anpassung des Rechtssystems an wissenschaftliche Entdeckungen, an den Fortschritt der wirtschaftlichen Organisation und der Technik, an die strukturellen Veränderungen der Gesellschaft und an die Erfordernisse des zeitgenössischen Bewusstseins, damit der Markt am flexibelsten und am effizientesten funktionieren kann. So ist ein Maximum an rechtlich-institutioneller Intervention seitens des Staates gefordert, um aktiv und ununterbrochen institutionelle Korrekturen und Innovationen einzuführen. Nur so kann den Ordoliberalen nach eine soziale Ordnung eingerichtet werden, die sich ökonomisch nach der Marktwirtschaft regelt (vgl. ebd.).

Die rechtlich-institutionelle Interventionen des Staates in die Wirtschaftsordnung nehmen im Neoliberalismus die Form von formalen Gesetzen an. Eine formale Wirtschaftsgesetzgebung ist durch vier Merkmale charakterisiert. Erstens dürfen die Gesetze keinen besonderen Zweck in Hinblick auf eine ökonomische Frage anstreben, wie z.B. die Einkommensregelung mit dem Ziel, die Einkommensunterschiede zu minimieren. Zweitens ist in einem Rechtsstaat die Ebene der Gesetze getrennt von deren Implementierung. Die öffentliche Gewalt kann nicht mit direkten Verwaltungsmaßnahmen korrigierend auf die Wirkungen des gesetzlichen Rahmens reagieren, sondern der Staat kann lediglich den gesetzlichen Rahmen neu definieren. Drittens muss der Staat einen Rahmen festlegen, innerhalb dessen jeder ökonomische Akteur in voller Freiheit entscheiden kann und weiß, dass der gesetzliche Rahmen, der für sein Handeln festgelegt

ist, sich nicht ändern wird. Viertens ist ein formales Gesetz ein Gesetz, das den Staat nicht weniger als die anderen bindet. Dieses Gesetz soll folglich derart sein, dass jeder weiß, wie die öffentliche Gewalt sich verhalten wird.

Eine Konsequenz der formalen Gesetzgebung im Rahmen der neoliberalen Regierungstechnologie ist, dass die Nachfrage nach Rechtsprechung im Bereich der Schlichtung von Konflikten innerhalb der formalen Regeln steigt, während die Interventionen der Verwaltung zurückgehen. Denn je formaler das Gesetz wird und je mehr sich die Zahl der Unternehmen erhöht, desto zahlreicher werden die Reibungsflächen und die notwendigen gerichtlichen Interventionen (vgl. ebd.). Diese Schlichtungen können dabei auch durch die dafür eingerichteten neuen privaten Instanzen übernommen werden. Daraus folgt, dass politische Macht im Neoliberalismus vermehrt durch nicht-staatliche Akteure ausgeübt werden kann.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die neoliberale Regierungstechnologie nicht zu einer Abnahme der Regierungsinterventionen führt, sondern lediglich deren Ansatzpunkte ändert. Die neue Rolle des Staates besteht erstens darin, den freien Markt zu errichten, zweitens auf der Ebene der Gesellschaft zu intervenieren, um die Basiseinheiten der Gesellschaft nach der Form des Unternehmens neu zu gestalten, und schließlich die Institutionen und das Rechtssystem zu erneuern, um die Bedingungen für den Wettbewerb zu schaffen.

Für Foucault stellt der Neoliberalismus ein politisches Projekt dar, das bestimmte Denk- und Handlungsweisen sowie Formen von Institutionen beinhaltet. Damit fasst er den Neoliberalismus weder als Resultat des Kapitalismus, der aus der Logik des Kapitals abzuleiten wäre, noch als eine wieder erkennbare Form des Liberalismus aus der Vergangenheit auf. Der Neoliberalismus wird vielmehr von ihm als eine neue Strategie interpretiert, durch die das Staats-Gesellschaftsverhältnis jenseits sozialstaatlicher Regulationsformen organisiert wird, und die auf einer Transformation der Machtverhältnisse basiert. Foucault analysiert damit den Neoliberalismus „weder als eine wirtschaftliche Theorie noch als eine politische Ideologie oder eine gesellschaftliche Utopie, sondern als eine reflektierte Praktik“ (vgl. Lemke o.J., 1).

3.3 Zwischenfazit

Wie deutlich wurde, baut der theoretische Ansatz dieser Arbeit auf Michel Foucaults Analyse der Machtverhältnisse auf. Ihm zufolge werden die politischen Institutionen, die

sozialen Phänomene und die kulturellen Erscheinungen nicht als ontologische Kategorien betrachtet. Die gesellschaftlichen Strukturen werden vielmehr als historische Verdichtungen von Machtverhältnissen konzeptualisiert. Dabei wird unter dem Begriff der Machtverhältnisse die Gesamtheit der Denk- und Handlungsweisen samt der vorherrschenden Institutionen in einer Gesellschaft verstanden, die die gesellschaftlichen Kräfte ausmachen. Die Analyse der Machtverhältnisse konzentriert sich nach Foucault auf die Untersuchung der Art und Weise, wie Macht in einer gesellschaftlichen Sphäre ausgeübt wird, d.h. mit welcher Machttechnologie die jeweiligen Machtverhältnisse organisiert werden. In diesem Prozess finden nach Foucault, getrieben durch die Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte und in strategischen Kämpfen zwischen sozialen Akteuren, Verschiebungen der Dominanzverhältnisse und Neuordnungen des Korrelationssystems zwischen den einzelnen Machtmechanismen statt, die zu einer Transformation der Machttechnologie führen. Somit kann der Wandel der Machtverhältnisse und der Strukturwandel in einem sozialen Feld als eine Geschichte des Wandels der Technologie der Macht in diesem Feld analysiert werden.

Diese Herangehensweise bedeutet für die vorliegende Arbeit eine Verschiebung des Interesses „vom Staat“ als einem einheitlich handelnden Akteur bzw. als eine bürokratisch vereinheitlichte hierarchische Institution „zur Staatlichkeit“. Die Staatlichkeit wird dabei als eine historische Fixierung der Machtverhältnisse auf der politischen Ebene definiert. Foucaults Analyse der Transformation der Staatlichkeit in Europa, die er mit dem Begriff der „Gouvernementalisierung des Staates“ beschreibt, ermöglicht es, zwischen unterschiedlichen Machttechnologien des politischen Feldes zu differenzieren, die im empirischen Teil der Arbeit als analytische Werkzeuge eingesetzt werden sollen.

Foucault zufolge kann demnach zwischen drei Machttechnologien des politischen Feldes unterschieden werden: Erstens, die Herrschaftstechnologie bzw. die Souveränität, die dem territorial definierten Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters unterlag. Sie basiert auf der strikten Trennung zwischen dem Souverän und den Beherrschten. Die Sicherstellung des Herrschaftsverhältnisses zwischen dem Souverän und seinem Territorium samt den darauf lebenden Menschen ist das Ziel der politischen Machtausübung. Dafür steht dem Souverän als legitimes Mittel das Gesetz zur Verfügung. Die Ausübung der Macht nimmt damit die negative Form des Verbotes und der „Abschöpfung“ der Ressourcen, des Lebens, der Kraft der Beherrschten an, um die Bewahrung der bestehenden Ordnung zu gewährleisten. Dabei

orientiert sich die Machtausübung des Souveräns an traditionellen Tugenden (Weisheit, Gerechtigkeit, Achtung vor den göttlichen Gesetzen und den menschlichen Sitten).

Zweitens unterscheidet Foucault die Disziplinartechnologie, mit deren Auftauchen der moderne Staat anstelle des Souveräns zunehmend als politisches Subjekt in das Feld der Praxis und des Denkens der Menschen eintritt. Der Verwaltungsstaat, dem die Disziplinartechnologie unterliegt, ist zwar immer noch territorial definiert, wird aber nun als ein organisches Gebilde verstanden, das regiert werden muss. Die Bereicherung und Stärkung des Staates im Wettbewerb mit den anderen Staaten wird zum Ziel der politischen Machtausübung. Dafür wird die Ökonomie als Instrument auf der Ebene des Staates eingeführt. Die Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson nimmt positive Formen an: Die Instrumente der öffentlichen Verwaltung zielen nach innen auf die allumfassende Reglementierung, Disziplinierung, Angebot von Anreizen, Steigerung der Kräfte der Bevölkerung ab, um den Staat reicher und damit stärker zu machen. Nach außen werden die Apparate der ständigen Armee und der Diplomatie entwickelt, um das Gleichgewicht zwischen den Staaten zu sichern. Der Verwaltungsstaat bildet eine Zwischenstufe im Prozess der Gouvernementalisierung des Staates, in dem sich nach Foucault die Problemstellung der politischen Machtausübung von der Frage, wer herrscht, zur Frage, wie regiert wird, verschiebt.

Drittens geht Foucault auf die liberale Regierungstechnologie ein, in der die „Gouvernementalität“ das dominante Prinzip der politischen Machtausübung darstellt. Im Regierungsstaat wird die Sichtweise der Bevölkerung als Menge von Untertanen, deren Kräfte durch den Staat reglementiert und kanalisiert werden soll, durch die Gesellschaft als autonomes politisches Subjekt abgelöst, die sich nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten in Tauschakten auf dem Markt entfaltet, die vom Staat nicht direkt zu beeinflussen sind. Die Zielscheibe der politischen Macht ist nicht mehr das Territorium, sondern in erster Linie die Gesellschaft samt ihrer expansiven, zentrifugalen Verbindungen. Der freie Markt wird zum Mittel der Stärkung des Staates. Die Hauptinstrumente der politischen Machtausübung im Regierungsstaat sind die Sicherheitsmechanismen, die der sozialen Dynamik freien Lauf gewähren, Freiheit schaffen, um sie in einem zweiten Schritt durch die Techniken des Gesetzes und der Disziplin zu steuern.

Im dritten Teil des Kapitels wurde schließlich im Detail Foucaults Analyse der gegenwärtigen Transformation der Staatlichkeit dargelegt, die mit dem Auftauchen der neoliberalen Regierungstechnologie verbunden ist. Seine Untersuchung der neuen

Machttechnologie zugrunde liegenden Gedanken des Ordoliberalismus ist im Rahmen dieser Arbeit für den Fall der Türkei von besonderer Bedeutung, da wie in Deutschland auch in der Türkei der Neoliberalismus vor dem Hintergrund eines Staats-Gesellschaftsverhältnisses eingeführt wird, das nicht durch eine liberale Regierungstechnologie strukturiert ist.

Die neoliberale Regierungstechnologie richtet die Marktwirtschaft als Organisations- und Regulationsprinzip der gesellschaftlichen und politischen Ordnung ein. So kann gegenüber der Ökonomie kein politisches Subjekt mehr einen gleichwertigen Platz in Anspruch nehmen. Nicht mehr der Erhalt und die Stärkung des Staates ist das Ziel der politischen Machtausübung, sondern der Staat darf nur noch insofern eine politische Souveränität besitzen, als er sich explizit und ausschließlich der Freiheit des Marktes verschreibt. Die Legitimität des Staates wird damit aus den Anforderungen des ökonomischen Prozesses abgeleitet.

Das Ziel der politischen Machtausübung ist demnach die Einrichtung des Marktes und die Aufrechterhaltung des Wettbewerbsmechanismus. Dabei verweist Foucault auf die Kernthese des Ordoliberalismus, die besagt, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb einen staatlichen Ordnungsrahmen braucht, um ungestört die positiven Auswirkungen seiner Natur zu entfalten. Die Problemstellung der Ausübung der politischen Macht im Neoliberalismus besteht damit darin, die materiellen, technischen, gesellschaftlichen, kulturellen und rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen derart zu verändern, dass das effiziente Funktionieren des Wettbewerbsmarktes gewährleistet ist.

Die Regierungsinterventionen nehmen im Rahmen des neoliberalen Regierungsstaates nicht ab, sondern ihre Ansatzpunkte ändern sich. Es wird eine „aktive Passivität“ der Regierung gefordert. Dabei werden drei Arten von Interventionen verlangt: die wirtschaftliche Intervention, die gesellschaftliche Intervention und die rechtlich-institutionelle Intervention.

Die neoliberale Politik auf der Ebene der Wirtschaft besteht erstens darin, die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen zu befreien und die Öffnung der Märkte herbeizuführen. Zweitens soll die Wirtschaftspolitik die Preisstabilität sicherstellen und die Spar- und Investitionstätigkeit beeinflussen, damit der Wettbewerbsmarkt sich entfalten kann. Drittens zielt die Wirtschaftspolitik auf die Beeinflussung von strukturellen Rahmenbedingungen ab, um alle Sektoren in die Marktwirtschaft zu integrieren und zu

vertiefen. Viertens distanziert sich die neoliberale Wirtschaftspolitik von einer egalisierenden Sozialpolitik und setzt auf das Privateigentum als Instrument der sozialen Sicherung.

Die zweite Art von Interventionismus, der nach der neoliberalen Regierungstechnologie vom Staat verlangt wird, ist ein gesellschaftlicher Interventionismus. Die Gesellschaftspolitik wirkt auf die Gesellschaft selbst, d.h. auf ihre Struktur und Zusammensetzung, ein, um sie derart zu beeinflussen, dass die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die dem Wettbewerb entgegenstehen, aufgehoben werden, damit der Wettbewerbsmechanismus die Rolle eines allgemeinen regulierenden Faktors spielen kann. Sie besteht darin, dass mittels der Dezentralisierung, der Privatisierung und des Prinzips der Subsidiarität ein soziales Gebilde hergestellt wird, in dem die Basiseinheiten die Form eines Unternehmens haben.

Drittens ist der Wettbewerbsmarkt auf ein Maximum an rechtlich-institutioneller Intervention durch den Staat angewiesen. Ein rechtlich-institutioneller Rahmen, der die Eigentumsrechte, die Vertragsrechte und die Patentrechte bestimmt sowie das Bankenwesen, das Währungssystem und das System des Konkurses rechtlich regelt, wird als eine notwendige Bedingung für die Effizienz des Wettbewerbs betrachtet. Weiterhin soll der Staat durch die Gesetzgebung einen anti-monopolistischen Rahmen schaffen.

Foucaults Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus nimmt nicht die Form einer Kapitalismuskritik bzw. einer Ideologiekritik an, sondern er fasst den Neoliberalismus als eine neue Programmgestaltung der liberalen Regierungstechnologie auf, so wie sie ihrerseits eine Neuordnung der Staatsräson war. Für Foucault stellt die neoliberale Regierungstechnologie ein gesellschaftliches Projekt dar, das die Gesellschaft einschließlich der sozialen Ethik zur Zielscheibe der Regierungspraxis macht, um sie nach dem Modell des Unternehmens neu zu gestalten, so dass der Wettbewerbsmarkt ermöglicht wird.

Die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei, die im folgenden empirischen Teil untersucht wird, wird dem dargelegten theoretischen Rahmen zufolge daher als ein komplexer und nicht-linearer Prozess betrachtet, die durch die Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräften, d.h. der materiellen Fähigkeiten, Ideen und institutionellen Strukturen, vorangetrieben wird, die sich in strategischen Kämpfen zwischen sozialen Akteuren vollziehen. Dabei finden die sozialen Akteure eine besondere Aufmerksamkeit,

die im Inneren der Gesellschaft Blöcke bilden und Phänomene der Beherrschung hervortreten lassen, indem es ihnen gelingt, die Machtverhältnisse auf der politischen Ebene nach einer bestimmten Machttechnologie zu gestalten und sie in institutionellen Strukturen zu verfestigen. Die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei wird damit – Foucault folgend – als der globale Effekt einer neuen Machttechnologie aufgefasst, deren Auftauchen mit der Entstehung neuer Formen von ökonomischer und sozialer Beziehungen und neuer politischer Institutionen in Verbindung steht. Somit wird die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei mit einer alternativen Herangehensweise untersucht, die - statt die Analyse auf der institutionellen Ebene anzusetzen - den Wandel aus dem Blickwinkel der Machttechnologie analysiert. Auf diesem Ansatz aufbauend fragt die Arbeit, wie die bestehende politische Struktur zustande gekommen sind, welche Machtverhältnisse darin vorherrschen, nach welcher Machttechnologie diese organisiert sind und ob und wie sie sich im Prozess des Wandels befinden.

4 Die Transformation der Machttechnologie im Übergang vom Reich zum Nationalstaat: Ein historischer Überblick

Die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei nach 1980 kann nicht getrennt von ihrem langfristigen Wandel interpretiert werden, weil die Machttechnologien, die in diesem langen Prozess formuliert, sich in politischen Strukturen fixiert haben, die wiederum von einander überlagert worden sind, auf die Neugestaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Untersuchungsperiode einwirken. Daher soll in diesem Kapitel zunächst die Transformation der Machttechnologie seit dem Ende des Osmanischen Reiches bis 1980 als ein Prozess der Gouvernentalisierung des Staates analysiert werden. Denn es wird hier argumentiert, dass der Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik als eine Transformation der Machttechnologie, d.h. der Art und Weise der Ausübung der politischen Macht, verstanden werden muss. So war das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Osmanischen Reich durch eine Machttechnologie organisiert, die eine Herrschaftstechnologie war und sich in Strukturen der Souveränität fixiert hatte. Davon ausgehend vollzog sich in einem umkämpften Prozess die Verschiebung zu einer Regierungstechnologie im Zeichen der Staatsräson als die neue Form der politischen Machtausübung, die ihren institutionellen Ausdruck in der Gründung der Türkischen Republik fand.

Ziel des Kapitels ist es damit, die Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses seit dem Ende des Osmanischen Reiches über die Gründung der Türkischen Republik bis zum Ende der 1970er Jahren auf der Grundlage der sich verändernden Art und Weise der politischen Machtausübung zu untersuchen. Dabei liegt das Augenmerk der Analyse auf der Frage, wie und mit welchen politischen Rationalitäten bzw. Projekten soziale Akteure versuchten, das Staats-Gesellschaftsverhältnis neu zu definieren und die Ziele, die Problemstellung und die Instrumente der politischen Machtausübung zu ihrem Vorteil zu regeln.

Das Kapitel gliedert sich in vier Teile. Erstens wird aus dem Blickwinkel der Machttechnologien ein historischer Überblick über das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Osmanischen Reich gegeben. Zweitens wird das politische Projekt der Gründer der Türkischen Republik unter Mustafa Kemal untersucht und in seiner Reichweite diskutiert. Es charakterisiert eine wichtige Etappe der Gouvernentalisierung des Staates in der

Türkei. Damit wurde der Nationalstaat auf der Basis einer neuen Form der Machtausübung im Zeichen der Staatsräson als eine neue politische Struktur durchgesetzt. In einem dritten Schritt wird der Wandel der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Übergang zum Mehrparteienregime nach 1950 im Kontext der Nachkriegsordnung analysiert. Schließlich wird auf die sozialen Kämpfe um die dominante Art und Weise der Machtausübung nach 1960 eingegangen.

4.1 Die sultanische Herrschaft

Die spezifische Form der Staatlichkeit im Osmanischen Reich kann mit Foucault am besten als territorialer Gerechtigkeitsstaat beschrieben werden, der einer Gesellschaft der Gewohnheitsrechte, Privilegien und geschriebenen Gesetze entsprach – „mit einer ganzen Garnitur an Verbindlichkeiten und Streitfällen“ (Foucault 2006 a: 164).²⁶

Diese historische Struktur, der die Herrschaftstechnologie unterlag, war dadurch gekennzeichnet, dass die Person des Sultans der alleinige Souverän des Reiches war. Das Verhältnis des Sultans zu seinem Herrschertum war neben diesem Prinzip der Singularität durch die Prinzipien der Transzendenz und Äußerlichkeit charakterisiert: Der Sultan war islamisch legitimiert, er fungierte als göttlich eingesetzter Mittler, um Gottes Gesetz, die Scharia, in Geltung zu bringen (vgl. Reinkowski 2005). Das Land, d.h. das Territorium, das juristisch das Eigentum Gottes war, wurde dem Sultan überantwortet. Der Sultan gehörte seinem Herrschertum nicht an, d.h. er war kein ordentlicher Teil davon, sondern durch seine Überlegenheit ihm äußerlich. Innerhalb dieser Struktur war „(d)ie Rolle des Sultans war so wichtig, dass die Osmanen des 16. Jahrhunderts in ihrer politischen Literatur kein Wort für ‚Staat‘ kannten“ (Neumann 2006 a: 163).²⁷

Das Ziel der politischen Machtausübung im Zeichen der Souveränität bestand darin, die Herrschaft des Sultans über das ererbte bzw. eroberte Territorium aufrechtzuerhalten und neue Territorien zu erobern. Die Macht des Sultans wurde damit auf das Territorium ausgeübt, einschließlich der Menschen, die dieses Territorium bewohnen. Als

²⁶ Die Analyse der Staatlichkeit im Osmanischen Reich auf der Basis der Technologien der Machtausübung kommt ohne essentialistische Erklärungsmuster aus, wie z.B. spezifische Traditionen oder durch den Islam geformte, tief verwurzelte Mentalitäten. So wird auch vermieden, das Osmanische Reich als mangelhafte soziale Formation im Vergleich zu Westeuropa zu definieren, um Unterschiede zwischen den politischen Strukturen in unterschiedlichen Kontexten zu erklären.

²⁷ Diese Feststellung soll, entgegen der Intension der Autoren, nicht als eine Abweichung des Osmanischen Reiches von einer universellen politischen Norm gelesen werden. Sie bestätigt vielmehr die Charakterisierung des Osmanischen Reiches als einen territorialen Gerechtigkeitsstaat, der bis zur Neuzeit auch in Europa die vorherrschende politische Struktur bildete.

Souveränitätsmacht war sie eine passivierende Macht. Sie war auf die Bewahrung der bestehenden und als „natürlich und gottgegeben“ wahrgenommenen Ordnung ausgerichtet, bzw. darauf, dass das Territorium unter der Herrschaft des Sultans expandieren kann, ohne in ein Ungleichgewicht zu geraten. Das Problem der politischen Machtausübung im Osmanischen Reich lag darin, die Souveränität des Sultans gegenüber seinen externen Feinden und internen Rivalen zu schützen, seine Herrschaft über das Territorium zu bewachen und sicherzustellen, dass die Menschen, die auf seinem Territorium leben, dem Sultan gehorchen.

Das wichtigste Instrument der Ausübung der politischen Macht für die Erhaltung des Herrschaftsverhältnisses zwischen dem Souverän und seinem Herrschertum war das Recht, das in Form von Gesetzen von der Souveränität des Sultans selbst abgeleitet wurde. Der Sultan herrschte auf seinem Territorium mit dem Privileg, über Leben und Tod seiner Untertanen zu entscheiden. Die politischen Institutionen der Souveränitätsmacht (das Rechtswesen, das Militär und die Finanzverwaltung) dienten zur Aufrechterhaltung des Gesetzes des Sultans, mit dem Ziel der Sicherstellung seiner Herrschaft im Inneren und der Bekämpfung seiner Feinde nach außen. So stellte z.B. der Reichsrat, der sog. großherrliche Diwan, als die wichtigste politische Institution im Reich hauptsächlich ein Instrument der souveränen Rechtssprechung dar und nicht ein politisches Beratungs- und Entscheidungsorgan gemäß der Logik der Staatsräson: „Der großherrliche Diwan (*divan-i hümayun*) (...) fungierte als eine ständige Kommission zur Lösung von Rechtsfragen aller Art, also sowohl solchen, die in den Bereich des islamischen Heiligen Rechts fielen, wie solchen, die den des sultanischen *kanun* angingen“ (Neumann 2006 a: 166).²⁸ Die politische Machtausübung im Osmanischen Reich wurde damit in den Strukturen der Souveränität verfestigt, in denen Ziel und Instrument der politischen Machtausübung die Souveränität des Sultans war.

Die Legitimität des Sultans basierte auf seinem Anspruch, die Länder unter seiner Herrschaft mit ihren Bewohnern zu schützen und innerhalb seines Herrschaftsgebiets für die Bewahrung der bestehenden Ordnung zu sorgen, innerhalb dessen er der Souverän war. Obwohl sein Gesetz „die“ Gerechtigkeit ist und damit „sterben zu machen“, wenn er seine Rivalen bekämpft, sein Recht ist, leitete sich seine Legitimation auch vom „Leben lassen“ ab. Solange sein Gesetz nicht herausgefordert wurde, hatte er auf seinem Territorium das

²⁸ So wurden Scharia und *kanun* zu einer Einheit aus zwei zusammengehörigen Elementen. Das *kanun* galt unbeschadet aller Prinzipien oft im Falle eines Widerspruchs der beiden Quellen (vgl. Faroqi 2004).

bestehende Recht, das sich aus dem Glauben, den Sitten und Gebräuchen der jeweiligen lokal ansässigen Bewohner ableitete, gelten zu lassen. „Der Gegenbegriff zur Gerechtigkeit, *adalet*, war *zulm*, die Unterdrückung oder Entrechtung. Situationen von *zulm* erschütterten die Legitimation des Sultans, und deswegen war die Sicherung von Gerechtigkeit mehr als nur Lippenbekenntnis“ (ebd.: 164). Die Ausübung der Souveränitätsmacht bestand in der „Gewährung“ von verschiedenen Privilegien als Gegenleistung zur gezeigten Loyalität und richtete sich dabei nach der Weisheit und Gerechtigkeit des Sultans sowie nach den göttlichen Gesetzen und den Sitten und Gebräuchen der Länder, über die er herrschte. Auf diese Art und Weise wurde das Verhalten der Menschen gesteuert und die Souveränität des Sultans aufrechterhalten.

Diese spezifische Form der Staatlichkeit, die sich in den Institutionen der Souveränität fixierte, war, wie bereits betont, geprägt durch eine strikte Trennung zwischen dem Sultan – umgeben von einem herrschenden Block – und den Untertanen. Der herrschende Block war eine Verschmelzung der religiösen, militärischen und bürokratischen Eliten, deren Mitglieder vom Sultan privilegiert und von der Steuer befreit waren. Sie waren mit der Ausübung der Souveränitätsmacht und dadurch mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, d.h. der Souveränität des Sultans, betruet. Diese Eliten, die den Souverän umgaben, gehörten im Osmanischen Reich direkt dem Souverän an.²⁹ Sie stellten damit keinen Adel dar, der sich über Standesprivilegien, wie Abstammung und Vermögen, definierte und in Konkurrenz zum Herrscher eigenständige Interessen verfolgte (vgl. Neumann 2006 a). Diese Verschmelzung führte in den späteren Jahren der Osmanischen Herrschaft zu einer vorherrschenden Stellung der Religion auf der ideologischen Ebene und zu einer stark prätorianischen Tradition.

Innerhalb dieses durch die Herrschaftstechnologie organisierten Form von Staatlichkeit, in dem der Rechtsmechanismus die dominante Machtform darstellte, kam der Disziplinarmechanismus bzw. der Sicherheitsmechanismus fördernd bzw. begleitend dazu zum Einsatz, um das Recht des Sultans zu stützen und seine Herrschaft zu sichern. So wurde z.B. der Disziplinarmechanismus unterstützend zum Rechtsmechanismus innerhalb des herrschenden Blocks eingesetzt, wie dies bei der Organisation des Reichsrates deutlich wird, an dessen Sitzungen seit Mehmet II. (1451-1481) der Sultan nur noch persönlich

²⁹ Während die religiösen Rechtsgelehrten, *ulema*, in Istanbul unter dem islamisch legitimierten Sultan zentralisiert und in besoldete Staatsdiener verwandelt wurden, stellten die Angehörigen der Militärklasse und die Hofbeamten mit Status eines *kul* Mitglieder des sultanischen Haushaltes dar. Der Sultan hatte das Recht, über das Leben eines *kul* als Mitglied seines Haushaltes zu verfügen (vgl. Kreiser und Neumann 2006).

teilnahm, sondern sie im Verborgenen im Diwansaal aus einem kleinen Raum mit einem Gitterfenster, der sog. Sultansloge, oder im Feldlager hinter einem Vorhang verfolgte (vgl. Matuz 1985). Die Macht nahm hier die Form einer erschöpfenden Überwachung der einzelnen Mitglieder des Rates an. Die Unsicherheit bezüglich der Anwesenheit des Sultans, der, auch wenn er nicht zugegen, so doch omnipräsent war, sollte den Gehorsam der Ratsmitglieder sichern.

Gegenüber den privilegierten Mitgliedern des herrschenden Blocks befand sich die Masse der steuerpflichtigen Untertanen. Diese asymmetrische Beziehung bedeutete aber nicht, dass die Untertanen vollständig machtlos dem Souverän gegenüberstanden. Innerhalb dieser historischen Struktur waren die Untertanen als Rechtssubjekte, die sich auf den Schutz erworbener Rechte und einer etablierten Praxis berufen konnten, sehr wohl in der Lage zum strategischen Handeln, um den politischen Prozess zum eigenen Vorteil zu beeinflussen. So bestand zwischen dem Souverän bzw. dem herrschenden Block und den Untertanen, die auf extreme Belastungen mit Aufruhr und im äußersten Fall mit Landflucht reagierten, eine gewisse Abhängigkeit. Die Reproduktion der politischen Strukturen basierte auf der gegenseitigen Interessenbefriedigung. So existierte zwischen beiden Gruppen ein allumfassendes Netzwerk von vielfältigen symbiotischen Verbindungen, die für den herrschenden Block dazu diente, die Loyalität der Beherrschten auf individueller Ebene zu organisieren und Aufstände zu unterbinden, während die Untertanen sich dadurch vor Willkürherrschaft schützten: „Hinter der Rhetorik eines Verhältnisses zwischen Sklaven und Herren, wie es für politische Osmanische Texte üblich ist, steht deswegen oft ein implizites Verhandeln um Ansprüche und Gehorsam“ (Neumann 2006 a: 155).

Das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Osmanischen Reich war schließlich gekennzeichnet durch einen virtuellen Zusammenschluss von politischer und wirtschaftlicher Macht innerhalb des herrschenden Blocks. Um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, war der herrschende Block bestrebt das Territorium auszubeuten. Die Macht des herrschenden Blocks vollzog sich als Recht auf Aneignung der Reichtümer, der Dienste, der Arbeit und des Blutes der Untertanen. Die Besteuerung der Landwirtschaft, die Zölle und die Tributzahlungen christlicher Untertanen und christlicher Staaten bildeten die wichtigsten Einnahmequellen des Osmanischen Budgets (vgl. ebd). Das Herrschaftsverhältnis wurde, wie bereits betont, durch die Gewährung von Privilegien, die mit materiellem Wohlstand verbunden waren, im Gegenzug zu geleisteter Loyalität stabilisiert. Für die Untertanen

überwog damit der Erwerb von Privilegien das Motiv des Gewinns. Das Profitstreben, das Prinzip von Arbeit gegen Entlohnung sowie jegliche genuin wirtschaftliche Motivation fehlten weitgehend.

Eine Einführung der Ökonomie in die Ausübung der politischen Macht, die Foucault als das wesentlichste Merkmal der Gouvernementalisierung des Staates bezeichnet, fand im Osmanischen Reich – in Gegensatz zum absolutistischen Staat in Westeuropa – nicht statt. Die Verwaltung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung im Detail wurde im Osmanischen Reich nicht zum wichtigsten Gegenstand der politischen Machtausübung erhoben. Die auf das Territorium ausgerichtete Souveränitätsmacht zielte vielmehr darauf ab, die Versorgung der Märkte mit Waren sicherzustellen, um möglichst hohe Steuereinnahmen zu generieren. Die Förderung des Handels und der Produktion, die die merkantilistische Politik Westeuropas kennzeichnete, wurde nicht angestrebt, mit der Tendenz, dass dem Import eine höhere Priorität zukam als dem Export (vgl. Kreiser 2006 a).

Das Osmanische Reich kannte nur das fiskalpolitische (steuerpolitische) Konzept der *Abschöpfung*, nicht aber die Förderung von Handel und Handwerk. So wurden etwa keine Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen zum Schutz der Produktion im eigenen Land verfügt, von den noch weiter entwickelten wirtschaftspolitischen Instrumenten wie Investitionsanreizen und Exportprämien ganz zu schweigen. (Matuz 1985: 207, Hervorhebung G.T.)

Mit den sog. Kapitulationen hatte das Osmanische Reich seit dem 16. Jahrhundert Frankreich und später auch anderen europäischen Ländern Handelsprivilegien auf seinem Territorium eingeräumt und den europäischen Kaufleuten erhebliche Reduktionen der Importzölle gewährt (vgl. ebd.). Die Kapitulationen wurden nach der Logik der Souveränitätsmacht als einseitige Sonderrechte des Sultans bewilligt. Im Gegenzug für die „Gewährung“ dieser Privilegien sagten die europäischen Staaten dem Sultan „Tribute“ oder Militärhilfen zu (vgl. Neumann 2006 a). Diese Privilegierung der europäischen Kaufleute machte den Schutz der eigenen Wirtschaft gegenüber billigen Importen aus dem Ausland und damit eine merkantilistische Politik unmöglich. Kombiniert mit den Gebietsverlusten und mit dem damit einhergehenden Verlust von Steuerquellen war das

Ergebnis eine finanzielle Abhängigkeit des Osmanischen Reiches von den europäischen Mächten, die schließlich zum Untergang des Reiches führen sollte.³⁰

Die Reformen des Osmanischen Reiches, die Ende des 18. Jahrhunderts einsetzten, wurden vor allen Dingen durch externe Herausforderungen ausgelöst. Die Gegner der Osmanen, d.h. England, Frankreich, die Habsburgermonarchie und Russland, setzten das Reich mit ihrem Expansionsdrang massiv unter politischen und militärischen Druck. Das Aufkommen der Idee des Nationalismus heizte später die Bereitschaft der Osmanischen Untertanen an, sich gegen die Osmanische Herrschaft aufzulehnen. Schließlich trocknete die asymmetrische Eingliederung in die europäisch dominierte Weltwirtschaft die Osmanischen Finanzen aus (vgl. Faroqhi 2004). Die Transformation der Staatlichkeit in Westeuropa übte damit einen Zugzwang aus, mit dem der herrschende Block des Osmanischen Reiches umgehen musste, wollte er nicht gänzlich peripheralisiert werden.

Zum ersten Mal musste der Osmanische Souverän bei den Friedensverhandlungen nach der Niederlage im russisch-osmanischen Krieg (1768-1774) sein Gegenüber formal als gleichrangig anerkennen: „Dieser Vertrag war nicht mehr eine einseitige Zusage von Schutz, die der Sultan aussprach, nachdem ihm die Gegenseite schriftlich Zusicherungen gemacht hatte“ (Neumann 2006c: 308). Die Niederlage gegen Russland führte auch zum ersten Reformprogramm im Osmanischen Reich. Die so genannte „Neue Ordnung“ (*nizam-i cedit*), die 1792 unter der Herrschaft Sultan Selim III. (1789-1807) formuliert wurde, zielte allerdings auf eine Neuordnung der Institutionen der Souveränität und nicht des Staats-Gesellschaftsverhältnisses ab. Sie umfasste den Import von Institutionen im Bereich des Militärs nach westlichem Vorbild und radikale steuerliche Maßnahmen einschließlich der Erneuerung des Finanzwesens, um die Modernisierung des Militärwesens zu finanzieren (vgl. ebd.).

Die Ausbreitung der Staatsräson in Europa, nach der die Bevölkerung begann, die Zielscheibe der politischen Macht zu bilden, brachte damit das Osmanische Reich in ein neues Verhältnis zum Außen, obwohl die Denk- und Handlungsweisen und die Art und Weise der Organisation der sozialen Beziehungen innerhalb des Reiches im Wesentlichen stabil geblieben waren. Auf das Auftauchen der Staatsräson bzw. die Gouvernentalisierung der politischen Machtausübung in Westeuropa und ihre zunehmende Vormachtstellung reagierten die Mitglieder des herrschenden Blocks des

³⁰ 1881 verlor das Osmanische Reich nach dem vorangegangenen Staatsbankrott von 1875 die Kontrolle über die wichtigsten Staatseinnahmen an eine internationale Schuldenverwaltungsbehörde.

Osmanischen Reiches mit einem hohen Maß an Flexibilität, um die externe Legitimität des Sultans als Souverän zu erhalten. So definierten die hohen Beamten ohne Zögern die Souveränität des Sultans in neuen Begriffen um. So erklärten sie, als Russland sich Ende des 18. Jahrhunderts erfolgreich als Schutzmacht für die orthodoxe Bevölkerung auf Osmanischem Territorium durchsetzen konnte, den Sultan zum geistigen Oberhaupt der Muslime, einschließlich derjenigen, die auf russischem Territorium lebten. Dies taten sie, indem sie den Titel des Kalifen, den der Sultan bis dahin nicht führte, aus der Taufe hoben (vgl. ebd.). Nach Innen hingegen war die Anpassung ohne wesentliche Folgen für die Art und Weise der politischen Machtausübung. Die Neudefinition des Kalifats, als Führer und ordentlicher Teil einer aus Menschen gebildeten Gesamtheit, war zu diesem Zeitpunkt lediglich eine oberflächliche und für den Gebrauch nach außen gedachte Innovation.

Das Projekt der „Verwestlichung“, das gerade durch die Repräsentanten der Souveränität des Sultans formulierte wurde, zeigte weitere weitreichende Folgen mit den einschneidenden Reformmaßnahmen der *Tanzimat*-Periode (1839-1876).³¹ Zentrales Element der *Tanzimat*-Reformen, hinter denen als die treibende Kraft die hohen Beamten standen, war die Gewährung eines Rechts durch den Sultan zu den Mitgliedern des herrschenden Blocks auf Sicherheit des Leben, der Ehre und des Privateigentums. Darüber hinaus erfolgte die Gleichstellung der Untertanen nichtmuslimischen Glaubens, in dem sie mit gleichen Rechten und Privilegien wie die muslimischen Untertanen ausgestattet wurden. Weiterhin verzichtete der Sultan auf bestimmte Steuern von wirtschaftlichen Aktivitäten. Schließlich wurde die Rekrutierungspraxis für die Armee modernisiert. Auf diese Reformen folgten in weiteren Schritten die Reorganisation des Justizwesens nach europäischem Vorbild, die Einführung einer zentralisierten Provinzverwaltung nach französischem Muster und die Gründung der Osmanischen Bank (vgl. Matuz 1985).

Die *Tanzimat*-Reformen können nicht als Ausdruck eines grundsätzlichen Wandels der Art und Weise der politischen Machtausübung, etwa im Sinne einer Verschiebung zur Staatsräson, betrachtet werden, sondern ihnen lag vielmehr die politischen Rationalität der Souveränität zugrunde. Durch die Gewährung von neuen Rechten und Privilegien an Mitglieder des herrschenden Blocks und an christliche Untertanen sollte das Reich zusammengehalten werden. Auch die Modernisierung von Institution der Souveränität, wie z.B. des Militärs, des Rechtswesens und der Bürokratie, folgten dem Ziel, die Strukturen

³¹ Die Reformen der Tanzimat-Periode erhielten in ihrer Gesamtheit den Namen *Tanzimat-ı Hayriye* (Heilsame Neuordnung).

der Souveränität zu stärken. Sie wurden nicht begonnen, als Instrumente einer Regierung nach der Staatsräson gedacht und eingesetzt zu werden. Die Reformen dienten gleichzeitig dazu, durch Zugeständnisse an die europäischen Großmächte, vor allem England, die ein besonderes Interesse an wirtschaftlicher Freiheit und rechtlicher Sicherheit der christlichen Bevölkerung des Osmanischen Reiches hatten, dem Osmanischen Reich externe Legitimation und finanzielle Unterstützung zu verschaffen (vgl. Faroqhi 2004). Insgesamt zielten die *Tanzimat*-Reformen damit darauf ab, die nach der Herrschaftstechnologie organisierten gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu stabilisieren und die Strukturen der Souveränität aufrechtzuerhalten.

Die politische Machtausübung vollzog sich weiterhin als der Abschöpfung der Reichtümer des Territoriums und der darauf lebenden Menschen, einschließlich ihres Lebens, jedoch nun mit einer stärkeren Einschränkung des Zugriffs des Sultans auf die wirtschaftlichen Aktivitäten. Trotzdem erschütterten die *Tanzimat*-Reformen die soziale Ordnung des Osmanischen Reiches tiefgreifend. Sie waren wichtige Schritte in Richtung der Ausbreitung von neuen und modernen Formen der Denk- und Handlungsweisen bzw. Subjektivitäten und einer zunehmender Homogenisierung der Bevölkerung des Reiches. Die Gleichstellung der nichtmuslimischen Untertanen führte zu massiven gesellschaftlichen Spannungen. Insbesondere die muslimischen Rechtsgelehrten, die innerhalb des privilegierten Blocks immer mehr an den Rand gedrängt wurden, sahen ihren traditionellen Status bedroht und betrachteten die Gleichstellung als einen Verstoß gegen die Grundsätze der Scharia (vgl. Mardin 1962).

In diesem Krisenkontext bildete sich um 1865 eine oppositionelle Bewegung von jungen bürokratischen Eliten (die sog. Jungosmanen) innerhalb des herrschenden Blocks heraus (vgl. Matuz 1985). Diese neue Elite hatte ihre Ausbildung in den neuen, säkularen Beamtenschulen erhalten. Sie war mit den politischen, sozioökonomischen und intellektuellen Entwicklungen in Europa vertraut und nutzte das neue Medium der Presse, um ihre Ideen zu verbreiten. Die Jungosmanen waren die ersten „Politiker“ des Osmanischen Reiches: „Their medium of action was not the sword but the word” (Mardin 1962: 397).

Das politische Projekt der Jungosmanen bestand in der Ausbreitung der Staatsräson im Osmanischen Reich. Sie kritisierten die rechtlich-institutionellen Reformen der *Tanzimat*-Periode als oberflächliche Maßnahmen, die lediglich eine unreflektierte Übernahme von einzelnen Regulationen und Institutionen aus Westeuropa darstellten. Im Gegensatz dazu

plädierten sie für einen grundsätzlichen politischen Strukturwandel, um das effiziente Funktionieren der modernen Institutionen zu garantieren. Ihr Projekt kann als ein Versuch interpretiert werden, die Ausübung der politischen Macht nicht mehr in Begriffen und Institutionen des Gerechtigkeitsstaates zu denken, mit dem Territorium und Besitztümer als Zielscheibe der Machtausübung, sondern sie vielmehr ausgehend aus der Idee der Bevölkerung und einer dem Wohlergehen dieser Bevölkerung gegenüber verantwortlichen Regierung her zu denken und zu legitimieren sowie in der Form einer konstitutionellen Monarchie institutionell zu fixieren. Dieser Versuch der Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses basierte auf der Schaffung einer „Osmanischen Nation“, die alle Gruppen, bestehend aus Juden, Christen und Muslime, als gleichberechtigte und ihrer Privilegien entledigte Staatsbürger umfassen sollte. Dadurch sollte der „Osmanische Staat“ gestärkt werden. Beeinflusst vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts führten die Jungosmanen Begriffe wie Freiheit, Gleichheit, individuelle Rechte und Partizipation in das politische Vokabular des Osmanischen Reiches ein. Der Verwaltungsstaat, der die Verantwortung für die Regierung der Bevölkerung übernimmt, sollte sich unter der Beteiligung der Bürger an den Staatsgeschäften realisieren. Die Jungosmanen waren jedoch begrenzt durch die Strukturen der Souveränität und daher stets bestrebt, ihre Forderungen auf der symbolischen Ebene mit dem islamischen Recht in Einklang zu bringen und im traditionellen Sinne zu legitimieren (vgl. Mardin 1962).

Die politische Strategie der Jungosmanen, auf der Grundlage einer neuen politischen Rationalität das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Osmanischen Reich zu verändern, erlebte eine Niederlage mit der Machterhalt von Sultan Abdülhamit II. (1876-1909). Der neue Sultan machte gegenüber den sozialen Akteuren innerhalb der Bürokratie, die die Rationalität der Staatsräson ausbreiteten, seine Rechte als Souverän geltend. Er zielte auf die Erhaltung der Strukturen der Souveränität nach der Herrschaftstechnologie ab. Dabei baute Abdülhamit II. sein politisches Projekt des Islamismus stark auf „knitting together the Muslim elements of the empire into a cohesive new core of identity“ (Hamioğlu 2008: 130). Damit stellten die Muslime, gedacht als eine homogene Gruppe von Menschen, durchaus die neue Legitimationsgrundlage der politischen Machtausübung des Kalif-Sultans, der sich nun als Souverän aller Muslime verstand. Allerdings war dies eine symbolische Taktik, um das Herrschaftsverhältnis aufrechtzuerhalten. Nicht der Sultan trug die Verantwortung gegenüber den Muslimen, sondern die Muslime waren angehalten dem Kalifen loyal zu sein. Der Kalif-Sultan sah in der privilegierten Behandlung der

muslimischen Bevölkerung und deren stärkere Integration in den herrschenden Block vielmehr die Möglichkeit die arabischen Untertanen zu mobilisieren, die territoriale Integrität des Reiches und seine internationale Anerkennung zu bewahren, als die Kräfte der Bevölkerung zur Zielscheibe der Regierung zu machen (vgl. ebd.). Trotz der Intensivierung der bürokratischen Modernisierung unter der Herrschaft Sultan Abdülhamit II. fand die Ausbreitung einer allgemeinen disziplinarischen Verwaltung der Bevölkerung, mit dem Ziel die Kräfte des Staates als ein sich aus Menschen gebildetes politisches Subjekt zu steigern nicht statt .

Die Regierung nach der Staatsrason gewann erneut nach 1908 mit der Formulierung des politischen Projektes des türkischen Nationalismus durch die Jungtürken, die im Komitee für Einheit und Fortschritt (*İttihad ve Terakki Cemiyeti*) organisiert waren, eine historische Dichte. Die jungtürkische Opposition gelang es Abdülhamit II. 1908 zur Wiedereinführung des Grundgesetzes zu zwingen, die aufgrund des Drucks der Jungosmanen 1876 eingeführt und durch Abdülhamit II. 1878 wieder suspendiert wurde. Dies bedeutete den Übergang zur konstitutionellen Monarchie (vgl. Faroqhi 2004). Das politische Projekt der Jungtürken bestand in der Integration aller Elemente der osmanischen Gesellschaft, einschließlich der nicht-muslimischen Wirtschaftseliten, in eine „türkische Nation“, die beginnen sollte, als die Zielscheibe der Regierung des Staates gedacht und verwaltet zu werden. Dass es die Aufgabe einer nationalen Elite sei, die Führung des sich auf die türkische Nation beziehenden Staates zu übernehmen und für sein Wohl zu denken und zu handeln, sollte nach den Vorstellungen der Jungtürken das zentrale Prinzip der politischen Machtausübung ausmachen (vgl. Parla 1985). Es handelte sich beim Nationalismus der Jungtürken um eine Version der Staatsrason mit dem Ziel einen Verwaltungsstaat aufzubauen. Die Jungtürken realisierten, dass der Aufbau eines modernen Staates ohne eine eigene Bourgeoisie unmöglich war. Sie forderten daher, die hemmenden wirtschaftlichen Sonderrechte der europäischen Mächte und nicht-muslimischen Wirtschaftseliten abzuschaffen, um mehr Entscheidungsfreiheit im Bereich der Wirtschaftspolitik zu erhalten und schließlich eine merkantilistische Politik zu verfolgen. Damit begann die Bevölkerung nicht mehr als Besitztum des Herrschers, sondern als Zielscheibe der Regierung gedacht zu werden, um den Staat zu erhalten und zu stärken. Mit der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg scheiterte allerdings auch dieses Experiment.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die politische Transformation des Osmanischen Reiches weniger auf dem gesellschaftlichen Wandel im Zuge der Entstehung einer gouvernementalisierten Gesellschaft und des Kapitalismus basierte, wie Foucault sie für Westeuropa beschreibt. So hatten sich die materiellen Fähigkeiten und Produktionsformen im Osmanischen Reich nicht wesentlich geändert. Neue Arten von sozialen Beziehungen, die in der Folge zu einem neuen Staats-Gesellschaftsverhältnis und zu einem Übergang vom Gerechtigkeitsstaat zum Verwaltungsstaat hätten führen können, entwickelten sich nur langsam. Im Gegensatz zum Prozess der Gouvernementalisierung des Staates in Westeuropa ging den Reformen des Osmanischen Reiches kein Zusammenbruch des Feudalismus als soziale Ordnung und keine Veränderung der Subjektivierungsformen auf der gesellschaftlichen Ebene voraus, sondern vielmehr der Zerfall der Souveränität des Sultans in einem sich verändernden globalen Kontext, geprägt durch die Entstehung von neuen Formen von Staatlichkeit in Westeuropa. Die politischen Reformen im Osmanischen Reich gingen hauptsächlich auf die Ausbreitung von neuen Denk- und Handlungsweisen innerhalb des herrschenden Blocks zurück. Die Teile des herrschenden Blocks, die Agenten der Verbreitung von neuen Arten der Machtausübung waren, strebten einerseits danach, die Souveränität des Sultans durch den Import von institutionellen Erneuerungen aus Europa im Bereich des Militärs, der Verwaltung und des Rechtswesens aufrechtzuerhalten, gegenüber der externen Bedrohung der modernen Staaten Westeuropas. Andererseits zielten sie darauf ab, das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Inneren neu zu definieren. Während die erstere Motivation die bestehende Strukturen stabilisierte, führte die zweite zu einem Konflikt mit diesen, mit dem Ergebnis einer Blockade der Ausbreitung der Staatsräson.

Während in Europa in Folge der Gouvernementalisierung des Staates die Bevölkerung immer stärker als Ziel und Instrument der politischen Machtausübung hervortrat, die in einer überlegten Art und Weise im Detail verwaltet werden musste, um die gesellschaftlichen Kräfte hervorzubringen, war im Osmanischen Reich die Souveränitätsmacht immer noch die vorherrschende Form der Machtausübung, die sich primär auf das Territorium ausrichtete. Die Ausübung der politischen Macht vollzog sich im wesentlichen als Abschöpfung der Ressourcen des Territoriums einschließlich des Lebens der Untertanen mit dem Ziel, die Herrschaft des Sultans aufrechtzuerhalten. Noch um 1880 bezeichnete Ahmed Cevdet Pasha in einer Denkschrift für Sultan Abdülhamit II. die Türken als „die eigentliche Kraft hinter dem Erhabenen Staat. Sie sind aus ethischen

und religiösen Gründen aufgefordert, *ihr Leben* für das Haus Osman *zu geben*, bis sie alle untergegangen sind“ (Ahmed Cevdet Pasha zitiert in: Kreiser 2006 a: 342, Hervorhebung G.T.). Nicht die Stärkung des Staates, durch die Organisation der Kräfte der Bevölkerung, sondern die Stärkung des Souveräns durch die Ausbeutung des Lebens seiner Untertanen war hauptsächlich das Ziel der politischen Machtausübung.

4.2 Das Regieren für und durch den Nationalstaat

Die Ausbreitung der Staatsräson als eine neue Rationalität der politischen Machtausübung innerhalb des herrschenden Blocks des Osmanischen Reiches mündete nach dem ersten Weltkrieg 1923 in die Gründung der Türkischen Republik, in der sie ihre dauerhafte institutionelle Fixierung fand. Die republikanische Eliten unter der Führung von Mustafa Kemal bestand hauptsächlich aus ehemaligen jungtürkischen Offizieren und Bürokraten des herrschenden Blocks des Osmanischen Reiches. Sie hatten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg gegen die Pläne der Siegermächte, das Osmanische Reich aufzuteilen, einen erfolgreichen „nationalistischen“ Befreiungskampf (1919-1923) geführt.

Die Gründer der neuen Republik konzeptualisierten die Ausübung der politischen Macht als „Regieren für und durch den Nationalstaat“. Damit nahm die Staatsräson mit der Gründung der Türkischen Republik die konkrete Form des Nationalstaates an. Dabei gründete das Projekt der neuen „Staatseliten“ auf ihre Überzeugung, die politische Struktur des Nationalstaates, die damals in Westeuropa die vorherrschende Form der politischen Machtausübung darstellte, übernehmen zu müssen, um die externe Anerkennung der politischen Souveränität des neuen Staates absichern und damit ihre beherrschende Position innerhalb der nicht besetzten Gebiete des Osmanischen Reiches mit einer türkisch-muslimischen Bevölkerung verteidigen zu können. Der türkische Nationalstaat, definiert durch die türkische Nation im Sinne einer homogenen Bevölkerung, wurde damit im Rahmen des republikanischen politischen Projektes als das neue Ziel und Instrument der politischen Machtausübung propagiert, um in erster Linie die Stellung der republikanischen Elite nach außen hin zu stabilisieren.

The reformers decided that *their survival* (...) was contingent upon defining a homogeneous and unified community as the basis of their rule and legitimacy. (...) The creation and protection of such a community were deemed

indispensable in order for the new nation and the state to catch up with the West. (Kasaba 1997: 22, Hervorhebung G.T.)

An die Stelle des religiös legitimierten Reiches und Souveräns in der Person des Sultans sollte der Nationalstaat und seine Regierung in das politische Denken und in die politische Praxis der Menschen eintreten. Die Idee des Reiches bzw. einer imperialen Struktur wurde als die Legitimationsgrundlage der politischen Souveränität aufgegeben. Der Nationalstaat verstand sich nicht als eine Erscheinung Gottes in der Welt und war seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Der Staat wurde durch die Idee der Nation als eine homogene Einheit aller innerhalb der extern anerkannten „Grenzen“ der Türkischen Republik lebenden Menschen, die nach der Staatsräson „regiert“ werden sollten, und damit schließlich durch sich selbst legitimiert, und existierte mit Bezug auf sein Seinsollen, nämlich die „Erreichung des Niveaus zeitgenössischer Zivilisationen“.

Das Ziel des „Regierens für und durch den Nationalstaat“ bestand dementsprechend in der Stärkung des Nationalstaates, d.h. darin ihn dauerhaft und stabil zu machen und zu bereichern. Die Nation als eine aus Menschen gebildete Gesamtheit bildete nun die Zielscheibe der politischen Machtausübung – und nicht mehr das Territorium. Der türkische Nationalstaat sollte auf der Ebene der Weltordnung zu einem gleichrangigen Mitglied der Pluralität der Nationalstaaten gemacht werden. Das wichtigste Problem dieser neuen Art und Weise der politischen Machtausübung im Zeichen Staatsräson lag darin, die Kräfte des Staates zu erkennen und zu entwickeln sowie seine autonome Stellung innerhalb des Staatengleichgewichts zu bewahren.

Das zentrale Instrument des „Regierens für und durch den Nationalstaat“ nach innen war die staatliche Verwaltung. Die Menschen sollten – der politischen Rationalität der Staatseliten folgend – als gleichberechtigte Staatsbürger des Nationalstaates (türk.: *vatandaş*) normiert und nicht als Untertanen eines Souveräns und als Teil seines Herrschertums beherrscht werden. Das Projekt der Staatseliten zielte damit auf die Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses durch die Disziplinartechnologie ab. Die neue Regierungstechnologie funktionierte durch eine omnipräsente Kontrolle der Kräfte der Nation als ein organisches Gebilde, „die nicht weniger aufmerksam ist als die des Familienvaters über die Hausgemeinschaft und ihre Güter“ (Foucault 2006 a: 144). Sie reflektierte sich im Aufbau und der Ausbreitung moderner Institutionen, wie z.B. der zentralistischen Staatsverwaltung, der Schulen, der Gerichte. Weiterhin nahm die neue Regierungstechnologie die Form des Merkantilismus an, um die Kräfte der Bevölkerung

zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung zu kanalisieren und damit den Staat reich zu machen. Schließlich wurde die ständige Armee und die ständige Diplomatie in die Strukturen des Nationalstaates integriert.

Mit der Abschaffung des Sultanats (1922) hatten die Gründer der Republik bereits das Ende des Osmanischen Reiches eingeleitet.³² Die internationale Anerkennung der Türkischen Republik als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches durch den Vertrag von Lausanne (1923) lieferte schließlich die ersehnte externe Anerkennung des türkischen Nationalstaates. Nachdem die republikanische Eliten die Unabhängigkeit des Staates nach außen gesichert hatten, verfolgten sie im Inneren ihr politisches Projekt der Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Zeichen der Staatsräson.

Um die Aufgabe der Kontrolle und der Kanalisierung der Kräfte der Nation wahrzunehmen, organisierten sich die Regierenden, die den Staat repräsentierten, unter dem Dach der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP). Sie wurde 1923 von Mustafa Kemal gegründet. Die Führung der CHP sah sich in der Rolle der Staatseliten als organischer Teil der Nation und als Vertreter ihrer genuinen Interessen. Für sie waren die Nation, der Staat und seine Regierung vereint und bildeten einen einzigen politischen Körper.³³

Die Staatseliten waren in erster Linie mit der Herausforderung konfrontiert, alles, was die nationale Einheit und Ordnung im Inneren beeinträchtigen könnte, zu beherrschen und zu unterdrücken. Während der Periode des Einparteienregimes von 1923 bis 1946 konzentrierte sich die Regierung nach der Staatsräson im Inneren Ordnung zu schaffen, den rechtlich-institutionellen Rahmen des Nationalstaates und die zentrale Verwaltung aufzubauen und alle Teile der Bevölkerung als Staatsbürger in den Nationalstaat zu integrieren. 1925 verabschiedete das Parlament das „Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ruhe“, das der Regierung freie Hand im Kampf gegen die Gegner des politischen Projektes der Staatseliten einräumte. Die Opposition bestand u.a. in den kurdischen Stämmen und der religiösen Eliten aus der Provinz, die landesweit Aufstände gegen die Auflösung feudaler Strukturen und die Aufhebung der traditionellen Privilegien durchführten. Die CHP-Regierung bekämpfte diese Aufstände hartnäckig und setzte dabei

³² Mustafa Kemal zeigte während des Befreiungskrieges eine konforme Haltung zum Islam, zur Dynastie und zur Rettung des Sultans und Kalifen, um die Einheit für den Kampf gegen die Besatzungsmächte zu schaffen (vgl. Seufert/Kubaseck 2006).

³³ Zum korporatistischen Selbstbewusstsein der Gründer der Republik unter der Führung von Mustafa Kemal siehe Parla/Davison 2004.

massiv die Armee ein. In Sondertribunalen unter dem Namen „Unabhängigkeitsgerichte“ demonstrierte sich die Ausübung der politischen Macht im Zeichen der Staatsräson (vgl. van Bruinessen 1985).³⁴

Darüber hinaus zielte das „Regieren für und durch den Nationalstaat“ auf eine Neukonstruktion der Denk- und Handlungsweisen der Bevölkerung ab. Das nationale Bewusstsein und die säkulare Staatsbürgerschaft sollte in der Bevölkerung mit radikalen Reformen gestärkt werden. Diese umfassten disziplinierende Maßnahmen, um entsprechend des Ziels der Stärkung des Staates den säkularisierten und normierten Staatsbürger zu produzieren, wie sie ihren Niederschlag u.a. in der Hutreform (1925), im Übergang zur westlichen Zeitrechnung (1926), in der Säkularisierung des Zivilrechts durch die Einführung des schweizerischen Modells (1926), in der Sprachreform (1928), in der Namensreform (1934) und schließlich in der Verabschiedung des Wahlrechts für Frauen (1934) fanden (vgl. Ahmad 1993). Gleichzeitig kam die neue Regierungstechnologie im Aufbau eines vereinheitlichten und säkularisierten Erziehungssystems (1924) zum Ausdruck (vgl. Toprak 1981). Die Regierung der CHP nach der neuen Regierungstechnologie schlug sich damit in dem Versuch nieder, „von Ankara aus bis zur Dorfebene hinab ein strenges Kontrollregime zu installieren, in dem Abweichungen (...) nicht geduldet werden sollten“ (Unbehaun zitiert in: Kreiser 2006 b: 390).

Insbesondere die Religion, die auf der Ebene der intersubjektiven Bedeutungen immer noch die allgemeinen Vorstellungen über die soziale Ordnung prägte, stellte eine potentielle Gefahr für das Projekt des Nationalstaates dar. Deswegen wurde der Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben stark reglementiert, islamische Institutionen abgeschafft und die religiöse Elite aus dem herrschenden Block herausgedrängt. Die republikanischen Reformen umfassten die Abschaffung des Kalifats (1924), die Schließung der islamischen Wallfahrtsorte (1925), das Verbot der islamischen Orden und die Schließung ihrer Einrichtungen (1925). 1928 erfolgte die Abschaffung des Islam als Staatsreligion (vgl. Toprak 1981). Damit wurde der letzte Bezug der neuen politischen Strukturen des Nationalstaates auf Gott abgeschafft. Der Staat, seine Gesetze und seine Repräsentanten existierten nun lediglich in Bezug auf sich selbst und auf anderen Staaten.

³⁴ Den Gipfelpunkt dieser Widerstände, die sich gegen die Neuordnung der Machtverhältnisse wehrten, stellte der Aufstand der kurdischen Stämme unter der Führung des Oberhauptes des Nakşibendi-Ordens Scheich Said dar, der im Jahre 1925 mit einer Großoffensive der Armee niedergeschlagen wurde (vgl. van Bruinessen 1985).

Schließlich bildete die Gewinnung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und die Bereicherung des Staates einen wichtigen Bestandteil der Regierung der CHP nach der Staatsräson. Dies sollte durch eine merkantilistische Wirtschaftspolitik und durch die staatliche Förderung der einheimischen Industrie geschehen. Weiterhin sollten die Kapitulationen des Osmanischen Reiches abgeschafft und wichtige wirtschaftliche Betriebe, die sich in ausländischer Hand befanden, nationalisiert werden. Nur durch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine starke Industrie konnte der türkische Staat im Gleichgewicht mit anderen Staaten sein autonomes Fortbestehen sichern. Im Jahre 1923 wurde in Izmir ein Wirtschaftskongress veranstaltet, bei dem eine nationale Strategie für die Kanalisierung der Kräfte der Bevölkerung für die nationale Entwicklung bestimmt wurde.³⁵ Die Entwicklungsstrategie, die in Izmir beschlossen wurde, räumte die aktive Rolle im Aufbau einer modernen Wirtschaft den bereits bestehenden Wirtschaftseliten ein. Für die Staatseliten existierte kein Antagonismus zwischen den sozialen Klassen, weil die türkische Nation hauptsächlich aus Kleinbauern bestand. Die Stärkung des Staates und die Stärkung der Privatwirtschaft waren daher nicht voneinander trennbar und stellten das gemeinsame Interesse aller Teile der Bevölkerung dar. Der Staat hatte die Rolle die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Bevölkerung aktiv zu fördern und zu lenken. Die individuellen Aktivitäten der Bürger im wirtschaftlichen Bereich sollten die Grundlage der nationalen Entwicklung bilden. Ab den 1930er Jahren fand im Kontext der Weltwirtschaftskrise und parallel zu externen politischen Entwicklungen ein Strategiewechsel in der Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Zeichen der Staatsräson. 1931 wurde das Prinzip des Etatismus in das Parteiprogramm der CHP aufgenommen. Dem Etatismus zufolge sollte sich der Staat durch den Aufbau von staatlichen Industriebetrieben aktiv für die Industrialisierung des Landes einsetzen. In der darauffolgenden Phase wurde stärkeres Gewicht auf staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess gelegt (vgl. Boratav 1998).

Allerdings blieb die Reichweite des Projektes der Staatseliten, das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Zeichen der Staatsräson neu zu organisieren, relativ begrenzt. Mit der Gründung der Republik war die alte feudale Ordnung nicht verschwunden. Die

³⁵ Der Izmirer Wirtschaftskongress wurde im Frühjahr 1923 während der Unterbrechung der Verhandlungen in Lausanne veranstaltet. Gegen den Druck der Besatzungsmächte, die von der republikanischen Elite die Fortführung der Kapitulationen verlangten, zielte der Kongress einerseits darauf ab, Entschlossenheit zu zeigen, dass die neue Führung die vollständige Souveränität als gleichberechtigter Nationalstaat anstrebte, und andererseits zu demonstrieren, dass sie nicht einen sozialistischen Weg einzuschlagen beabsichtigte (vgl. Finefrock 1981).

überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (etwa 80 Prozent) lebte in Dörfern und damit abgeschieden von den urbanen Zentren (vgl. Pamuk 2007). Sie befanden sich in traditionellen Strukturen, in denen regionale, stammesmäßige, religiöse und damit nicht die nationale Zugehörigkeit die vorherrschenden Ordnungsprinzipien waren. Ihre Beziehungen zum Staat waren im Wesentlichen auf den Militärdienst und das Zahlen von Steuern begrenzt (vgl. Güneş-Ayata 1994). Die Versuche der Staatseliten durch die Politik der Reglementierung der Religion und die Abschaffung der traditionellen Privilegien die feudalen Strukturen aufzubrechen, stießen auf den heftigen Widerstand der lokalen Mächte. So waren die Staatseliten bis Anfang der 1930er Jahre mit der Niederschlagung von Revolten im ganzen Land und insbesondere im Osten beschäftigt. Der Kampf gegen aufständische lokale Mächte verbrauchte den Großteil der Ressourcen des neuen Nationalstaates (vgl. Kirişçi/Winrow 1997).

Auch die Anstrengungen der Staatseliten, eine nationale Industrie aufzubauen und die nationale Entwicklung voranzutreiben, scheiterten weitgehend, weil die materiellen Kapazitäten der kriegsgeschwächten Bevölkerung, die für die wirtschaftliche Modernisierung zur Verfügung standen, äußerst beschränkt waren. Die Wirtschaftseliten verfügten weder über genügend Kapital noch über die notwendigen Fähigkeiten und zeigten kein Interesse ihre begrenzten Mittel in langfristige Industrieprojekte zu investieren. Sie verfolgten vielmehr ihre partikularistischen Interessen jenseits staatlicher Kontrolle – die Staatsräson war nicht die dominante Denk- und Handlungsweise dieser sozialen Akteure. Die materielle Basis der neuen Republik lag Ende der 1940er Jahren nach wie vor in der ineffizienten landwirtschaftlichen Produktion. Darüber hinaus hatten die Staatseliten 1924 nach dem Sieg über die Besatzungsmächte der auf der gesellschaftlichen Ebene dominanten Souveränitätslogik folgend den Landherren und den Kleinbauern die Steuerfreiheit der Landwirtschaft als Privileg gewährt, um erstens ihre „Herrschaft“ im Inneren abzusichern und zweitens das neue politische Projekt voranzutreiben (vgl. Pamuk 2007). Diese Tatsache limitierte den direkten Zugriff der Regierung auf die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion, um die Autonomie des Staates zu stärken.

Trotz des massiven Einsatzes der Staatseliten war das politische Projekt des „Regierens für und durch den Nationalstaat“ damit konfrontiert, durch die soziale Akteure, vor allem die lokalen Eliten, blockiert zu werden. Die Staatseliten konnten die bestehenden Machtverhältnisse, die durch die Herrschaftstechnologie strukturiert waren, bis zu einem

gewissen Grad mit Gewalt durchdringen, um die öffentliche Ordnung herzustellen und Gehorsam gegenüber ihrer Herrschaft durchzusetzen. Sie begegneten aber Schwierigkeiten, das Verhalten der Bevölkerung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich mit administrativen Mitteln zu regulieren. Obwohl im Zusammenhang mit der Staatsräson die Frage diejenige sein sollte, ob die Regierung ausreichend, intensiv und detailliert genug sei, um den Staat zu seiner höchsten Kraft zu führen, konfrontierten die sozialen Akteure die Staatseliten stets mit Fragen nach der Übereinstimmung der neuen Form der politischen Machtausübung mit den moralischen, natürlichen, göttlichen Gesetzen. Für die lokalen Eliten hatten die militärischen Eliten des Osmanischen Reiches, die den Befreiungskrieg gegen die Besatzungsmächte angeführt hatten und die Türkische Republik aufgerufen hatten, die Macht, die ihnen in Kriegszeiten übertragen wurde, überschritten und ausgenutzt. Nun mussten die ursprünglichen Gesetze und Privilegien wiedergewonnen werden.

In den ländlichen Gebieten waren die traditionellen Denk- und Handlungsweisen im Wesentlichen intakt geblieben, mit dem Ergebnis, dass lokale Eliten über das Aushandeln von Schutz gegen Loyalität über einen beachtlichen politischen Einfluss verfügten. Die Staatseliten, die darauf abzielten, das Staats-Gesellschaftsverhältnis nach dem Prinzip der Staatsräson zu organisieren, hingegen hatten zum größten Teil einen bürokratischen und militärischen Hintergrund. Ihre Unterstützungsbasis beschränkte sich hauptsächlich auf die urbanen Zentren. Der einzige Weg, um die ländliche Bevölkerung in den Nationalstaat zu integrieren, war, sich die bestehenden lokalen Eliten (außer den religiösen Gelehrten) zu Nutze zu machen und durch die Gewährung von Privilegien als Gegenleistung zur geleisteten Loyalität in die Strukturen des Nationalstaates einzubinden. Die bürokratisch-militärischen Staatseliten, die ideologisch gegen die traditionellen Verbindungen der lokalen Eliten waren, hatten keine andere Wahl als ein „Auge zu zudrücken“, ohne diese Verhältnisse, die nach der Souveränitätslogik strukturiert waren, notwendigerweise zu legitimieren. So machte die CHP die Angehörigen der sozialen Oberschicht der Provinz, deren Ansehen auf einem hohen Rang im Osmanischen Reich beruhte, zu Vertretern der Partei und gleichzeitig zu Vertretern des Nationalstaates in der Provinz (vgl. Güneş-Ayata 1994). Die Staatseliten schafften damit, dass sich das politische Projekt des Nationalstaates gesellschaftlich weiter durchsetzte. Die lokalen Eliten ihrerseits konnten dadurch an der politischen Machtausübung teilhaben und versuchten, indem sie sich loyal dem Nationalstaat gegenüber verhielten, den Zentralstaat in Ankara zu ihren eigenen Zwecken

zu benutzen. Deswegen ist es notwendig, das Verhältnis zwischen der Staatseliten und der ländlichen sozialen Akteuren differenziert zu betrachten. Wie Migdal argumentiert:

There is a need constantly to look back and forth between the top reaches of the state and local society. One must see how the organisation of society, even in remote areas, may dictate the character and capabilities of policies at the center, as well as how the state (often in unintended ways) changes society. (Migdal 1988: xvii)

Innerhalb der historischen Wirklichkeit der neuen Republik existierten damit zwei Machttechnologien parallel zu einander. Das Tempo der Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nach der Gründung der Republik wurde damit stets – wie informell auch immer – von den sich transformierenden Denk- und Handlungsweisen der sozialen Akteure aus der Provinz mitbestimmt. 1945 versuchte das Parlament eine Landreform zur Verbesserung der Lage der ländlichen Bevölkerung durch die teilweise Enteignung von Großgrundbesitzern zu verabschieden. Allerdings blockierte oppositionelle Flügel der Einheitspartei im Parlament, die insbesondere aus lokalen Eliten bestand, die angestrebte Auflösung von feudalen Strukturen mit dem Argument der Bewahrung von Traditionen. Damit scheiterte die CHP-Führung endgültig bei ihrem Versuch, durch die Landreform – der Staatsräson folgend – die gesellschaftlichen Machtverhältnisse neu zu organisieren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Staatsräson sich spätestens mit der Gründung der neuen Republik als das neue Organisationsprinzip des Staats-Gesellschaftsverhältnisses institutionell durchgesetzt und die Sicherstellung der externen Anerkennung des türkischen Staates gewährleistet hat. Diese neue Regierungsform nahm in den Strukturen des Nationalstaates ihre konkrete Form an. Damit stellte die Gründung der Türkischen Republik das Ergebnis eines politischen Projektes mit Bezug auf die Ausbreitung einer neuen Art und Weise der politischen Machtausübung im Zeichen der Staatsräson dar. Es handelte sich somit beim Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik nicht um einen Wechsel der Inhaber der politischen Macht, sondern um eine Transformation der Form der Machtausübung.

Das Projekt der Staatseliten, durch den Aufbau von modernen Institutionen und mit den Techniken der Disziplin das Verhalten der Menschen zu reglementieren, um ihre Kräfte für die Stärkung des Staates zu kanalisieren, stieß allerdings auf den Widerstand der sozialen

Akteure. Die nationalstaatliche Staatsbürgerschaft als eine neue Form der Subjektivität setzte sich in der Gesellschaft nur zögerlich durch. Es entwickelte sich kein effektiver Verwaltungsstaat, der jenseits von traditionellen und symbiotischen Herrschaftsverhältnissen auf der Basis des Spiels der Autorität und Verantwortlichkeit strukturiert war. Der Erhalt von Privilegien als Gegenleistung zu ihrer Loyalität bestimmte immer noch weitgehend die Denk- und Handlungsweisen der Bevölkerung. Die Idee der Staatseliten, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch die Regierungstechnologie neu zu organisieren, konnte sich damit nur limitiert realisieren, weil es dieser Transformation kein Wandel der mentalen Strukturen und materiellen Kapazitäten vorausgegangen war. Die Herrschaftstechnologie und damit die souveräne Rechtssprechung als Hauptinstrument der Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse begrenzte damit die Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson. Nach der Gründung der Republik fand damit außerhalb der städtischen Gebiete und moderner Institutionen insbesondere im Verhältnis der städtischen Staatseliten und der ländlichen Bevölkerung hauptsächlich eine Akzentverschiebung der Herrschaftstechnologie statt. Anstelle des religiös legitimierten Souveräns traten die Staatseliten, die ihre Legitimität nun von der „transzendentalen“ Idee der Nation ableiteten. Dieses Verhältnis kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass das Parlament 1934 Mustafa Kemal den Namen „Atatürk“ verlieh, d.h. „Vater der Nation“ (vgl. Seufert/Kubaseck 2006). Die Staatseliten mussten immer noch eine paternalistische Beziehung zu den Regierten aufbauen und den Anschein produzieren, dass sie ihr vaterliches Wohlwollen auf die Untertanen ausdehnen, um ihre politische Legitimation zu stärken. Das Ziel der Ausübung der politischen Macht bestand angesichts der mangelnden materiellen Kapazitäten und der Dominanz von traditionellen Vorstellungen nach wie vor in der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Staatseliten und nicht in der Regierung des Staates für seine Bereicherung durch die Verwaltung, Vermehrung und Stärkung der Bevölkerung auf der Basis einer ökonomischen Logik. Die Staatseliten regierten den Nationalstaat nicht durch eine rationale Verwaltung, sondern herrschten vielmehr durch die Verteilung von politischen Privilegien im Namen der „transzendentalen“ Nation.

4.3 Die Blockade der Staatsräson

Im Jahre 1946 erlebte die Staatlichkeit in der Türkei einen weiteren wichtigen Einschnitt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs legten die Gebietsforderungen der Sowjetunion und ihr Interesse die Kontrolle über die Dardanellen und den Bosphorus zu gewinnen, der Türkei die Integration in den transatlantischen Block

näher, die kein Interesse daran hatte, seine Unabhängigkeit zu verlieren und in eine unterlegene Position gegenüber dem Sowjetunion zu fallen. Die Integration in den transatlantischen Block wurde als eine Möglichkeit gesehen, um in den Außenbeziehungen ein Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und der Türkei herzustellen und damit die unbegrenzte Regierung nach Innen im Zeichen der Staatsräson abzusichern.

Diese Entscheidung der Staatseliten im Kontext der neuen Weltordnung in den „Schutz“ der westlichen Mächten einbezogen zu werden, machte eine politische und wirtschaftliche „Liberalisierung“ notwendig. 1946 wurde mit der Billigung von Präsident İsmet İnönü neben der CHP auch andere politische Parteien zugelassen und das Einparteienregime beendet. 1947 trat die Türkei der IWF bei und leitete eine Reihe von liberalen Maßnahmen im Wirtschaftsbereich ein (vgl. Zürcher 2004).

Diese Maßnahmen waren nicht Effekte der Ausbreitung einer liberaler Regierungstechnologie, sondern es handelte sich dabei um politische und wirtschaftliche Interventionen, die auf die Aufrechterhaltung und Stärkung des Verwaltungsstaates abzielten. Sie hatten damit einen taktischen Charakter und der Umfang ihrer Umsetzung sollte je nach der Interessenslage des Staates durch die Staatseliten, in ihrer Funktion den Staat zu repräsentieren, bestimmt werden. Sie lösten allerdings eine Reihe von für die Staatseliten unvorhersehbaren Entwicklungen aus, die dazu führten, dass die Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei in der darauffolgenden Periode eine neue Form annahm.

Die CHP, die die Staatseliten repräsentierte, konnte zwar die ersten freien Wahlen 1946 durch eine Verknappung der Vorbereitungszeit für sich entscheiden. Jedoch gewann bei den Wahlen von 1950 die Demokratische Partei (*Demokrat Parti*, DP) unter der Führung von Adnan Menderes, 53,4 Prozent der Stimmen und aufgrund des Wahlsystems 409 Parlamentsmandate, während die CHP mit 39,8 Prozent der Stimmen lediglich 69 Sitze im Parlament für sich entscheiden konnte (vgl. Ahmad 1993). Die DP, die durch eine oppositionelle Fraktion innerhalb der CHP gegründet worden war und in der sich die Landherren insbesondere der westlichen Provinzen, die lokalen Eliten und die städtische Handelsbourgeoisie versammelt hatten, konnte damit eine Alleinregierung stellen (vgl. Zürcher 2004). Der Wahlsieg der DP führte zu einer radikalen Marginalisierung der Staatseliten, deren bevorzugte Ort die Staatsbürokratie war.

Es war der DP gelungen, durch eine effektive Kritik an der CHP ein Gegenprojekt zu entwickeln, nämlich die „Herstellung der Gerechtigkeit“ im Sinne der Geltendmachung der traditionellen Rechte und Privilegien des Volkes gegen die Regierungsweise nach der Staatsräson, mit der sie die Stimmen der ländlichen Massen, die weiterhin in traditionelle Denk- und Handlungsstrukturen eingebettet waren, mobilisieren konnte. So verurteilte sie die staatszentrierte Entwicklungs- und kriegsbedingte Sparpolitik der CHP sowie ihre Bemühungen, das gesellschaftliche Leben zentralistisch neu zu organisieren, als eine ungerechte Willkürherrschaft, die die ländliche Bevölkerung ausbeutete.³⁶ Andererseits machte sie die Verbannung der Religion aus der öffentlichen Sphäre und die Trennung von Religion und Staat nach der Staatsräson zur Zielscheibe ihrer Kritik und propagierte den islamischen Charakter der politischen Souveränität. Nach der politischen Rationalität, die dem Wahlsieg der DP zugrunde lag, war die Staatsräson nicht legitim.

Damit ging dem Übergang zum Mehrparteienregime in der Türkei keine demokratische Revolution voraus, in der die Bevölkerung gegen eine feudal-aristokratische Herrschaft rebellierte. Die Mobilisierung der Massen durch die Führung der DP basierte vielmehr auf dem Versprechen, die Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson durch den Schutz der traditionellen Rechte der Bevölkerung zu begrenzen, und die Bevölkerung durch die Verteilung von Privilegien gegen die Loyalität an die DP am materiellen Wohlstand, der durch die externen finanziellen Hilfestellungen des transatlantischen Blocks ermöglicht war, zu beteiligen.

Unter dem Menderes-Regime, das bis 1960 andauerte, wurde der Klientelismus als eine spezifische Art und Weise der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses etabliert. Er basierte im Zeichen der Herrschaftstechnologie auf der Entwicklung von asymmetrischen Patron-Klientel-Beziehungen zwischen der DP-Führung und der überwiegend ländlichen Wählerschaft, die eine persönliche Natur hatten und der gegenseitigen Interessenbefriedigung dienten. Der Klientelismus bot den ländlichen Massen jenseits der formalen Strukturen des Verwaltungsstaates „Reichtum“ im Sinne persönlicher materieller Begünstigungen an, ohne von ihnen etwas zu verlangen, außer ihrer Loyalität in Form von ihren Stimmen. Anstelle des normierten bzw. zu normierenden „Staatsbürgers“ trat der „Wähler“, als Inhaber traditioneller Rechte.

³⁶ Hinter dem Machtverlust der CHP lag die Tatsache, dass die Verteidigungsstrategie der Türkei während des Zweiten Weltkrieges von der Türkei große materielle Opfer verlangt hatte. Bei vielen Grundnahrungsmitteln wurden Rationalisierungen eingeführt. Die Lebenshaltungskosten hatten sich auf Grund der Kriegsvorbereitung vervielfacht. Insbesondere die ländliche Bevölkerung litt unter Hunger (vgl. Boratav 1998).

Das Ziel der politischen Machtausübung nach der vorherrschenden politischen Rationalität des Menderes-Regimes war die Begrenzung der Staatsräson und die Stärkung der Herrschaft der DP. Das Problem der politischen Machtausübung bestand dabei weniger darin, staatliche Verwaltung auszubauen, um die Gesellschaft zu durchdringen, das Verhalten der Menschen zu regulieren und die Kanalisierung der Kräfte der Bevölkerung für die Stärkung des Staates zu gewährleisten, sondern vielmehr darin, die Loyalität der Massen sicherzustellen und politische Rivalen zu unterdrücken. Das wichtigste Instrument der Organisation von sozialen Beziehungen war das Recht, im Sinne von diskretionären Entscheidungen der DP-Führung über die Verteilung der Staatsressourcen. Die Herrschaft von Menderes gewann damit an Stärke, indem er die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zunehmend in einer traditionellen Art und Weise zu seinem Nutzen organisieren und das Verhalten der Menschen steuern konnte.

Durch die Vergabe von materiellen Begünstigungen an die Wählerschaft als Zeichen der herrschaftlichen Großzügigkeit bzw. der Unterdrückung der Opposition nach richterlichem Gutdünken zielte die DP-Führung auf die Aufrechterhaltung einer sozialen Ordnung ab, in der sie selbst die herrschende Position innehatte. Dieses zirkuläre Verhältnis wurde verstärkt durch die Aktivierung von stammesmäßigen, religiösen und verwandtschaftlichen Verbindungen. Durch die Wiederumstellung des Gebetsrufes von Türkisch auf Arabisch, die Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen und die Zulassung von Koranrezitationen im Radio stärkte Menderes die religiöse Legitimation seiner Herrschaft (vgl. Toprak 1981). Der Klientelismus lief damit auf die Ausklammerung der Steigerung des „Gemeinwohls“ hinaus, d.h. auf die Negierung der unbegrenzten Ziele der Staatsräson im Inneren, der auf der intersubjektiven Ebene in den ländlichen Gebieten nicht ausgeprägt war.

Die Begrenzung der Staatsräson durch den Klientelismus zeigte sich auch in der Neugestaltung der Außenpolitik. Anstelle der begrenzten Ziele in der Außenpolitik im Zeichen der Staatsräson, setzte sich das Menderes-Regime unbegrenzte Ziele, die über die Vertretung der Interessen des Staates hinausgingen. Im Gegensatz zu den Staatseliten, die sich an eine Weltordnung, in der ein Gleichgewicht der Staaten vorherrschte, orientierten, reagierte die DP auf die Entstehung einer neuen Weltordnung, nämlich der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges. 1950 entschied Menderes sich, ohne die Zustimmung des Parlamentes einzuholen, Truppen für den Korea-Krieg zu entsenden. Mit diesem Zug ebnete er den Weg der Türkei in die NATO, der die Türkei schließlich 1952 beitrat. DP-

Führung präsentierte die Einbindung der Türkei in die westliche Allianz im Inland als einen Beweis dafür, dass seine „Herrschaft“ die Türkei zu einer „Großmacht“ gemacht habe, was seine Legitimität als Souverän bei der Wählerschaft steigerte.

Diese Form der politischen Machtausübung mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Herrschaft durch die Verteilung von materiellen Begünstigungen wurde nur möglich, weil die Türkei mit dem Marshall-Plan im Kontext der Herauskristallisierung der bipolaren Nachkriegsordnung begann, großzügige ausländische Unterstützung aus den USA zu empfangen. Die Türkei hatte wegen der geopolitischen Lage ihres „Territoriums“ für die USA sicherheitspolitische Bedeutung für die Unterbindung der Expansion der Sowjetunion gewonnen. Diese Tatsache sollte die Türkei zu den größten Empfängern amerikanischer Unterstützung bis 1974 machen (vgl. Seufert/Kubaseck 2006).

Die Staatseliten hatten bereits Ende der 1940er Jahre realisiert, dass die ausländischen Finanzhilfen und die Auslandsverschuldung einen leichteren Weg zur Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums darbot, als, wie Cox betont, „extracting capital from the nation’s human resources through organizing popular participation in the development effort“ (Cox 1987: 243). Menderes verfolgte aktiv eine Strategie der „passiven Integration“ der Türkei in den westlichen Block zur Maximierung der ausländischen Unterstützung.

Damit konnte die Türkei im Kontext des Kalten Krieges als Gegenleistung für die Loyalität der Türkei gegenüber dem westlichen Block politische Renten generieren, die nicht einer ökonomischen Transaktion, sondern vielmehr aus einer ungleichen Herrschaftsbeziehung resultierten.³⁷ Die Integration in den transatlantischen Block und die politische Rente in Form von finanzieller Unterstützung stellte damit nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Faktor bei der Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei mit der Stärkung derjenigen sozialen und politischen Akteure, die einer Souveränitätslogik folgten und nun in der Lage waren, die Staatsräson effektiv zu begrenzen. Das Effekt dieser Transformation der Machttechnologie war eben das Menderes-Regime.

Ermöglicht durch die politische Rente aus den USA konnte Menderes Anfang der 1950er Jahre eine rapide wirtschaftliche Modernisierung einleiten. Die DP öffnete den türkischen Markt für Importe und sorgte für einen Warenreichtum im Lande. Erstmals waren Importe,

³⁷ Der Begriff der politischen Rente wird hier definiert als die Gewährung von materiellen Vorteilen, wie z.B. finanziellen bzw. militärischen Hilfen bzw. Kredite, durch die souveräne Entscheidung (d.h. das hoheitliche Handeln) eines Staates an einen anderen Staat im Gegenzug zur politischen Loyalität bzw. zu politischen Zugeständnissen abgetreten werden.

einschließlich Luxusgüter, auch für die Allgemeinheit erhältlich. Großangelegte Infrastrukturprojekte, wie der Ausbau des Straßennetzes und der Elektrizitätsversorgung, führten zur Integration der Provinz in die wirtschaftliche Modernisierung. Das alte Prinzip der Versorgung der Märkte, ähnlich wie im Osmanischen Reich, wurde damit auch durch die DP verfolgt. Allerdings diente es diesmal nicht zur Steigerung der Staatseinnahmen, sondern zur Maximierung der Wählerstimmen. Die Aufrechterhaltung der Herrschaft von Menderes hing von der Zufriedenheit der Landherren, lokalen Eliten und des Handelsbürgertums ab. So kanalisierte die DP-Führung nach ihrem Wahlsieg die materiellen Ressourcen, die dem Staat zur Verfügung standen, in die Subventionierung der Landwirtschaft (verbilligte Inputs und hohe Mindestpreise), des Handels und des Ausbaus der Infrastruktur. Dabei wurden die Projekte allerdings in erster Linie nach politischen und nicht nach ökonomischen Kriterien bestimmt und vergeben. Auch die meisten Kredite der staatlichen Banken flossen Projekten der politisch bevorzugten Gruppen aus den Bereichen Handel, Bauwesen und Landwirtschaft zu.

Mitte der 1950er Jahren wurden allerdings die Grenzen der Machtausübung nach der politischen Rationalität des Klientelismus sichtbar. Einerseits führte die entschlossene Haltung der Regierung die klientelistische Politik ohne Rücksicht auf ihre Kosten auszubreiten und ihr Unwillen, eine Steuerreform durchzuführen und die Gewinne aus der Landwirtschaft zu versteuern, zu einer Austrocknung der Staatskasse. Innerhalb der Periode des Menderes-Regimes waren neben den ausländischen Hilfeleistungen fast alle während der CHP-Periode aufgesparten Gold- und Währungsreserven aufgebraucht worden. Zusätzlich wuchs der Druck, die neu aufgebauten Auslandsschulden zu bedienen (vgl. Milor 1990). Die Finanzierung des Budgetdefizits durch Zentralbankgeld führte zu einer steigenden Inflation und einer Zunahme der wirtschaftlichen Instabilität. Unter der hohen Inflation litten insbesondere die städtischen Mittelschichten und die Angehörige der Bürokratie sowie des Militärs. Auch die aufstrebenden Teile der Wirtschaftseliten, die in die heimische Industrie investieren wollten, erwarteten von der Regierung Unterstützung und kritisierten die Verschwendung der Ressourcen durch die DP-Regierung.

Andererseits erlebte die Türkei in den 1950er Jahren einen tiefgreifenden sozialen Wandel, der mit der wirtschaftlichen Expansion in einem engen Zusammenhang stand und zur Entstehung von neuen sozialen Problemen führte, die die Herrschaft der DP vor große Herausforderungen stellte. Die Mechanisierung der Landwirtschaft in den 1950er Jahren ohne eine gleichzeitige Strukturpolitik führte zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in den

ländlichen Gebieten und löste eine Migrationswelle in die Städte aus, die alsbald eine jährliche Wachstumsrate von 10 Prozent erreichte (vgl. Zürcher 2004). Angesichts des ineffektiven Verwaltungsstaates, der nicht in der Lage war, den Prozess der Verstädterung nach rationalen Kriterien zu planen, vollzog sich dieser Prozess organisiert durch die Herrschaftstechnologie mit einer starken Orientierung an den Gewohnheitsrechten. Es entstanden die sog. *gecekondu*-Viertel an den Rändern der Städte. Sie erhielten ihren Namen von den „über Nacht gebauten“ Häusern der Migranten, die auf staatlichem Land gebaut wurden. Nach dem Gewohnheitsrecht durften sie nicht abgerissen werden. Allerdings verfügten die *gecekondu*-Viertel kaum über städtische Infrastruktur (vgl. ebd.). Außerdem konnte der Industriesektor, der damals erst im Entstehen begriffen war, nur einen Bruchteil der Migranten aufnehmen. Die Migranten, die ihrer ländlichen Subsistenzbasis entledigt waren, stellten in dieser Situation neue Ansprüche an die Inhaber der politischen Souveränität. Die DP-Regierung unter der Führung von Menderes war allerdings angesichts der leeren Staatskassen nicht mehr in der Lage, die Erwartungen dieser neuen urbanen Bevölkerung zu erfüllen.

Ende der 1950er Jahre begann das Menderes-Regime daraufhin ins Wanken zu geraten. Die internationalen Geldgeber waren besorgt über die Verschlechterung der politischen Stabilität in der Türkei. Sie fürchteten das damit einhergehende Sicherheitsrisiko für den transatlantischen Block. Sie forderten von Menderes eine strikte Haushaltsdisziplin und einen planvollen Umgang mit den staatlichen Ressourcen, um eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung herbeizuführen. Menderes betrachtete jedoch die Kritik der externen Akteure – vor allem des IWFs – an ihrem wirtschaftspolitischen Kurs als einen Versuch ihre Macht zu beschneiden und zeigte kaum Interesse ihre Wirtschaftspolitik nach ökonomischen Effizienzkriterien auszurichten (vgl. Milor 1990). Damit verlor das Menderes-Regime langsam die externe Unterstützung.

Angesichts des Fehlens externer Finanzen für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft durch die Anbindung der Wähler mit materiellen Vorteilen verstärkte Menderes seine autoritäre Haltung gegenüber jeder Art von Opposition im Inneren. Menderes, der bei den Wahlen von 1957 48 Prozent der Stimmen und 70 Prozent der Parlamentsmandaten erhalten hatte, war der Überzeugung, „durch demokratische Wahlen in Besitz einer fast unbeschränkten Vollmacht über die Dauer einer Legislaturperiode gelangt zu sein“ (Kreiser 2006 b, 426).³⁸ Er versuchte alle staatlichen Institutionen einschließlich des

³⁸ Die DP hatte bei den Wahlen 1954 noch 58 Prozent der Stimmen erhalten (vgl. Kreiser 2006 b).

Rechtswesens und der Universitäten unter seine direkte Kontrolle zu bringen und zu reinen Instrumenten seiner Herrschaft zu machen. Das hatte massive Protestwellen und gewaltsame Auseinandersetzungen in den Städten zur Folge (vgl. ebd.). Schließlich strebte er an, die Massen, die bisher als Wähler in die klientelistischen Beziehungen eingebunden waren, als organische Mitglieder der sog. „Heimat Front“ (*Vatan Cephesi*) in seine Partei zu integrieren, damit zwischen dem Volk (türk.: *Millet*) und seiner Partei nichts erhalten bleibt (vgl. Eroğul 1987). Diese Maßnahmen bedeuteten mehr als eine Begrenzung der Aktivität die systematische Zerstörung der Strukturen des Staates. Sie führten dazu, dass die Wirtschaftseliten mit den bis dahin politisch an den Rand gedrängten Staatseliten, einschließlich die Intellektuellen und die bürokratisch-militärischen Eliten, eine Koalition gegen die Herrschaft der DP bildeten. Diese Opposition gipfelte 1960 in einem Staatsstreich unter der Führung von jungen Offizieren, die sich als „Verwahrer des Staates“ verstanden. Damit wurde das Menderes-Regime beendet.

Obwohl die Regierungszeit der DP (1950-1960) in der Literatur als die Phase der Demokratisierung und der Transformation zur Marktwirtschaft diskutiert wird (vgl. Kapitel 2), erscheint die Aufweichung der staatlichen Reglementierung der gesellschaftlichen Sphäre und die Durchführung von liberalen Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich während des Menderes-Regimes aus der Sichtweise der Gouvernentalisierung des Staates die Folge der Ausbreitung bzw. Wiederausbreitung einer speziellen Form von Machtausübung zu sein, die sich in erster Linie an der Aufrechterhaltung der Herrschaft eines Souveräns orientierte und nicht eine liberale Form der Machtausübung darstellte. Die Kritik der DP an der Staatsräson geschah nicht aus dem Blickwinkel der liberalen Gouvernentalität, sondern mit Bezug auf eine bestimmte in der Gesellschaft weitverbreitete traditionelle Vorstellung des Rechts und der Privilegien, die den Menschen in der traditionellen Ordnung rechtmäßig zuerkannt sind. Das Ziel der Machtausübung im Rahmen des Menderes-Regimes war es, die Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson zu begrenzen, weil dieser immer mehr ausuferte und damit die Grenzen des traditionellen Rechts überschritt. Das Menderes-Regime stellte nicht einen Versuch oder eine Anstrengung dar, um eine Regierungskunst zu definieren, die der ökonomischen Vernunft folgte und der Rationalität des Staates eine neue Form zu verleihen versuchte.

Die Form der politischen Machtausübung, die während des Menderes-Regimes praktiziert wurde, folgte nicht der Staatsräson. In einer Gesellschaft der Gewohnheitsrechte und feudaler Strukturen, in der jeder nach individuellen Lösungen strebte, wurde das politische

Projekt des nationalen Verwaltungsstaates, dem eine Gesellschaft der Disziplinen entsprechen würde, von innen blockiert. Mit der Machtübernahme der DP fand eine Ausbreitung einer neuen Version von Herrschaftstechnologie statt. Die Leistungen des Herrschers waren nicht mehr primär Schutz und Sicherheit vor externen Feinden, wie es im Osmanischen Reich und zwischen 1923 und 1950 unter der „Herrschaft“ der Staatseliten *de facto* der Fall war, sondern die Möglichkeit der materiellen Bereicherung, die mit der DP als eine Form der Anhäufung von sozialem Prestige auf der lokalen Ebene eingeführt wurde (vgl. Güneş-Ayata 1994). Das Verhältnis zwischen Untertanen und Herren veränderte sich zwar zu einem Verhältnis zwischen Patron und Klienten, das implizite Verhandeln um Ansprüche und Gehorsam setzte sich allerdings fort. Schließlich wurde auch die Gestaltung der externen Beziehungen verstärkt durch die Herrschaftstechnologie geprägt, worin die ungleiche Integration in den transatlantischen Block das Ziel der politischen Machtausübung nach außen ausmachte. Unter dem Menderes-Regime wurden die Strukturen des Nationalstaates, die die konkrete Institutionalisierung der Staatsräson in der Türkei darstellten, wurden zwar nicht gänzlich abgeschafft, sondern durch die Herrschaft des Ministerpräsidenten Menderes begrenzt und tendenziell in die Herrschaftsausübung untergeordnet.

4.4 Das Regieren für und durch den Entwicklungsstaat

Der Militärputsch 1960, der das Menderes-Regime beendete, lag die politische Rationalität der Staatsräson zugrunde. Die Allianz von sozialen Akteuren hinter dem Putsch, die sich aus den militärisch-bürokratischen Eliten, der CHP als politischer Repräsentant der Staatseliten, den städtischen Intellektuellen und der Wirtschaftseliten zusammensetzte, reflektierte die politische Machtausübung im Zeichen der Staatsräson. Nach ihrer politischen Rationalität stellte der Staatsstreich des Militärs die Selbstäußerung des Staates dar.³⁹ Nach diesen politischen Vorstellungen brauchte der Staatsstreich keine andere Legitimation als die Tatsache, dass er angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise, die die Sicherheit des Staates gefährde, notwendig geworden war.

Die DP-Führung wurde zum Störenfried der öffentlichen Ruhe und der Ruhe des Staates erklärt und zum Tode verurteilt. Die theatralische Inszenierung der Verurteilung der DP-

³⁹ Für die Analyse der Theorie des Staatsstreichs im Zeichen der Staatsräson, vgl. Foucault 2006 a.

Politiker stellte die Manifestation des Militärs als Verwahrer der staatlichen Souveränität dar.⁴⁰

Nach dem Staatsstreich fand unter der Militärregierung eine Neuordnung der politischen Strukturen statt, die ihre rechtlich-institutionelle Fixierung in der Verfassung von 1961 fand. Betrachtet man diesen Strukturwandel aus dem Blickwinkel der Transformation der Machttechnologien, so kann festgestellt werden, dass den strukturellen Veränderungen die Ausbreitung einer neuen Art und Weise der Regierung unterlag, die als „Regieren für und durch den Entwicklungsstaat“ bezeichnet werden kann. Diese neue Form der Regierung funktionierte im Wesentlichen im Zeichen der Staatsräson. Allerdings bildete nun die sozioökonomischen Entwicklung das neue Ziel des staatlichen Handelns und nicht mehr die Eingliederung der Bevölkerung in den Nationalstaat und die Kanalisierung ihrer Kräfte für die Stärkung des Nationalstaates, wie es nach der vorherrschenden Regierungsrationalität während der Phase der Gründung der Türkischen Republik der Fall war. Damit stellte der Entwicklungsstaat das neue Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Machtverhältnisse dar.

Das Problem, gegen die die politischen Machtausübung ausgerichtet werden sollte, bestand nach dieser neuen Version der Staatsräson damit in der sozioökonomischen Unterentwicklung, die den Staat durch die sozialen Unruhen schwach und zerbrechlich machte. Damit lag dieser neuen Form der Regierung erstens die Problematisierung der feudalen Strukturen auf dem Land zugrunde, die gekoppelt mit der Mechanisierung der Landwirtschaft landlose Bauern in die Migration und in die Armut zwangen. Zweitens wurde der Klientelismus der politischen Eliten, als Vertreter der ländlichen Eliten, der Landherren und der Wirtschaftseliten, zum Problem erklärt, weil damit die Ressourcen des Staates für die partikularen Interessen dieser Gruppen missbraucht, die Industrialisierung nicht vorangetrieben und die sozialen Ungleichheiten zementierten wurden. Diese Gründe führten nach der neuen Regierungsrationalität zur Verhinderung der sozioökonomischen Entwicklung und damit zur Bedrohung der Existenz des Staates. Diese Art von Problematisierung unterschied sich von der ersten Phase der Republikgründung, weil damals die feudalen Strukturen und deren Vertreter vielmehr aufgrund ihrer Verhinderung

⁴⁰ Über vierhundert Mitglieder der DP wurden nach dem Militärputsch auf der Insel Yassıada vor einem Ausnahmegesicht gestellt. In diesen sog. Yassıada-Prozesse (türk.: *Yassıada dâvaları*) wurden harte Urteile ausgesprochen, darunter Todesstrafen gegen u.a. Celal Bayar und Ministerpräsident Adnan Menderes. Die Todesstrafe von Celal Bayar wurde aus Altersgründen nicht vollzogen. Die Todesurteile gegen Adnan Menderes, Hasan Polatkan (ehem. Finanzminister) und Fatin Rüştü Zorlu (ehem. Außenminister) wurden 1961 vollstreckt. Die restlichen Todesstrafen wurden in lebenslange Freiheitsstrafen umgewandelt (vgl. Landau 1974).

der Integration der Bevölkerung in die Strukturen des Nationalstaates und aufgrund ihrer Nichtanerkennung der nationalstaatlichen Souveränität problematisiert wurden.

Ausgehend von der Neudefinition der Zielsetzung und der Problemstellung der politischen Machtausübung wurden die neuen Instrumente der Regierung formuliert. Auf der wirtschaftlichen Ebene bildete die binnenmarktorientierten importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie (ISI) anstelle des Merkantilismus die Form, die der neue Regierungsrationalität annehmen sollte. Die ISI war eine bestimmte Art und Weise der Organisation der Produktion und des Handels nach dem Prinzip, dass erstens der Staat durch eine nationale Industrie stark gemacht wird, dass er zweitens durch die sozioökonomische Entwicklung stabil gemacht wird, und drittens dass er auf das Niveau der „entwickelten Welt“ gebracht wird. Die ISI setzte erstens den Schutz der nationalen Industrie durch Schutzzölle vor internationaler Konkurrenz und zweitens die Durchführung einer umfangreichen Landreform voraus, die einerseits die Bedingungen der klientelistischen Praktiken und damit die Verschwendung der staatlichen Ressourcen eliminiert und zweitens es ermöglicht, die Bevölkerung als Produzenten und Konsumenten in den Industrialisierungsprozess zu integrieren.

Das zweite Instrument des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ bestand in dem Aufbau eines liberalen Entwicklungsstaates. Das bedeutete in erster Linie, dass der Staat eine zentrale Rolle innerhalb des Wirtschaftsprozesses zu spielen hat, nämlich im Rahmen eines Plans den Einsatz der knappen Ressourcen und die Investitionstätigkeit nach rationalen Kriterien zu organisieren und zu koordinieren, sich beim Aufbau einer nationalen Industrie aktiv zu beteiligen, so dass ein Optimum an sozioökonomischer Entwicklung gewährleistet wird. Die Etablierung einer staatlichen Planungsinstitution, die Aufstellung des Entwicklungsplans und der Aufbau von staatlichen Industriebetrieben stellten die zentralen Bestandteile des Regierens nach dem Prinzip des Entwicklungsstaates, dem sich die Souveränitätsmacht unterordnen musste. Darüber hinaus beinhaltete der liberale Entwicklungsstaat die Subjektivierung und Politisierung der Menschen als „Mitglieder von ökonomischen Interessensgruppen“, was sich von den vorherigen Formen des „Untertans“, des „Staatsbürgers“ und des „Wählers“ unterschied, die nun der neuen Subjektivierungsform untergeordnet wurden. Die Menschen sollten neben politischen auch mit sozioökonomischen Rechten ausgestattet werden, damit sie sich als wirtschaftliche und politische Interessenträger organisieren und in die neue Art und

Weise der Regierung als Korrektiv zur staatlichen Planung *aktiv* einbezogen werden können.

Schließlich kam zum ständigen Armee und zur ständigen Diplomatie, die die Instrumente der Regierung nach der Staatsräson nach außen darstellten, die Einrichtung einer multilateralen transatlantischen Finanzhilfe für die Realisierung der binnenmarktorientierten planmäßigen Industrialisierung als das dritte Instrument des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ dazu. Dies hatte zum Ziel, dass Länder der Peripherie innerhalb der bipolaren Weltordnung in die wirtschaftliche, soziale und militärische Konkurrenz zwischen den Blöcken aktiv einbezogen werden.

Wie bereits erwähnt, schlug sich diese neue Regierungsrationalität sich in der Verfassung von 1961 nieder, die unter der Militärregierung vorbereitet und mit einem Referendum angenommen wurde. So beinhaltete die neue Verfassung in erster Linie die Einführung des Charakters des „Sozialen“ zu den „demokratischen und säkularen“ Eigenschaften des Staates. 19 der 157 Grundartikel widmeten sich zu den „sozialen und ökonomischen Rechten und Pflichten“ (vgl. Landau 1974). Damit wurde dem Staat die Aufgabe zugesprochen, die soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Dafür war der Staat durch die Verfassung beauftragt, eine Landreform durchzuführen und die wirtschaftliche Entwicklung zu planen. Mit der Aufstellung eines nationalen Entwicklungsplans wurde das unmittelbar nach dem Militärputsch 1960 gegründete staatliche Planungsamt (*Devlet Planlama Teşkilatı*, DPT) beauftragt (vgl. Milor 1990). Das DPT wurde als eine elitäre Technokratenorganisation zu einer zentralen Institution der politischen Machtausübung, die mit der Aufgabe beauftragt wurde, öffentliche Ressourcen nach Effizienzkriterien im Rahmen eines Plans einzusetzen.

Weiterhin führte die neue Verfassung einen Grundrechtskatalog ein und garantierte der Bevölkerung die Ausübung von individuellen Freiheiten. Die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Organisationsfreiheit wurden unter staatlicher Garantie genommen und den Universitäten und dem öffentlichen Rundfunk und Fernsehen die Autonomie eingeräumt. In diesem Zusammenhang wurden die politischen Parteien als wesentlicher Bestandteil der Demokratie anerkannt und ihre Freiheiten gestärkt. Gleichzeitig wurde die Bedeutung des Parlaments als Repräsentant der Volkssouveränität stark reduziert, indem durch die Einrichtung des Senats, des Verfassungsgerichtshofes und des Nationalen Sicherheitsrates die Position der bürokratisch-militärischen Staatseliten gegenüber der politischen Eliten, als politische Vertreter von sozialen Akteuren, die sich gegen die Ausbreitung der

Staatsräson stellten und die politische Machtausübung nach dem Prinzip der Souveränität praktizieren wollten, gestärkt wurde (vgl. Ahmad 1994).⁴¹

Der Übergang zur planmäßigen Industrialisierungsstrategie und die neue türkische Verfassung von 1961 stand in einem engen Verhältnis zum Wandel der dominanten Regierungsrationalität auf der globalen Ebene, die mit dem Auftauchen der Idee der sozioökonomischen Entwicklung als Ziel und Instrument der Regierungspraxis verbunden war. So stellte die Transformation der politischen Strategie in der Türkei einen Ausdruck des Strategiewechsels der dominanten Akteure auf der globalen Ebene dar, die Peripherie in einer neuen Form zu regieren. Die Ausbreitung der neuen Regierungsform in der Türkei wurde seitens der westlichen Allianz beratend und finanziell unterstützt. So wurde 1961 ein Konsortium aus OECD-Länder mit dem Auftrag gebildet, die notwendige Kreditaufnahme der Türkei im Ausland zu Vorzugskonditionen zu institutionalisieren. Die OECD wurde damit zum Hauptfinanzier der türkischen Entwicklung entsprechend den planmäßigen Zielen (vgl. Tuncer 1975).

Die Ausbreitung der neuen politischen Rationalität soll allerdings nicht nur auf den externen Einfluss zurückgeführt werden. Sie war gleichzeitig auch das Ergebnis einer aktiven Reaktion von einer neuen Generation von militärisch-bürokratischen Staatseliten in der Türkei auf die externen Prozesse, um einerseits die Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im nationalen Kontext zu ihrem Nutzen neu zu gestalten, und andererseits die Position der Türkei auf der globalen Ebene zu stärken. Sie kamen im Rahmen der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene durch ihre Positionen in der NATO, der UN und den internationalen Finanzorganisationen mit den Lebensbedingungen, den politischen Strukturen und neuen Ideen in Kontakt. Dabei waren sie insbesondere beeinflusst von der Idee der sozioökonomischen Entwicklung der Gesellschaft als Ziel der politischen Machtausübung, die sich seit den 1950er Jahren als Regierungsrationalität global ausbreitete. Dieser neuen Denkweise auf die internationalen Ebene gegenüber waren sie mit der sozioökonomischen Rückständigkeit der Türkei konfrontiert. Als prägende Erfahrung hatten sie die ungleiche und instabile Entwicklung der 1950er Jahre erlebt.

⁴¹ Insbesondere die Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates führte zur Entstehung einer zweiköpfigen Exekutive mit der Koexistenz der zivilen Regierung und des Nationalen Sicherheitsrats (vgl. Cizre-Sakallıoğlu 1997).

Nachdem die Militärregierung mit der neuen Verfassung und den institutionellen Veränderungen die Rahmenbedingungen des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ fixiert hatte, leitete sie 1961 den Übergang zur zivilen Politik ein.⁴² Bei den ersten Wahlen im Jahre 1961 bekam die CHP, die die Unterstützung der gesellschaftlichen Akteure – vor allem der bürokratisch-militärischen Eliten – für das neue politische Projekt genoss, zu deren Überraschung nur 36 Prozent der Stimmen und konnte nur 170 der 450 Parlamentsmandate stellen. Gleichzeitig gewann die Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*, AP) 34 Prozent der Stimmen und 158 Sitze im Parlament (vgl. Kalaycıoğlu 2005). In ihr hatten sich die meisten ehemaligen DP-Anhänger versammelt. Sie hatte ihre Wählerbasis immer noch überwiegend in der ländlichen Bevölkerung, in einem ähnlichen Umfang wie zu Zeiten der DP. Die CHP akzeptierte nach ihrem knappen Wahlsieg, wie die Militärführung auch, der Begrenzung der neuen Regierungstechnologie durch die politische Rationalität des Klientelismus zu zustimmen, um die politische Stabilität nicht zu gefährden. Zwei Hauptinstrumente des politischen Projektes der jüngeren Generation von bürokratisch-militärischen Eliten, der Entwicklungsplan und die Agrarreform, konnten unter diesen Umständen im Parlament nicht durchgesetzt werden – trotz der Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen.

(T)he First Five Year Plan (1963-1967) had been savaged by its opponents in the Assembly. The supporters of the farm lobby refused to allow the passage of a mild land reform bill or a law permitted the taxing of farm incomes in a way that would have rewarded efficiency and productivity instead of rent-racking. Supporters of private industry, on the other hand, refused to permit state economic enterprises to be reorganized so as to be turned into efficient competitors against private sector; they preferred the state to continue to subsidize private manufacturing on the model of mixed economy. (Ahmad 1993: 133)

Bei den Wahlen 1965 gelang es schließlich der AP mit ihrer neuen charismatischen Führerfigur Süleyman Demirel die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen. Demirel stellte den Militärputsch als eine illegitime Konfiszierung der „Herrschaft“ dar, die das Volk durch den Plan seiner traditionellen Rechte enteignet wollte. Wie der Wahlslogan

⁴² Es existierten innerhalb der militärischen Eliten Fraktionen, die Befürworter eines autoritären Entwicklungsstaates waren. Allerdings wurden diese Fraktionen angesichts des Widerstands des Westens und der antiautoritären Fraktionen innerhalb der zivil-militärischen Bürokratie marginalisiert (vgl. Hale 1994).

von Demirel, „Plan oder Reis?“ (türk.: *Plan mı pilav mı?*) treffend zum Ausdruck brachte, ging es bei den Wahlen 1965 um eine Entscheidung zwischen der Herrschaftstechnologie auf der Basis von Loyalität gegen herrschaftliches Wohlwollen einerseits und der Technologie des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ andererseits. Demirel verstand es, mit diesem Slogan erfolgreich die Stimmen der ländlichen Bevölkerung, die angesichts der Urbanisierungsrate in der Türkei von ca. 29,7 Prozent (1965) die Mehrheit der Wähler darstellte, für die AP zu mobilisieren (vgl. Geray 1969). Er war in der Lage auf der Basis der in der ländlichen Gesellschaft verbreiteten Denkweise (Souveränitätslogik) eine effektive Begrenzung des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ durchzusetzen.

Unter der Regierung Demirels kehrte ab 1965 der Klientelismus als Ordnungsprinzip des Staats-Gesellschaftsverhältnisses zurück – mit der Folge einer Marginalisierung der jungen Generation der bürokratisch-militärischen Eliten mit ihrem Projekt des Entwicklungsstaates. Die neuen rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen der 1961er Verfassung, die nach der neuen Regierungsrationalität gestaltet waren, existierten fort, obwohl innerhalb der politischen Strukturen des Entwicklungsstaates das Staats-Gesellschaftsverhältnis im Wesentlichen durch klientelistische Praktiken organisiert wurde. Die etablierten Staatseliten, einschließlich die Militärführung, die eng an den transatlantischen Block angebunden wurden, bekamen die Rolle der Sicherung der staatlichen Souveränität der Türkei, bei gleichzeitigem Verzicht auf die Ausübung der politischen Macht nach der Disziplinartechnologie und damit auf die Stärkung des Staates einschließlich der rationalen Kanalisierung der Kräfte der Bevölkerung für die nationale Entwicklung. Die Bürokratie wurde wieder stärker zu einem Instrument der Machtausübung nach der Herrschaftstechnologie durch die klientelistischen Praktiken der AP. Die noch zerbrechliche Wirtschaftselite bekam für ihr Engagement im Industriebereich von der politischen Elite Schutz auf individueller Basis und die ländliche Bevölkerung wurde weiter mit klientelistischer Agrarpolitik an die AP gebunden. Bis Ende der 1970er Jahre wurden zwar insgesamt drei Fünfjahrespläne vom Parlament beschlossen und das DPT wurde niemals abgeschafft. Allerdings verlor das DPT seine ursprüngliche Funktion, den Wirtschaftsprozess nach rationalen Effizienzkriterien zu planen und die Ressourcenallokation für den Aufbau einer nationalen Industrie zu organisieren.

Damit war die Staatlichkeit in der Türkei ab den 1960er Jahren durch eine begrenzte Version des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ strukturiert, die durch eine

Allianz der Staatseliten, die politisch durch die CHP repräsentiert wurden, der politischen Eliten um die AP und der Wirtschaftseliten getragen wurde.

Während die westliche Allianz bereit war, die sozioökonomische Modernisierung der Türkei im Rahmen eines Entwicklungsplans finanziell zu unterstützen und zu lenken, zeigte die Mehrheit der sozialen und politischen Akteure in der Türkei kein Interesse daran. Das Interesse der westlichen Geberländer an einer sozioökonomischen Integration der Türkei in den westlichen Block war allerdings auch nicht groß genug, um einen strikteren Kurs zur Einhaltung des Entwicklungsplans gegenüber den Regierenden in der Türkei durchzusetzen. Angesichts der sowjetischen Bedrohung war die geopolitische Sicherheit für den transatlantischen Block durch eine stabile Türkei wichtiger als das Tempo der sozioökonomischen Entwicklung in der Türkei. Das asymmetrische Verhältnis des westlichen Blocks zur Türkei war auch in der Periode nach 1960 vor allem durch die Herrschaftstechnologie organisiert. Dieses Machtverhältnis war in erster Linie dadurch charakterisiert, dass im Gegenzug zur Loyalität des türkischen Staates gegenüber dem westlichen Block die Gewährung von politischen Renten stattfand.

Im Kontext des begrenzten Entwicklungsstaates setzte sich die gesellschaftliche Transformation fort. Allerdings entwickelten sich innerhalb der gesellschaftlichen Sphäre nur sehr langsam neue Denk- und Handlungsweisen. Bis in die 1980er Jahre war die Türkei im wesentlichen eine Agrargesellschaft mit einem relativ kleinen Anteil der Bevölkerung, der in formale Beschäftigungsverhältnisse in den modernen Sektoren der Wirtschaft integriert war. Zwar setzte in Folge der zunehmenden Urbanisierung und der beginnenden Industrialisierung eine soziale Differenzierung und die Ausbildung gesellschaftlicher Interessensgruppen an. Der Prozess der Urbanisierung wurde allerdings nur teilweise durch einen Prozess der Formalisierung und der Transformation der Art und Weise der Organisation von Machtverhältnissen begleitet. Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung lebte in den *gecekondu*-Vierteln immer noch in traditionellen Strukturen. Die Ausbreitung von neuen Denk- und Handlungsweisen in *gecekondu*-Vierteln wurde blockiert durch die Expansion von Patron-Klientel-Beziehungen in diese neue gesellschaftliche Räume in der Form von wahltaktischen Legalisierungen durch die Gewährung von Grundstückspapieren seitens der politischen Elite.

Im Zuge der klientelistischen Politik der AP-Regierung zwischen 1965 und 1971 wurde die öffentliche Verwaltung und der öffentliche Sektor stark ausgeweitet, die Zahl der Staatsangestellten massiv erhöht, das ganze Land von Patron-Klientel-Netzwerken

überzogen, die zur Mobilisierung von Wählern dienten. Die Folgen dieser defizitären Fiskalpolitik nach der Souveränitätslogik waren eine stark zunehmende wirtschaftliche Instabilität (u.a. wegen hoher Inflation) und weitverbreitete Korruption mit gravierenden sozialen Folgen. Parallel dazu kam es Ende der 1960er Jahren zur Fragmentierung des rechten Flügels. 1969 wurde die erste nationalistische Partei, Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) unter der Führung von Alparslan Türkeş, gegründet. 1970 entstand die Nationale Ordnungspartei (*Milli Nizam Partisi*, MNP) von Necmettin Erbakan als erste Partei der religiös-konservativen Eliten.⁴³ Beide Strömungen repräsentierten neue urbane soziale Akteure, die außerhalb der klientelistischen Netzwerke der AP geblieben bzw. mit ihrer untergeordneten Position in diesen Netzwerken nicht zufrieden waren. Die Fragmentierung der politischen Sphäre im Kontext der wirtschaftlichen und sozialen Krise führte zu einer politischen Krise im Sinne einer Abnahme des Einflusses der etablierten Eliten auf die Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Das bedeutete eine Gefährdung der Sicherheit des Nationalstaates und des transatlantischen Blocks. 1971 fand erneut eine Intervention der Militärführung in die zivile Politik statt, um die Sicherheit des Staates und die Sicherheit seiner Anbindung an den transatlantischen Block zu gewährleisten.

Aufgrund der starken Fragmentierung der Parteienlandschaft gelang es in den 1970er Jahren keiner politischen Partei, eine stabile Regierung zu stellen (vgl. Arat 1991). Die Versuche ab 1972 die CHP zu einer sozialdemokratischen Partei zu verwandeln und zusammen mit den Gewerkschaften und etablierten Wirtschaftseliten eine Allianz zu gründen, mit dem Ziel der Stabilisierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nach dem Prinzip des Entwicklungsstaates, scheiterten ebenfalls. Die politischen Parteien propagierten verschiedene Projekte, die alle zwar im Zeichen der politischen Rationalität des Entwicklungsstaates formuliert worden waren, allerdings durch politische Praktiken des Klientelismus miteinander konkurrierten. Die Parteien waren austauschbar geworden und genossen solange die Loyalität ihrer Wähler, solange sie effektiv ihre Erwartungen erfüllen können. Wenn sich allerdings ein Patron nicht als effektiv genug für seine Klientel erwies, wurde ihm die Loyalität entzogen und seine Klientel wechselte zu einem Aspiranten, den sie nun als den neuen Hoffnungsträger betrachteten. Die ökonomische Lage des Landes spiegelte einen Zustand der Erschöpfung der Ressourcen und

⁴³ Die MNP wurde nach der Intervention des Militärs 1971 aufgrund von Aktivitäten gegen dem Laizismus-Prinzip von dem Verfassungsgerichtshof verboten. Ihre Mitglieder setzten ihre Aktivitäten ab 1972 in der Nachfolgepartei, die Nationale Heilspartei (*Milli Selamet Partisi*, MSP), fort.

Möglichkeiten wider. Die drastische Abnahme der amerikanischen Finanzhilfen aufgrund des Embargos gegen die Türkei in Folge der Zypernkrise 1974 erschwerte im Kontext der beiden Ölschocks 1973 und 1979 die Finanzierung der Rohstoff- und Industriegüterimporte, die für die einheimische Wirtschaft notwendig waren (vgl. Eralp 1993). Gleichzeitig waren die Regierungen mit den Forderungen der Industriearbeiter bzw. der Bauer nach Erhöhung der Löhne bzw. der Agrarpreissubventionierung konfrontiert. Der positive Effekt der Auslandsüberweisungen der türkischen Gastarbeiter, vor allem aus Deutschland, die ebenfalls eine Art von ökonomischer Rente darstellten, Anfang der 1970er Jahre half zwar den Regierungen, strukturelle Probleme kurzfristig zu überbrücken. Als die Lage sich aber verschlechterte, versuchten die Koalitionsregierungen die Forderungen ihrer Klientel durch eine inflationäre Geldpolitik zu befriedigen.⁴⁴ Die vergeblichen Versuche, mit Preiskontrollen und Importrestriktionen auf die sich vertiefende Krise zu reagieren, stießen einerseits auf die heftige Kritik der wirtschaftlichen Eliten und führten andererseits zu einem enormen Schwarzmarkt, unter dem die allgemeine Bevölkerung litt. Je mehr sich die Krise der Regierung vertiefte, desto stärker zerfiel die Gesellschaft in befeindete Patron-Klientel-Netzwerke, die entlang der Links-Rechts-Linie ideologisch gefärbt waren. Ende der 1970er Jahre herrschten auf den Straßen bürgerkriegsähnliche Zustände und der Staatsbankrott stand kurz bevor (vgl. Bayar 1996).

In diesem Kontext ergriff am 12. September 1980 die Militärführung zum dritten Mal seit 1960 die Herrschaft und setzte die Verfassung von 1961 außer Kraft. Nach der Machtergreifung des Militärs wurde über das Land das Kriegsrecht verhängt. Das Parlament und die politischen Parteien wurden aufgelöst. Die gewaltsame Herrschaft des Militärs führte schließlich zu einem abrupten Ende der bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Wie bei den Interventionen des Militärs in den Jahren 1960 und 1971 verstand sich der Staatsstreich als die Selbstäußerung des Staates und legitimierte sich über den Schutz des Staates und die Herbeiführung der inneren Ordnung.

4.5 Zwischenfazit

Die Gouvernentalisierung des Staates durch die Ausbreitung der Staatsräson wurde im Osmanischen Reich durch den herrschenden Block selbst eingeleitet. Dabei bewahrte die vorherrschende Form der politischen Machtausübung ihren zirkulären Charakter: Das Ziel der politischen Reformen im Osmanischen Reich seit dem 18. Jahrhundert bestand in der

⁴⁴ Die Inflationsrate stieg Ende der 1970er Jahre auf 90 Prozent.

Aufrechterhaltung der Herrschaft des Sultans und der privilegierten Gruppen, die hinter den Reformen standen, durch die Stärkung der Strukturen der Souveränität selbst. Die Regierung der Bevölkerung wurde nicht zum Hauptproblem der politischen Machtausübung. Das bevorzugte Mittel der Reform am Ende des Osmanischen Reiches war der Import von Institutionen und politischer Ideen aus Europa, um das Funktionieren der Strukturen der Souveränität aufrechtzuerhalten. Das Osmanische Reich verwandelte sich nur in einem sehr beschränkten Maße zu einem Verwaltungsstaat, in dem der Staat bestehend aus der Gesamtheit der Bevölkerung eine neue Art von politischer Subjekt darstellt und die Steigerung der Kräfte der Bevölkerung das Prinzip der Stärke des Staates bildet.

Mit der Gründung der Türkischen Republik 1923 trat anstelle des religiös legitimierten Souveräns der Nationalstaat. Das politische Projekt der Staatseliten verstand die politische Machtausübung als eine Regierungspraxis, die sich auf die Nation als eine aus Menschen gebildete Gesamtheit ausrichtete, und nicht mehr als ein Herrschaftsverhältnis mit Bezug auf das Territorium. Diese Regierungsrationalität im Zeichen der Staatsräson nahm die Form des Nationalstaates an, der durch die Staatseliten „regiert“ werden sollte. Das Ziel dieser neuen Form der politischen Macht war die Kontrolle und Kanalisierung der Kräfte der Nation zur Stärkung des Staates. Das bedeutete eine Neuorganisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nach dem Prinzip der Staatsräson, um die feudalen Strukturen aufzubrechen, die traditionellen Privilegien abzuschaffen und die Menschen als formal gleichberechtigte Staatsbürger in den Nationalstaat zu integrieren. Durch den Aufbau einer allgegenwärtigen staatlichen Verwaltung mit den neuen modernen Institutionen, wie z.B. den Schulen, den säkularen Gerichte und den Fabriken, sollte der gesellschaftliche Wandel forciert und der Übergang von der Moralökonomie zur politischen Ökonomie herbeigeführt werden. Die Transformation der Staatlichkeit von Osmanischen Reich zur Türkischen Republik lag damit darin, dass der Nationalstaat als eine neue Denk- und Handlungsweise zum Ziel und Instrument der politischen Machtausübung wurde.

Allerdings setzte sich das „Regieren für und durch den Nationalstaat“ als eine Art und Weise der Regierung, die sowohl von den Regierenden als auch den Regierten nicht zu trennen ist, im Inneren nur zögerlich und krisenhaft durch. Mit über 80 Prozent lebte die überwiegende Mehrheit der Menschen bis Mitte 1950er Jahren in den Dörfern (vgl. Geray 1969). Die neue Republik verfügte weder über eine starke Handelsbourgeoisie noch über

eine nennenswerte Industrie. Die materiellen Kapazitäten der Staatseliten waren damit sehr beschränkt, um die traditionellen Strukturen in den ländlichen Gebieten zu verändern. Die Menschen, die sich partikularistisch durch ein komplexes Netz von traditionellen informellen Verhandlungsmechanismen organisierten, verwandelten sich nicht zur „Bevölkerung“.

Die Staatseliten waren schließlich eine Fraktion des herrschenden Blocks im Osmanischen Reich gewesen. Ihr Anspruch auf die politische Machtausübung nach den Gesetzen des Staates stand in Konflikt mit den anderen Fraktionen, die innerhalb des neuen Staates um die Bewahrung ihrer bestehenden Privilegien kämpften. Die Macht der lokalen Eliten setzte sich in der Provinz fort, die effektiv das Regieren nach der Staatsräson begrenzten. Die Staatselite musste den lokalen Eliten im Gegenzug zur ihrer Loyalität die Möglichkeit der politischen Beteiligung „gewähren“, um die Strukturen der nationalstaatlichen Souveränität aufrechtzuerhalten. Die Art und Weise der Machtausübung nach der Gründung der Republik trug damit weiterhin in einem großen Maße die spezifischen Züge der Souveränitätsmacht.

Das politische Projekt, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch die Regierungstechnologie des Nationalstaates zu transformieren, erlitt mit dem Übergang zum Mehrparteienregime 1946 in Folge der Integration der Türkei im Kontext der Herauskristallisierung der neuen bipolaren Weltordnung in den transatlantischen Block einen weiteren Rückschlag. So gelang es der DP, in der sich die lokalen Eliten, die Großgrundbesitzer und die Handelsbourgeoisie versammelten, 1950 bei den freien Wahlen mit den Stimmen der ländlichen Massen ihren Herrschaftsanspruch geltend zu machen und die Ausweitung der Staatsräson zu beschränken. Der Klientelismus, der als die dominante Art und Weise der Organisation der Staats-Gesellschaftsverhältnisses durch die DP-Führung eingeführt wurde, basierte auf der Etablierung von Patron-Klientel-Netzwerken, in denen die ländlichen Massen als „Wähler“ für ihre politische Loyalität an die DP bei den Wahlen materielle Vorteile erhielten. Der Klientelismus als eine neue Form der Herrschaftstechnologie basierte auf der Abschöpfung von Staatsressourcen. Das Ziel der Machtausübung bestand in der Ausrechterhaltung der Herrschaft der DP-Führung. Wo die politischen Renten in Form von Hilfeleistungen und günstigen Krediten vor allem der USA im Gegenzug zur politischen Loyalität der Türkei nicht ausreichten, zapfte die DP-Führung den Reichtum der Menschen direkt durch Staatsverschuldung oder Geldentwertung an.

Die Institutionen des Nationalstaates wurden unter dem Menderes-Regime für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der DP-Führung und den privilegierten Eliten instrumentalisiert. Das Ergebnis der klientelistischen Art und Weise der Machtausübung war, dass die gesellschaftliche Entwicklung unter chronischer Instabilität litt, mit der Folge, dass die dadurch entstehende politische Krise die Institutionen des Nationalstaates und damit die Sicherheit des transatlantischen Blocks in Gefahr brachte. 1960 erfolgte der Staatsstreich gegen Menderes im Zeichen der Staatsräson, legitimiert durch die Notwendigkeit des Schutzes des Staates.

In der Phase nach 1960, nach dem Militärputsch gegen das Menderes-Regime, breitete sich in der Türkei die neue Regierungsrationalität des „Regierens für und durch den Entwicklungsstaat“ aus, die sich in der ISI, in der Formierung eines Entwicklungsstaates mit einer Stärkung der militärischen und zivilen Bürokratie und mit der DPT als die zentrale Institution und in einer Liberalisierung der politischen Ordnung ausdrückte. Allerdings konnte das Hauptcharakteristikum des Staats-Gesellschaftsverhältnisses als symbiotische Herrschaftsbeziehung nicht verändert werden. Die Periode nach 1960 war durch einen verstärkten sozialen Wandel und eine Fragmentierung der politischen Eliten gekennzeichnet, mit der Folge der Vertiefung der Krisendynamiken des Klientelismus. Stärkere Kämpfe um die Herrschaft (d.h. um Staatsressourcen) führten zu höheren Instabilität mit der Folge der Gefährdung der Sicherheit des Nationalstaates, die wiederum zur erneuten Interventionen des Militärs in 1971 und 1980 führten – legitimiert durch die Notwendigkeit des Schutzes der Existenz des Staates und seiner internationalen Anerkennung (d.h. seiner transnationalen Anbindung). Die neuen staatlichen Institutionen wie das DPT blieben als Institutionen des Entwicklungsstaates bestehen, allerdings stellten sie nur einen Punkt im Netz der gesellschaftlichen Machtverhältnisse dar. Sowie es bis 1960 die Wirklichkeit war, existierten auch danach innerhalb des rechtlich-institutionellen Rahmens des Entwicklungsstaates weiterhin zwei politische Rationalitäten, nämlich die Staatsräson und die Herrschaftstechnologie, nebeneinander.

5 Die autoritäre Einführung der neoliberalen Regierungstechnologie

Im Folgenden wird die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei in der Periode nach 1980 bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 aus dem Blickwinkel der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie als einer neuen Form der politischen Machtausübung untersucht.

Betrachtet man die Phase nach 1980, so gehört die Türkei zu den ersten Ländern der Peripherie, die eine neoliberale Wende einleiteten.⁴⁵ Dies geschah im Kontext der globalen Ausbreitung der neoliberalen Gouvernamentalität seit Ende der 1970er Jahre, die insbesondere in den USA unter der Federführung von Präsident Reagan und in England unter Premierministerin Thatcher als eine Antwort auf die Krise der nach keynesianischen Prinzipien organisierten Regierung, die sich u.a. in einer anhaltenden Stagflation niederschlug, eingeführt wurde.

Für die Vorreiterrolle der Türkei bei der Implementierung einer neoliberalen Politik und der Integration in den globalen Markt waren sowohl externe als auch interne Faktoren ausschlaggebend. Einerseits stieg die geopolitische Bedeutung der Türkei für die USA im Kontext der Verschärfung des Kalten Krieges und insbesondere nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der Islamischen Revolution im Iran 1979. Damit erhielt die Stabilisierung der Türkei und die Stärkung ihrer Westanbindung einen hohen Stellenwert für die USA. Durch eine stärkere Integration der Türkei in den transatlantischen Block sollte der kommunistische Einfluss in der Peripherie bekämpft und die Interessen der USA hinsichtlich der Erdölreserven im Nahen und Mittleren Osten geschützt werden. In diesem Kontext stellten vor allem die USA und die internationalen Finanzinstitutionen der Türkei großzügige finanzielle (und militärische) Unterstützung in Aussicht, um sie an den westlichen Block enger anzubinden. Sie machten aber jegliche Finanzhilfeleistung von einer neoliberalen Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei abhängig.

⁴⁵ In der Peripherie wurde die neoliberale Regierungstechnologie als erstes in Chile implementiert. Nach dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende im Jahre 1973 wurde hier unter der faschistischen Diktatur General Augusto Pinochets bis 1990 und durch die Beratung der Ökonomen der Chicagoer-Schule eine neoliberale Umstrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses mit Maßnahmen der Deregulierung, der Privatisierung, der Steuersenkungen, des Monetarismus und des Abbaus der Sozialpolitik verfolgt.

Andererseits befand sich die Türkei Ende der 1970er Jahre, wie bereits diskutiert, in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise und die etablierten Staatseliten benötigten angesichts der Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft von externen finanziellen Ressourcen dringend ausländische Finanzhilfen, um die Gefahr einer sozialistischen bzw. islamistischen Revolution bzw. eines Bürgerkriegs abzuwenden und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse innerhalb der bestehenden Strukturen zu stabilisieren. Sie waren bereit sich für die Durchführung einer Reihe von liberalen Maßnahmen zu entscheiden.

Das neoliberale Modell wurde in der Türkei damit unter starkem Einfluss externer Akteure in einem politischen und wirtschaftlichen Krisenkontext eingeführt. Es wurde weiterhin unter der autoritären Herrschaft des Militärs, das nach dem Staatsstreich von 1980 bis 1983 die öffentliche Gewalt innehatte, im Kontext eines politischen Vakuums implementiert und bis Ende der 1980er Jahre relativ erfolgreich vorangetrieben. Allerdings wurde die Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Zeichen der neoliberalen Regierung in den 1990er Jahren durch wiedererstärkte Kämpfe zwischen sozialen Akteuren um die dominante Art und Weise der Machtausübung blockiert.

Ziel des Kapitels ist es vor diesem Hintergrund, erstens die Formulierung eines neoliberalen politischen Projektes im türkischen Kontext der 1980er Jahre zu untersuchen. Zweitens wird der Prozess der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei nach 1980 und dessen wesentliche Charakteristika analysiert. Schließlich wird auf die Krise des neoliberalen Projektes in den 1990er Jahren und auf die Gründe seines vorläufigen Scheiterns eingegangen.

Das Kapitel gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil wird auf das politische Projekt von Turgut Özal, dem Architekten einer neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei, eingegangen. Im zweiten Teil wird die neoliberale Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses unter der Militärregierung zwischen 1980 und 1983 und später unter der Regierung von Özals Mutterlandspartei (*Anavatan Partisi*, ANAP) bis Anfang der 1990er Jahre analysiert.⁴⁶ Im dritten Teil wird die Krise des neoliberalen Projektes untersucht. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit auf den Aufstieg des politischen Islams Mitte der 1990er Jahren geschenkt, der die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie mit einem eigenen alternativen Projekt, der „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*), herausforderte.

⁴⁶ Die sinngemäße deutsche Übersetzung von *Anavatan* wäre zwar Vaterland. In der Literatur wird allerdings die wörtliche Übersetzung „Mutterland“ benutzt, die auch hier verwendet wird.

Schließlich wird auf die Gegenreaktion im Zeichen der Staatsräson und auf die tief greifende Krise der bestehenden Strukturen eingegangen.

5.1 Die „Neue Vision“ (*Yeni Görüş*): Das politische Projekt von Turgut Özal

Bei der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei spielte das Projekt von Turgut Özal eine zentrale Rolle. Die Formulierung einer neoliberalen politischen Strategie, um die Türkei anders zu regieren, als nach der Staatsräson, bildete den Haupteinsatz von Turgut Özal in der türkischen Politik.

Özal war als Technokrat unter der Demirel-Regierung (AP) unmittelbar vor dem Militärputsch 1979 und als stellvertretender Premierminister in der vom Militär eingesetzten Zivilregierung in der Periode 1980-1982 zuständig für die Neugestaltung der türkischen Wirtschaftsordnung. Dabei orientierte er sich an den Forderungen der internationalen Finanzinstitutionen, vor allem der Weltbank und des IWF. Özal war der Architekt der Außenöffnung der bis dahin weitgehend abgeschotteten türkischen Wirtschaft und ihrer zunehmenden Integration in die neoliberale Globalisierung und leitete damit das Ende der Strategie der Importsubstituierung mit ihrer Orientierung an der nationalen Entwicklung ein (vgl. Öniş 2004).

Nach dem restriktiven Übergang zur zivilen Politik 1983 gründete Özal seine eigene politische Partei, die ANAP, die in demselben Jahr bei den Parlamentswahlen 45 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte und die absolute Mehrheit im Parlament erhielt. Özal konnte damit die erste zivile Alleinregierung seit 1971 stellen und regierte das Land zwischen 1983 und 1989 als Ministerpräsident. 1989 ließ er sich mit der parlamentarischen Mehrheit seiner Partei zum Präsidenten wählen. Özal war damit der erste Präsident mit einem nicht-militärischen Hintergrund seit dem ersten Militärputsch von 1960 und bestimmte die türkische Politik in diesem Amt bis zu seinem unerwarteten Tod im Jahre 1993.

Özal prägte in diesen zentralen politischen Ämtern den Wandel der Staatlichkeit in der Türkei über die gesamte Dekade der 1980er Jahre in einem wesentlichen Maße. Sein Einfluss sollte dabei allerdings nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Implementierung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik betrachtet, sondern als ein umfassendes politisches Projekt für eine neoliberale Regierung untersucht werden. Unter seiner Führung wurden wichtige Weichenstellungen für eine neoliberale Form der Machtausübung und der

Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei gelegt. Deswegen soll in einem ersten Schritt auf die Person von Özal und sein politisches Projekt eingegangen werden.

Turgut Özal, geboren 1927 in Malatya, Ostanatolien, verfügte über einen ungewöhnlich vielfältigen Hintergrund. Er stammte aus einer frommen, provinziellen Familie. Dank der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten der neuen Republik studierte er Ingenieurwissenschaften an der Istanbuler Technischen Universität. Spätere Führungsfiguren der konservativen politischen Parteien, Süleyman Demirel und Necmettin Erbakan, zählten zu seinen Studienkollegen (vgl. Doğan 1994). Nach dem Studium begann Özal eine technokratische Karriere. Bereits in den 1950er Jahren unter der DP-Regierung studierte er mit einem Stipendium in den USA und war von dem Entwicklungsniveau dieses Landes fasziniert (vgl. Barlas 2000). Mitte der 1960er Jahre übernahm er auf Anfrage des damaligen Ministerpräsidenten Demirel die Leitung des staatlichen Planungsamts (*Devlet Planlama Teşkilatı*, DPT). Nach der Militärintervention von 1971 wechselte Özal für zwei Jahre zur Weltbank nach Washington. Während seines Aufenthaltes in den USA als Berater bei der Weltbank lernte er die neoliberalen Lehren der „Chicagoer-Schule“ kennen. Zurück in der Türkei übernahm er eine höhere Leitungsposition im führenden Privatunternehmen Sabancı-Holding und wurde 1977 zum Vorsitzenden der Arbeitgebervertretung der metallverarbeitenden Industrie (*Türkiye Metal Sanayicileri Sendikası*, MESS) gewählt (vgl. Birand/Yalçın 2001).

Neben seinen Qualitäten als Technokrat mit Verbindungen zu den internationalen Finanzinstitutionen, der türkischen Bürokratie und dem türkischen Privatsektor zählte zu Turgut Özals vielfältigem Hintergrund auch seine enge Verbindung zu religiös-konservativen Kreisen in der Türkei. So war Özal Mitglied des *Nakşibendi*-Ordens *İskenderpaşa Dergahı* (Istanbul) und Schüler von dessen Scheich Mehmet Zahid Kotku (1897-1980) (vgl. Yavuz 2003). Bereits bei den Parlamentswahlen 1977 hatte er für die islamistische Nationale Heilspartei (*Milli Selamet Partisi*, MSP) von Erbakan, der ebenfalls dem *Nakşibendi*-Orden angehörte, kandidiert, blieb allerdings erfolglos. Nach seiner Wahlniederlage akzeptierte Özal 1979 das Angebot Demirels als für das DPT zuständiger Staatssekretär die Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen zu leiten und ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm vorzubereiten, um deren finanzielle Unterstützung wiederzugewinnen (vgl. Acar 2002).

Özal gehörte damit denjenigen politischen Eliten des rechten Spektrums an, die durch eine provinzielle Herkunft aus frommen Familien, eine enge Verbindung zu religiösen Orden und einen technokratischen Aufstieg im Staatsdienst mit politischen Führungsambitionen gekennzeichnet waren. Sein politisches Denken unterschied sich jedoch radikal von den Positionen der etablierten Führungsfiguren der politischen Parteien des rechten Spektrums, wie dem Klientelismus von Süleyman Demirel (AP) mit seiner prowestlichen Orientierung, dem Islamismus von Necmettin Erbakan (MSP) bzw. dem Nationalismus von Alparslan Türkeş (MHP). Deren politische Positionen stellten alternative Versionen der Staatsräson dar, die die Ausübung der politischen Macht ausgehend vom Prinzip der Stärkung des Staates legitimierten, dessen Seinsollen sie allerdings unterschiedlich definierten. Özal distanzierte sich davon, die politische Macht mit dem Staat zu identifizieren, und die Regierung als das „Regieren für und durch den Staat“ zu verstehen, mit dem Ziel den Staat zu stärken, um ihn zu seinem Seinsollen zu führen, und damit auch von der Idee, dass die Nation und der Staat eine untrennbare Einheit darstellen, sowie davon, dass die Verantwortung der Gesellschaft beim Staat bzw. in den Händen derjenigen, die den Staat repräsentieren, liegt.

Diese Haltung entwickelte Özal deshalb, weil ihm zufolge die konservativen, die „anti-linken“ Parteien, wie er diese bezeichnete, in der Türkei insbesondere seit den 1960ern es nicht geschafft hatten, gegen die „Ideen der Linke“ eine kohärente Alternative, d.h. ein eigenes politisches Projekt, zu generieren, obwohl sie stets die Mehrheit der Wähler auf ihrer Seite hatten. So waren sie, so Özal, in die zerreißen und spaltenden Fallen der Linken gefallen, indem sie sich an der linken Losung „mehr Staat“ orientierten, dem Aufbau der Schwerindustrie die höchste Priorität einräumten und eine autarke wirtschaftliche Entwicklung unter der Leitung des Staates anstrebten. Nach Özal hatte diese programmatische Armut der konservativen politischen Akteure zur Fragmentierung des rechten Parteispektrums geführt und sie daran gehindert, sich gegen die Linke zu vereinen und mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Diese Spaltung war für ihn auch der Grund dafür, dass die Linke seit den 1960er Jahren eine führende Stellung im politischen Terrain einnehmen und die politische Agenda bestimmen konnte. Özal sah seine politische Mission darin, für die zersplitterten konservativen Parteien, die ihre Energien in Fraktionskämpfen verausgabten, ein eigenes politisches Projekt, d.h. eine konservative Regierungsrationalität, zu formulieren, um sie aus ihrer ideellen und

programmatischen Orientierungslosigkeit – aus dem Zustand der „Anarchie der Ideen“, wie Özal ihn nannte – herauszubringen (vgl. Özal 2000 c).⁴⁷

Sein politisches Projekt, das eine enge Parallelität zu den Überlegungen der deutschen Ordoliberalen zeigte, präsentierte Özal öffentlich zum ersten Mal im April 1979.⁴⁸ Mit einer programmatischen Rede unter dem Titel „Grundsätze der Neuen Vision (*Yeni Görüş*) für die Entwicklung der Türkei“, deren Inhalt im Folgenden detailliert untersucht wird, stellte er es bei einem Seminar des konservativen „Klubs der Intellektuellen“ (*Aydınlar Ocağı*) in Ankara vor, an dem auch die Führungsfiguren der konservativen politischen Parteien, u.a. Süleyman Demirel (AP) und Alparslan Türkeş (MHP), anwesend waren (vgl. ebd.).⁴⁹ Özals Projekt *Yeni Görüş* verstand sich in diesem Zusammenhang insbesondere als Gegenentwurf zum politischen Projekt des Islamismus in der Türkei, nämlich der „Nationalen Vision“ (*Milli Görüş*) von Necmettin Erbakan, der seit Ende der 1960er Jahren die vorherrschende politische Strategie der religiös-konservativen Akteure geworden war.

Als Architekt der neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei basierte Özals politisches Projekt auf der Überzeugung, dass das Prinzip des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der globale Wettbewerbsmarkt in die reflektierte Praxis der Menschen eintreten und zum Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Machtverhältnisse werden sollten. Er folgte damit der neoliberalen Regierungsrationalität, wie sie im vorherigen Kapitel für die deutschen Ordoliberalen beschrieben wurde. Das Ziel von Özal war es somit, die sozialen Beziehungen nach dem Prinzip des wirtschaftlichen Wettbewerbs so zu organisieren, dass die türkische Nation sich als eine Unternehmensgesellschaft entfaltet und in den globalen Markt integriert. Dieses Ziel sollte entsprechend der *Yeni Görüş* auch das Ziel der politischen Machtausübung sein, die Özal als „Regieren für und durch den

⁴⁷ Zum missionarischen Selbstverständnis von Özal siehe Acar 2002.

⁴⁸ Im Folgenden wird auf die erste öffentliche Rede von Özal zu seinem Projekt *Yeni Görüş* als Quelle zurückgegriffen (vgl. Özal 2000 c). Özal hatte bereits vorher in einem Brief an Demirel bestimmte Aspekte seiner Wirtschaftspolitik dargestellt (vgl. Özal 2000 d). Ausgehend von seiner Rede entwickelte Özal die „Beschlüsse vom 24. Januar“, was sich in verschiedenen Berichten, Notizen und Reden, u.a. im Ministerrat, niederschlug (vgl. Özal 1987 a, b, c). Seine wirtschaftspolitischen Gedanken präsentierte er der Öffentlichkeit nochmals auf dem Wirtschaftskongress in Izmir 1981 (vgl. Özal 2000 b). In seinen späteren Reden in den 1990er Jahren bezieht sich Özal immer wieder auf die Grundgedanken in seiner Rede von 1979 zurück und zieht Bilanz (vgl. Özal 2000 a, e, f). Seine Rede von 1979 stellt damit seine zentrale Veröffentlichung zum Projekt *Yeni Görüş* dar.

⁴⁹ In den 1970er Jahren gründeten konservative Intellektuelle den „Klub der Intellektuellen“ (*Aydınlar Ocağı*), um das rechte Spektrum in der Türkei zu vereinigen, das in unterschiedlichen politischen Parteien, wie u.a. die AP, MSP und MHP, organisiert und damit äußerst fragmentiert war. Neben Süleyman Demirel, Alparslan Türkeş und Necmettin Erbakan zählte auch Turgut Özal zu dessen Mitgliedern. Die Entwicklung einer konservativen Ideologie, die „Türkisch-Islamische Synthese“ (*Türk-Islam Sentezi*, TIS), bildete den Schwerpunkt der Arbeit der *Aydınlar Ocağı* (vgl. Güvenç et al. 1991, Copeaux 2000).

Wettbewerbsmarkt“ verstand. Nach Özal sollten sich die Ziele, die Problemstellung und die Instrumente der politischen Machtausübung nicht vom Prinzip des Staates, sondern vom Prinzip des Wettbewerbsmarktes ableiten, den Özal als die Quelle des Reichtums der Nation betrachtete. Özal war davon überzeugt, dass dafür nicht nur die politischen Institutionen, sondern auch die Handlungs- und Denkweisen der gesellschaftlichen Akteure geändert werden müssten.

Özals *Yeni Görüş* war als eine „anti-linke“ Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise der 1970er Jahre formuliert worden. Mit ihr wandte er sich gegen die Strategie der planmäßigen nationalen Entwicklung durch die importsubstituierende Industrialisierung unter der Anleitung des Staates. In seiner *Yeni Görüş* machte Özal die Begrenzung der Privatinitiative für die wirtschaftlichen Probleme des Landes verantwortlich, wie u.a. das Zahlungsbilanzdefizit, die Inflation, die Arbeitslosigkeit und den Schwarzmarkt. Er kritisierte außerdem die konservativen politischen Parteien, deren Regierungspraxis seit den 1960er Jahren hauptsächlich darin bestand, die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates und die Beschäftigung im öffentlichen Sektor auszudehnen.

Mit seiner *Yeni Görüş* forderte Özal einen radikalen Wechsel der Denkweise über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Er betonte, dass das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung die materielle und ideelle Beförderung der einzelnen Mitglieder der Nation (türk.: *Millet*) auf ein höheres Niveau sei – und nicht die Entwicklung des Staates. Wichtig ist dabei zu betonen, dass die Nation bei Özal nicht als ein politisches Subjekt verstanden wurde, die untrennbar mit dem Staat verbunden ist und damit nur als Objekt in den Händen der Repräsentanten des Staates zur Geltung kommen würde, sondern als eine Kategorie, die außerhalb des Staates eine eigenständige politische Subjektivität besitzt. Damit widersetzte sich Özal in seiner *Yeni Görüş* einem Verständnis des Staates als etwas Gegebenem und vertrat die These, dass der Staat ein Produkt der Nation sei. Die ökonomische Stärke der einzelnen Mitglieder der Nation stellte für Özal die Grundvoraussetzung der politischen Stärke des Staates dar – und nicht umgekehrt. So würde Özal zufolge eine wirtschaftlich starke Nation zugleich politische Bedeutung erlangen. Deswegen sollte der Staat, so Özal, im wirtschaftlichen Bereich nicht in Konkurrenz zur Nation eintreten, sondern mit all seinen Institutionen im Dienst der Stärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Nation stehen (vgl. Özal 2000 c).

In der *Yeni Görüş* von Özal stand damit der einzelne Mensch und seine wirtschaftliche Entfaltung im Zentrum des staatlichen Handelns. Özals Projekt rückte allerdings das

Individuum nicht nur ins Zentrum der politischen Machtausübung, sondern formuliert dessen Subjektivität auch neu. Dabei sah Özal die türkische Nation als eine Multiplizität, deren Mitglieder durch ihre religiöse Prägung, nämlich die islamische Ethik und die islamische Erziehung, die von ihnen die Verwirklichung von Gottes Willen durch ihren Fleiß und ihre Ehrlichkeit verlange, in der Lage sind, jede Hürde auf dem Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung zu nehmen und sich auf dem globalen Wettbewerbsmarkt zu bewähren. Die muslimische Identität wird bei Özal als ein unternehmerisches Subjekt gedacht, das selbstmotiviert und selbstverantwortlich nach wirtschaftlichem Erfolg strebt, weil die islamische Ethik darin bestehe, dass jeder Gläubige die höchste Anstrengung zu zeigen habe, um Gnade Gottes Teil zu werden. Die Religion spielte für Özal damit eine sehr wichtige Rolle, allerdings nicht als eine Quelle der Gesetze des Staates, sondern als eine Quelle einer individuellen Ethik. Die Religion operiert damit nicht auf der Ebene des Staates, sondern auf der Ebene der Individuen. Die islamische Ethik und die islamische Erziehung werden zu konstitutiven Elementen und zur Legitimationsgrundlage einer bestimmten Art von Subjektivität, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der einzelne Mensch Selbstverantwortung für sein Wohlergehen übernimmt und aufgrund seines Glaubens danach strebt, sich in einem wirtschaftlichen Wettbewerb zu beweisen. Deswegen war die erste politische Maßnahme, die Özals *Yeni Görüş* forderte, der Ausbau eines Bildungs- und Erziehungssystems, das die islamische Ethik vermittelt, die muslimische Identität der Nation stärkt, und somit die Menschen zur Anstrengung nach Erfolg und zur wirtschaftlichen Tätigkeiten motiviert und die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung erhöht.

Das zentrale Instrument des „Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt“ sollte nach Özal die Schaffung und den Schutz von drei Grundfreiheiten sein: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Unternehmensfreiheit. Diese essentiellen Freiheiten sollten nach Özal, ohne dass ihr Wesen angetastet wird, nur dann und zeitlich begrenzt eingeschränkt werden, wenn es der Schutz der öffentlichen Ordnung bzw. der allgemeinen Moral notwendig macht, und um auf der wirtschaftlichen Ebene die Monopolbildung zu verhindern (vgl. ebd.).

Damit wandte sich Özal entschieden gegen die Vorstellung, dass der Staat die Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes zu übernehmen hat, und damit berechtigt sei, die Gesellschaft so zu verwalten, damit der Staat stark wird. Özal brach mit den im rechten Spektrum der politischen Landschaft weit verbreiteten Ideen, die auf traditionellen

Rechtsvorstellungen gründeten, und argumentierte, dass der Staat weder ein heiliges Wesen noch ein Vater sei bzw. eine allgemeine Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen habe. Es sei vielmehr die Aufgabe des Staates, einen Raum der Freiheit für die unternehmerischen Aktivitäten der einzelnen Mitglieder der Nation zu schaffen, die Rechtsfragen zwischen natürlichen bzw. Rechtspersonen zu lösen und das effiziente und effektive Funktionieren der Marktwirtschaft zu gewährleisten. In seiner Vision *Yeni Görüş* unterstrich er, ein starker Staat sei nicht durch die Zahl seiner Beamten oder durch die Größe seines Budgets gekennzeichnet, egal ob es ausgeglichen sei oder nicht. Ein starker Staat, so Özal, habe vielmehr wenige, aber fähige Beamten. Er verwalte sein Budget nach gerechten Kriterien und erwirtschafte einen Überschuss. Dafür müsse der Staat entbürokratisiert und den Staatsbediensteten mehr Verantwortung zu gesprochen werden. Das Funktionieren des Staates sollte durch Effizienz, Transparenz und Einfachheit charakterisiert sein. In diesem Zusammenhang betonte Özal insbesondere die Bedeutung eines effektiven und effizienten Rechtswesens als Bestandteil des Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt. Es müsse schnell sein, alle Mitglieder gleich behandeln und sich des Instruments der Amnestie, entgegen der Regierungspraxis der klientelistischen Parteien, nur in Ausnahmefällen bedienen (vgl. ebd.).

Die „wirtschaftliche Entwicklungsphilosophie“ der *Yeni Görüş* basierte, so Özal, auf zwei „neuen“ Grundgedanken. Erstens vertrat Özal die These, dass der marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsprozess und das Soziale keine Gegensätze darstellten. Özal betonte, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Regel zu einer permanenten Steigerung des Wohlstandes aller Mitglieder der Gesellschaft führte. Die Verschlechterung der Situation von bestimmten Individuen sei individuellen Faktoren geschuldet, wie z.B. falschen Risikoeinschätzungen oder aber dem Unglück, und stelle lediglich eine Ausnahme dar. Daher sollte das Sozialsystem nicht das Ziel haben, die Einkommen zu nivellieren. Denn, so argumentierte Özal, die Menschen seien durch ihre Gott-Geschaffenheit unterschiedlich und besäßen verschiedene Motivationen und Fähigkeiten. Dem Individuum mehr Selbstverantwortung einzuräumen bedeutete für ihn die Ungleichheit zuzulassen. Ein Sozialsystem, das die Ungleichheit bekämpft, wäre nicht „gerecht“, weil sie Ungleiches gleich behandle, die Anreize für die Motivierten und Fähigen reduziere und sie ausbremse. Die Ausbreitung der Armut und das Anwachsen großer Einkommensunterschiede sollte aber auch nicht ignoriert werden. So sollte der Staat in erster Linie die freiwillige soziale Solidarität in der Gesellschaft fördern. Nur in extremen

Fällen sollte der Staat direkt die Individuen unterstützen, ohne deren Bereitschaft zur Arbeit zu reduzieren. Der Umfang der staatlichen Leistungen sollte dabei auf keinen Fall die Kräfte des Staates überschreiten (vgl. ebd.).

Der zweite Grundgedanke von Özal betraf die Frage nach der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Özal argumentierte, dass die Regierung nicht versuchen sollte, durch die Reglementierung des Konsums Ersparnisse zu generieren, um die durch den Staat aufgebaute Schwerindustrie aufrechtzuerhalten und die unabhängige nationale Entwicklung voranzutreiben. Vielmehr sollten Überschüsse in Folge des internationalen Handelns auf der Basis einer Steigerung der Produktion von Waren und Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Damit kritisierte Özal die 1979 unter der Regierung von Bülent Ecevit (CHP) praktizierte Politik der Reglementierung des privaten und industriellen Verbrauchs von Elektrizität und Benzin, um Devisen einzusparen. Die Einschränkung des Verbrauchs führe zu Produktionsverlusten, zur Ineffizienz, zur Inflation und schließlich zur Stagnation, und damit sogar zum Schrumpfen der Ökonomie. Özal forderte vielmehr die Befreiung der Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen. Anstelle der Beschränkung des inländischen Verbrauchs sollte die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Produktionsbasis der Privatwirtschaft auszuweiten und den Export zu forcieren. Özal argumentierte, dass nur dadurch das Problem des chronischen Zahlungsbilanzdefizits, das er als das zentralste Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei betrachtete, zu lösen sei. Dabei betonte er ausdrücklich, dass das Ziel der Regierung nicht ausschließlich die Steigerung der Exporte sein sollte, sondern die Öffnung der türkischen Wirtschaft insgesamt nach außen und die Integration in den globalen Wettbewerbsmarkt (vgl. ebd.).

Die neue Rolle des Staates, die mit Bezug auf den Wirtschaftsprozess der neoliberalen Regierungsrationalität folgte, die Özal in seiner *Yeni Görüş* propagierte, sollte über die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit vor allem in der Durchsetzung eines allgemeinverbindlichen Rechtsrahmens und in der Anordnung (türk.: *tanzim*) und der Förderung (türk.: *teşvik*) des durch die Privatinitiative getragenen Wirtschaftsprozesses bestehen. Die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung sollte insgesamt einen richtungsweisenden, regulierenden und allgemeinen Charakter haben und lediglich für die Entscheidungen der privaten Akteure Informationen und Daten liefern. Wichtig war damit für Özal, dass der Staat nicht mit dem Instrument der Planung die wirtschaftliche Entwicklung dirigierte. Der Staat sollte auf der Makroebene fixe Regeln setzen und günstige Rahmenbedingungen herstellen, um die Beteiligung der einzelnen Mitglieder der

Nation in die Marktwirtschaft zu ermöglichen und das reibungslose Funktionieren des Wettbewerbsmarktes abzusichern. Die direkten Staatsinterventionen in den Wirtschaftsprozess sollten allgemein aufgehoben und die Märkte liberalisiert werden. Aus diesem Grund befürwortete Özal auch die Freigabe der Preise. Durch ordnungspolitische Instrumente, wie die Schaffung eines effizienten Rechtsrahmens und die Gewährleistung des Wettbewerbs, und durch eine gezielte Strukturpolitik, die eine allgemeine Förderung der Produktionsbedingungen und die gemäßigte Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion für deren Vermarktung beinhaltete, sowie durch eine aktive Geld- und Kreditpolitik sollte der Staat gewährleisten, dass sich die Preise auf dem Markt auf natürliche Weise selbst regulieren. Damit sollte der Schwarzmarkt eingeschränkt und die Ressourcenallokation optimiert werden.

Als eine weitere Rolle des Staates in der wirtschaftlichen Entwicklung definierte Özal den Ausbau der Infrastruktur. Sie komme allen Mitgliedern der Nation zugute und fördere die Teilnahme insbesondere der ländlichen Bevölkerung am Wirtschaftsprozess. Özal betrachtete ihn aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit – ein grundlegendes Prinzip der Anordnung der Märkte entsprechend der *Yeni Görüş*. Özal war davon überzeugt, dass die Menschen ohne Infrastruktur ihre Chancen nicht ergreifen könnten und damit eine rasche wirtschaftliche Entwicklung nicht stattfinden würde. Schließlich betonte Özal, dass eine Urbanisierungspolitik entwickelt werden müsse. Dabei sollte die lokale Regierung gestärkt, der Ausbau der Infrastruktur von ihr vorangetrieben und ein marktkonformes System zur Finanzierung und Austragung großer Wohnungsbauprojekten entwickelt werden.

Allerdings betonte Özal, dass sich der Staat im Industrie- und Dienstleistungssektor nicht als prinzipieller Wirtschaftsakteur engagieren dürfe. Die staatlichen Unternehmen müssten vielmehr privatisiert und damit ins Eigentum der Gesellschaft überführt werden. Eine Ausnahme stellten für Özal Investitionen in den unterentwickelten Regionen dar. Auch diese sollten allerdings bei der ersten Gelegenheit dem Privatsektor übergeben werden. Wenn Infrastruktur- bzw. Versorgungsbetriebe profitabel arbeiten könnten, sollte ihre Privatisierung erlaubt sein. Der Staat sollte darüber hinaus im Bereich der Investitionen in die Infrastruktur Anreize für das ausländische Kapital schaffen.

Özal kritisierte in seiner *Yeni Görüş* allerdings nicht nur die Art und Weise der politischen Machtausübung durch die politischen Akteure, sondern auch durch die sozialen Akteure, insbesondere die Gewerkschaften, die seiner Meinung nach den Arbeitsmarkt abschotteten

und das Funktionieren des Wettbewerbsmarktes blockierten. Damit raubten sie der breiten Masse die Möglichkeit sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für Özal waren die Gewerkschaften damit die wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit. Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Beschneidung der Macht der Gewerkschaften würde dazu führen, dass sich der Preis der Arbeitskraft auf dem Markt bildete. Ohne die Macht der Gewerkschaften würden die Löhne fallen, die Investitionen steigen und mehr Arbeitsplätze entstehen. Damit würde die persönliche Freiheit der einzelnen Mitglieder der Nation als unternehmerische Subjekte steigen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorangetrieben (vgl. ebd.).

Insgesamt verstand sich Özal nicht als ein Vertreter einer ökonomischen Lehre. Sein politisches Projekt stellte auch keine Ideologie dar. Er zielte vielmehr darauf ab, wie die Freiburger Schule in Deutschland, „die ganze Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik, die ganze Regierungskunst“ neu zu denken (vgl. Foucault 2006 b: 139). Özal hielt eine Veränderung der Art und Weise der Ausübung der politischen Macht in der Türkei für notwendig. Mit seiner *Yeni Görüş* erteilte Özal der verstaatlichenden Regierungstechnologie nach der Staatsräson, die seit der Gründung der Republik die vorherrschende Regierungsrationalität darstellte, eine Absage. Gleichzeitig lehnte er auch die Vorstellung des Staates als einen Souverän ab, die als die traditionelle Denkweise insbesondere bei den ländlichen Massen und den konservativen politischen Eliten parallel zur Staatsräson fortbestanden hatte, diese von außen begrenzte und der klientelistischen Regierungspraxis unterlag.

Özals politisches Projekt führte ein ganz neues Prinzip, das des Wettbewerbsmarktes, in die Rationalisierung der politischen Macht ein. Er stellte die These auf, dass sich das Regieren auf den Wettbewerbsmarkt ausrichten sollte und die staatlichen Interventionen als Instrumente des „Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt“ gedacht werden sollten. Die Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson sollte damit im Zeichen des Wettbewerbsmarktes auf eine allgemeine Weise begrenzt bzw. neu organisiert werden. Damit betrachtete Özal das Prinzip des wirtschaftlichen Wettbewerbs als das Organisationsprinzip der sozialen Beziehungen, sowohl innerhalb der Türkei als auch auf der globalen Ebene.

Für Özal stellte die Außenöffnung der türkischen Wirtschaft und die Integration der Türkei in den Weltmarkt sowohl das Ziel als auch das Instrument der politischen Machtausübung dar. Dabei ging Özal von der durch die islamische Ethik geprägten Nation als das

politische Subjekt aus, deren Mitglieder durch eine wettbewerbsorientierte, unternehmerische muslimische Identität geprägt sind. Die politische Machtausübung, die nach Özal ihre Legitimität durch die Stärkung der Nation im Sinne einer Unternehmensgesellschaft erhält, sollte sich in erster Linie als die Vermittlung der islamischen Ethik durch ein Bildungs- und Erziehungssystem zu vollziehen. Weiterhin sollte die politische Machtausübung darauf ausgerichtet sein, die Glaubensfreiheit, die Unternehmensfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung zu gewährleisten. Schließlich sollte die politische Machtausübung einerseits die Form einer Ordnungspolitik annehmen, um das Funktionieren des Wettbewerbsmarktes aufrechtzuerhalten, und andererseits die einer Strukturpolitik, um die Produktion fördern und den Marktzugang erleichtern.

Özals konservatives politisches Projekt unterschied sich damit grundlegend von der bis dahin vorherrschenden politischen Rationalität der konservativen sozialen und politischen Akteuren in der Türkei, die die politische Machtausübung lediglich ausgehend vom Begriff der Souveränität und von der Staatsräson in Kategorien des Rechts und der Verwaltung verstanden hatten. Turgut Özal stellte somit die persönliche Manifestation und das transnationale Bindeglied der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei und der Integration der Türkei in das Projekt der neoliberalen Globalisierung dar.

5.2 Die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie

Im Folgenden wird analysiert, wie und in wie weit das politische Projekt Özals im Kontext der 1980er Jahre umgesetzt wurde und wie sich die Ausbreitung der neoliberalen Art und Weise der Regierung in der Türkei, die eng mit externen Prozessen verbunden war, vollzogen hat.

Die *Yeni Görüş* fand ihren ersten Niederschlag bereits einige Monate nach Özals Präsentation im *Aydınlar Ocağı*. Im November 1979 bildete Demirel (AP) im Kontext der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise eine Minderheitsregierung und ernannte Özal zum für das staatliche Planungsamt (DPT) zuständigen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten (vgl. Kalaycıoğlu 2005). Özal, dem damit die Kontrolle der Wirtschaftspolitik übertragen wurde, war beauftragt, ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm auszuarbeiten, um die internationalen Kreditgeber zu überzeugen, der Türkei finanziell beizustehen. Am 24. Januar 1980 wurde das Reformprogramm Özals von der Demirel-Regierung beschlossen, das in vollständigen Übereinstimmung mit den

Erwartungen der internationalen Finanzinstitutionen und den internationalen Kreditgebern die Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung offiziell beendete und eine neoliberale Wende einleitete.

Özals Maßnahmenpaket, das sich eng an die Forderungen des IWF und der Weltbank hielt, leitete eine grundlegende Neugestaltung der türkischen Wirtschaftsordnung ein und sah eine „Schocktherapie“ für die Deregulierung, Liberalisierung und Außenöffnung der bis dahin weitgehend abgeschotteten türkischen Wirtschaft vor. Die geplanten Reformmaßnahmen umfassten neben einer drastischen Sparpolitik die Abschaffung von Preiskontrollen einschließlich einer kräftigen Abwertung, die Deregulierung des Kapitalmarktes, den Abbau von Außenhandelszöllen und die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Vermögenswerten (vgl. Bayar 1996). Ziel der sog. „Beschlüsse vom 24. Januar“ war es, die Ära der planmäßigen nationalen Entwicklung mit ihrer dirigistischen Form der Regierung zu beenden und die türkische Wirtschaft durch eine auf Privatinitiative basierende, exportorientierte Wachstumsstrategie in die globale Märkte zu integrieren.

Das Reformprogramm von Özal wurde bei seiner Umsetzung hauptsächlich extern von den Mitgliedern des transatlantischen Blocks, den internationalen Finanzinstitutionen und intern von der Militärführung und den Wirtschaftseliten unterstützt. Özal hatte der Militärführung sein wirtschaftspolitisches Reformprogramm bereits vor und nach dem 24. Januar 1980 in mehreren Präsentationen vorgestellt und ihre Unterstützung gewonnen (vgl. Barlas 2000). Auch die mächtigsten Interessenverbände der Privatwirtschaft, nämlich der Verein der türkischen Industriellen und Geschäftsleute (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*, TÜSİAD) und die Vereinigung der türkischen Handels-, Industrie- und Seehandelskammern und der Warenbörsen (*Türkiye Ticaret, Sanayi, Deniz Ticaret Odaları ve Ticaret Borsaları Birliği*, TOBB), die 1977 noch Anhänger einer graduellen Liberalisierung der Märkte gewesen waren, um ihre Privilegien nicht zu verlieren, hatten ihre Meinung in Hinblick auf einen marktwirtschaftlich orientierten Strukturwandel 1979 angesichts der Vertiefung der Krise verändert. Auch sie waren davon überzeugt, dass umfassende Reformen „ohne Alternative“ und „unumgänglich“ seien (vgl. Şenses 1998).

Allerdings fehlte Özals neoliberales Maßnahmenpaket weitestgehend die gesellschaftliche und politische Verankerung. Die Durchsetzung des wirtschaftspolitischen Reformpakets war für die lohnabhängigen Teile der Bevölkerung mit sehr hohen Kosten verbunden, denn es war mit restriktiven fiskalpolitischen Maßnahmen, wie der Freigabe der Preise,

verbunden mit dem Ergebnis einer drastischen Teuerung vieler Konsumgüter und einer zurückhaltende Erhöhung der Löhne. Das Reformpaket stieß deswegen auf heftige Kritik der Gewerkschaften. Insbesondere die linke Konföderation der revolutionären Gewerkschaften (*Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu*, DISK) machte durch Streiks und Fabrikbesetzungen, die oftmals von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei bzw. der Armee begleitet wurden, die Implementierung des Reformprogramms unmöglich (vgl. Zürcher 2004). Die gesellschaftlichen Spannungen konnten nicht auf der politischen Ebene aufgefangen werden. Die großen Parteien, die AP und die CHP, zeigten trotz der wirtschaftlichen und politischen Krise keine Kompromissbereitschaft und Entschlossenheit in Hinblick auf die wichtigsten politischen und sozioökonomischen Fragen, d.h. auch bezüglich der Durchsetzung des Reformprogramms von Özal. Selbst die Demirel-Regierung zeigte keine vollkommene Verpflichtung zur Implementierung des Programms und verzögerte unter dem Druck der konservativen ländlichen Bevölkerungsgruppen die geplanten Kürzungen bei den Agrarsubventionen, um die Unterstützung ihrer Klientel nicht zu verlieren (vgl. Barkey 1990).

Der Durchbruch für das neoliberale Projekt, dessen Einführung an der Opposition der sozialen Akteure und der fehlenden Implementierung durch die schwache Demirel-Regierung zu scheitern drohte, erfolgte erst mit dem Putsch der Militärführung 1980. Er leitete eine pro-amerikanische Wende in der Ausrichtung der Außen- und Wirtschaftspolitik der Türkei ein.⁵⁰ Das Militär unter dem Generalstabschef Kenan Evren legte unmittelbar nach dem Staatsstreich der Führung der vier wichtigsten politischen Parteien einschließlich deren Parteichefs, nämlich der AP (Demirel), der CHP (Ecevit), der MHP (Türkeş) und der MSP (Erbakan), ein zahnjähriges Berufsverbot auf. Weiterhin unterband das Militär die gesellschaftliche Opposition, vor allem die Gewerkschaften, deren Aktivitäten unter dem Militärregime faktisch verboten waren (vgl. Kalaycıoğlu 2005). Mit der Verhängung des Kriegsrechts wurden Streiks und öffentliche Versammlungen verboten. Nach dem Putsch sicherte die Militärführung den internationalen Finanzinstitutionen zu, dass sie die Umsetzung der geplanten Wirtschaftsreformen voll unterstützte. Die Integration in die neoliberale Globalisierung

⁵⁰ 1961 wurde nach amerikanischem Rat der Pensionsfonds der türkischen Streitkräfte (*Ordu Yardımlaşma Kurumu*, OYAK) gegründet, um die wirtschaftliche Lage der Offiziere zu verbessern. 1980 war OYAK der zweitgrößte Konzern der Türkei mit Beteiligungen an 14 Großunternehmen. Er stand einer Politik der Umverteilung kritischer gegenüber als der Wiederherstellung der externen Finanzierung der abhängigen Entwicklung (vgl. Der Spiegel 13.10.1980). OYAK entwickelte sich in den folgenden Dekaden zu einer der größten Holding-Gesellschaften der Türkei mit eigenen Unternehmen und Beteiligungen an den wichtigsten Industriezweigen und am Finanzsektor.

sollte damit ihrer Ansicht nach als eine Art Sprungbrett für die Stärkung der politischen Souveränität der Türkei funktionieren.

Unmittelbar nach dem Putsch wurde Özal in der vom Militär bestimmten Regierung zum Vizepremierminister. Er erhielt die Zuständigkeitsbereiche Wirtschaft und Finanzen und verfügte damit nun über eine viel stärkere Exekutivmacht.⁵¹ Sein Auftrag bestand in der zügigen Stabilisierung der türkischen Wirtschaft. In seiner neuen Position konnte Özal sein Vorhaben, die Türkei in den globalen Wettbewerbsmarkt zu integrieren viel effektiver verfolgen. Özal leitete erstens die Freigabe des Preises der türkischen Lira und den Übergang zu einem flexiblen Wechselkursregime ein. Die starke Abwertung der Lira, die damit einherging, zielte gemeinsam mit den anderen Maßnahmen auf eine Ankurbelung der Exporte ab. Zweitens wurden die Preiskontrollen für Industriegüter abgeschafft, das Importregime liberalisiert und die Zinssätze für Einlagen und Kredite freigegeben. Drittens wurde durch die Begrenzung des Haushaltsdefizits die Reduzierung der Inflation forciert. Dabei wurden einerseits durch eine restriktive Einkommenspolitik und eine Einkommenssteuerreform die Staatseinnahmen erhöht. Andererseits wurden die Ausgaben des Staates stark gekürzt. So kam es im öffentlichen Dienst durch Verzögerung der Lohnanpassungen an die inflationäre Entwicklung in Folge der Abwertung zu realen Einkommenskürzungen. In der Landwirtschaft kam es zum Abbau von Subventionen durch die zurückhaltende Anhebung der staatlichen Ankaufpreise (vgl. Böhmer 1990: Boratav 1997).

Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Ordnung wurde fachlich und finanziell durch die internationalen Finanzinstitutionen unterstützt und begleitet. Özal arbeitete dabei in enger Abstimmung mit dem IWF und der Weltbank, die durch ihre Auflagen im Rahmen des Politikdialoges zwischen 1980 und 1984 klare Richtlinien für wesentliche wirtschaftspolitische Teilbereiche (Finanz- und Geldpolitik, Anreizsystem für die Exportwirtschaft, spezifische Sektorpolitiken) setzten und damit die strategische Planung der Implementierung der Reformen *de facto* übernommen hatten (vgl. Böhmer 1990). Dieser Prozess wurde durch finanzielle Hilfen des IWF, der Weltbank im Rahmen der Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme und der OECD-Länder in einer

⁵¹ Die Generäle waren mit Özal, den sie dem islamistischen Lager zuordneten, zwar nicht besonders zufrieden, aber sie hatten keine andere Wahl als seinen wirtschaftspolitischen Führungsanspruch zu akzeptieren, weil Özal eine unabdingbare Scharnierfunktion in den Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern inne hatte. Wie Acar argumentiert, „(the Generals) thought that success in upcoming negotiations to postpone Turkey’s debt payments and secure new loans, which were critical for the stability and security of the new regime, depended on Özal” (Acar 2002: 166).

multilateralen Aktion unterstützt, die im internationalen Vergleich außergewöhnlich großzügig bemessen waren (vgl. Öniş 1991). Gleichzeitig erhöhte sich die bilaterale militärische und wirtschaftliche Hilfe der USA. Die Türkei avancierte Anfang der 1980er Jahre nach Israel und Ägypten zum drittgrößten Empfängerland von amerikanischer Hilfeleistungen (Laçiner 2009).⁵² Die volle Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen machte die politische Führung relativ unabhängig von den sozialen Akteuren in der Türkei. So konnte Özal unter dem Militärregime die Maßnahmen zur Liberalisierung der türkischen Wirtschaft in einer konsistenten Art und Weise ohne Abweichungen von den Zielen umsetzen (vgl. Öniş 1991).

Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung stellte nur einen wichtigen Aspekt der Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei nach 1980 dar. Sie schlug sich darüber hinaus in einer tiefgreifenden Neustrukturierung des politischen Systems nieder. Die neue Verfassung von 1982, die unter der Militärregierung vorbereitet wurde, zielte auf eine rechtlich-institutionelle Beschränkung des Einflusses der sozialen und politischen Akteure auf die politische Machtausübung ab, die nach einer Version der Staatsräson anstrebten. Diese Version war aber nicht mit der Teilhabe der Türkei am transatlantischen Block vereinbar. Die neue Verfassung lieferte den maximalen Schutz des privaten Eigentums durch den Staat bei gleichzeitiger umfassender Einschränkung der politischen Freiheiten der Individuen.⁵³

In der neuen Verfassung wurde den Gewerkschaften untersagt, politische Ziele zu verfolgen und gesellschaftspolitisch aktiv zu werden, wenn dies nicht direkt mit ihren sozioökonomischen Interessensvertretungsaufgaben im Zusammenhang steht (vgl. Cizre-Sakallıoğlu 1991). Außerdem wurde es ihnen verboten, politische Parteien zu fördern oder von diesen Unterstützung zu erhalten (vgl. Özbudun 1991).⁵⁴ Für die Berufsorganisationen galten ähnlich starke Beschränkungen in Hinblick auf ihr politisches Engagement und ihre

⁵² Unter der Militärregierung wurde das am 29. März 1980 zwischen der USA und der Türkei in Ankara unterzeichnete und bis dahin nicht ratifizierte Abkommen zur Verteidigungs- und Wirtschaftskooperation (*Defence and Economic Cooperation Agreement*) in Kraft gesetzt. Damit erfolgte eine Wende in den Beziehungen zwischen der Türkei und der USA, die seit Mitte der 1970er Jahren distanziert waren (vgl. Laçiner 2009). Die Türkei begann wieder umfangreiche Militärhilfen zu erhalten und die militärische Zusammenarbeit wurde erneut verstärkt.

⁵³ Die Annahme der neuen Verfassung erfolgte durch eine Volksabstimmung im Jahre 1982, die gleichzeitig die Ernennung von General Kenan Evren für eine siebenjährige Amtszeit zum Präsidenten einschloss.

⁵⁴ Die Absicht des Militärs, die Gewerkschaften durch eine Deaktivierung und Reorganisation aus der politischen Landschaft zu verbannen, führte zu einer erheblichen Schwächung der Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen im Prozess der neoliberalen Ungestaltung der Wirtschaft während der 1980er Jahre (vgl. Cizre-Sakallıoğlu 1991). So sank die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 4 Millionen vor dem Militärputsch von 1980 auf knapp 2 Millionen Ende der 1980er Jahre (vgl. Böhmer 1990).

Verbindungen zu politischen Parteien. Weiterhin erhöhte die Verfassung von 1982 das Ausmaß von außergewöhnlichen Umständen, die eine vorübergehende Schließung der Berufsverbände zuließ (vgl. Heper 1991). Keine gesellschaftliche Interessenvertretungsorganisation durfte nach der neuen Verfassung im Namen von Klasseninteressen politisch aktiv werden (vgl. ebd.).

Auch die politischen Parteien wurden durch die Bestimmungen der neuen Verfassung erheblichen Beschränkungen in Hinblick auf ihre Mitgliedschaft und ihre Organisationsweise unterworfen (vgl. Sayarı 2002). So war es ihnen nicht erlaubt, eigene Abteilungen für Frauen und Jugendliche bzw. Stiftungen zu gründen. Außerdem durften sie nicht mit anderen politischen Organisationen, wie z.B. Hochschullehrern, Studenten, Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Richtern usw., zusammen arbeiten. Weiterhin wurde mit einem neuen Wahlrecht sowohl für die National- als auch für die Lokalwahlen eine 10 Prozent Hürde eingeführt und damit die Mehrheitsbildung für eine Regierungen auf Kosten der parlamentarischen Vielfalt vereinfacht .

Ein weiteres wesentliches Merkmal des neuen politischen Systems war die Zentralisierung von Macht- und Entscheidungsbefugnissen auf der politisch-administrativen Ebene. „The (new) 1982 Constitution enhanced the power of the executive. The president was now endowed with powers that would make him more effective against parliament and the political parties. The power of the government to pass decree-laws was increased” (Arat 1991: 144). Mit der Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates (*Milli Güvenlik Kurulu*, MGK) räumte die Verfassung von 1982 dem Militär ein legales Mitspracherecht in der Politik ein, damit wurde die dominierende Stellung der Staatseliten gegenüber den politischen Eliten abgesichert (vgl. Franz 2003). Diese restriktiven Bestimmungen der neuen Verfassung bedeuteten eine radikale Umkehr von der nach 1961 eingeleiteten Phase der politischen Liberalisierung. Sie zielten darauf ab, die Gesellschaft zu entpolitisieren und den Einfluss von organisierter Opposition zu reduzieren (vgl. Özbudun 1991).

Mit dieser Neustrukturierung des politischen Systems sollte der Regierungsrationalität der planmäßigen Entwicklung, die eine Vielfalt von gesellschaftlichen Akteuren in der Form von Interessensvertretungsorganisationen und politischen Parteien als politische Subjekte konstruierte, damit sie sich unter der Anleitung des Staates in die Gestaltung des Entwicklungsplans einbringen können, auf eine autoritäre Art und Weise jede weitere Entfaltungsmöglichkeit entzogen werden.

Parallel zur Veränderung des rechtlich-institutionellen Rahmens der politischen Machtausübung leitete die Militärführung eine neue Gesellschaftspolitik ein, die auf die Neudefinition der Gesellschaft in Form einer national-religiösen Gemeinschaft abzielte. So fand durch das Militär neben der Propagierung eines paternalistischen Atatürk-Kults, um die Intervention des Militärs mit der „Rettung des Staates“ zu rechtfertigen, die Reaktivierung von religiösen Gemeinschaftsstrukturen auf der sozialen Ebene statt, um die linksorientierten politischen Bewegungen zurückzudrängen.

In diesem Zusammenhang erfolgte die offizielle Anerkennung der konservativen Ideologie der „Türkisch-Islamischen Synthese“ (*Türk-Islam Sentezi*, TIS) durch das Militär, die in den 1970er Jahren durch Intellektuellen des rechten Flügels im Rahmen des konservativen Intellektuellenzirkels *Aydınlar Ocağı* entwickelt worden war und sich auf die Neuinterpretation der türkisch-islamischen Geschichte, nach der eine „nationale Kultur“ aus der Synthese zwischen der vorislamischen Kultur der Türken und dem Islam entstanden ist, stützte (vgl. Hoffmann 2003). Die Militärregierung erhob die TIS nach 1980 zur Staatsideologie und verankerte deren Grundsätze in der neuen Verfassung und dem neuen Hochschulgesetz. Mit der TIS wurde versucht „das islamische Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Aufnahme des Islams in das nationalistische Credo wiederzubeleben“ (Toprak 1989: 55). Die TIS stellte Werte wie Tugend, Gerechtigkeit, Vaterlandsliebe und Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit sowie die Bedeutung der Familie und des Militärs als heilige soziale Institutionen in den Vordergrund, und bot eine ideologische Untermauerung der Entpolitisierung der Gesellschaft nach dem Militärputsch. Das Militär strebte eine Organisation der Gesellschaft auf der Basis von traditionellen Einheiten, wie religiösen Gemeinschaften und Familien, unter der Führung einer zentralen Autorität an. Der staatlich geförderte Moscheebau sowie die Tolerierung der religiösen Orden (die trotz eines Verbotes durch Atatürk eine wichtige, wenn auch „inoffizielle“ Rolle in der Gesellschaft spielten) führten in der Periode nach 1980 zu einer allgemeinen Stärkung und sozialer Aufwertung der religiösen Gemeinschaften als soziale Akteure.

Die Regierungsrationalität, die den Handlungen des Militärs unterlag, nämlich die Staatsräson, mit der Stärkung des Staates und seiner internationalen Anerkennung als Ziel der politischen Machtausübung, widersprach sich in dieser Phase nicht mit der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie, deren Einsatz durch die externen Akteure unterstützt wurde und neben der Liberalisierung der Märkte hauptsächlich darin bestand,

die politischen Freiheiten der gesellschaftlichen Interessensgruppen zu beschränken und den Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung von Politik zu minimieren. Damit existierte die Staatsräson, die den autoritären Regierungspraktiken des Militärs unterlag, das sich als Beschützer des Nationalstaates mit seiner westlichen Orientierung verstand, und die neoliberale Regierungstechnologie, die die Denkweise der externen Akteure des transatlantischen Blocks und Özals darstellte, innerhalb der politischen Wirklichkeit der Türkei nach dem Putsch 1980 nebeneinander.

Das Militär leitete, nachdem durch autoritäre Maßnahmen die Stärke der linken Gewerkschaften und Intellektuellen gebrochen und mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 1982 ein neuer rechtlich-institutioneller Rahmen für die politischen Machtausübung festgelegt worden war, im Jahre 1983 die restriktive Wiedereinführung der zivilen Politik ein. Denn nach der in der Gesellschaft vorherrschenden Denk- und Handlungsweise verfügte die absolute Herrschaft des Militärs nur solange Legitimität, solange sie vorübergehender Natur war und der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe diente. Beim Übergang zur zivilen Politik wurden allerdings die politischen Eliten der Periode vor 1980 durch die Militärführung aus dem politischen Prozess ausgeschlossen.⁵⁵

In diesem politischen Vakuum sah Turgut Özal seine Chance und gründete eine eigene politische Partei, die ANAP. Özal richtete die ANAP nicht entlang der ideologischen Spaltungslinien der Periode vor 1980 aus. Er konnte sich als frommer Technokrat mit einer internationalen Vernetzung und als Manager und Wirtschaftsexperte, der während der Militärregierung die Inflation gebändigt hatte, als eine neue Führungsfigur präsentieren. Özal konnte mit seiner charismatischen Persönlichkeit, seiner betonten Volksnähe und seiner anti-elitären und „anti-politischen“ Haltung erfolgreich die Wähler für die wirtschaftliche Liberalisierung gewinnen. Es gelang ihm eine breite Wählerschaft von der islamistischen Bewegung über die provinziellen konservativen Massen und sozialdemokratisch orientierten städtischen Mittelschichten bis zur etablierten Wirtschaftseliten unter dem Dach der ANAP zusammenzubringen (vgl. Ergüder 1991). Die

⁵⁵ Die Generäle zielten auf die Etablierung eines Zwei-Parteiensystems ab und initiierten die Gründung von zwei ganz neuen Parteien, die Partei der nationalistischen Demokratie (*Milliyetçi Demokrasi Partisi*, MDP) und die sozialdemokratische Volkspartei (*Halkçı Parti*, HP). Ihrer Vorstellung nach sollte die konservative, staatstragende MDP unter der Führung des Ex-Generals Turgut Sunalp die Regierung stellen und die HP als eine dezente sozialdemokratische Opposition ins Parlament ziehen (vgl. Der Spiegel 14.11.1983). Um die Entstehung von Nachfolgeparteien der aufgelösten Parteien der 1970er Jahre zu verhindern, hatte sich die Militärführung mit einem Vetorecht ausgestattet und blockierte bei den Wahlen 1983 sämtliche Parteigründungen durch Verbote gegen die Gründungsmitglieder (vgl. Franz 2003). Über 700 ehemalige Politiker erhielten fünf und zehn Jahre Politikverbot (vgl. Der Spiegel 16.05.1983).

ANAP konnte dem Veto der Militärs entgehen und gewann die ersten Wahlen am 6. November 1983 mit einem Stimmenanteil von 45,1 Prozent. Özal stellte eine Alleinregierung auf – die erste seit 1971. Die Militärführung war bereit Özals Wahlsieg zu akzeptieren und räumte ihm weitgehende Freiheit in der Führung der Wirtschaft ein. Gleichzeitig behielt sie ihre dominante Position in Hinblick auf ihre verfassungsmäßige Aufgabe zur Sicherung der Souveränität des Staates.

Nach dem Wahlsieg der ANAP 1983 konnte Özal sein politisches Projekt gezielt und progressiv verfolgen. Während die Integration der Türkei in die globale Marktwirtschaft für die vorangegangene Militärregierung in erster Linie ein Instrument zur Sicherstellung der Souveränität des Staates im Kontext der von den USA dominierten neuen Weltordnung – und damit ihrer eigenen Privilegien – darstellte, war sie für Özal im Rahmen seiner Vision *Yeni Görüş* ein Instrument der Neuorganisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Die neoliberale Form der Machtausübung, wie Özal sie als Ministerpräsident zu praktizieren versuchte, beschäftigte sich nicht mit der Bewahrung des Staates, sondern mit der Herstellung von Märkten, von Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Akteuren und dem Fluss von Waren und Dienstleistungen. Sie richtete sich auf die Gesellschaft als eine „Multiplizität in Bewegung“ und nicht als eine organisch strukturierte Einheit (Foucault 2006 a: 188). Özal überzeugte dabei die Militärführung mit dem Argument, dass eine entsprechend der neoliberalen Regierungstechnologie organisierte Gesellschaft durch die ständige Akkumulation von wirtschaftlichem Einfluss indirekt zur politischen Stärkung des Staates führen würde.

Özal propagierte das Privatunternehmertum als die neue Art von Subjektivität jenseits von Staatsbürgertum, von Patron-Klientel-Verbindungen, von kollektiven Interessensvertretungsorganisationen und von Klassen. In diesem Sinne subsumierte er unter dem selbstgeschaffenen Begriff der *orta direk* (dt.: zentraler Mast) die Kleinbauern, die Kleingewerbetreibende, die Beschäftigten im informellen Sektor, die Rentner und die Staatsangestellten, die zusammen die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, zum neuen politischen Subjekt. Für Özal sollte die politische Macht in Namen der *orta direk* mit dem Ziel, die Bedingungen für ihre wirtschaftliche Entfaltung zu ermöglichen, ausgeübt werden. Eine durch die Märkte und durch das Prinzip des Wettbewerbs organisierte *orta direk* war auf eine aktive und effektive Regierung angewiesen, die das Land wie ein Wirtschaftsunternehmen führte. Diese neue Form der Regierung zeigte sich unter der Regierungszeit Özals (1983-1989) in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik, der

Gesellschaftspolitik und schließlich der Außenpolitik. Auf sie wird im Folgenden näher eingegangen.

Unter Özals Regierung wurde mit Bezug auf den Wirtschaftsprozess in erster Linie die Liberalisierung der Märkte ausgeweitet. So wurde Ende 1983 das Importregime radikal geändert. Der Import aller Waren wurde freigegeben, außer denen, deren Import speziell verboten war oder einer besonderen Genehmigung bedurften. Quantitative Einschränkungen wurden entfernt und Zolltarife wurden von durchschnittlich 123 Prozent auf 19 Prozent gesenkt (vgl. Bayar 1996). Diese Maßnahmen führten zu einem enormen Anstieg des Warenangebots auf dem bis dahin weitgehend abgeschotteten türkischen Binnenmarkt und setzte die einheimische Bevölkerung einer bis dahin nicht existierenden Konsumwelt und die inländischen Produzenten dem globalen Wettbewerb aus. Gleichzeitig wurden zahlreiche Instrumente entwickelt, um die Integration der türkischen Unternehmen in die globalen Märkte und die Exporte zu fördern. Zu den Instrumenten der aktiven staatlichen Förderung der Exportwirtschaft zählten, neben der Reduzierung von bürokratischen Hindernissen, Erleichterungen zur Beschaffung von Außenhandelskrediten, importierten Vorprodukten und Kapitalgütern. „Within the context of export promotion, the new right planned to provide financial privileges and encouraging the benefits for export-oriented industries“ (Tünay 1993, 23). Weiterhin wurde die Liberalisierung des Finanzmarktes ausgeweitet und es kam zur Wiedereröffnung der Börse im Jahre 1986 (vgl. Böhmer 1990). Nach 1989 wurde einerseits das Außenhandelsregime gemäß den GATT-Bestimmungen und den Anforderungen einer zukünftigen Zollunion mit der EU weiter liberalisiert. Andererseits wurde die vollständige Konvertibilität der türkischen Lira beschlossen. Damit fand die vollständige Liberalisierung und Außenöffnung des türkischen Kapitalmarktes statt. „The August 1989 measures marked a transition to an extremely liberal capital account regime, even by the standards of advanced economies with highly developed financial markets“ (Öniş 1996: 6).

Zweitens zielte Özals Regierungspraxis auf die Minimierung der Eingriffe des Staates in den wirtschaftlichen Prozess ab. Bei einer Staatsquote in der industriellen Produktion, die über 50 Prozent lag, versuchte Özal die Effizienz der staatlichen Unternehmen zu steigern und die Angleichung von deren Preise an die Marktpreise herbeizuführen. Gleichzeitig wurde die restriktive Lohnpolitik im öffentlichen Sektor fortgesetzt. „Probably the most significant economic policy characteristic of the 1983-1987 period was the suppression of wage incomes“ (Boratav et al. 2000: 4). Weitere Elemente des Programms in dieser

Periode umfassten die Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuersätze, um die Spar- und Investitionsneigung der Bevölkerung zu erhöhen, und die Einführung der Mehrwertsteuer. Damit sollten die Budgetdefizite reduziert und die Inflation eingedämmt werden. Die Geldwertstabilität war für Özal die Bedingung für das Funktionieren des Preismechanismus. Nur dadurch würden sich genuin wirtschaftliche Aktivitäten für die Menschen lohnen und ein Wirtschaftswachstum stattfinden.

Drittens leitete Özal erste Privatisierungsmaßnahmen ein. In den Jahrzehnten davor hatten die staatlichen Unternehmen als Instrumente der Regierung im Rahmen der Strukturen der Staatsräson einerseits zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit den industriell verarbeiteten Produkten und damit zur Integration der Menschen in das homogenisierende Modernisierungsprojekt des Nationalstaates gedient. Andererseits waren sie ein Teil der klientelistischen Praktiken zur Generierung der Legitimität für den Staat durch die Verteilung von materiellen Begünstigungen. Darüber hinaus waren sie Mittel zur Subventionierung von „nationalen“ privatwirtschaftlichen Unternehmen durch günstige Vorprodukte und durch Nachfragegenerierung mittels begünstigter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor. 1984 ließ Özal einen Masterplan für die Privatisierung von staatlichen Unternehmen ausarbeiten und versuchte die rechtlich-institutionellen Grundlagen einer Privatisierungspolitik zu etablieren. Unter den ANAP-Regierungen bis 1991 erfolgte neben dem Verkauf von Gewinnbeteiligungszertifikaten an der Bosphorusbrücke und am Keban-Staudamm und mehreren kleineren Privatisierungsmaßnahmen die Veräußerung kleiner Aktienpakete (zwischen 2 und 8 Prozent) von staatlichen Großunternehmen über die Istanbuler Börse (vgl. Schuß 2008, Atiyas 2009).

Viertens betonte Özal mit Nachdruck, dass die Aufgabe des Staates mit Bezug auf den Wirtschaftsprozess darin liegt, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerbsmarkt herzustellen. Er hob dabei insbesondere die Verantwortung des Staates für die Entwicklung der Infrastruktur hervor, um eine rapide Industrialisierung des immer noch landwirtschaftlich geprägten Landes herbeizuführen. Durch staatliche Investitionen in die Infrastruktur versuchte Özal die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft zu stärken. Der massive Ausbau von Infrastruktur durch die Ausweitung des Stromnetzes, der Ausbau der asphaltierten Straßen und des gesamten Verkehrsnetzes, der Bau von Wasserkraftwerken und die Modernisierung des

Telekommunikationsnetzes, die in der Ära Özals erfolgten, zielten darauf ab, die ländlichen Gebiete in die Marktwirtschaft zu integrieren, die notwendige Basis für die Vernetzung und die Versorgung der Industrie sicherzustellen und damit das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Neben den wirtschaftspolitischen Interventionen des Staates, um eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsordnung zu etablieren, umfasste die Regierungspraxis von Özal eine gezielte Gesellschaftspolitik mit dem Ziel, die türkische Gesellschaft in eine Unternehmensgesellschaft umzuwandeln. Die Aktivierung der Bevölkerung als Unternehmer spielte entsprechend Özals Strategie eine wichtige Rolle. Özal suchte nach Wegen, die Gesellschaft und die Wirtschaft „von unten“ anzuregen, anzureizen, zu aktivieren, um das Wachstum zu beleben (vgl. Robins 1996). Durch Maßnahmen wie Eigentumswohnungsbauprojekte, Verkauf von Gewinnbeteiligungszertifikaten (Bosporus-Brücke, Keban-Staudamm) und hohe Realzinsen für die Ersparnisse der kleinen Anleger versuchte Özal die Vermögensbildung der einzelnen Individuen zu forcieren, um eine materielle Basis für die neue Subjektivität als Unternehmer zu schaffen und die Menschen in die neoliberale Regierung einzubinden. Diesen Prozess versuchte Özal auf der kulturellen Ebene mit modernster Technologie zu unterstützen. Jenseits des durch die Staatsbürokratie kontrollierten staatlichen Fernsehens und Rundfunks ermöglichte und förderte Özal die Gründung und Verbreitung des privaten Fernsehens und Rundfunks, um eine neue Öffentlichkeit mit einer marktwirtschaftlich orientierten Denk- und Handlungsweise aufzubauen, in der die Idee der kulturellen Vielfalt und das Unternehmertum im Gegensatz zur nationalstaatlichen Einheit einen zentralen Platz einnehmen sollte.

Özal plädierte darüber hinaus zur Stärkung von gemeinschaftlichen Strukturen durch die Anerkennung der kulturellen und ethischen Pluralismus der Gesellschaft und eine regionale Dezentralisierung. Özal betrachtete Familien und religiöse, kulturelle sowie ethnische Gemeinschaften als die Basiseinheiten der türkischen Gesellschaft. Er distanzierte sich damit vom offiziellen Diskurs der Republik entsprechend der Rationalität des Nationalstaates, die die Existenz von religiösen Gemeinschaften und ethnischen Minderheiten in der Türkei negierte und jeden als „Staatsbürger“ und als „Türke“ betrachtete. Özal akzeptierte die Existenz sowohl von muslimischen ethnischen Gruppen, wie z.B. den Kurden, und anderen nicht-muslimischen Minderheiten (vgl. Ataman 2002). Außerdem bot Özal den religiösen Gemeinschaften einen Freiraum zur Entfaltung ihrer

Aktivitäten. Özal betrachtete die Religion nicht als eine politische Ideologie, aus der eine Anleitung zur Führung des Staates als Ganzes abgeleitet werden konnte. Vielmehr war die Religion für ihn auf der individuellen Ebene als ein Werte- und Orientierungssystem von Bedeutung, das den Einzelnen zum unternehmerischem Handeln motiviert und einen sozialen Halt gegen die Risiken des Marktes anbietet.

Während der ANAP-Regierungszeit diente die Religion als die sozialen Spannungen durch die neoliberale Wirtschaftspolitik stark zunahmen insbesondere als Stifter von Harmonie. Özals Regierung räumte der TIS damit eine wesentliche Bedeutung in der Sozial- und Kulturpolitik ein. Durch die Einführung des Religionsunterrichts mit der neuen Verfassung von 1982 in den Grund- und Mittelschulen, durch den Aufbau religiöser Bildungseinrichtung (Imam-Hatip-Schulen, Korankurse) von staatlicher Seite und schließlich durch die Regelung, den Absolventen der religiösen Schulen, die bisher nur Theologie studieren konnten, auch den Zugang zu anderen Studienfächern zu öffnen, wurde die Rolle und das Ansehen der Religion und damit auch den religiösen Gemeinschaften auf der kulturellen und sozialen Ebene substansiv gestärkt. Mit den im Rahmen des TIS gemachten kulturellen Zugeständnisse wurde damit ein Ausgleich für die ökonomischen Verluste angeboten, die die Mehrheit der Bevölkerung während der ökonomischen Umstrukturierung der 1980er Jahre erlitt (vgl. Hoffmann 2003).

Die neuen Bildungsmöglichkeiten erhöhte die soziale Mobilität traditioneller, religiös geprägter (vor allem ländlicher) Bevölkerungsgruppen. Dieser neue religiös geprägte Personenkreis drang zunehmend auch in andere Berufsfelder ein. Er organisierte sich in religiösen Bruderschaften (*Tarikat*) und Gemeinschaften (*Cemaat*) und konnte in allen gesellschaftlichen Bereichen Einfluss nehmen. Die neuen sozialen Akteure beteiligten sich dabei intensiv und aktiv am politischen Leben und traten im Staatsapparat bzw. später in den Medien stärker in der Öffentlichkeit auf. Außerdem begannen sie, Zeitungen zu veröffentlichen, Schulen zu führen und Unternehmen zu betreiben (vgl. Steinbach 2007).

Neben der Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stellte die Neuorientierung der Außenpolitik ein weiteres Instrument der neoliberalen Form der Machtausübung. Für Özal war die Außenpolitik ein Mittel, um das Wirtschaftswachstum in der Türkei anzukurbeln. Aus Özals Sicht sollte der bisher vorherrschende Zugang der Staatseleiten zur Außenpolitik, die sich im Zeichen der Staatsräson auf zwischenstaatliche Probleme konzentrierte, durch eine Orientierung an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland überwunden werden. Özals Außenpolitik konzentrierte sich insbesondere

auf die regionale Umgebung der Türkei. Sein Ziel war es, durch die Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation Beziehungen zwischen den Bevölkerungen der benachbarten Länder um die Türkei herzustellen (vgl. Gürbey 2005). Mit Özal änderten sich auch die Akteure der Außenpolitik. So nahm er bei seinen Staatsbesuchen zahlreiche Unternehmer mit, um internationale Wirtschaftsbeziehungen zu etablieren und neue Märkte zu erschließen. Özal profitierte dabei auch von den transnationalen Verbindungen des *Nakşibendi*-Ordens im Nahen Osten, die im Rahmen der exportorientierten Wachstumsstrategie zur Erschließung neuer Absatzmärkte und Finanzquellen beitrugen (vgl. Ayata 1996). Den Westen betrachtete er sowohl als einen Konkurrenten als auch als einen potentiellen Partner. Özal suchte stets die enge Kooperation mit den USA und betrachtete die USA als ein Vorbild in jeder Hinsicht. So basierte sein Verständnis von Außenpolitik auf dem Primat der Wirtschaft und einer der Wirtschaft diktierten, aktiven Außenpolitik (vgl. Gürbey 2005).

Neben der konkreten Neuausrichtung wichtiger Politikbereiche war die Regierungsweise Özals außerdem durch einen ausgeprägten Technokratismus gekennzeichnet. Den Wettbewerbsmarkt sah Özal dabei durch zwei Faktoren bedroht. Erstens durch Eingriffe der Staatsebenen innerhalb des Militärs und der Bürokratie, die entsprechend der Staatsräson funktionierten und dadurch zur Überbürokratisierung und zur Beschränkung des privaten Unternehmertums führten. Die zweite Bedrohung bestand in den Eingriffen der politischen Eliten, die nach der Souveränitätslogik funktionierten. Sie setzten das Funktionieren des Wettbewerbsmechanismus durch die Verteilung von Privilegien außer Kraft mit dem Ziel ihre Herrschaft abzusichern.

So war Özal technokratische Regierungsweise erstens durch eine direkte Konfrontation mit der etablierten Bürokratie bestimmt war. Unter Özal wurden wichtige Entscheidungen und deren Umsetzung von einem kleinen Zirkel von Technokraten vorbereitet, der sowohl von den bürokratischen als auch den politischen Kanälen abgeschirmt und direkt mit den neuen Entscheidungsträgern in der Exekutive verbunden war (vgl. Heper 1991). So zentralisierte Özal die Entscheidungsbefugnisse bei allen wichtigen Fragen bei seinem Amt als Ministerpräsident.⁵⁶ Özals Team bestand aus Mitgliedern seiner Familie, seinen

⁵⁶ So sorgte eine umfassende Umstrukturierung der Regierungsbehörden im Dezember 1983 für eine Konzentration der wirtschaftspolitischen Entscheidungskompetenz beim Ministerpräsidenten. Diese Reorganisation war eine Auflage der Weltbank und „wurde ohne ausführliche konzeptionelle Vorarbeiten in einem kleinen Kreis von ca. 10 leitenden Beamten kurzfristig vorbereitet“ (Böhmer 1990: 49). Damit fand zusätzlich zur bereits genannten konstitutionellen Stärkung der Exekutive eine Konzentration wichtiger Macht- und Entscheidungsbefugnisse beim Ministerpräsidenten statt (vgl. ebd).

Schützlingen aus seiner Zeit beim staatlichen Planungsamt und schließlich aus Mitgliedern des *Nakşibendi*-Ordens (Acar 2002). Um die etablierte Bürokratie zu umgehen bzw. zu schwächen, forcierte Özal die Gründung von völlig neuen Behörden beim Amt des Ministerpräsidenten (wie z.B. die Privatisierungsbehörde beim Ministerpräsidenten (*T.C. Başbakanlık Özelleştirme İdaresi*), das Staatssekretariat für Schatzwesen und Außenhandel beim Ministerpräsidenten (*T.C. Başbakanlık Hazine ve Dış Ticaret Müsteşarlığı*)) und die Ernennung von in den USA ausgebildeten jungen begabten türkischen Fachkräften (sog. „Prinzen von Özal“) auf hohe Posten, die oft zu schweren Konflikten mit der etablierten der Bürokratie führten (vgl. Öniş 2004). Özal leitete darüber hinaus einen Dezentralisierungsprozess ein und übertrug kommunalen Verwaltungen weitgehende Kompetenzen. Er verstärkte die Befugnisse der Bürgermeister und der Lokalverwaltungen und weitete ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten aus (vgl. Heper 1989).

Zweitens zeigte sich Özal nach der Rückkehr zur zivilen Politik sehr reserviert gegenüber einer Redemokratisierung. Özal stellte sich gegen die Aufhebung des Politikverbots der politischen Eliten vor 1980, das durch das Militär verhängt worden war.⁵⁷ Sein Argument bestand darin, dass die Rückkehr der alten politischen Elite das fragile politische System destabilisieren und die Chance gefährden würde, die Demokratie in der Türkei zu festigen. Auch waren die Gewerkschaften während der ANAP-Regierungszeit immer noch sehr starken Beschränkungen unterworfen. „The Motherland Party governments (...) have not amended in any significant manner the restrictive legal measures brought against interest group activity during the 1980-1983 period of military rule.” (Heper 1991: 166). Damit versuchte die ANAP-Regierung das gesellschaftliche und politische Vakuum für die Ausbreitung des neoliberalen Projektes auszunutzen. Statt einer politischen Organisation der Gesellschaft wurden gemeinschaftliche Gruppenzugehörigkeiten nach kulturellen und religiösen Merkmalen forciert.

Insgesamt kann die gesamte Phase zwischen 1980 und 1987 als die „goldenen Jahre“ der neoliberalen Wende bezeichnet werden. Die großzügigen ausländischen Kapitalzuflüsse aus einer Vielzahl von offiziellen und multilateralen Quellen erlaubten es Özal bis Mitte der 1980er Jahre einen relativ schmerzlosen Rückgang der Inflation zu erreichen und gleichzeitig eine Umstrukturierung der türkischen Wirtschaft in Richtung eines exportorientierten Wachstums zu bewältigen (vgl. Rodrik 1990). Özal konnte insbesondere

⁵⁷ Die Verfassung von 1982 hatte im Übergangsartikel 4 ein zehnjähriges politisches Betätigungsverbot für die Führungsspitzen der Parteien der Periode vor 1980 verankert (vgl. Franz 2003).

in Hinblick auf die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft und ihrer Integration in die globalen Märkte Erfolge vorweisen. Özal gelang es die türkische Industrie von ihrer starken Orientierung auf den Binnenmarkt und auf die Produktion von Kapitalgütern abzubringen und durch die staatlichen Anreize eine Ausrichtung auf den Export und eine Orientierung auf die Konsumgüter durchzusetzen. So stiegen die Exporte in wenigen Jahren von 2,9 Milliarden (1980) auf 11,7 Milliarden US-Dollar (1988) (vgl. Celasun 1994). Dieser Erfolg wurde fast ausschließlich durch den Export von Industrieprodukten erzielt. Dem lag die Vertiefung des wirtschaftlichen Strukturwandels unter Özals-Regierung zugrunde. So ging zwischen 1980 und 1987 der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von 21,4 Prozent weiter auf 16,7 Prozent zurück und der Anteil der Industrie verdoppelte sich fast von 19,8 Prozent auf 36,2 Prozent. Mit einer realen Wachstumsrate von 5,4 Prozent wies die türkische Wirtschaft in dieser Periode die höchste Wachstumsrate der OECD-Staaten aus (vgl. Steinbach 2002).

Wie deutlich wurde, erfolgte die Einführung des Neoliberalismus als eine neue Regierungstechnologie in der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 im Wesentlichen durch diejenigen sozialen Akteure, die bis dahin nach der Staatsräson folgend den Staat repräsentiert hatten und im Krisenkontext ihn repräsentieren mussten, mit dem Ziel die Existenz des Staates und seiner internationalen Anerkennung zu erhalten. Er war gleichzeitig im Wesentlichen durch die Abwesenheit einer gesellschaftlichen und politischen Opposition gekennzeichnet. Das neoliberale Projekt konnte aufgrund dieser politischen Konstellation zumindest bis Ende der 1980er Jahre ohne größeren Widerstand durchgesetzt werden, auch wenn die neoliberale Regierung nicht die dominante Art und Weise des Denkens und Handelns der türkischen Gesellschaft darstellte und nicht von einem Konsens der sozialen Akteure getragen wurde. Der ANAP unter Özal gelang es nach 1983 nur aufgrund der autoritären Verfassung von 1982 und den großzügigen finanziellen Unterstützung der USA und der internationalen Finanzinstitutionen eine dominante Stellung im politischen Raum einzunehmen. Dieser Zeitraum war durch größere politische und wirtschaftliche Stabilität gekennzeichnet. Die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für Spitzenfunktionäre ehemaliger Parteien erfolgte 1987 durch ein Referendum (vgl. Franz 2003). Spätestens nach dem Übergang zum vollen Parteienwettbewerb im Jahre 1987 machten sich allerdings ernsthafte Krisentendenzen bemerkbar, die sich bei der Organisierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch die neue Regierungstechnologie ergaben. Auf sie soll im Folgenden eingegangen werden.

5.3 Die Krise des neoliberalen Projektes

Als Ursache der Krisentendenzen können die folgenden Gründe genannt werden. Erstens ging das Engagement der externen Akteure hinsichtlich der neoliberalen Transformation der Staatlichkeit in der Türkei drastisch zurück. So nahm die geo-politische Bedeutung für die Türkei ab 1985 mit der Entschärfung der sowjetischen Bedrohung beachtlich ab. 1985 leitete der neue Generalsekretär des Politbüros, Michail Gorbatschow, das Reformprogramm Perestroika (Wende in Wirtschaft und Verwaltung) und Glasnost (Offenheit und Transparenz nach innen und außen) ein. Wie Hobsbawm betont, endete der Kalte Krieg mit den Gipfel von Reykjavik (1986) und Washington (1987) (vgl. Hobsbawm 2009). Damit sank das Interesse der USA, die umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Türkei aufrechtzuerhalten. 1984 lief die Unterstützung seitens des IWF aus. Mit dem Ende der zins- und tilgungsfreien Periode der offiziellen Kredite setzte ab 1985 die Rückzahlung der Schulden ein (vgl. Rodrik 1990).⁵⁸ Das hatte einen sprunghaften Anstieg des Schuldendienstes zur Folge. Özals Versuch, die fehlenden finanziellen Ressourcen über eine Ausweitung der Exporte zu akquirieren, hatte jedoch keinen Erfolg. Mit dem Rückgang der Ölpreise ab 1985 und damit den sinkenden Einnahmen begann die Nachfrage aus den Ländern des Nahen Ostens nach türkischen Exporten zu stagnieren. In dieser Situation versuchte Özal, die USA als Haupthandelspartner für türkische Waren (vor allem Textilien) zu gewinnen. Allerdings scheiterte seine Initiative daran, dass die USA nicht bereit waren, die Einfuhrbeschränkungen gegenüber türkischen Exporten aufzuheben (vgl. Gürbey 2005). Damit zeigten sich die Grenzen der Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank, die sich zu stark auf die Liberalisierung der Märkte und die Freigabe der Preise konzentriert und nicht über eine Rahmenpolitik im neoliberalen Sinne verfügt hatten, um auf wettbewerbsverzerrende Faktoren, wie z.B. dem zunehmenden Protektionismus der Industrieländern, die Beschleunigung des technischen Fortschritts und die abnehmende Bedeutung von Lohnkostenvorteilen, zu reagieren (Böhmer 1990: 33).⁵⁹ Angesichts der Verknappung der externen Ressourcen, d.h. der finanziellen Beistandshilfen, wurden die Perspektiven des wirtschaftlichen Aufschwungs immer geringer.

⁵⁸ Zwischen 1984 und 1994 vereinbarte die Türkei kein Bestandsabkommen mit dem IWF.

⁵⁹ Die Özal-Regierung bekam zu spüren, dass das Projekt der neoliberalen Globalisierung auf der globalen Ebene nicht über eine aktive Rahmenpolitik verfügte, um die Integration einer peripheren Gesellschaft wie der türkischen in den globalen Wettbewerbsmarkt zu gewährleisten.

Zur Lösung seiner Probleme musste Özal intensiv nach neuen externen Finanzquellen und Märkten suchen, um das Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten und den Strukturwandel weiter vorantreiben zu können. In diesem Kontext stellte die Özal-Regierung 1987 einen Antrag auf eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft (EG). Özal versprach sich von der Integration der Türkei in die EG eine Zunahme von europäischen Investitionen in der Türkei und von türkischen Exporte in die EG. Seiner Meinung nach sollte der Beitrag der Türkei zur Verteidigung des westlichen Blocks im wirtschaftlichen Bereich belohnt werden (vgl. Gürbey 2005). Gegenüber der EG betonte er die geo-ökonomische Bedeutung der Türkei und bot eine Partnerschaft an, um gemeinsam die wirtschaftlichen Potentiale der Türkei und der Region zu erschließen.⁶⁰ Die EG-Staaten zeigten allerdings gegenüber den türkischen Ambitionen nur ein geringes Interesse, da sie mit der Wiederbelegung der Binnenmarktintegration voll beschäftigt waren. Außerdem fiel der Antrag der Özal-Regierung zeitlich mit dem beginnenden Umbruch in Osteuropa zusammen. 1989 äußerte sich schließlich die EG-Kommission negativ zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen (vgl. Axt 1991).⁶¹

Zweitens führte im Inneren die vorzeitige Aufhebung des Politikverbots für ehemalige Spitzenpolitiker 1987 aufgrund des gestiegenen gesellschaftlichen Drucks zu einer Zurückdrängung der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie.⁶² Die Rückkehr der alten politischen Elite der prominenten Parteiführer der 1970er Jahre, wie Demirel, Ecevit und Erbakan, die nun – befreit von der „ungerechten“ Unterdrückung des Militärs – für die Wiedererlangung ihrer Privilegien kämpften, brachte eine Wiederbelebung der traditionellen Art und Weise der Machtausübung mit sich. Nach 1987 hatten diese wieder begonnen, aktiv um die Kontrolle der Staatsressourcen miteinander zu konkurrieren.

Die klientelistische Art und Weise der Politik konnte nicht mehr durch eine politische Zurückdrängung der Opposition eingedämmt werden und fand im gesellschaftlichen Kontext der Ende 1980er Jahre durch die Zunahme des gesellschaftlichen Verteilungsdrucks günstige Entfaltungsmöglichkeiten. In Folge der neoliberalen

⁶⁰ Auch das Militär und die etablierten Wirtschaftseliten unterstützten angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation insbesondere ab 1987 die Initiative Özals. Um europäischer Kritik in Hinblick auf die Demokratisierung des politischen Systems entgegenzuwirken, leitete Özal gleichzeitig einen beschränkten politischen Liberalisierungsprozess ein, der insbesondere Verbesserungen der Menschenrechte umfasste.

⁶¹ Die EG-Kommission stellte die Eignung der Türkei für eine Mitgliedschaft prinzipiell nicht in Frage und schlug vor, anstelle der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die bestehende Assoziation zu reaktivieren und zu stärken (vgl. Axt 1991).

⁶² Die Verfassungsänderung, dieses Verbot aufzuheben, wurde 1987 per Referendum angenommen (vgl. Gürbey 2005).

Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses hatten sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung radikal verschlechtert. Während einerseits ein radikaler Abbau von öffentlichen Leistungen (Gesundheit, Altersversicherung, Bildung) stattfand, war andererseits mit den neoliberalen Reformen eine bis dahin nicht gekannte interne sozioökonomische Polarisierung verbunden. Das Ziel des exportorientierten Wachstums, für die die Binnennachfrage nicht in erster Linie relevant war, hatte die Bedeutung einer Umverteilung verringert. So lagen z.B. die Reallöhne 1988 unter dem Niveau von 1983 (vgl. Boratav 1997).

Diesem zunehmenden politischen Druck nach Umverteilung und der Stärkung von Patron-Klientel-Beziehungen zwischen den alten politischen Eliten und der ländlichen Bevölkerung bzw. den städtischen Unterschichten gab Özal nach, indem er die Praktiken der ANAP ab 1987 wieder stärker nach der Souveränitätslogik ausrichtete.⁶³ Um weitere materielle Begünstigungen für ihre Wählergruppen zu schaffen, trennte sich die ANAP-Regierung unter der Führung von Özal im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1987 von ihrem neoliberalen Programm und griff auf eine expansive Fiskalpolitik zurück, um eine breite Wählerbasis durch klientelistische Praktiken an sich zu binden. Die langfristige Folge war eine Verschlechterung der makroökonomischen Stabilität, die sich u.a. in einem starken Anstieg der Inflation niederschlug (vgl. Öniş 1991). Damit schränkte sich die Regierung zunehmend in ihrer Fähigkeit ein, den Leitlinien des Reformprojekts zu folgen.

The Özal government initially demonstrated a strong commitment to liberalization. (...) Yet, the reestablishment of multi-party democracy resulted in a significant shift of incentives for the political elites during the post-1983 period. (Öniş 1991: 34f.)

Drittens wurde Özals Projekt von einer neoliberalen Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses durch die Stärkung der bewaffneten, separatistischen kurdischen Bewegung blockiert, die zu einer Problematisierung der staatlichen Souveränität und damit einhergehend zur Stärkung der Staatsräson als der dominanten Art und Weise der politischen Machtausübung führte. Im Jahr 1984 eskalierte der Konflikt mit einem ersten Angriff der 1978 gegründeten separatistischen Arbeiterpartei Kurdistans (kurd.: *Partîya Karkerên Kurdistan*, PKK) auf Militäreinrichtungen im Südosten der Türkei (van

⁶³ Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1987 nahm Özal eine Veränderung des Wahlgesetzes vor, um seine ANAP zu begünstigen. Durch diese Veränderung bekam die ANAP mit nur 36 Prozent der Stimmen 65 Prozent der Parlamentsmandate.

Bruinessen 2000). 1987 wurde in den kurdisch besiedelten Gebieten im Südosten der Türkei das Ausnahmerecht ausgerufen (vgl. Barkey/Fuller 1998). Der bewaffnete Konflikt weitete sich Ende der 1980er Jahre aus und verschärfte sich nach dem Ende des Golfkriegs 1991. Özal versuchte zwar insbesondere in seiner Funktion als Präsident ab 1991 eine Problematisierung der „Kurdenfrage“ entsprechend der neoliberalen Regierungstechnologie zu praktizieren und das Problem als ein Problem der Freiheit der kulturellen Entfaltung zu definieren. In diesem Sinne ermutigte er eine offene Diskussion über die „Kurdenfrage“ in der Öffentlichkeit und erreichte mit einer entsprechenden Gesetzesänderung die Aufhebung des Verbots des öffentlichen Gebrauchs der kurdischen Sprache (vgl. Barlas 2000). Özals Initiative war aber nicht in der Lage eine Koalition von sozialen und politischen Akteuren einschließlich von Vertretern der nordirakischen Kurden, die auch von der EU extern unterstützt werden konnte, für ein neoliberales Projekt, das die gesamte Region einbezog, zu bilden. Sie scheiterte schließlich mit der massiven Zunahme von erzwungenen Umsiedlungsmaßnahmen durch das Militär ab 1991, mit der die Unterstützungsbasis der PKK in ländlichen Gebieten eliminiert werden sollte (vgl. van Bruinessen 2000, Kirişçi 1997, Kirişçi/Winrow 1997).

Viertens lagen weitere Gründe für die Krise in Özals Regierungsrationalität selbst begründet: Özal konzentrierte seine Regierungspraxis auf die Herstellung von wirtschaftlichen Freiheiten bei gleichzeitiger Schwächung der Institutionen der staatlichen Verwaltung, die gegen sein Projekt eingestellt waren. Das Ergebnis davon war, wie Öniş feststellt:

(T)he tendency to underestimate the importance of the rule of law and the need to develop a strong legal infrastructure for a well-functioning market economy. His preference was for ruling by decrees, hence bypassing normal parliamentary procedures and constraints. (Öniş 2004: 114)

Özal war nicht in der Lage die wirtschaftlichen Freiheiten, für die er durch die Begrenzung der Regierung nach der Staatsräson die Rahmenbedingungen geschaffen hatte, mit begleitenden Maßnahmen einzuschränken und zu kontrollieren, so dass die Freiheit in einen regulären Rahmen eingebettet war. Seine Regierungsrationalität verfügte außerdem über keine breite soziale Verankerung in der Gesellschaft, die für die Institutionalisierung dieser kontrollierenden und disziplinierenden Maßnahmen und damit für die dauerhafte Fixierung der Organisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Zeichen der neoliberalen Regierung notwendig gewesen wäre.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen lag Özals größtes Problem darin, dass sein neoliberales Projekt, die landwirtschaftlich geprägte türkische Gesellschaft „von oben“ in eine wettbewerbsorientierte Unternehmensgesellschaft zu verwandeln, langfristig angelegt war. Er brauchte aber kurzfristige Erfolge, um die Unterstützung der Wähler und die Akzeptanz des Militärs nicht zu verlieren. Die politischen Kämpfe zwischen den verschiedenen sozialen Akteuren, die unterschiedliche Machttechnologien verfolgten, nahm ab 1987 wegen der Aufhebung des Politikverbots der alten politischen Elite vor 1980 stetig zu. Damit war für die ANAP die Erhaltung einer dominanten Koalition von sozialen Akteuren immer schwieriger. Mit dem Scheitern seiner Initiative, die Unterstützung der EG für die neoliberale Transformation in der Türkei und damit neue Finanzierungsquellen zu gewinnen, begann Özal zunehmend seine Fähigkeit zu verlieren, das neoliberale Projekt fortzusetzen. Dieser Prozess beschleunigte sich nach der Wahl von Özal zum Präsidenten im Jahre 1989. Im Amt des Präsidenten reduzierten sich die Möglichkeiten Özals, auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Dies stürzte die ANAP in eine Führungskrise und führte schließlich zur Abwahl der ANAP im Jahre 1991. Mit dem Tod von Turgut Özal im Jahr 1993 verlor das neoliberale Projekt seinen stärksten Verfechter und wichtigsten Motor.

Die Phase nach dem Scheitern von Özals Projekt spätestens nach Anfang der 1990er Jahre war durch drei aufeinander folgende Prozesse charakterisiert: Erstens ein Wiedererstarken der politischen Machtausübung nach der Staatsräson begleitet durch die Praktiken des Klientelismus, zweitens die Ausbreitung des politischen Projektes des Islamismus, der ebenfalls einer Staatsräson folgte, allerdings die Position der etablierten Staatseliten und politischen Eliten als Vertreter des Staates in Frage stellte, und schließlich eine Gegenreaktion der etablierten Staatseliten und politischen Eliten mit der Folge einer tiefen Krise und eines Zusammenbruchs der Strukturen der Staatsräson Ende der 1990er Jahre.

Der erste Prozess lässt sich anhand der Regierungspraxis der Koalition aus der Sozialdemokratischen Volkspartei (*Sosyal Demokrat Halkçı Parti*, SHP) und der Partei des Rechten Weges (*Doğru Yol Partisi*, DYP), die nach der Wahlniederlage von ANAP 1991 geformt wurde, verdeutlichen. Die Regierungsform der Koalitionsparteien, die im Zeichen der Staatsräson stand, wurde durch das Ziel der Souveränität des Staates und der nationalen Entwicklung legitimiert. Ihr starkes Interesse war es, über die Kapazitäten des Staates zu verfügen. Um die sozialen Probleme zu lösen, reagierten sie auf den gesellschaftlichen Druck nach Umverteilung mit einer massiven Ausbreitung von klientelistischen Praktiken.

Dabei zielten sie praktisch darauf ab, ihre eigenen unter der Regierungszeit der ANAP geschwächten Netzwerke zu stärken und ihr Chancen für eine politische Mehrheit bei den nächsten Wahlen zu steigern, um mehr Kontrolle über den Staatsapparat zu erringen. Gleichzeitig optierten sie für eine Problematisierung des Kurden-Konflikts im Zeichen der Staatsräson und akzeptierten das eigenständige Vorgehen des Militärs gegen die PKK.

Um das in Folge der expansiven Ausgabenpolitik der Koalitionsregierung schnell wachsende Staatsdefizit finanzieren zu können, fand eine zunehmende Verschuldung auf den internationalen Finanzmärkten statt, die durch hohe Realzinsen ermöglicht wurde. Diese neue Quelle externer Finanzierung, die im Rahmen der nun dominanten Denk- und Handlungsweisen kurzfristig im Namen des Schutzes des Staates für die Aufrechterhaltung von klientelistischen Beziehungen abgeschöpft wurde, ersetzte in den 1990er Jahren die politischen Renten, die bis dahin in der Form von bi- bzw. multilateralen ausländischen Finanzhilfen an den türkischen Staat geflossen waren. Dies war mit der Liberalisierung der Finanzmärkte im Jahre 1989 durch Özal möglich geworden. Die Koalitionsregierung und das Militär verfügten dadurch über Finanzmittel, um die Wähler durch klientelistische Praktiken an sich zu binden und das militärische Vorgehen gegen die PKK zu finanzieren. Der weiterhin bestehende Druck, die strukturellen Probleme des sozialen Wandels zu lösen, wurde dabei vernachlässigt.

Das unter der SHP-DYP Koalition nach 1991 erfolgte Wiedererstarken der politischen Machtausübung nach der Staatsräson wurde dabei von den etablierten Staatseliten und politischen Eliten und den etablierten Wirtschaftseliten getragen. Diese Gruppen profitierten davon, dass eine Abkehr von der neoliberalen Regierungsrationalität und -praktiken erfolgte, weil diese es ihnen ermöglichte, ihre bestehenden Privilegien entsprechend der Staatsräson zu verteidigen. So garantierte die Verzögerung der Privatisierung der staatlichen Betriebe und Banken den bürokratischen Eliten die Aufrechterhaltung ihrer bevorzugten Stellung im öffentlichen Sektor. Das Militär wiederum konnte seine Machtstellung erheblich ausweiten, nachdem ihm 1993 von der Koalitionsregierung die „Lösung“ des „PKK-Problems“ übertragen wurde. Statt einer politischen Lösung wurde der Kurdenkonflikt in einem teuren und aufwendigen Kampf militärisch angegangen, was in den Folgejahren zur Stärkung der politischen Rolle des Militärs beitrug. Die etablierten Wirtschaftseliten spielten durch ihre Privatbanken die Rolle des „Finanzdienstleisters“, indem sie sich im Ausland verschuldete, um anschließend dem türkischen Staat Kredite bereitzustellen für die Finanzierung der wachsenden

Staatsverschuldung. Damit dienten letztendlich die Maßnahmen zur Liberalisierung der Märkte anstatt zur Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses zur Bewahrung der bestehenden Strukturen. Der Grund und das Ergebnis davon war, dass sich die ökonomischen Aktivitäten weiterhin auf politische Beziehungen bezogen.

Ein Ergebnis dieser Entwicklungen war die abnehmende fiskalische Disziplin der Regierung und die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, die zu einer erheblichen Belastung des öffentlichen Haushalts führten. Dessen Folge war der Anstieg der wirtschaftlichen Instabilität mit steigenden Budgetdefiziten und Inflationsraten, die sich nur dadurch einigermaßen unter Kontrolle halten ließen, dass durch höhere Renditen kurzfristiges ausländisches Kapital angezogen wurde. Damit stieg allerdings auch die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom Zufluss spekulativen ausländischen Kapitals kontinuierlich an. Die makroökonomischen Ungleichgewichte machten die türkische Außenbilanz stark verletzlich für eine Kapitalflucht und damit extrem anfällig für die Möglichkeit einer Finanzkrise. Die Ausweitung der Macht nach der Staatsräson mit starker Zunahme von klientelistischen Praktiken ging darüber mit einer Verstärkung von Korruptionsvorfällen einher. Eine Zäsur erlebte dieser extern mit spekulativem Kapital finanzierte Kampf um die Kontrolle des Staates 1994, als ein Vertrauensverlust gegenüber der türkischen Regierung eine Kapitalflucht auslöste. Dies führte zu einer starken Abwertung der türkischen Währung und zu einem drastischen Anstieg der Inflation. Damit war eine weitere massive Verschlechterung der Realeinkommen und der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten verbunden (vgl. Altunışık/Tür 2005). Schließlich verstärkte sich die soziale Krise im Zusammenhang mit der Strategie der Zwangsräumung und Umsiedlung kurdischer Dörfer und der damit verbundenen massiven Landflucht (vgl. Kirişçi 1997, Kirişçi/Winrow 1997). Die Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Krise zusammen mit den Korruptionsskandalen, die von den klientelistischen Praktiken der SHP-DYP Koalition ausgelöst wurden, führte ab Mitte der 1990er Jahren zu einer Krise der etablierten politischen Parteien und zum Hervortreten eines alternativen politischen Projektes, dem politischen Islam.

Den zweiten Prozess mit Bezug auf die Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses, der die 1990er Jahre prägte, stellte in diesem Kontext die Ausbreitung des politischen Projektes des Islamismus dar, der untrennbar mit dem Aufstieg der Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) unter der Führung von Necmettin Erbakan verbunden war.

Die politische Rationalität der religiös-konservativen Akteure, die sich in religiösen Orden organisierten, hatte sich seit den 1980er Jahren zwar radikal verändert. Mit dem Programm *Yeni Görüş* von Turgut Özal hatte sich die Mehrheit der religiös-konservativen Akteure unter dem Dach der ANAP der neoliberalen Regierungstechnologie verschrieben. Parallel zur Liberalisierung der Wirtschaft erlebten auch diese gesellschaftliche Gruppen selbst einen tiefgreifenden Wandel, der sich in der Herausbildung einer Vielzahl von neuen Akteuren innerhalb des religiös-konservativen Spektrums demonstrierte, die von neuen islamistischen Intellektuellen und von einer islamistischen Frauenbewegung über aufstrebende Export-Unternehmer anatolischer Provinzstädte bis zu religiösen Gemeinschaften hinreichten, die einen erheblichen Einfluss im Medien- und Bildungssektor gewonnen hatten.

Allerdings führte das Scheitern des politischen Projektes von Özal Anfang der 1990er Jahre, den wachsenden sozialen Problemen der Gesellschaft die Stirn zu bieten und die wirtschaftliche Krise zu lösen, zu einer allgemeinen Enttäuschung bei diesen Segmenten der Gesellschaft. In diesem Kontext wandten sie sich zunehmend der RP unter der Führung Necmettin Erbakan, der vor dem Militärputsch 1980 der religiös-konservativen MSP vorstand, zu. Erbakans RP lehnte als einzige Partei in der politischen Landschaft die von Özal eingeleitete Integration in den globalen Markt grundsätzlich ab, während die übrigen Parteien lediglich Kritik an deren negativen Auswirkungen ausübten. Erbakan konnte somit nach seiner Rückkehr zur aktiven Politik und an die Spitze der RP im Jahre 1987 die soziale und wirtschaftliche Krise für sich nutzen. Mit seinem in den 1970er Jahren entwickelten politischen Projekt der „Nationalen Vision“ (*Milli Görüş*), das der Staatsräson folgend gegen die vorherrschende westliche Orientierung des Staates dessen „Islamisierung“ forderte, gelang es ihm, erfolgreich einen politischen Führungsanspruch für die religiös-konservativen Akteure zu erheben.⁶⁴ Der steigende Erfolg der RP basierte vor allem auf ihrer Programmatik und ihrer Organisationsstrategie, die auf die Bedürfnisse

⁶⁴ Der zunehmende Erfolg des politischen Islam spiegelt sich an den Wahlergebnissen zwischen 1989 und 1995 deutlich wider. So betrug bei den Kommunalwahlen von 1989 der Anteil der RP 9,8 Prozent. Bei den Parlamentswahlen von 1991 ging die RP ein Wahlbündnis mit der nationalistischen MHP von Türkeş und der Partei der Reformistischen Demokratie (*Islahatçı Demokrasi Partisi*, IDP) ein, um die 10 Prozent-Hürde zu umgehen. Dieses Bündnis gewann 16,9 Prozent der Stimmen und erhielt 76 Parlamentsmandate. Diese Allianz der nationalistisch-islamistischen Kräfte stellte lediglich eine Taktik dar und basierte nicht auf einer gemeinsamen Strategie mit beiden Parteien. Nach dem Sprung ins Parlament konnte die RP erfolgreich ihre Wählerbasis erweitern und sich als eine Volkspartei etablieren. Bei den Parlamentswahlen von 1995 stieg der Anteil der RP auf 21,4 Prozent an. Die RP etablierte sich aufgrund des Wahlgesetzes von 1995 mit 28,7 Prozent der Sitze als die stärkste Partei im Parlament (vgl. Hoffmann 2003).

der „Verlierer“ der neoliberalen Umstrukturierung ausgerichtet und nun von der *Milli Görüş* in „Gerechte Ordnung“ (*Adil Düzen*) umgetauft wurde (vgl. Hoffmann 2003).

Mit ihrem Programm der *Adil Düzen* gelang es ihr den Nerv der Zeit zu treffen und das etablierte politische System der Türkei und die politischen Parteien insgesamt als Ursache der sozialen Probleme zu definieren und sich erfolgreich als die „einzige“ Alternative zu inszenieren (vgl. ebd.). Das politische Projekt der *Adil Düzen*, wie Erbakans Programm nun hieß, basierte immer noch, wie in den 1970er Jahren, im Wesentlichen auf eine Rationalisierung der politischen Machtausübung nach dem Prinzip des Entwicklungsstaates, das mit anti-westlichen, „islamischen“ Elementen, wie dem Zinsverbot und dem Prinzip der Gewinnbeteiligung, angereichert wurde. In diesem durch seine Rolle im Entwicklungs- und Industrialisierungsprozess legitimierten Staat des politischen Islam sollte die politische Machtausübung auf die Stärkung des Staates durch den Aufbau einer nationalen Schwerindustrie abzielen. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse sollten nicht durch den Wettbewerbsmarkt, sondern durch einen staatlich organisierten und mit Hinweis auf die Religion begründeten solidarischen Umgang der verschiedenen Interessensgruppen miteinander strukturiert werden. Während dabei die Industrie und das Finanzwesen zentrale Aufgaben für den Entwicklungsstaat zu erfüllen hatten, existierte eine unternehmerische Freiheit im Rahmen von traditionellen Rechten und Privilegien in den Bereichen Handel und Gewerbe. Die Märkte und die Preise sollten sich allerdings Erbakans Programm zufolge unter staatlicher Kontrolle befinden und eine protektionistische Wirtschaftspolitik nach außen die nationale Entwicklung schützen. Im Unterschied zu Özal betrachtete Erbakan damit die Schaffung eines Wettbewerbsmarktes, der seiner Meinung nach nicht den Bedürfnissen der türkischen Bevölkerung angemessen war, nicht als die Legitimationsgrundlage des Staates, sondern vielmehr als ein imperialistisches Herrschaftsinstrument des „Westens“. Der politische Islam stellte damit eine politische Ideologie dar, die nach einem binären Bewertungsschema des Wahren und Falschen funktionierte. Damit funktionierte er in der politischen Rationalität der Staatsräson mit dem bevorzugten Mittel der Disziplin, wie es in ihrer inneren Organisationsweise zum Ausdruck kam.

Neben ihrer Programmatik der *Adil Düzen*, die die Bevölkerung symbolisch innerhalb ihrer intersubjektiven Deutungsmuster einordnen konnte und die RP zu einem Anziehungspunkt für die Reaktion der Gesellschaft gegen die zunehmenden sozialen Probleme machte, bildete die spezifische Organisationsweise der Partei einen wesentlichen Faktor der

Erweiterung ihrer Wählerbasis. Im Gegensatz zu den losen Patron-Klientel-Netzwerken der Parteien der Mitte, wie die ANAP, die DYP und die SHP, war die RP entlang einer reglementierenden Verwaltungsrationalität nach dem sog. „Rosenkranz-Modell“ (*Tesbih Modeli*) von der nationalen Ebene über die Provinzebene bis zu den „Nachbarschaften“ (einzelne Stadtteile, *mahalle*) strikt hierarchisch aufgebaut (vgl. Yavuz 2003). Während die Strategie der anderen Parteien im Wesentlichen in der „Mobilisierung von Wählern“ durch Wahlversprechen bestand, zielte die RP durch den Einsatz modernster Technik, wie Computern, auf die „Organisierung von Mitgliedern“ ab, um ihre Kräfte in einer disziplinierten Art und Weise für die Parteiarbeit zu kanalisieren. Neben dem hierarchischen Aufbau war die Organisationsstrategie der RP durch eine relative Autonomie der Provinz- bzw. Bezirksebene gekennzeichnet. So konnte die Parteibasis relativ selbständig Themen und Strategien wählen, um die jeweiligen lokalen Bedürfnisse der Wähler anzusprechen. Diese effiziente Art der Organisation, der eine Disziplinartechnologie unterlag, ermöglichte es schließlich der RP ihre Wählerschaft über die traditionellen Hochburgen des politischen Islams in den konservativen Provinzen von Zentral- und Ostanatolien hinaus landesweit auszubreiten und sich als eine erfolgreiche Volkspartei zu etablieren. Die RP konnte insbesondere die marginalisierten *Gecekondu*-Bewohner und Migranten in den Großstädten erreichen und an sich binden, deren Stimmen in den 1990er Jahren zunehmend entscheidend für den Ausgang der Wahlen wurde.⁶⁵

Obwohl es der RP schließlich gelang aus den Parlamentswahlen von 1995 mit knapp über 20 Prozent der Stimmen als die stärkste Partei hervorzugehen und – gemeinsam mit der DYP unter Tansu Çiller – 1996 eine Koalitionsregierung zu bilden, zeigte sich bald, dass die Regierungstechnologie, die dem politischen Projekt der RP zugrunde lag, keineswegs in der Lage war, auf nationalstaatlicher Ebene gesellschaftlich vorherrschend zu werden und die politische und wirtschaftliche Krise innerhalb des Kontextes der neoliberalen Globalisierung zu beenden. Dies hatte die folgenden Gründe: Erstens wurde Erbakans gegen die neoliberale Globalisierung ausgerichtete politische Agenda international mit Skepsis betrachtet und konnte auf keine externe politische und finanzielle Unterstützung

⁶⁵ Hierbei war der Erfolg der RP-Kommunalregierungen von großer Bedeutung. Die RP-Bürgermeister verbesserten durch eine disziplinierte Organisation der Gemeinden die städtischen Dienstleistungen, unterbanden die weitverbreitete Praxis der persönlichen Bereicherung in den Kommunalverwaltungen und traten durch symbolische Handlungen auf der kulturpolitischen Ebene, wie z.B. der Beschränkung des Verkaufs und Konsums von Alkohol, der Bekämpfung von Prostitution, für konservative Moralvorstellungen ein. Die Vergabe der kommunalen Aufträge erfolgte zwar weiterhin auf der Basis von Parteiverbindungen, allerdings konnte die individuelle Bereicherung durch pflichtmäßige Spenden an parteinahe soziale Einrichtungen in Grenzen gehalten werden.

hoffen. Zweitens rief Erbakan, der mit seiner anti-westlichen Haltung den wichtigsten Bestandteil der internationalen Anerkennung des türkischen Staates in Frage stellte, bei den bürokratischen und militärischen Staatseliten und bei der transnational vernetzten Istanbuler Bourgeoisie einen großen Widerstand hervor. Damit war Erbakan auch im Inneren nicht in der Lage größere Allianzen für sein politisches Projekt aufzubauen. Angesichts seines drohenden Scheiterns versuchte Erbakan, durch die Vergabe von Posten innerhalb der Bürokratie, durch eine Radikalisierung des islamistischen Diskurses und durch außenpolitische Akzente, wie eine stärkere Kooperation mit den islamischen Ländern, seinen Anspruch mit Bezug auf eine Neugestaltung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei nach einer islamistischen Version der Staatsräson aufrechtzuerhalten. Damit stärkte er zusätzlich die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Zur Vertiefung der politischen Krise trug wesentlich auch bei, dass die Korruption und die organisierte Kriminalität in Folge der ausufernden klientelistischen Praktiken nach der Souveränitätslogik begann, massiv die öffentliche Ordnung zu gefährden. Schließlich löste ein Autounfall, bei dem der volle Umfang des Amtsmissbrauchs, der Korruption und der Verflechtung der Politik und der rechtsextremen Unterwelt zu Tage kam, eine Bürgerrechtsbewegung aus, welche die damalige Regierung von der islamistischen Wohlfahrtspartei erfolglos aufforderte, gegen die kriminellen Netzwerke in Politik-Wirtschaft-Militär-Unterwelt und gegen die gravierende Korruption vorzugehen (vgl. Alpay 2009). Die RP-DYP Koalition war dieser Entwicklung gegenüber zurückhaltend, weil die DYP ein striktes Vorgehen aufgrund der Nähe ihres eigenen Patron-Klientel-Netzwerkes zu diesen Kreisen blockierte, und die RP dies akzeptierte, um die Koalition nicht zu gefährden. Von dem Fortbestand der Regierungsbeteiligung erwartete die RP einen Schutz gegen die Staatseliten und gegen das drohende Parteiverbot.

In diesem Kontext setzte ab Mitte der 1990er der dritte Prozess ein, der die Form einer breiten Gegenbewegung gegen die RP annahm. Sie wurde angeführt von der Militärführung und der Staatsbürokratie, die sich als Repräsentanten und Beschützer des Staates verstanden und ab 1996 begannen, großen Druck auf die Erbakan-Regierung auszuüben, um die Suspendierung der anti-westlichen Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Wie Hoffmann betont, sah „(d)as Militär (...) in den Aktionen der RP-Regierung einen Angriff auf den Säkularismus und die westliche Orientierung der Türkei und eine Gefährdung des Friedens und der Sicherheit des türkischen Volkes“ (Hoffmann 2003: 77). Die Gegnerschaft gegenüber der RP vereinigte unterschiedliche soziale Akteure, die von

säkularen Frauen der Mittelschicht und nicht-sunnitischen Minderheiten, wie den Aleviten, über Gewerkschaften und Unternehmerverbände des Mittelstandes bis zu den transnational vernetzten Segmenten der Wirtschaft (TÜSIAD) und den wichtigsten Medienkonzernen reichte. Das bei einer Krisensitzung des MGK am 28. Februar 1997 unter der Federführung des Militärs entwickelte Memorandum zur Einleitung zügiger „anti-reaktionärer“ Maßnahmen zwang schließlich im Juni 1997 die Erbakan-Regierung zum Rücktritt. Anfang 1998 wurde die RP durch das türkische Verfassungsgericht aufgrund von anti-laizistischer Aktivitäten verboten und die Spitzenpolitiker der RP mit Politikverboten belegt.

Die Gegenbewegung gegen die RP zwischen 1997 und 2001 stand eng mit intensiven Anstrengungen zur Beschleunigung der Integration der Türkei in die neoliberale Globalisierung und die Stärkung des westlich orientierten Staates zusammen. In diesem Kontext wurde an die Bemühungen angeknüpft, die sich im Abkommen mit dem IWF von 1994 und in der Vereinbarung über eine Zollunion mit der EU 1995 niedergeschlagen hatten, und denen einige innenpolitische Reformen vorangegangen waren, u.a. eine Verfassungsreform zur Demokratisierung des politischen Systems 1995, durch die das politische System teilweise den EU-Standards angenähert wurde. 1998 formulierte die Minderheitsregierung unter der Führung von Yılmaz (ANAP), die nach dem Rücktritt von Erbakan unter der Beteiligung der drei Parteien ANAP, demokratischer Linkspartei (*Demokratik Sol Parti*, DSP) und Partei der demokratischen Türkei (*Demokratik Türkiye Partisi*, DTP) gegründet worden war, ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm ein, das beratend durch das IWF begleitet wurde. Das Ziel des Programms lag in der Reduzierung der Inflation, um die Zahlungsfähigkeit des Staates aufrechtzuerhalten. Bereits ein Jahr später unterzeichnete 1999 die nachfolgende Koalitionsregierung (ANAP, DSP und MHP) unter der Führung von Ecevit (DSP) ein dreijähriges Beistandsabkommen mit dem IWF für die Stabilisierung und Strukturanpassung der türkischen Wirtschaft. Diese Initiativen mit dem Ziel einer Anpassung an die Bedingungen der neoliberalen Globalisierung wurden extern von den USA und den internationalen Finanzinstitutionen unterstützt. Die externe Unterstützung wurde 1999 schließlich mit der Entscheidung der EU, der Türkei eine konkrete Beitrittsperspektive zu öffnen, erheblich gestärkt. Allerdings stellten diese Initiativen der etablierten sozialen Akteure, die in sich sehr fragmentiert waren, eher eine Stabilisierungspolitik im Zeichen der Staatsräson als eine langfristige Strategie zur

Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Zeichen einer neoliberalen Regierung dar.

So wurden die tiefgreifenden politischen, rechtlich-institutionellen und wirtschaftlichen Reformen, die durch die externen Akteure, vor allem den IWF und die EU, vorgeschrieben und beaufsichtigt wurden, durch die etablierten Patron-Klientel-Netzwerke zwischen den politischen Eliten, privilegierten Unternehmer und Staatseliten *de facto* unterminiert. Die klientelistischen Praktiken, die statt der Aktivierung der Kapazitäten des Staates bzw. der Etablierung des Wettbewerbsmarktes zur persönlichen Machterhaltung dienten, waren zwar durch die disziplinierende Kontrolle der budgetären Ausgaben durch den IWF seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bereits stark eingeschränkt worden. Allerdings wurde die klientelistische Ausgabenpolitik trotzdem verstärkt indirekt – bei der Kontrolle des IWF vorbei – über öffentliche Banken aufrechterhalten (vgl. Emil et al. 2005). Die Koalition von sozialen Akteuren mit einem starken Halt in den bestehenden Institutionen, die die politische Machtausübung im Zeichen der Staatsräson dachte und in einer klientelistischen Art und Weise praktizierte, versuchte mit formalen Anpassungen an externe Anforderungen die internationale Anerkennung des Staates abzusichern, ohne die Implementierung der Reformbeschlüsse voranzutreiben, die tief greifende Veränderungen im Staats-Gesellschaftsverhältnis zur Folge haben würden. Die fehlende Implementierung des mit dem IWF vereinbarten wirtschaftlichen Reformprogramms einerseits und der Verzögerung der notwendigen Reformen in Richtung der EU-Integration andererseits führte allerdings schließlich zu einer Verschlechterung der Risikoeinschätzung der globalen Finanzkreise und in deren Folge zu einer massiven Kapitalflucht aus der Türkei, die 2001 zum Zusammenbruch des Bankensystems führte. Die Rettung der Banken durch den Staat hatte einen sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung zur Folge, die durch eine starke Steigung der Zinsen und der Inflation sowie durch eine kräftige Abwertung begleitet wurde. Damit stürzte die Türkei 2001 in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise ihrer jüngsten Geschichte mit einer Schrumpfung der BIP um 9,4 Prozent (vgl. Öniş 2003).

Drei Faktoren machten die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 zu einer Zäsur, bei der es sich um eine tiefgreifende Krise der vorherrschenden Strukturen der Staatsräson handelte. Der erste Faktor betrifft die klientelistische Regierungspraxis im Zeichen der Staatsräson, die seit der Gründung der Türkischen Republik die dominante Art und Weise der Einbindung der Bevölkerung in den Staat parallel zur beschränkten Ausbildung des

Verwaltungsstaates darstellte. Die klientelistische Regierungsform, die so lange funktionierte, wie der Staat, insbesondere durch seine abhängige Einbindung in den transatlantischen Block, Einnahmen in Form von politischen Renten generieren bzw. über die Staatsverschuldung ausländisches Kapital auf den internationalen Finanzmärkten anzapfen konnte, war mit der Schuldenkrise des Staates im Kontext einer liberalisierten Wirtschaft an ihre Grenze gestoßen.

Zweitens traf die Krise die türkische Wirtschaft besonders hart, weil sie durch unproduktive Staatskonzerne und nicht wettbewerbsfähige, rentenabhängige private Holdingsgesellschaften geprägt war. „Ende der neunziger Jahre stammte ein Großteil der Gewinne der 500 größten Unternehmen in der Türkei aus Geschäften mit hochverzinslichen Staatspapieren“ (Seibert 2001: 2). Diese Möglichkeit der unproduktiven Gewinnabschöpfung wurde mit der Krise von 2001 vernichtet.

Schließlich betrifft der dritte Faktor die gesellschaftliche Entwicklung. So wurden insbesondere in den 1990er Jahren in Folge der Urbanisierung und der Vermarktung die bis dahin weitgehend intakten traditionellen Strukturen, d.h. das System aus informellen, staatlichen wie familiären Unterstützungsstrukturen, in einem starken Maße geschwächt. Die Auflösung der ländlichen Subsistenzwirtschaft im Zuge der Modernisierung der türkischen Gesellschaft seit den 1950er Jahren und als Folge der Binnenmigration hatte Ende der 1990er Jahren einen Grad erreicht, bei dem wesentliche Strukturprobleme nicht mehr durch die vorherrschende Staatsräson begrenzt durch die klientelistischen Regierungspraktiken, die die bestehenden Strukturen zementierten, angegangen werden konnten.

5.4 Zwischenfazit

Wie deutlich wurde, stellte das Jahr 1980 eine Zäsur in der Transformation der Staatlichkeit in der Türkei dar. So erfolgte im Krisenkontext Ende der 1970er Jahre die Formulierung eines neoliberalen politischen Projektes durch die Person von Turgut Özal, das die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei in den kommenden Dekaden wesentlich beeinflusste.

Özals technokratische Persönlichkeit bildete eine Art von Scharnier zwischen den etablierten Staats- und Wirtschaftseliten in der Türkei und dem Projekt der neoliberalen Globalisierung, wie sie in den 1970er Jahren als eine neue Art und Weise der Organisation der internationalen Beziehungen entwickelt worden und durch die internationalen

Finanzinstitutionen an die Länder der Peripherie herangetragen worden ist. Als Mitglied der in religiösen Orden organisierten konservativen Eliten, die durch das politische Projekt des Nationalstaates weitgehend aus dem Regierungsmilieu marginalisiert worden waren, war Özal besonders motiviert, ein neues politisches Projekt zu formulieren, um diesen Gruppen eine Vorrangstellung zu verschaffen.

Özals politischem Projekt der „Neuen Vision“ (*Yeni Görüş*) lag eine Ablehnung der vorherrschenden Regierungstechnologie der Staatsräson zugrunde, die den Staat als eine autonome Machtquelle betrachtete und den Erhalt und die Stärkung des Staates durch die bürokratische Verwaltung der Gesellschaft als Ziel der politischen Machtausübung definierte. Özal verneinte auch die bei den konservativen Teilen der Gesellschaft weit verbreitete Betrachtung des Staates als einen Souverän bzw. als ein heiliges Wesen, das zwischen sich und der Gesellschaft eine symbiotische Beziehung aufbaut. Für Özal waren beide Rationalitäten mit ihren konkreten Praktiken, nämlich der Expansion der staatlichen Verwaltung einerseits und der Klientelismus andererseits, für die wiederkehrenden wirtschaftlichen und politischen Krisen in den 1970er Jahren verantwortlich.

Özals Projekt zielte auf eine Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei ab. Für Özal leitete sich die politische Souveränität des Staates aus seiner expliziten und ausschließlichen Funktion für die Herstellung der Freiheit des Marktes ab. So nahm der Staat im politischen Denken von Özal gegenüber der Nation, die er als eine Unternehmensgesellschaft verstand, nicht einen gleichberechtigten Platz ein. Der Staat stellte demnach vielmehr ein Produkt der Nation dar, der seine Legitimität ausgehend von der Institution des Marktes erhält. Damit lag im Zentrum des neoliberalen Projektes von Özal die Neudefinition des Ziels der politischen Machtausübung als Herstellung der Marktwirtschaft in der Türkei und dessen Integration in den globalen Markt. Damit sollte der Wettbewerbsmarkt zum vorherrschenden Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gemacht werden.

Özal definierte mit seinem Projekt gleichzeitig auch die muslimische Identität neu als ein unternehmerisches Subjekt, das aufgrund seines Glaubens, das von jedem Gläubigen die höchste Anstrengung für die Gnade Gottes erfordert, eifrig nach wirtschaftlichem Erfolg strebt. Die Gewährleistung des Marktzugangs und die Schaffung des Zugangs zu Finanzierungsquellen für unternehmerische Tätigkeiten bildeten Özal zufolge die wichtigsten Probleme der politischen Machtausübung. Die Schaffung von wirtschaftlichen und kulturellen bzw. religiösen Freiheiten, der Rückzug des Staates aus dem

wirtschaftlichen Prozess, die Liberalisierung der Märkte, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Bekämpfung der Stärke der Gewerkschaften und die Privatisierung der staatlichen Betriebe sowie die Neuausrichtung der Außenpolitik waren nach Özal die wichtigsten Instrumente der neoliberalen Regierung.

Der Durchbruch für die neue Regierungstechnologie, deren Ausbreitung an der Opposition der sozialen Akteure und der fehlenden Implementierung durch die schwache Demirel-Regierung Ende der 1970er Jahre zu scheitern drohte, erfolgte erst mit dem Putsch der Militärführung 1980.

Unter der Herrschaft des Militärs, die von 1980 bis 1983 andauerte, fand „ungestört“ von sozialen Kämpfen und gesellschaftlichem Druck ein Strukturwandel mit gezielten Interventionen des Staates in die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Sphäre statt, um die türkische Wirtschaft zu liberalisieren und in die globalen Märkte zu integrieren. Das Militär verfolgte dabei hauptsächlich das Ziel, durch institutionell-rechtliche Anpassungen an die Forderungen des westlichen Blocks, vor allem der USA und der internationalen Finanzorganisationen, an externe Hilfeleistungen zu gelangen, um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse stabilisieren zu können. Die neue Verfassung von 1982 beschnitt die individuellen Freiheitsrechte und schränkte insbesondere das Engagement formeller gesellschaftlicher Interessensvertretungsorganisationen im Politikformulierungsprozess erheblich ein, denen in der 1961er Verfassung eine zentrale Rolle zugestanden wurde.

Nach dem restriktiven Übergang zur zivilen Politik 1983 gründete Özal, der unter den Militärs als technokratischer Minister für die Wirtschaft verantwortlich war, seine eigene Partei, die ANAP, und regierte das Land bis 1989 als Ministerpräsident. Anschließend amtierte er bis zu seinem Tod im Jahre 1993 als Präsident. In dieser Periode erfolgte die weitgehende Liberalisierung der türkischen Wirtschaft einschließlich der Finanzmärkte und es entstand eine neue marktorientierte Mittelschicht.

Es soll allerdings festgehalten werden, dass in dieser Phase des Versuchs, die neoliberale Regierungstechnologie durchzusetzen, jedoch mehrere politische Rationalitäten gleichzeitig existierten, wobei die Staatsräson, vertreten von den Militärs, über die neoliberale Regierung eine Vorherrschaft inne hatte. Die liberalen Maßnahmen, die Özal unternahm, waren in den Augen der Staatseliten Wirtschaftsinterventionen des Staates, die nach der Staatsräson verwirklicht wurden, um den *Staat* zu stärken. Für Özal hingegen

handelte es sich dabei jedoch um die Etablierung einer neuen Legitimationsbasis für die politische Machtausübung und nicht um ein ökonomisches Experiment des Staates um des Staates willen.

Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Instrumente der neoliberalen Regierung, wie sie von Özal praktiziert wurden, in erster Linie keine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit umfassten. Denn für ihn genoss die Reduzierung der Lohnkosten durch eine undemokratische Vorgehensweise gegen die Gewerkschaften eine höhere Priorität bei der Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Markt als die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die für eine Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen und die Transnationalisierung der noch schwachen türkischen Wirtschaft gesorgt hätte. Die Zentralisierung der Macht beim Ministerpräsidenten, der Personalismus um Özal sowie vor allem die Schwächung der gesellschaftlichen Gruppierungen machen deutlich, dass die ANAP nicht daran interessiert war, die Strukturanpassung durch einen Dialog mit den organisierten Interessenvertretungen zu stabilisieren. Sie bevorzugte vielmehr – vor allem, nachdem das Politikverbot der politischen Führer der 1970er 1987 aufgehoben worden war – den Aufbau von neuen klientelistischen Beziehungen, um die Unterstützung der Massen für den Strukturwandel zu gewinnen.

Somit basierte die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei nach 1980 nicht auf einem gesellschaftlichem Wandel, in Folge dessen die Denk- und Handlungsweisen der sozialen Akteure sich veränderten. Vielmehr wurde die neoliberale Umstrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses unter der autoritären Herrschaft des Militärs unter massivem Druck von außen durch eine technokratischen Elite um Özal eingeleitet. Sie stellte damit vorwiegend eine Maßnahme der Repräsentanten des Staates im Zeichen der Staatsräson dar.

Daher konnte Özal die Dominanz seiner anvisierten, neoliberalen Rationalisierung der Regierung nach 1987 weder innerhalb seiner Partei noch innerhalb der politischen Sphäre der Türkei aufrechterhalten. Mit dem Tod Özals 1993 verlor die neoliberale Regierungspraxis ihren wichtigsten Akteur. Die zunehmende wirtschaftliche Instabilität in Folge der klientelistischen Praktiken als Reaktion auf den steigenden Verteilungsdruck der Verlierer der neoliberalen Reformen und das politische Unvermögen, den Kampf gegen die PKK zu beenden, führte ab Mitte der 1990er Jahren zum Versagen der etablierten Staatseliten und politischen Eliten und der Schwächung der Autorität des Staates bei der Ausübung der politischen Macht. Sie hatte außerdem die Stärkung von alternativen

politischen Projekten und gesellschaftlichen Organisationsformen, die in der Ausübung der politischen Macht dem Staat Konkurrenz machten, wie z.B. Mafia-Banden und paramilitärische Organisationen, zur Folge. In diesem Kontext gewann das politische Projekt des RP unter Erbakan, dem seine Vision der „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*) unterlag, an Attraktivität und politischer Durchsetzungskraft.

Gegen die Schwächung der staatlichen Ordnung bildete sich zwar ab 1997 eine breite soziale Bewegung unter der Führung des Militärs, die sich als eine Gegenbewegung gegen die „Islamisierung“ des Staates durch die RP-Regierung definierte. Sie versuchte mit beschränktem Erfolg die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu stabilisieren. Dieser Versuch basierte allerdings nicht auf einer gemeinsamen politischen Strategie und scheiterte schließlich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2001. Der Unterschied dieser Krise zu den Krisen in den früheren Phase lag darin, dass sie sich im Kontext der neoliberalen Globalisierung als eine Krise der Strukturen der Staatsräson ausdrückte.

6 Die Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie

Im folgenden Kapitel erfolgt eine detaillierte Untersuchung der neoliberalen Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei seit Beginn der 2000er Jahre. Nachdem Özal mit der Einführung der neoliberalen Regierungspraxis gescheitert war, gelang erst unter der Regierungszeit (2002-2007) der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) die Neuordnung und Konsolidierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses nach der neoliberalen Regierungstechnologie. In dieser Periode kam entlang der neoliberalen Regierungstechnologie zu einer Neudefinition des Ziels, der Problemstellung und der Instrumente der politischen Machtausübung und das vorherrschende Organisationsprinzip des Staats-Gesellschaftsverhältnisses verschob sich von der Staatsräson zum „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Konsolidierung der neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei untrennbar mit dem Wandel der politischen Rationalität des politischen Islam der RP verbunden ist, der in den 1990er Jahren zu einem der stärksten politischen Akteure geworden war. Dabei stellt der Wahlsieg der aus dem politischen Islam hervorgegangenen AKP am 3. November 2002 einen Wendepunkt in der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei dar. Mit ihrem politischen Projekt der „Konservativen Demokratie“ gelang es der AKP eine politische Strategie zu formulieren, hinter der sich eine breite Allianz von unterschiedlichen sozialen und politischen Akteuren, die einen Wandel des Staats-Gesellschaftsverhältnisses anstrebten, bildete, und die Rolle des Staates nach dem Prinzip der neoliberalen Regierung zu ihrem Nutzen neu zu definieren, sowie die neoliberale Neuorganisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse rechtlich-institutionell zu fixieren. Dieser Prozess der Annäherung der türkischen Staatlichkeit, die politisch bis dahin vorherrschend die konkrete Form des „Nationalstaates“ angenommen hatte, an die Strukturen einer „demokratischen Marktwirtschaft“, in der die politische Machtausübung nicht mehr auf den Erhalt und die Stärkung des Staates, sondern auf die Errichtung und Aufrechterhaltung des Wettbewerbsmarktes abzielt und durch sie legitimiert wird, drückte sich insbesondere in zwei Bereichen aus: Erstens in den tiefgreifenden Veränderungen des politischen Systems und des rechtlich-institutionellen Rahmens in Richtung europäischer Standards einer konsolidierten Demokratie, die 2005 in die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei mündeten.

Zweitens in der weitreichenden Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Wettbewerbsmarkt begleitet durch ihre Transnationalisierung.

Die Verschiebung des Prinzips der politischen Machtausübung vom Nationalstaat zum globalen Wettbewerbsmarkt und die Herauskristallisierung des „türkischen“ Neoliberalismus unter der AKP-Regierung nach 2002 kann nur vor dem Hintergrund von vier Prozessen verstanden werden, die miteinander in Wechselwirkung stehen:

Erstens befanden sich, wie bereits im letzten Kapitel untersucht, angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 kulminierten, die bestehenden Strukturen, die entlang der Staatsräson organisiert waren, faktisch vor dem Zusammenbruch. Die autoritären und klientelistischen Praktiken, die angesichts des geringen Organisationsgrads der türkischen Gesellschaft als Mittel zur Anbindung der Massen an den Nationalstaat eingesetzt wurden, vermengten sich immer stärker mit Gewalt, Korruption und Kriminalität mit der Folge eines zunehmenden Legitimationsverlustes der bestehenden Ordnung, einer übermäßigen Ausbeutung der staatlichen Ressourcen sowie einer Vertiefung der ökonomischen Ungleichgewichte und der sozialen Probleme. Deren gravierende negative Auswirkungen zeigten sich insbesondere beim Umgang mit dem Kurdenkonflikt, der in erster Linie im Zeichen der Staatsräson zu lösen versucht wurde. Die einzige politische Alternative, die in diesem Kontext relevant wurde, war der politische Islam der RP. Er stellte die Legitimität des westlich orientierten Nationalstaates in Frage, und vertiefte damit die politische Polarisierung noch mehr – mit der Folge der Zunahme des Autoritarismus und des Klientelismus. Die Verschuldungskrise, der massive Einbruch der Wirtschaftsleistung, das bisher ungesehene Ausmaß der Arbeitslosigkeit und der Armut nach der Krise von 2001 brachten schließlich die Gesellschaft an den Rand eines sozialen Kollaps und bedrohten die Existenz des Staates. Im Unterschied zu früheren Krisen in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren war die Bevölkerung mittlerweile mehrheitlich durch den Modernisierungs- und Urbanisierungsprozess der landwirtschaftlichen Subsistenz entrissen und die Möglichkeiten der traditionellen sozialen Netzwerke, die negativen Auswirkungen der Krise aufzufangen, waren erheblich geschwächt worden. Die Krise von 2001 offenbarte sich damit als eine Krise der Staatsräson als der vorherrschenden Regierungsform. Sie war daran gescheitert, im Kontext der neoliberalen Globalisierung die sozialen Probleme zu lösen und die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern.

Zweitens waren als Ergebnis der Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesses der türkischen Gesellschaft insbesondere seit 1980 im Kontext der wirtschaftlichen Liberalisierung neue marktorientierte Denk- und Handlungsweisen bei den neuen Mittelschichten und damit neue Formen von sozialen Beziehungen entstanden. Diese marktorientierten „Subjektivitäten“ waren das Ergebnis der Formierung einer neuen Mittelschicht, die sich allmählich u.a. durch die Entwicklung der Exportwirtschaft, des Tourismus, der Finanz- und Dienstleistungssektoren und den wachsenden privaten internationalen Kapitalzuflusses in die Türkei aufgrund der attraktiven Zinsen herausgebildet hatte. Die damit verbundenen neuen Formen und Möglichkeiten der sozialen Mobilität nach oben waren konstitutiv für die Herausbildung dieser neuen Schicht im Laufe der 1990er Jahre. Neben einer neuen Generation von anatolischen Unternehmern, die sich zunehmend am Weltmarkt orientierten, wurden Berufsgruppen, wie moderne Manager, Techniker, Beamte, Angestellte, aber auch Arbeitnehmer in den modernen, außenorientierten und besser bezahlten Branchen, Bestandteil dieser neuen sozialen Schicht.⁶⁶ Angesichts der Entvölkerung von traditionellen ländlichen Gemeinden im Zuge der anhaltenden Migration der 1990er Jahre gewann die neue Mittelschicht in den Provinzstädten und Metropolen immer stärker an Bedeutung.⁶⁷ Dieser Prozess machte die autoritären und klientelistischen Formen der politischen Machtausübung im Zeichen der Staatsräson in den Augen dieser Schicht nicht nur unnötig, weil der globale Markt attraktivere Entfaltungsmöglichkeiten anbot, sondern in zunehmendem Maße höchst unerwünscht, weil sie Kosten produzierten, die das Funktionieren des Marktes beeinträchtigten und die Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Wettbewerbsmarkt verhinderten. Die Demokratisierung des politischen Systems und eine Vertiefung der Integration in den globalen Markt wurde vielmehr nach und nach für breite Teile der Gesellschaft eine realistische Alternative zu den bestehenden Strukturen.

Drittens bildete der Modernisierungsdruck auf die türkische Wirtschaft, der sich spätestens mit dem Beitritt zur Zollunion mit der EU ab 1996 erheblich verstärkt hatte, einen weiteren Faktor für die Durchsetzung der neoliberalen Art und Weise der Regierung. In den 1990er Jahren hatte sich die etablierten Wirtschaftseliten zu stark an der Finanzierung der Staatsverschuldung aufgrund der hohen Renditen orientiert und Investitionen in die

⁶⁶ Die anatolischen Unternehmer, die vor allem Mittelständler mit religiösem Hintergrund waren, vereinigten sich in dem „muslimischen“ Unabhängigen Verband der Industriellen und Unternehmer (*Müstakil Sanayici ve İşadamları Derneği*, MÜSIAD) (vgl. Hoffmann 2003, Yavuz 2003).

⁶⁷ Für eine Analyse dieser neuen Mittelschichten am Beispiel der konservativen Unternehmer aus der Provinzstadt Kayseri siehe ESI 2005.

Produktionsanlagen und die Technologieentwicklung aufgrund ihrer relativ geringen Rentabilität stark vernachlässigt. Auch im staatlichen Sektor blieben Modernisierungsbemühungen aufgrund von politischen Überlegungen beschränkt bzw. aufgrund der Korruption von geringem Erfolg. Ende der 1990er Jahre wiesen praktisch alle Bereiche der türkischen Wirtschaft einen hohen Bedarf an Modernisierung der veralteten und unproduktiven Anlagen auf, der einen enormen Anstieg an Investitionen dringend notwendig machte, um unter den Bedingungen der Zollunion der verschärften Konkurrenz aus der EU standhalten zu können. Angesicht des drohenden Staatsbankrotts nach der Finanzkrise 2001 bestand jedoch wenig Spielraum innerhalb der bestehenden Strukturen für eine staatlich getragene Industrieförderung. Die uneingeschränkte Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Markt mit einer Öffnung der Türkei für ausländische Investitionen und eine Konzentration der Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen erschien als einzige Korrekturmöglichkeit des fehlerhaften Wirtschaftens der vorangegangenen Periode.

Schließlich stellte die Krise von 2001 auch deswegen einen besonderen Wendepunkt dar, weil die externen Akteure, wie der IWF und die Weltbank – im Gegensatz zu den früheren Krisen in der Türkei – dieses Mal nicht ohne weiteres bereit waren, der Türkei aufgrund ihrer geopolitischen Bedeutung mit Finanzhilfen zu helfen, um die Stabilität der bestehenden Strukturen des westlich orientierten Nationalstaates wiederherzustellen. Zwar stellten der IWF und die Weltbank der Türkei in der Krise beachtliche Finanzhilfen zur Verfügung. Allerdings zielte ihre Initiative dieses Mal darauf ab, die Türkei als einen Teil der neoliberalen Globalisierung zu regieren. Die neoliberale Regierungsrationalität, die in den jeweiligen Staats-Gesellschaftsverhältnissen des transatlantischen Zentrums vorherrschend war, sollte auch zum Organisationsprinzip der Beziehungen mit der Türkei werden. Die türkische Gesellschaft und der türkische Markt sollten dabei „regiert“ und nicht mehr nach der vorherrschenden Logik des Kalten Krieges „beherrscht“ werden, um einerseits die Sicherheit der neoliberalen Globalisierung und andererseits deren Expansion zu gewährleisten. Die Integration der Türkei in den globalen Wettbewerbsmarkt als dessen aktiver Mitspieler bedeutete, dass die Türkei mit ihren kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten regierbar gemacht werden sollte.

Eine Neuorganisation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei in Richtung einer demokratischen Marktwirtschaft stand auch hinter der Initiative der EU von 1999 mit

der Verleihung des Status' eines Beitrittskandidaten an die Türkei.⁶⁸ Damit sollte auf die Türkei Druck ausgeübt und für die gesellschaftlichen Akteure, die sich Ende der 1990er Jahren noch zu stark am Prinzip der Staatsräson orientierten, Anreize geschaffen werden die politischen Strategien eines neoliberalen Wandels des Staats-Gesellschaftsverhältnisses zu forcieren. Mit den sog. Kopenhagener Kriterien lieferte die EU eine strategische Programmatik für die neoliberale Transformation der Staatlichkeit in der Türkei:

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können. (Europäischer Rat 2003: 13)

Die vier genannten Prozesse bilden die zentralen Bestandteile des Kontextes, in dem die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei in der Phase nach dem Wahlsieg der AKP 2002 verstanden werden muss. In diesem Zusammenhang wird im Folgenden der Wandel der politischen Rationalität des politischen Islam, die Gründung der AKP und die Formulierung eines neoliberalen politischen Projektes durch die AKP-Führung als Manifestationen der Krise der bestehenden Strukturen und der sich verändernden Denk- und Handlungsweisen analysiert werden, die sich aus vielfältigen und voneinander unterschiedlichen Vorgängen herausbildeten. Die Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses im Zeichen einer neoliberalen Regierungsrationalität stellte sich damit nach 2001 als eine wirtschaftlich-politische Alternative dar, die die Form einer

⁶⁸ Dabei soll betont werden, dass der Initiative der EU der Türkei eine Beitrittsperspektive anzubieten, nicht ausschließlich eine neoliberale Regierungsrationalität mit Bezug auf den globalen Markt zugrunde lag. Auch Überlegungen im Zeichen einer Staatsräson zum Schutz Europas als politischer Einheit gegenüber regionalen Sicherheitsrisiken spielten vor dem Hintergrund der Eskalation des Kosovo-Krieges 1999 eine bedeutende Rolle. Die politische Instabilität in der Türkei mit einer Tendenz der Eskalation von Konflikten hinsichtlich des kurdischen Separatismus und des religiösen Fundamentalismus wurde in diesem Zusammenhang als Gefahr für die Sicherheit Europas betrachtet, weswegen es der EU ein Anliegen war, die Integrität des westlich orientierten Nationalstaates in der Türkei durch eine Beitrittsperspektive zu stärken.

umfassenden gegen die Kräfte der Staatsräson orientierten Bewegung annahmen, die sehr weit in der türkischen Gesellschaft verbreitet war.

Vor diesem Hintergrund zielt das Kapitel darauf ab, den Wandel der Art und Weise der politischen Machtausübung in der Türkei, die nach der Krise von 2001 Gestalt annahm und unter der ersten Regierungsperiode der AKP (2002-2007) weitgehend ihre Institutionalisierung fand, kritisch zu analysieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die folgenden Fragen: erstens, wie wurden das Problem, das Ziel und die Instrumente der politischen Machtausübung in der Türkei nach 2001 im Rahmen des politischen Projektes der AKP neu formuliert, und zweitens, wie gestaltete die AKP ihre konkrete Regierungspraxis nach ihrem Wahlsieg von 2002, um das politische Projekt der neoliberalen Umstrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses durchzusetzen und institutionell zu fixieren.

Das vorliegende Kapitel konzentriert sich daher in einem ersten Schritt auf den Wandel der politischen Rationalität des politischen Islam, auf die Entstehung der AKP und auf ihre politische Strategie. Dabei wird das politische Projekt der AKP, die „Konservative Demokratie“, als eine alternative Regierungsrationalität, die als Antwort auf das Scheitern der bestehenden Strukturen formuliert wurde, näher untersucht. In einem zweiten Schritt wird die Transformation des politischen Systems der Türkei im Zuge der EU-Integration mit dem Ziel der Errichtung einer demokratischen Freiheitsordnung analysiert, mit der sich die AKP gegen die verstaatlichte und verstaatlichende Regierungsrationalität und deren Repräsentanten wandte, um neue Räume für eine „indirekte“ Regierung nach dem Prinzip der neoliberalen Regierung zu eröffnen. Schließlich wird die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik unter der AKP-Regierung im Zeichen des globalen Wettbewerbsmarktes und der Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft untersucht. Beide Bereiche, die politische und die wirtschaftliche Neuordnung, stellen zentrale Aspekte der neoliberalen Transformation der Staatlichkeit in der Türkei dar. Daher werden sie hier exemplarisch für das „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“, das während der ersten Regierungszeit der AKP (2002-2007) ihren konkreten Ausdruck fand, untersucht.

6.1 Die „Konservative Demokratie“: Das neoliberale Projekt der AKP

Die Verschiebung der Regierungstechnologie in der Türkei vom „Regieren für und durch den Nationalstaat“ zum „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“ nach 2001 kann,

wie oben bereits festgestellt, nur vor dem Hintergrund des komplexen Krisenkontextes verstanden werden, in der sowohl die Existenz des Staates als auch seine externe Anerkennung in Frage gestellt wurden. Die Analyse des Kontextes ist allerdings alleine nicht in der Lage zu erklären, warum und wie es der AKP gelang, in diesem Krisenkontext die politische Führungsrolle zu übernehmen und nach 2002 in der Türkei die neoliberale Art und Weise des Regierens in einem umkämpften Prozess als die dominante Form der politischen Machtausübung durchzusetzen und institutionell zu konsolidieren. Dafür ist es notwendig, die Entstehung, das politische Projekt und die konkrete Gestaltung der Regierungspraxis der AKP zu analysieren, der es gelang, mit ihrer politischen Strategie eine breite Koalition derjenigen sozialen Akteure zu bilden, die anders regiert werden wollten. Dies soll im Folgenden geschehen.

Die Entstehung der AKP kann nur vor dem Hintergrund des Wandels des politischen Islam seit Beginn der 1990er Jahre verstanden werden. Die islamistische Bewegung hatte sich nach dem Tod von Özal im Jahre 1993 weitgehend unter dem Dach der RP von Erbakan versammelt und innerhalb des Krisenkontextes der 1990er Jahren ein erhebliches politisches Gewicht gewonnen. Unter Erbakans Führung war die RP programmatisch strikt nach den Prinzipien der *Milli Görüş* ausgerichtet. Nichtsdestotrotz hatten sich bereits innerhalb der RP zwei Lager herausgebildet, die sog. „Reformer“ (*Yenilikçiler*) und die „Traditionalisten“ (*Gelenekçiler*) (vgl. Hale/Özbudun 2010). Während sich die Gruppe der „Traditionalisten“ aus Mitgliedern des älteren Parteikaders des politischen Islam um Necmettin Erbakan zusammensetzte, die am Ziel eines islamischen Staates und damit am Prinzip der Staatsräson als Regierungsrationalität festhielten, bestand die Gruppe der „Reformer“ aus islamistischen Politikern der jungen Generation, die zumeist ihre politische Karriere nach 1980 angefangen hatten und durch Özals marktorientierte Art und Weise der Regierung beeinflusst worden waren. Angeführt wurde die Gruppe der Reformer von Personen wie Recep Tayyip Erdoğan, dem populären RP-Bürgermeister von Istanbul zwischen 1994 und 1998, und Abdullah Gül, dem für die internationalen Beziehungen zuständigen Vizepräsidenten der RP und Regierungssprecher der Erbakan-Regierung.

Innerhalb der RP hatten sich die Reformer bereits in den 1990er Jahren für eine Entradikalisierung der islamistischen Ideologie, die Erbakan vertrat, eingesetzt, um die Partei für die wertkonservativen und aufstrebenden neuen Mittelschichten zu öffnen, die vom RP-Projekt einer strikt islamisch und staatlich dominierten Gesellschaftsordnung

abgeschreckt wurden. Eine Öffnung und tolerante Haltung gegenüber diesen Schichten wurde aus wahltaktischen Überlegungen teilweise auch von den Traditionalisten um Erbakan, die in der Parteiführung vorherrschend waren, mitgetragen, ohne dabei allerdings ihr Ziel einer Islamisierung des Staates aufzugeben (vgl. Hoffmann 2003). Angesichts der steigenden Wahlerfolge der RP Mitte der 1990er Jahre vor dem Hintergrund des Unvermögens der Mitte-Links- und der Mitte-Rechts-Parteien, der sozialen und wirtschaftlichen Krise die Stirn zu bieten, war Erbakan zunächst aber in der Lage die verschiedenen Gruppen innerhalb der islamistischen Bewegung unter seiner Führung zusammenzuhalten.

Erst die Erfahrungen während der einjährigen Regierungszeit der RP-DYP-Koalition zwischen 1996 und 1997, das Verbot der RP 1998 durch das Verfassungsgericht, das unter dem Druck des Militärs und des westlich orientierten Teils der Öffentlichkeit beschlossen wurde, und das Politikverbot für Erbakan und Erdoğan im Jahre 1998 führten schließlich dazu, dass die Reformer die politische Ausrichtung der islamistischen Bewegung tiefgreifend überdachten und die Vorherrschaft der „alten Kader“ in der Partei in Frage stellten. Folgende Überlegungen leiteten sie dabei:

Erstens war Erbakan als Premierminister nicht in der Lage gewesen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine nennenswerte Initiative zur Lösung der strukturellen Probleme zu ergreifen, wie er sie vor seiner Wahl mit dem Projekt der *Adil Düzey* versprochen hatte. Vielmehr griff auch er, als er an der Macht war, genauso wie die Vorgängerregierungen, auf klientelistische Praktiken zurück, um die partikularen Bedürfnisse seiner Wähler zu befriedigen (vgl. ebd.). Zweitens wurde während der Regierungszeit der RP offensichtlich, dass der Diskurs und die Praxis des Islamismus, der sich die „Islamisierung“ des öffentlichen Lebens und letztendlich des Staates zum Ziel setzte, lediglich zur Eskalation des Konfliktes mit den westlich orientierten, säkularen Teilen der Gesellschaft führte und die Position derjenigen Akteure, wie das Militär, stärkte, die die RP aus der politischen Sphäre herausdrängen wollten. Zwar konnte sich Erbakan durch die Polarisierung der Gesellschaft auf der Konfliktlinie „Laizismus – Islamismus“ die Unterstützung der extremistischen Teile der Parteibasis sichern, gleichzeitig verunsicherte er aber damit die Wähler aus den neuen Mittelschichten (vgl. ebd.). Auch zeigte die Tatsache, dass das Verbot der RP nur begrenzt Kritik und keine Solidarisierung auslöste, dass die Mehrheit in der Gesellschaft die Idee einer islamistischen Revolution nicht unterstützte (vgl. Seufert 2002). Drittens hatte die Regierungszeit Erbakans auch die Grenzen einer islamistischen

Außenpolitik deutlich gemacht, die durch eine anti-westliche Haltung charakterisiert war. Die Außenpolitik des politischen Islam, deren Realisierung in letzter Instanz die Aussetzung der Zollunion mit der EU und die Aufgabe des Wunsches nach einem EU-Beitritt sowie einen Rücktritt der Türkei aus der NATO bedeutet hätte, hatte sich angesichts der bestehenden Integration der Türkei in europäische Strukturen und der Zunahme der Bedeutung der globalen Finanz- und Produktmärkte für türkische Unternehmen als realitätsfern erwiesen. So hatten die symbolträchtigen ersten Auslandsreisen Erbakans in den Iran und nach Libyen und seine „D-8 Initiative“, die auf die Gründung einer Gemeinschaft der islamischen Entwicklungsländer abzielte, zu enttäuschenden Ergebnissen geführt, anstatt die Türkei zu einer führenden Macht in der islamischen Welt zu machen, wie von Erbakan angedacht (vgl. Hale 2000). Die innerparteiliche Opposition wurde in der Folge der enttäuschenden Wahlergebnisse der Tugendpartei (*Fazilet Partisi*, FP), die 1998 nach dem Verbot der RP als Nachfolgepartei unter der Führung von Recai Kutan, dem engen Vertrauten Erbakans, gegründet wurde, bei den Wahlen von 1999 noch stärker.⁶⁹ Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen gelangten zum ersten Mal im Jahre 2000 beim ersten Parteitag der FP in die Öffentlichkeit. Gegen den von Erbakan unterstützten Parteivorsitzenden Recai Kutan kandidierte der Reformer Abdullah Gül mit einer alternativen Liste für die Parteiführung. Dies war in der Geschichte der Parteien des politischen Islam das erste Mal, dass ein Gegenkandidat zum amtierenden Parteivorsitzenden aufgestellt wurde.

Die Reformer waren der Meinung, dass die oberflächlichen Anpassungen in der Programmatik der FP, wie z.B. die Betonung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und die positive Haltung gegenüber der USA und der EU, weder angemessen noch ausreichend waren, um einen Platz innerhalb des politischen Systems der Türkei einerseits und der neoliberalen Globalisierung andererseits erhalten zu können (vgl. Atacan 2005). Sie sollten vielmehr nach außen hin ein konformistisches Bild der Partei produzieren, um einer erneuten Schließung durch das Verfassungsgericht vorzubeugen. Dagegen forderten sie die Abkehr vom politischen Islam mit seiner Orientierung, das bestehende System in Hinblick auf das ferne Ziel eines islamischen Staates verändern zu wollen. Dies zeigt das folgende Zitat aus der Rede von Bülent Arınç beim genannten FP-Parteitag, in der er die neue Linie der Reformer unterstützte. Auch wenn er bis dahin zu einer der Führungspersonen des politischen Islam und zu einem engen Weggenossen

⁶⁹ Die FP bekam nur noch 15,4 Prozent der Stimmen und wurde damit zur drittstärksten Partei (vgl. Kalaycıoğlu 2005).

Erbakans zählte, wurde er später neben Erdoğan und Gül zu einem der Gründer und prominentesten Politiker der AKP.

Partei ist gleich Religion, Religion ist gleich Politik, Religion ist gleich Tugendpartei, oder wie früher: Religion ist gleich Wohlfahrtspartei; das ist alles falsch. Wenn Menschen früher so geredet haben, dann war das falsch, wenn sie *auf diese Weise Politik* gemacht haben, dann war das eine falsche Politik. (...) Wir streben keinen *islamischen Staat* an. (Bülent Arınç zitiert in: Seufert 2002: 18, Hervorhebung G.T.).

Damit stellte Arınç das Prinzip auf, dass eine Ableitung des öffentlichen Rechts aus dem Islam und die Gründung eines islamischen Staates als Ziel der politischen Machtausübung falsch seien. Die seit den 1970er Jahren vorherrschende politische Rationalität der religiös-konservativen Eliten in der Türkei, die sich auf die Staatsräson bezog, wurde damit radikal in Frage gestellt.

Bei ihren Überlegungen griffen die Reformer auf die Gedanken der neuen islamistischen Intellektuellen zurück, die seit den 1980er Jahren prominent geworden waren und den Islam nur noch als ein bestimmtes Glaubensverständnis neben anderen betrachteten. Es waren diese neuen islamistischen Intellektuellen, die in den 1990er Jahren Begriffe wie Identität, Demokratie und Zivilgesellschaft in den Diskurs der religiös-konservativen Akteure einführten. Anstatt eine Theorie des islamischen Staates zu liefern, beschäftigten sie sich mit Fragen des Zusammenlebens verschiedener religiöser und kultureller Gemeinschaften. Dem politischen Projekt eines islamischen Staates standen sie dabei ebenso kritisch gegenüber wie den bestehenden Strukturen des Nationalstaates, denen sie die Unterdrückung einer kulturellen und religiösen Pluralität in der türkischen Gesellschaft vorwarfen (vgl. Meeker 1991, Göle 1996).

Die Verschiebung der politischen Rationalität der islamistischen Bewegung bestand damit darin, dass sie sich nicht mehr gegen die *Illegitimität des Staates*, sondern gegen die *schlechte Regierung* wandte, die die Freiheit der Menschen einschränkte, ihre Lebensbedingungen verschlechterte und das wirtschaftliche Potential des Landes vergeudete. Es sollte vielmehr ein Raum für die Freiheit der Individuen und für die Entfaltung der Marktwirtschaft zum Wohl der Bevölkerung geschaffen werden. Dies machte Gül bei der Pressekonferenz kurz vor den FP-Parteitag anlässlich seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der FP deutlich:

Die Türkei wird nicht gut *regiert* und die Zahl derjenigen, die mit der Regierung der Türkei nicht zufrieden sind, steigt zunehmend. Dabei besitzt die Türkei aufgrund ihrer geopolitischen Lage, ihrer jungen und dynamischen Bevölkerung, ihres reichen Kulturguts und ihrer fleißigen Menschen ein sehr großes Entwicklungspotential. (Gül 2000: 1, eigene Übersetzung)

Das Ziel der Reformer bestand damit nicht darin, durch eine ideologische Entradikalisierung die Chancen der islamistischen Bewegung zu erhöhen, um die Kontrolle über den Staat zu erlangen, sondern vielmehr darin, die Art und Weise der Machtausübung in der Türkei jenseits des Prinzips der Staatsräson zu denken und zu praktizieren.

Die Demokratisierung der Partei einerseits und der gesamten Türkei andererseits betrachteten die Reformer als einen Weg, um zum einen der Dominanz der Parteiführung um Erbakan innerhalb der islamistischen Bewegung und zum anderen insgesamt der Dominanz der Eliten in der Türkei, die die politische Machtausübung im Zeichen der Staatsräson praktizierten, zu entkommen. Die Reformer forderten daher eine Abkehr vom Führerprinzip, mehr Pluralismus und eine Öffnung der FP zu breiteren Bevölkerungsschichten. Gül bezog sich in seiner Rede auf dem Parteitag positiv z.B. auf die Arbeit der RP-Bürgermeister, die sich auf die Erwartungen und Bedürfnisse der neuen städtischen Zuwanderer sowie auf ihre Integration in das Stadtleben konzentriert und die RP gegenüber neuen Wählerschichten geöffnet hatten. Er erklärte, dass es sein Ziel sei, diese Erfolgsgeschichte auf die nationale Ebene zu transferieren (vgl. ebd.). Die Art und Weise, wie Erdoğan als RP-Bürgermeister Istanbul zwischen 1994 und 1998 regiert hatte, unterschied sich vom Klientelismus der etablierten Parteien, die sich auf die Befriedigung von partikularen Erwartungen ihrer Wählergruppen nach materiellen Begünstigungen konzentriert hatten. Erdoğan's Regierungspraxis hatte sich vielmehr an der Lösung von konkreten Problemen orientiert. Damit sollte der Handlungsraum der Individuen selbst erweitert werden.

Obwohl Gül die Wahl gegen Kutan knapp verlor, bedeutete Güls Kandidatur eine Zäsur für die religiös-konservativen Eliten und für die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei. Zwanzig Jahre nach Özals technokratischem Versuch war nun eine neue Generation von politischen Akteuren entstanden, die seiner Regierungsrationalität folgend, für eine andere Art und Weise der politischen Machtausübung als die der Staatsräson kämpften.

Den Reformern blieb, nachdem 2001 auch die FP durch das Verfassungsgericht verboten worden war, nur noch übrig, den Bruch mit dem politischen Islam und mit allen Bezügen auf einen islamischen Staat zu vollziehen. So distanzierten sie sich von Erbakan und gründeten am Juni 2001 unter der Führung von Erdoğan die AKP. Bei der Gründung der AKP erklärte Erdoğan öffentlich: „Our party clearly refuses to be a party that imposes an ideology on the nation and will not denigrate religious values by exploiting them in the politics“ (Erdoğan zitiert in: Akdoğan 2006: 54).⁷⁰ Dies war die politische Äußerung einer neuen Denkweise, innerhalb der die Religion begann, nicht mehr als die Quelle der Gesetze des Staates, sondern als die Quelle von persönlicher Ethik gedacht zu werden. Die Gründung der AKP stellte jedoch nicht nur einen Bruch einer Fraktion innerhalb der religiös-konservativen Eliten mit der bis dahin vorherrschenden Regierungsrationalität des politischen Islam dar, sondern sie war vielmehr der Ausdruck einer Wende im politischen Denken und Handeln der türkischen Gesellschaft im Kontext der Globalisierung, die die etablierten Parteien der Mitte (noch) nicht vollzogen hatten.

Im Zentrum stand die Formulierung eines neuen politischen Projektes, das darauf abzielte, die Art und Weise der politischen Machtausübung in der Türkei von der Staatsräson zur neoliberalen Form der Regierung zu verschieben und das Staats-Gesellschaftsverhältnis neu zu strukturieren. Die AKP verstand sich dabei als Erbin des politischen Projekts von Özal, das in einer erweiterten Form wieder eingeführt werden sollte mit dem Ziel, das wirtschaftliche Potential des Landes freizusetzen, um letztendlich die Türkei zu einem aktiven Akteur der Globalisierung und zu einem international einflussreichen regionalen Mitspieler zu gestalten.⁷¹

Sie setzte sich damit von der vorherrschenden Art und Weise der politischen Machtausübung in der Türkei ab, die auf den Staat als eine der Gesellschaft übergeordnete Einheit ausgerichtet war. Sie wandte sich gegen den Gedanken, dass die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei durch den Staat geplant, geleitet und durchgeführt werden könne und dass der Staat über die notwendigen kognitiven Fähigkeiten und materiellen Kapazitäten verfüge, um die Probleme der Gesellschaft zu verstehen und zu lösen.

⁷⁰ Erdoğan's Absage an den Islamismus wird in der Literatur weitgehend als eine Taktik interpretiert. Zum Beispiel schreibt Hale: „(It) was probably motivated by the fact that if he had suggested his party was „Islamic,“ he could have rendered it liable to closure by the Constitutional Court, as in the cases of the Welfare and Virtue parties, and in accordance with the constitution and the Political Parties Law“ (vgl. Hale 2006: 66). Dieser Interpretationsweise gelingt es nicht, die neue, neoliberale Denkweise in ihrer Besonderheit wahrzunehmen.

⁷¹ Viele Führungsfiguren der ANAP wechselten ebenfalls zur AKP.

Die bis dahin vorherrschende Fixierung auf den Staat war für die AKP vielmehr der Grund für die politische Polarisierung zwischen Laizismus und Islamismus einerseits und türkischem Nationalismus und kurdischem Separatismus andererseits, für die Korruption und die steigende Armut in der Gesellschaft. Der tiefe Glaube, dass das Ziel der politischen Machtausübung der Schutz und die Stärkung des Staates sei, hatte nach der Überzeugung der AKP-Führung entweder zu ideologischen Kämpfen oder zu einem Missbrauch der materiellen Möglichkeiten des Staates für partikulare Interessen geführt. Die AKP-Führung machte damit für die tiefgreifende Krise, in der sich die türkische Gesellschaft befand, die ideologische Politik der Protestparteien, wie die des politischen Islam, und den Klientelismus der etablierten Parteien der Mitte verantwortlich.

We have seen that political approaches which run on narrow ideological frameworks, or which see politics merely as a way of distributing unequitable (sic.) income, cannot respond to the people's needs. Nor can these properly allocate the country's resources or grasp the dynamics of market economy. (Erdoğan 2006: 335)

Sie kritisierte die ideologische Politik bzw. den Klientelismus allerdings nicht aus dem Grund, weil diese die Sicherheit bzw. die Entwicklung des türkischen Staates gefährdeten, seinen „Bedürfnissen“ nicht entsprachen und ihn dadurch in eine politische und wirtschaftliche Krise stürzten, sondern deswegen, weil beide nicht in der Lage gewesen war, auf die „Bedürfnisse der Bevölkerung“ zu reagieren und die „Dynamiken der Marktwirtschaft“ zu verstehen, wie aus dem obigen Zitat von Erdoğan hervorgeht.

Mit ihrem Projekt, das die AKP-Führung unter dem Konzept der „Konservativen Demokratie“ in der Öffentlichkeit bekannt machte, positionierte sich die AKP als eine Partei, die für eine Begrenzung der tendenziell „uferlosen“ politische Machtausübung nach dem Prinzip des Schutzes und der Stärkung des Staates eintritt.⁷² Im Zentrum des politischen Projekts der AKP stand eine Demokratisierung des politischen Systems mit einer Stärkung der Partizipation der Bevölkerung an der politischen Machtausübung und der Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft.

⁷² Das Konzept der „Konservative Demokratie“ ging auf den Politikwissenschaftler und politischen Berater von Erdoğan, Dr. Yalçın Akdoğan, zurück (vgl. Akdoğan 2004, 2006).

Everyone who believes in democracy, respects human rights and freedoms, adopts pluralistic values, possesses ethical and human emotions, is attached to the market economy and has a place under the roof of this Party. (AKP o.J.: 33)

Das politische Projekt der AKP-Führung sprach sich damit dagegen aus, die Regierungshandlungen aus einer Theorie des Staates, d.h. aus einem Seinsollen des Staates, abzuleiten. Im Rahmen der „Konservativen Demokratie“ sollte die Rolle des Staates darin bestehen, einen Raum für die Freiheit der Individuen und die Entfaltung der Marktwirtschaft zu schaffen, und nicht darin, in die gesellschaftliche Sphäre einschränkend, disziplinierend und regulierend einzugreifen, um das Wohl aller zu sichern. So betonte das Parteiprogramm der AKP ausdrücklich: „This program is a ‚democratization and enterprise‘ project“ (AKP o.J.: 33, Hervorhebung im Original). Damit sollte die Regierungspraxis an der Herstellung von demokratischen Freiheiten und der Entfaltung der Marktwirtschaft ausgerichtet sein:

One of the main principles of our Party is the proverb, “Unless everyone is free, no one is free”. Our Party considers as one of its most important tasks, the assurance of democratization by placing the individual at the center of all its policies, and to provide and protect fundamental human rights and freedoms. (AKP o.J.: 3)

Die Verschiebung vom Prinzip der Staatsräson zum Prinzip der demokratischen Marktwirtschaft mit dem Hauptziel und -instrument der Herstellung der Bedingungen von individueller Freiheiten wurde somit deutlich im Parteiprogramm zum Ausdruck gebracht. Die AKP leitete die Legitimation der Machtausübung nicht mehr vom Schutz, der Stärkung und der Bereicherung des Staates ab, sondern stellte sie in das Verhältnis zur Herstellung der Freiheit.

Als Problem der politischen Machtausübung wurde im Rahmen des politischen Projektes der „Konservativen Demokratie“ die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft betrachtet. Jeder Aspekt des staatlichen Handelns sollte nach Ansicht der AKP-Führung mit Verweis auf die Notwendigkeit der Anpassung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses angesichts der Erfordernissen des globalen Wettbewerbsmarktes neu durchdacht und organisiert werden. Die möglichst umfassende Integration der Türkei in den globalen Wettbewerbsmarkt wurde dabei von der AKP-Führung als der einzige Weg betrachtet, die „Sicherheit“ der Nation zu gewährleisten: “(AKP) accepts that the

increasing of our nation's competitive strength carries strategic importance in terms of our political and economic future" (AKP o.J.: 10).

Damit lag der Formulierung des Projektes der „Konservativen Demokratie“ das Problem der Integration der türkischen Nation, bestimmt durch ihre kulturellen und religiösen Eigenschaften, – und nicht die Integration des türkischen Staates – in die Globalisierung zugrunde, deren Gewährleistung das Ziel der politischen Machtausübung ausmachen sollte:

A significant part of the Turkish society desires to adopt a concept of modernity that does not reject tradition, a belief of universalism that accepts localism, an understanding of rationalism that does not disregard the spiritual meaning of life, and a choice for change that is not fundamentalist. The concept of conservative democracy is, in fact, and answers to this desire of the Turkish people. (Erdoğan 2006: 335)

Dabei ging das Projekt der „Konservativen Demokratie“ davon aus, dass die Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die gute Regierungsführung universelle Werte sind, die als gemeinsames Produkt von verschiedenen „Zivilisationen“ – hier verstanden als Religionen – zu sehen sind:

Universal values that are embodied in the concept of democracy and supported by principles such as human rights, rule of law, good governance are the product of the collective wisdom derived from different civilizations. Historically, Judaism, Christianity, and Islam have all played a central role in forming this collective wisdom. (Erdoğan 2006: 333f.)

Jedoch qualifizierte das Projekt der „Konservativen Demokratie“ das Verständnis der Demokratie, das ihm zugrunde liegt, und definierte es im Unterschied zu sozialdemokratischen und liberalen Demokratievorstellungen neu. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Demokratievorstellung ging die „Konservative Demokratie“ nicht von einer Notwendigkeit der Intervention des Staates in die sozioökonomische Sphäre aus, um die sozialen Ungleichgewichte auszugleichen und die demokratische Ordnung abzusichern. Diese Aufgabe würde vielmehr von den vielfältigen sozialen Organisationen, freiwilligen Initiativen und der Familie wahrgenommen werden. Im Gegensatz zur liberalen Demokratievorstellung ging sie außerdem nicht von einer formalen

Freiheitsvorstellung des Individuums aus, deren Aufrechterhaltung die einzige Aufgabe des Staates sein sollte.

Das spezifische Demokratieverständnis der „Konservativen Demokratie“ betonte vielmehr die nicht reduzierbare Komplexität und Diversivität der Gesellschaft, gegenüber der der Staat eine neutrale Position einnehmen sollte: „In our democratic understanding there is no obligation for differences to be converted to one another. This is the culture of the different living together in peace, filtered through our experience in history” (AKP o.J.: 32). So wurde im Rahmen der „Konservativen Demokratie“ das Konzept des Laizismus neu definiert als Garantie der Religionsfreiheit und der religiösen Vielfalt durch den Staat (vgl. Akdoğan 2006).

Das Konzept der „Konservativen Demokratie“ beinhaltete damit eine starke Betonung der kulturellen und religiösen Identitäten und eine Aufwertung der Rolle von kulturellen und religiösen Gemeinschaften und der Familie im sozialen Leben, die als universale und essenzielle Kategorien produziert, verdinglicht und zu neuen Subjekten und Objekten der neoliberalen Regierung gemacht werden sollten (vgl. Akdoğan 2006). Die neoliberale Gesellschaftspolitik zielte damit darauf ab, die vielfältigen wertorientierten lokalen Gemeinschaften als gleichberechtigte Akteure in das demokratische Spiel mit seinen universellen Spielregeln zu integrieren und die Gesellschaft mit diesem Ziel und mit diesen Kategorien als Instrument zu regieren: „Our aim is to reproduce our system of local and deep-rooted values in harmony with the universal standards of political conservatism“ (Erdoğan 2006: 335). Diese Überlegungen mache deutlich, dass im Rahmen des politischen Projektes der „Konservativen Demokratie“ der Islam einerseits nicht per se als eine überlegene Religion, sondern als ein Glaubensbekenntnis neben anderen Religionen ohne Anspruch auf Alleinstellung existiert.⁷³ Die Muslime stehen andererseits im Zeitalter der Globalisierung vor den gleichen Herausforderungen wie die Angehörigen anderer Religionen, deren Bewältigung von ihnen allen die höchste Anstrengung verlangte.

Die AKP war der Meinung, dass die türkische Gesellschaft bzw. die muslimische Welt insgesamt Gefahr lief, im Kontext der neoliberalen Globalisierung, in der dem ökonomischen Erfolg eine hohe Bedeutung zukommt, keinen angemessenen Platz zu

⁷³ Der politische Islam Erbakans hatte den Islam als eine Religion betrachtet, die durch ihre Überlegenheit gegenüber den anderen Religionen gekennzeichnet war. Dabei wurde die Unterentwicklung der muslimischen Gesellschaften, wie die türkische, auf die unrechtmäßige „List“ der anderen Religionen zurückgeführt. Sie diktierten den muslimischen Ländern ihre eigenen Gesetze, weswegen der politische Islam Erbakans die Islamisierung des öffentlichen Rechts und die Gründung eines islamischen Staates forderte.

erhalten. Deshalb hielten sie es für dringend notwendig, dass die Türkei sich völlig dem neoliberalen Typ von Regierung nach dem Prinzip des Wettbewerbsmarktes verschreibt.

Diese neue politische Strategie, die unter der Führung der AKP formuliert wurde, stand damit für eine neue Art und Weise des politischen Denkens, die die türkische Gesellschaft als eine Multiplizität auffasste, die sich einerseits aus freien Individuen als Marktteilnehmern und andererseits aus einer Vielzahl von kulturellen bzw. religiösen Gemeinschaften zusammensetzte, die im sozialen Bereich aktiv sind. Damit wurde diskursiv außerhalb des Staates und des Marktes eine dritte Sphäre produziert, in der die Individuen als Träger von kulturellen und religiösen Werten und Vorstellungen existieren. Damit ging eine Neudefinition der Rolle des Staates einher:

The State shall be a strong State in terms of its function and effectiveness for producing high quality services, rather than being a large and slow State. The State will be in the position of an *orchestra conductor*, within the concept of an administration based on pluralism and multi voiced opinions in the framework of respect for the integrity of the country and national sovereignty. (AKP o. J.: 33, Hervorhebung G.T.)

Die Aufgabe des Staates, der nach dem politischen Projekt der „Konservativen Demokratie“ ein „starker“ Staat sein sollte, war eine „indirekte“ Regierung der Bevölkerung. Sie schlug sich in der Führung der Menschen als selbstverantwortliche und kulturell und religiös heterogene Subjekte durch die Herstellung von günstigen Rahmenbedingungen nieder. Gleichzeitig sollte die Integrität der Nation nach außen bewahrt werden. Durch eine Reihe von Regierungsinterventionen sollten sie angeregt werden, einerseits als unternehmerische Einheiten durch Nutzenmaximierung nach Selbstverwirklichung zu streben, und andererseits als Mitglieder der Zivilgesellschaft für die Risiken des Marktes Verantwortung zu übernehmen. Die Freiheit wurde damit als Instrument gebraucht, allerdings nicht zur Bereicherung des Staates, wie es im klassischen Liberalismus der Fall war, sondern zur Stärkung der Unternehmensgesellschaft. Die Regierungsinterventionen sollten darauf abzielen, die Freiheit zum unternehmerischen Handeln und zum zivilgesellschaftlichen Engagement aufrechtzuerhalten, zu schützen und zu stärken, damit der Wettbewerbsmarkt funktionieren kann.

Die neoliberale Umstrukturierung des Staates und seine neue Rolle bildeten dabei einen integralen Teil der neuen Regierungspraktiken. Die neue Regierungsform wurde damit von

den Erfordernissen der neoliberalen Globalisierung ausgehend neu konzipiert, nach denen ein demokratisches politisches System als bester Garant der politischen Stabilität und des ungestörten Funktionierens des Wettbewerbsmarktes erachtet wurde, wie sie sich in den politischen und ökonomischen Kopenhagener Kriterien der EU widerspiegelte.

Dabei distanzierte sich die AKP ausdrücklich von der Strategie einer revolutionären Neuordnung des politischen Systems. Die neue Regierungsform zielte auf eine prozedurale Transformation der Strukturen der politischen Machtausübung ab, wie aus dem folgenden Zitat des konzeptionellen Gründers der Konservativen Demokratie hervorgeht.

Presently, a radical rejection of the existing political structure through the establishment of a totally new order is not viewed as viable or feasible. In order to enable gradual change vis-à-vis the overall structure, it is necessary to maintain some of the values and features of the existing structure. (Akdoğan 2006: 51)

Damit bestand die neoliberale politische Strategie in der Türkei in einer Infragestellung und einer graduellen Veränderung der bestehenden politischen Strukturen aus dem Blickwinkel der Erfordernisse einer erfolgreichen Integration in den globalen Wettbewerbsmarkt. Die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei sollte dabei im Rahmen einer Demokratisierung des politischen Systems als die Etablierung eines Regimes des Dialogs und des Kompromisses zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen vollzogen werden.

Das politische Projekt der AKP beinhaltete die Neuausrichtung aller Politikbereiche als Instrumente der neoliberalen Regierung, die im Parteiprogramm der AKP deutlich zum Ausdruck kommt. Im Folgenden wird auf die Neuformulierung der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Außenpolitik als die wichtigsten Instrumente der neoliberalen Regierung eingegangen.

In ihrem Parteiprogramm von 2001 legte die AKP zehn Grundsätze für die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik fest, die sich weitgehend in eine neoliberale Programmatik einordnen lassen. So rückte sie anstelle des Staates, der nach der Staatsräson stellvertretend für die gesamte Bevölkerung stand, das Individuum als Quelle und ultimates Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung ins Zentrum des wirtschaftlichen und politischen Handelns. Die AKP trat für die Marktwirtschaft mit den dazugehörigen Institutionen und Regeln ein. Dabei sprach sie sich für einen Rückzug des Staates aus jeder direkten Form von

Wirtschaftsaktivität aus und betonte die ordnungspolitische Rolle des Staates, den sie als „Regulierer“ und „Kontrolleur“ der wirtschaftlichen Sphäre mit dem Ziel der Erweiterung und der Vertiefung der Marktwirtschaft durch die Stärkung der Chancengleichheit der Individuen und deren Aktivierung als Unternehmer definierte.

A State should regulate, control and create opportunities. It should also encourage entrepreneurs and open their ways rather than imposing one way to be obeyed. Providing equal advantages to anyone is a requirement of the prevalent democratic concept of the 21st century. This is in fact what will bring our nation to the place it deserves on the world scene. (AKP o. J.: 33)

Die AKP befürwortete als Bestandteil ihrer Wirtschaftspolitik die Privatisierung als ein wichtiges Instrument für die Schaffung einer „rationalen“ wirtschaftlichen Struktur. Sie betonte dabei die Notwendigkeit der Strukturanpassung, die die Globalisierung mit sich bringt, und vertrat die Meinung, dass die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft der „gesündeste“ Weg sei, um diese Herausforderung zu begegnen. Dabei setzte sie sich für eine Öffnung des türkischen Marktes für ausländische Direktinvestitionen ein, um von internationalem Wissen und Erfahrung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei zu profitieren. Die öffentlichen Leistungen sollten sich dabei an den Kriterien der Qualität, der Produktivität, der Effektivität und der Bürgernähe orientieren. Weiterhin wies die AKP auf die Realisierung von moralischen Werten, die den internationalen Normen innewohnen, und auf die Achtung der kulturellen Werte der türkischen Gesellschaft als Erfolgsbedingungen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung hin. Schließlich sprach sie sich ausdrücklich für die Fortführung der Beziehungen der Türkei mit der EU, der Weltbank und dem IWF aus (vgl. ebd.).

Die Besonderheit der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung der AKP aus dem Blickwinkel des Wandels der Staatlichkeit in der Türkei liegt darin, dass sie die nationale Entwicklungsstrategie, die bis dahin die vorherrschende Regierungsrationalität auf der wirtschaftlichen Ebene ausmachte, durch eine wettbewerbsorientierte Wachstumsperspektive ersetzte. Die AKP sprach sich ausdrücklich für eine „Strategie des stetigen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums“ (*Sürekli ve Sürdürülebilir Ekonomik Büyüme Stratejisi*) aus (vgl. ebd.). Die Regierungsform mit Bezug auf die wirtschaftliche Sphäre nach dem Prinzip des Wettbewerbsmarktes war durch eine positive Haltung gegenüber der Globalisierung und ihrer rechtlichen und institutionellen

Rahmenbedingungen gekennzeichnet, wie sie durch die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen entwickelt worden waren. Es ging nicht mehr darum, den türkischen Nationalstaat mit seiner Bevölkerung auf sich selbst bezogen als ein untrennbares Ganzes zu entwickeln.

Gleichzeitig unterschied sich das wirtschaftspolitische Selbstverständnis der AKP aber auch vom liberalen Diskurs der Mitte-Rechts-Parteien der 1990er Jahre. Die AKP verstand sich nicht als Verfechterin des totalen Marktprinzips und strebte nicht eine Ordnung an, die das Prinzip „so wenig Staat wie möglich“ zum obersten Prinzip erhob. Den wirtschaftsliberalen Kurs der etablierten Parteien mit ihren klientelistischen Regierungspraktiken in den 1990er Jahren, der einer Schwächung der Kapazitäten der staatlichen Aufsicht und Lenkung des Wirtschaftsprozesses gleichkam, machte die AKP vielmehr für Korruption und Misswirtschaft verantwortlich. Beides hatte schließlich zur Krise von 2001 geführt. Sie kritisierte die klientelistische und kurzfristige Ad-hoc-Politik der etablierten politischen Eliten und trat für eine aktive, wachsame und nachhaltige Wirtschaftspolitik ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft zu steigern, die Märkte in der Türkei auszuweiten und deren Integration in den globalen Markt zu gewährleisten. In diesem Sinne war die AKP-Führung überzeugt davon, dass der Staat nicht schwach, sondern stark sein sollte. Denn er sollte den Einfluss von dominanten Interessengruppen beschneiden und die Monopolbildung verhindern sowie für die Sicherstellung des wirtschaftlichen Wachstums über eine effektive, transparente und verlässliche Verwaltung verfügen (vgl. ebd.).

In diesem Rahmen fand auch die Neudefinition der Sozialpolitik durch die AKP statt. In ihrem Parteiprogramm trat die AKP für einen begrenzten „Sozialstaat“ ein: „It is unavoidable to introduce a concept of a Social State, which cares (sic.) unemployed, poor, needy, ill and handicapped people and which allows them to live in a way that commensurate with human honor“ (AKP o.J.: 21). Dieser „Sozialstaat“ zielte damit nicht auf die Gewährleistung eines hohen Standards an sozialen Leistungen und die Herstellung „sozialer Gleichheit“ im Sinne des westeuropäischen „Wohlfahrtsstaates“ ab, sondern vielmehr auf die Sicherstellung eines Lebens mit Menschenwürde im Sinne der „sozialen Gerechtigkeit“. Die Sozialpolitik nach der neoliberalen Regierungsrationalität der AKP auch die Aufgabe, die regionalen Disparitäten und alle Arten von Diskriminierung im öffentlichen Bereich zu beseitigen. Die Sozialpolitik sollte ferner die Produktion von Waren und Dienstleistungen absichern, die, obwohl sie von bestimmten Teilen der

Gesellschaft benötigt werden, nicht marktwirtschaftlich angeboten werden. Schließlich sollte die Sozialpolitik die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt gewährleisten (vgl. ebd.). Die Sozialpolitik der AKP sah damit vor, dass die staatlichen Stellen und Einrichtungen Aufgaben wahrnehmen sollten, die zum Schutz der Armen, all derjenigen Menschen, solange sie arbeitsunfähig sind, und der Umwelt ausgerichtet sind.

Die staatlichen Unterstützungsleistungen für die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit sollten dabei allerdings einer strikten Finanzdisziplin unterliegen und waren, wie das Kapitel zur Sozialpolitik im Parteiprogramm der AKP ausdrücklich betonte, einem klaren Begrenzungsprinzip untergeordnet: “[Public] spending [for special purposes] will not be allowed to interrupt the functioning of the economy, disrupting confidence or causing instability, as a result of inflationist and populist implementations” (AKP o.J.: 21).

Darüber hinaus war der Rückgriff auf die in der Gesellschaft bereits existierenden religiösen und kulturellen Gemeinschaften und deren Integration in die neoliberale Regierungstechnologie ein Teil des Konzepts der Sozialpolitik der AKP (vgl. Hale 2006). Dadurch wollte die AKP die Funktionsweise dieser Gemeinschaften, die religiös bzw. ethnisch legitimiert sind, als subsidiäre Solidaritätsmechanismen in Wert setzen und damit jedem ein Existenzminimum gestatten. Die Regierung sollte dabei eine Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung, den Lokalverwaltungen, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Privatsektor verfolgen, um bei der Bereitstellung von Sozialleistungen die Produktivität, die Schnelligkeit und die Ressourcenkapazität zu erhöhen.

Im Gegensatz zur Özals Strategie, die in erster Linie auf die Stärkung des Exportsektors ausgerichtet war und die Binnennachfrage wenig in Betracht zog, empfand die AKP die massiven sozialen Ungleichgewichte mit ihren negativen Auswirkung auf den sozialen Frieden und auf die Binnennachfrage als ein wesentliches Hindernis für die Anziehung von ausländischen Investitionen und die Erhöhung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft. Die AKP war nicht der Meinung, dass das wirtschaftliche Wachstum nach und nach zur Lösung der sozialen Frage beitragen würde und damit die Wachstumspolitik die effizienteste Sozialpolitik darstelle. Die Sozialpolitik wurde daher von der AKP-Führung als ein notwendiges Mittel zur Sicherung des sozialen Friedens und der Stärkung des Binnenmarktes betrachtet. Der soziale Frieden wurde dabei als wichtiger Faktor für die Erhöhung der globalen Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Die Regierungsform, die die AKP propagierte, beinhaltet damit das Instrument einer aktiven Sozialpolitik, um

ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten, das nicht durch zu starke Ungleichgewichte gestört wird.

Im Rahmen des AKP Programms wurde schließlich auch die Außenpolitik als Instrument der neoliberalen Regierung neu formuliert. Das Parteiprogramm der AKP stellte eine abnehmende Bedeutung von militärischen Bündnissen und Blöcken als determinierende Elemente der internationalen Beziehungen fest und betonte, dass (wirtschaftliche) Kooperationsprojekte zu den neuen gemeinsamen Instrumenten der Beziehungen zwischen den Staaten geworden sind (vgl. AKP o.J.). Anstelle die Weltordnung ausgehend von miteinander in Konflikt oder in Bündnissen stehenden Nationalstaaten zu konzipieren, bevorzugte die AKP eine neue Art der Vorstellung des globalen Raumes, in dem die Nationalstaaten als Mitgestalter und Mitspieler eines globalen Wettbewerbsmarktes in Erscheinung treten. Das bedeutete nicht, dass die souveränen bzw. disziplinarischen Machtmechanismen verschwinden würden. Diese sollten vielmehr als integrale Bestandteile in die neuen Sicherheitsmechanismen integriert werden, deren Ziel es war, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den unternehmerischen Einheiten aus den jeweiligen Ländern zu stärken.

Wie die Analyse der Neudefinition des Ziels, der Problemstellung und der Instrumente der politischen Machtausübung im Rahmen des politischen Projektes der „Konservativen Demokratie“ gezeigt hat, zielte die AKP-Führung darauf ab, die neoliberale Regierungsform in der Türkei vorherrschend zu machen. Diese Anpassung an die politische Rationalität der neoliberalen Globalisierung hatte die AKP-Führung in einem Kontext vollzogen, in dem sich das Land nicht nur in einer tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise befand, sondern vielmehr auch die Legitimation, die Handlungsfähigkeit und die Durchschlagskraft der etablierten politischen Akteure und Institutionen in einem massiven Umfang in Frage gestellt worden war. In diesem Zusammenhang profitierte die AKP von ihrer expliziten Gegnerschaft zu den bestehenden politischen Praktiken und Strukturen der Staatsräson und wurde in der Wahrnehmung der Wähler in kürzester Zeit zu einer Alternative zum politischen Establishment. Der rasche Aufstieg der AKP war damit weitgehend darauf zurückzuführen, dass sie sich auf der Trennlinie zwischen zwei bis dahin ideologisch und sozial entzweiten Bevölkerungsgruppen, nämlich den westlich-orientierten städtischen Wählern und den konservativen, aufstrebenden Zugewanderten in die Metropolen, positionieren konnte. Mit ihrem Programm der „Konservativen Demokratie“ schaffte die es AKP erfolgreich die Kluft zwischen diesen verschiedenen

sozialen und politischen Akteuren, die die Ausbreitung der neoliberalen Regierungsform befürworteten, zu überbrücken und eine breite Koalition von sozialen Akteuren für eine Art und Weise der politischen Machtausübung nach der neoliberalen Regierungstechnologie zu bilden.

Vor diesem Hintergrund gelang es der AKP, die erst mehr als ein Jahr zuvor gegründet worden war, die vorgezogenen Wahlen am 3. November 2002 mit 34,3 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Außer der AKP schaffte es lediglich die CHP, die 19,4 Prozent der Stimmen erhielt, in das Parlament, während alle anderen Parteien an der Zehn-Prozent-Hürde scheiterten. Die Schwerfälligkeit und Scheinheiligkeit der vorhergehenden Reforminitiativen der Koalitionsparteien wurde damit bei den Wahlen 2002 derart bestraft, dass sie durch die Vertiefung der Krise implodierten. Damit wurde die AKP zur stärksten Partei im Parlament und erhielt aufgrund des Wahlsystems mit 363 von insgesamt 500 Mandaten eine dominante Stellung. Nach der Ära von Özals ANAP (1983-1991) war es das erste Mal, dass eine Partei wieder die absolute Mehrheit im Parlament erringen konnte. Mit dem massiven Wahlsieg der AKP war im Parlament die Vorherrschaft der politischen Akteure, die am Prinzip der Staatsräson festhalten wollten, gebrochen worden. Die AKP wurde damit in die Lage versetzt, eine entscheidende Wende in der Neudefinition des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei durchzuführen.

Die Umstrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses in der Türkei im Zeichen einer neoliberalen Regierung unter der Führung der AKP nahm damit die Form einer politischen Oppositionsbewegung gegen die bis dahin vorherrschende Art und Weise der Regierung im Zeichen der Staatsräson und deren Vertreter an. Einmal an der Macht angelangt, leitete die AKP eine Transformation der Staatlichkeit ein, deren Ziel es war, die Integration der Türkei als eine Unternehmensgesellschaft in die neoliberale Globalisierung zu beschleunigen und die Türkei zu einem aktiven Akteur der Expansion und Aufrechterhaltung des globalen Wettbewerbsmarktes zu machen. Im Folgenden soll anhand des Wechselspiels zwischen der Reform der politischen Strukturen und der Etablierung einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung die Regierungspraxis der AKP während ihrer ersten Regierungszeit (2002-2007) analysiert werden.

6.2 Die progressive EU-Integration und die institutionelle Verankerung der neoliberalen Regierung

Im Folgenden wird die Reform der politischen Strukturen untersucht, die durch die AKP-Regierung ab 2002 unter dem Leitsatz der „Europäisierung“ und der „Demokratisierung“ entschieden vorangetrieben wurde, um das politische System der Türkei, die durch die Verfassung von 1982 im Zeichen der Staatsräson gestaltet war, auf der Grundlage einer neoliberalen Regierungstechnologie einem grundlegenden Wandel zu unterwerfen, mit dem Ziel, die Teilhabe der Türkei am Spiel der neoliberalen Globalisierung abzusichern und den Status einer Marktwirtschaft zu erlangen.

Obwohl die Gegner des neoliberalen Projektes durch die Finanzkrise von 2001 und mit der Implosion der etablierten Parteien bei den Wahlen im Jahre 2002 erheblich an Legitimation einbüßten und geschwächt wurden, verfügten diese Akteure immer noch über einen erheblichen institutionellen Halt. Innerhalb des Militärs, der Polizei, der zivilen Verwaltung, der Justiz, der politischen Parteien, den Wirtschaftsverbänden und der Unternehmer waren Segmente allgegenwärtig, die am Prinzip der Staatsräson festhalten wollten. Für eine erfolgreiche institutionelle Verankerung der neuen Regierungsform musste der Widerstand, derjenigen sozialen und politischen Akteure innerhalb und außerhalb der bestehenden Institutionen überwunden werden, die an der Perpetuierung des nach dem Prinzip der Staatsräson organisierten Staats-Gesellschaftsverhältnisses interessiert waren und sich dagegen wehrten, ihren Status als Repräsentanten des Staates bzw. ihre staatlich zugebilligten Privilegien zu verlieren.

Außerdem besaßen sie symbolische Mittel, wie z.B. die Ideologie des „Kemalismus“ mit seiner Betonung der nationalstaatlichen Unabhängigkeit bzw. den „Laizismus“, um breite Massen für den Schutz des Nationalstaates und gegen die Integration der Türkei in die neoliberale Globalisierung zu mobilisieren und die Transformation der formellen und informellen Strukturen der Staatsräson zu blockieren. Solange die Probleme der politischen Machtausübung die der Staatsräson waren, wie es sich z.B. in der Problematisierung des „Islamismus“, des „kurdische Separatismus“ und des „Verlustes der nationalen Souveränität“ zeigte, konnte sich die neoliberale Regierung nicht entfalten.

Die AKP-Führung war davon überzeugt, dass die bestehenden politischen Strukturen die neoliberale Transformation des Staats-Gesellschaftsverhältnisses blockierten und die bestehende Art und Weise der Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse

konservierten. Einmal an der Macht angekommen, war sich die AKP-Führung daher bewusst, dass ihr politischer Einsatz in erster Linie darin liegen musste, das politische System einer tiefgreifenden Reform zu unterwerfen, um die neoliberale Regierungsform institutionell zu fixieren und auf Dauer zu stellen.

Die politischen Reformen nach der Machtübernahme der AKP richteten sich daher auf die rechtlich-institutionelle Entmachtung der Staatseliten und die Etablierung einer Rechtsordnung, die auf die Sicherstellung der Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft ausgerichtet war.⁷⁴ Die neoliberale Regierung sollte die Form eines demokratischen Staates annehmen, der die Grundrechte der Individuen anerkennt, die Grundfreiheiten der Individuen zulässt und ihrer politischen Organisation als einer Unternehmensgesellschaft mit den dazugehörigen Kämpfen um die Herstellung, Aufrechterhaltung und Erweiterung des Wettbewerbsmarktes Raum gibt. Durch die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sollten die Einflussmöglichkeiten der Staatseliten und ihrer Verbündeten in der Politik und Wirtschaft eingeschränkt werden, damit das Investitionsklima für ausländisches Kapital verbessert und die Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Wettbewerbsmarkt gestärkt werden konnten.

In diesem stark umkämpften Prozess spielte die Strategie der progressiven EU-Integration, wie sie unter der Führung der AKP-Regierung unmittelbar nach ihrer Machtübernahme ab 2002 mit großem Eifer verfolgt und von ihrer breiten Unterstützerkoalition aus sozialen Akteuren getragen wurde, eine zentrale Rolle bei der Überwindung der internen Widerstände gegen das neoliberale Projekt. Die AKP-Führung erklärte die „Europäisierung“ und die „Demokratisierung“ zur höchsten Priorität ihrer Regierung.⁷⁵ Die Neuordnung des politischen Systems und die Anpassung des rechtlich-institutionellen Rahmens an die EU-Standards wurden als dringend notwendige Maßnahmen für die Erfüllung der Aufnahmekriterien der EU und damit für die Beschleunigung des EU-Beitritts der Türkei präsentiert und damit legitimiert. Dem konnten einerseits die

⁷⁴ Die Umstrukturierung der rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Machtausübung nach der Staatsräson bedeutet nicht, dass die staatliche Verwaltung geschwächt wurde. Vielmehr fand parallel zur Demokratisierung des politischen Systems eine Entwicklung zur Ausweitung der Ressourcenausstattung und Steuerungskapazität des Staates statt, um die Rahmenbedingungen des Funktionierens des Wettbewerbsmarktes gewährleisten zu können. Damit bildete die Reform, Modernisierung und Ausbau der Staatsverwaltung einen wichtigen Schwerpunkt der Regierungspraxis der AKP nach der neoliberalen Regierung.

⁷⁵ Unmittelbar nach dem Wahlsieg der AKP im November 2002 machte Erdogan eine Rundreise durch alle wichtigen europäischen Hauptstädte und stellte die geplanten Reformmaßnahmen der Regierung vor. Damit zielte die AKP darauf ab, eine gute politische Ausgangsbasis für die Türkei im Hinblick auf den EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 zu schaffen, auf dem über den Beginn der EU-Beitrittsverhandlung mit der Türkei entschieden werden sollte (vgl. Schönbohm 2003).

Repräsentanten des Projektes des Nationalstaates wenig entgegenbringen, weil das Ziel der Verwestlichung seit der Gründung der Republik ein zentrales Prinzip der Regierung im Zeichen der Staatsräson darstellte. Nach dieser Denkweise war es schließlich der türkische Staat, der sich verpflichtet hatte, um sich selbst zu stärken, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, die die Stabilität der Institutionen, die Demokratisierung, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Achtung und den Schutz von Minderheiten, die Einrichtung einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft sowie ein Rechtssystem in Konformität mit der EU zur Aufrechterhaltung dieser politisch-wirtschaftlichen Ordnung erforderten. Andererseits diente die mit einer EU-Integration verbundene Hoffnung auf eine Steigerung des Lebensstandards als Mittel zur Mobilisierung von breiten Teilen der Bevölkerung für das neoliberale Projekt. Somit stellte die „Europäisierung“ und die damit verbundene „Demokratisierung“ des politischen Systems ein wichtiger Bestandteil der institutioneller Fixierung der neoliberalen Regierungstechnologie dar.

Der Wandel des politischen Systems in der Türkei nach 2002 kann damit nicht aus einem institutionalistischen Blickwinkel als Folge der Bedingungen der EU an den türkischen Staat erklärt werden. Der Wandel des politischen Systems wird im Rahmen dieser Arbeit vielmehr als Ausdruck und Instrument der Verdichtung der neoliberalen Regierung in der Türkei interpretiert, in deren Rahmen die EU-Integration einen Teil der Strategie der Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses darstellte. Dieser Interpretation zufolge bestand damit der Prozess darin, dass der Staat von einer neoliberalen Regierungstechnologie ausgehend begann, eine neue Form anzunehmen, die sich in einer „Europäisierung“ und „Demokratisierung“ ausdrückte, und nicht darin, dass aufgrund des externen institutionellen Einflusses der EU auf den türkischen Staat Demokratisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, die eigentlich staatliche Interventionen darstellen.

Mit der Entscheidung des Europäischen Rates 1999 in Helsinki, die Türkei als einen Beitrittskandidaten zu akzeptieren, wurden sowohl die in der Konservativen Demokratie festgelegten Prinzipien der Begrenzung der politischen Machtausübung als auch eine Reihe von Instrumenten für die Konsolidierung einer neoliberalen Regierungsform geliefert. So stellten einerseits die Kopenhagener Kriterien, die von den Beitrittskandidaten als Voraussetzung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen die Konsolidierung einer demokratischen Ordnung verlangten, das Prinzip der Begrenzung der Ausübung der politischen Macht entsprechend der Staatsräson dar. Andererseits verfügte die EU im

Prozess der Integration über neue Instrumente der politischen Machtausübung, wie z.B. der ständige Beobachtungsmechanismus und die Fortschrittsberichte, die die Türkei zu einem Subjekt-Objekt einer indirekten Regierung durch die EU machten. So legte die EU im Rahmen ihrer Beitrittspartnerschaft im Jahre 2000 kurz- und mittelfristige Ziele für die Reform des rechtlich-institutionellen Rahmens fest und verlangte von der Türkei ein nationales Programm mit konkreten Maßnahmen und einem Zeitplan für dessen Durchsetzung. Schließlich vereinbarte sie mit ihr Beobachtungsmechanismen über den Stand der Realisierung der Ziele. In jährlichen Fortschrittsberichten der EU wurde die rechtlich-institutionelle Umstrukturierung detailliert einer kritischen Analyse unterworfen, deren Ergebnisse dokumentiert und veröffentlicht wurden.

Die Neustrukturierung des politischen Systems in Hinblick auf die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen hatte bereits im März 2001 mit der Veröffentlichung des „Nationalen Plans für die Übernahme des Besitzstands“ durch die Vorgängerregierung der AKP, die Koalitionsregierung der DSP, MHP und ANAP unter der Führung von Ecevit, begonnen Gestalt anzunehmen. Im Oktober 2001 wurde mit einer umfangreichen Verfassungsänderung, die 34 Artikel der Verfassung von 1982 revidierte, eine Liberalisierung des politischen Systems eingeleitet.⁷⁶ Darauf folgten im Jahr 2002 wichtige Gesetzesänderungen. Allerdings hatten diese Reformen mehr den Charakter von formalen Machtzugeständnissen des türkischen Staates an die EU und stellten weniger einen Bestandteil einer neoliberalen Regierungspraxis dar. Die treibende Kraft hinter dem Reformprogramm war in erster Linie die Finanzkrise vom Februar 2001. Die Koalitionsparteien waren viel stärker an einer Stabilisierung der bestehenden Strukturen interessiert als an deren Veränderung.

Erst mit der Regierungsübernahme der AKP weitete sich der politische Strukturwandel aus mit dem erklärten Ziel, auf dem Europäischen Rat im Dezember 2004 den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU zu erreichen. Die AKP-Regierung beschleunigte die Reform der Verfassung mit Änderungen in 2002 und 2004. Parallel zu den Verfassungsveränderungen wurde zwischen Februar 2002 und Juli 2004 neun sog. „Harmonisierungspakete“ durch das Parlament angenommen, von denen sechs unter der AKP-Regierung verabschiedet wurden. Jedes der sog. „Harmonisierungspakete“ beinhaltete eine Reihe von Gesetzesveränderungen, u.a. auch wichtige Reformen mit

⁷⁶ Die Verfassung von 1982 wurde achtmal verändert (in 1987, 1993, 1995, zwei Mal in 1999, 2001, 2002 und 2004). Die Verfassungsänderung von 2001 betraf 34 Artikel und die in 2004 umfasste 10 Artikel (1995 wurden 15 Artikel verändert) (vgl. Özbudun/Yazıcı 2004).

weitreichenden Folgen, die darauf abzielten, die entsprechende Gesetze an die Verfassungsänderungen anzupassen und damit dem gemeinschaftlichen Besitzstand der EU anzugleichen. Zusätzlich wurden wichtige legislative Reformen durchgeführt, wie u.a. die Einführung eines neuen Bürgerlichen Gesetzbuches, eines Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und des Gesetzes über Vereinigungen (vgl. Özbudun/Gençkaya 2009, Kramer 2004 b). Darauf folgten weitere Schritte mit Verordnungen, Dekreten und Rundschreiben, die erlassen wurden, um die wirksame Umsetzung der Reformen zu gewährleisten (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004).

Die Beschränkung der politischen Machtausübung im Zeichen der Staatsräson in Folge dieses Reformprozesses umfasste drei wesentliche Bereiche. Die Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses auf der rechtlich-institutionellen Ebene erfolgte erstens durch die Einführung der Idee des Schutzes der Grundrechte und -freiheiten, zweitens durch die Anerkennung der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt der Bevölkerung und drittens durch die Neudefinition der Rolle des Militärs. Auf diese soll im Folgenden näher eingegangen werden.⁷⁷

Erstens zielten die politischen Strukturreformen auf die Schaffung eines Rechtssystems ab, das sich auf die Achtung der Grundrechte und -freiheiten gründete. Ein solches System wurde durch die Verfassung von 1982 blockiert, der die Regierungsrationalität der Staatsräson unterlag und der den Schutz des Staates und der Aufrechterhaltung der nationalstaatlichen Ordnung zum Ziel hatte. Die Verfassung von 1982 beinhaltete zwar einen Katalog von Grundrechten, definierte ihren Gültigkeitsbereich aber äußerst restriktiv unter dem Vorbehalt von allgemeinen Gründen der Einschränkung, nämlich dem Schutz der unteilbaren Integrität des Staates mit seinem Hoheitsgebiet und seiner Nation, der nationalen Souveränität, der Republik, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, des Friedens, des öffentlichen Interesses, der öffentlichen Moral und der öffentlichen Gesundheit. Zusätzlich zu diesen allgemeinen Gründen konnten die Grundrechte und -freiheiten auch durch besondere Gründe, die in den entsprechenden Gesetzen angeführt sind, eingeschränkt werden (vgl. Özbudun/Gençkaya 2009). Der Grundrechtskatalog der Verfassung von 1982 war damit eine bloße Äußerung des Staates und keine effektive Realität.

⁷⁷ Einen vierten Bestandteil der strukturellen Reformen stellte die Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, die bis dahin immer noch zentralistisch organisiert war und den Städten, Gemeinden und Provinzen kaum eigenständige Handlungsmöglichkeiten oder Einnahmequellen zur Verfügung stellte, dar. Allerdings erfolgte keine Durchsetzung dieser Umstrukturierung. Im Rahmen dieser Arbeit wird dieser Aspekt nicht analysiert.

Die Verfassungsänderung von 2001 hob die allgemeine Beschränkung der Grundrechte auf und führte im Gegensatz dazu die vollen Grundrechte und -freiheiten als eine allgemeine Begrenzung der politischen Machtausübung ein. Die Verfassung in ihrer veränderten Form erkannte erstens an, dass die Grundrechte über ein vom Staat unabhängiges Wesen, d.h. auf einen nicht auf den Staat reduzierbaren Kern, verfügen, und unterband es dem Staat die Grundrechte in ihrem Wesensgehalt zu verletzen. Zweitens wurde das Prinzip der Proportionalität eingeführt, die bei den Einschränkungen der Grundrechte aus besonderem Anlass berücksichtigt werden muss. Weiterhin wurde in die Verfassung aufgenommen, dass eine Bestimmung der Verfassung weder durch den Staat noch durch Individuen derart interpretiert werden darf, der die verfassungsmäßig geschützten Grundrechte unterbindet. Hierbei wurde anerkannt, dass ein Missbrauch der Grundrechte und -freiheiten nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch durch den Staat verübt werden kann (vgl. ebd.).

Insgesamt wurde durch die Verfassungsänderungen von 2001 und 2004 sowie durch die Harmonisierungspakete und Gesetzesänderungen zwischen 2002 und 2004 in den folgenden Bereichen eine umfassende Reihe von Veränderungen vorgenommen, durch die die individuellen Grundrechte gestärkt wurden: So wurde die Todesstrafe abgeschafft und eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber der Folter eingeführt. Neben der Stärkung des Schutzes des Prinzip der persönlichen Freiheit durch die Kürzung der Dauer in der Untersuchungshaft und die Einführung von staatlicher Entschädigung für Schäden durch rechtswidrige Festnahme oder Verhaftung wurde das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der Privatsphäre, der Wohnung und das Kommunikationsgeheimnis gestärkt. Die Möglichkeit der Beschränkung der Grundrechte bei Gefahr im Verzug durch Verwaltungsbehörden wurde erschwert. Auch wurde die „nationale wirtschaftliche Situation“ als Grund der Verhinderung der Reisefreiheit ins Ausland gestrichen. Der Staat wurde bei seinen Transaktionen zu einer Rechtsbehelfsbelehrung verpflichtet. In Hinblick auf den Schutz der Eigentumsrechte wurde das Prinzip des tatsächlichen Wertes für Entschädigungszahlungen bei Verstaatlichungen eingeführt. Schließlich wurde das Recht auf ein faires Verfahren in der Verfassung festgehalten und damit der Schutz der Menschenrechte gestärkt (vgl. ebd.).

Darüber hinaus wurde die Staatsräson durch die Stärkung der bürgerlichen und politischen Rechte beschränkt. Die Beschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung durch das Strafgesetz, das auf den Schutz des Staates und der nationalstaatlichen Ordnung ausgerichtet war, wurden weitgehend aufgehoben. So sah das bestehende Strafgesetz vor,

gegen Meinungsäußerungen strafrechtlich vorzugehen, wenn eine öffentliche Anstiftung der Bevölkerung zu Feindseligkeit und Hass unter Hinweis auf Unterschiede der sozialen Klasse, Rasse, Konfession oder Religion vorliegt. Die Reformen führten hier das Prinzip der „klaren und gegenwärtigen Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ als Kriterium zur Bestrafung dieser Art von Äußerungen an und stärkten das Recht auf friedliche Meinungsäußerung. Darüber hinaus wurden die Meinungsäußerungen gegen den Staat und seine Institutionen zum Zweck der Kritik im neuen Strafgesetz ausdrücklich von einer strafrechtlichen Verfolgung ausgenommen. Eine strafrechtliche Verfolgung wurde auf Fälle beschränkt, die mit der Absicht der Beleidigung des Staates und seiner Institutionen formuliert wurde. Bezüglich der Pressefreiheit wurden die Möglichkeiten der Sicherheitskräfte hinsichtlich der Beschlagnahmung von gedrucktem Material durch die Einführung der Notwendigkeit eines richterlichen Beschlusses eingegrenzt und der Quellenschutz gestärkt (vgl. ebd.). Obwohl die Reformen in Hinblick auf die Freiheit der Meinungsäußerung noch Spielraum für eine Regierungspraxis nach der Staatsräson ließen, verschoben sie die öffentliche Diskussion vom Verbot der Kritik des Staates zur Kritik des Verbots, d.h. in Richtung einer optimalen Grenzen des Verbots.

Zahlreiche Beschränkungen in der Verfassung von 1982 hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit waren zwar im Jahre 1995 im Vorfeld der Unterzeichnung des Abkommens mit der EU über das Inkrafttreten der Zollunion aufgehoben worden. 2004 wurde ein neues und äußerst liberales Vereinsgesetz verabschiedet, das die Möglichkeit staatlicher Eingriffe in die Tätigkeit von Vereinigungen verringerte. Die Beschränkungen für die Gründung von Vereinigungen auf Grundlage der Zugehörigkeit zu einer Rasse, Volksgruppe, Religion, Sekte, Region oder anderen Minderheitsgruppen und für studentische Vereinigungen sowie die Zusammenarbeit zwischen Parteien und Vereinen wurden beseitigt. Die internationale Zusammenarbeit der Vereinen und Stiftungen wurde liberalisiert. Die allgemeinen Beschränkungen des Rechts auf friedliche Versammlung wurden aufgehoben und die Auflagen für öffentliche Demonstrationen wurden vereinfacht.⁷⁸

Schließlich waren die Reformen daraus ausgerichtet, die Freiheit auszuweiten, um politische Forderungen zu formulieren. Die Verfassung von 1982 und das Parteiengesetz, denen die Regierungstechnologie der Staatsräson zugrunde lag, räumten den politischen Parteien legitimen Zugang zur politischen Machtausübung ein, solange sie die Loyalität

⁷⁸ Zu einer detaillierten Darstellung und Analyse der einzelnen Reformen siehe Özbudun/Gençkaya 2009.

der sozialen Akteuren gegenüber dem Staat sicherstellten und deren Rechte mit Bezug auf die Verteilung der Staatsressourcen vertraten. Die Grundgesetze des Staates, die durch die Staatseliten direkt aus dem Prinzip der Staatsräson abgeleitet werden, in Frage zu stellen, war den politischen Parteien untersagt und wurde mit einem Verbot durch das Verfassungsgericht bestraft. Die Reformmaßnahmen unter der AKP-Regierung setzten an diesem Punkt an und leiteten einen graduellen Prozess ein, um die Schließung von politischen Parteien durch das Verfassungsgericht zu erschweren und die Position der Parteien gegenüber den Staatseliten zu stärken. Nicht die politischen Absichten, sondern die konkrete Tatsache, dass politische Parteien zum Unruheherd für Straftaten geworden sind, wurde als Kriterium zur Schließung eingeführt. So wurde weiterhin bei den Entscheidungen des Verfassungsgerichts zur Schließung einer politischen Partei erstens die Notwendigkeit einer qualifizierten Stimmenmehrheit von drei Fünfteln und zweitens der vollständige oder teilweise Entzug der staatlichen Hilfen als alternative Sanktionsmöglichkeit zur dauerhaften Schließung eingeführt (vgl. ebd.). Allerdings war diese Reform sehr limitiert und ließ dem Verfassungsgericht immer noch einen großen Spielraum. Eine Liberalisierung des Wahlgesetzes, die die 10-Prozent-Hürde für den Eintritt ins Parlament aufheben würde, fand nicht statt.

Der Prozess der Stärkung der Grundrechte und -freiheiten im modernen Sinne umfasste auch die Auflösung der geduldeten Privilegien der sozialen Akteure, die auf den Gewohnheitsrechten basierten und bisher von der politischen Machtausübung nach der Staatsräson toleriert worden waren. Das neue Strafgesetzbuch schaffte in diesem Sinne die Privilegien, die der kurdischen Bevölkerung für die sog. „Ehrenmorde“ eine Strafmilderung zugestanden hatten, ab und führte lebenslange Freiheitsstrafen für solche Angriffe auf das Leben vor, deren Motive „Tradition und Brauchtum“ waren. Ebenfalls wurden die Privilegien des Mannes abgeschafft. Das neue Zivilgesetzbuch etablierte die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie (vgl. Republik Türkei 2004).

Neben der „Europäisierung“ des türkischen Gesetzeswerkes fand die Einführung des internationalen Rechts als eine innere Beschränkung der Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson ihre Fixierung schließlich auch darin, dass ein zunehmender Souveränitätstransfer auf die internationale bzw. europäische Ebene im Bereich der Menschenrechte stattfand. So trat die Türkei ab 1999 innerhalb des Rahmens der UN bzw. des Europarates zahlreichen internationalen Menschenrechtsinstrumenten bei und räumte mit der Verfassungsänderung von 2004 internationalen Übereinkommen im Bereich der

Grundfreiheiten einen Vorrang über das nationale Recht ein (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004).

Die Begrenzung der Machtausübung im Zeichen der Staatsräson erfolgte zweitens durch die Anerkennung der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt. Im Rahmen der Strategie der progressiven EU-Integration wurde ein Wandel der Regierung in Bezug auf die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt der Bevölkerung eingeleitet. Die politische Machtausübung hatte nun mit den kulturellen, ethnischen, religiösen und moralischen Eigenschaften der Menschen zu tun und musste diese Vielfalt von Variablen im Rahmen einer neoliberalen Gesellschaftspolitik regieren. Nur so konnte nach Auffassung der AKP die Integration der türkischen Gesellschaft in die neoliberale Globalisierung gewährleistet werden. Damit war insbesondere eine radikale Neuordnung der Beziehungen zwischen dem Staat und der kurdischen Minderheit verbunden, mit dem Ziel eine Deeskalation des Kurdenkonflikts zu erreichen, der für diejenigen sozialen Akteure, die am Prinzip der Staatsräson festhalten wollten, eine Legitimationsgrundlage lieferte. Die Politik mit Bezug auf die kurdischen Minderheit soll als Beispiel hier stellvertretend für die Minderheitenpolitik der AKP im Zeichen der neoliberalen Regierung diskutiert werden.

Nach der Gründung der Republik hatte sich das Kurdenproblem zunächst als das Problem der mangelnden Integration der kurdischen Stämme in die „türkische Nation“, das kollektive Subjekt-Objekt des Projektes des Nationalstaates, gestellt. Für den Nationalstaat, der der Bevölkerung vorschrieb, wer sie war, existierten die Kurden, die sich weigerten, Bestandteil der Bevölkerung zu sein und das System „in Unordnung“ brachten, gar nicht. Gewöhnlich sicherte die Regierung nach dem Prinzip der Staatsräson die Loyalität der Kurden mit informellen Machtzugeständnissen an Stammesführer ab und reagierte im Extremfall, wenn die Sicherheit des Staats in Gefahr war, mit repressiven Mitteln. Allerdings hatten sich seit 1984 im Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unter der Führung von Abdullah Öcalan, der mehr als 30.000 Menschen das Leben kostete, die Grenzen der klientelistischen und repressiven Instrumenten bemerkbar gemacht.⁷⁹

⁷⁹ Seit den 1970er Jahren führte die Ausbreitung moderner Ideen in den kurdischen Gebieten, die u.a. von neuen sozialen Akteuren wie Studenten, die an Universitäten im westlichen Teil des Landes mit sozialistischen und nationalistischen Ideologien in Kontakt gekommen waren, getragen wurde, dazu, dass die bestehenden Machtverhältnisse zunehmend in Frage gestellt wurden. Insbesondere mit der Gründung der PKK im Jahre 1978 entstand eine kurdische Bewegung, die nun selbst in der Regierungstechnologie der Staatsräson funktionierte. Zusätzlich nahm die Effektivität der Instrumente der Staatsräson insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges aufgrund der gestiegenen externen Einflussnahme auf dieses geopolitisch wichtige Gebiet ab. Schließlich bildete eine weitere Ursache der Krise der Staatsräson die Intensivierung der Transnationalisierung durch einen boomenden legalen und illegalen grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Menschen und Kapital.

Sie führten immer stärker zur Destabilisierung der nationalstaatlichen Ordnung statt zu ihrer Stabilisierung. In diesem Kontext war die EU-Integration das Mittel und das Ziel der Ausbreitung einer neuen Form der Organisation der Beziehungen des Staates mit den Kurden, die bis dahin durch die Dominanz der Staatsräson blockiert wurde. Die EU forderte eine friedliche Lösung des Konflikts und die Anerkennung der kulturellen Rechte der Kurden vor der Aufnahme von Beitrittsgesprächen.

Ein Wandel der Regierungsform mit Blick auf das Kurdenproblem, das nun als ein Problem der Minderheitenschutz wahrgenommen wurde, begann sich bereits nach der Finanzkrise von 2001 im Zuge der Anpassung des rechtlich-institutionellen Rahmens an die Forderungen der EU abzuzeichnen. So wurde durch die Vorgängerregierung der AKP in erster Linie in einem rhetorischen Akt im Rahmen der Verfassungsänderungen von 2001 das Verbot der Verwendung von „gesetzlich verbotenen Sprachen“ aus der Verfassung gestrichen, das durch die Militärregierung (1980-1983) mit dem Zweck, die Nutzung der kurdischen Sprache zu unterbinden, eingeführt worden war.⁸⁰ Darüber hinaus wurden gesetzliche Beschränkungen für Radio- und Fernsehsendungen in „verschiedenen Sprachen und traditionell von türkischen Bürgern in ihrem Alltag gesprochenen Dialekten“ und deren Unterricht in privaten Sprachschulen aufgehoben (vgl. Özbudun/Yazıcı 2004). Weiterhin fand die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdischen Provinzen statt, der bereits seit 1987 herrschte. Schließlich erfolgte mit der Abschaffung der Todesstrafe und der Umwandlung des Todesurteil des PKK-Führers Abdullah Öcalan in eine lebenslange Freiheitsstrafe ein wichtiger Schritt in Richtung einer Deeskalation des Konfliktes (vgl. Kramer 2002 b).⁸¹

Die neue Regierungspraxis der AKP gegenüber den Kurden als einer kulturellen Minderheit nach 2002 beschleunigte die Verschiebung in Richtung einer neoliberalen Regierung. Eine Neuorganisation des Verhältnisses zwischen dem Staat und der kurdischen Minderheit nach dem Prinzip der neoliberalen Regierung bedeutete, die Wahrnehmung des Kurdenproblems als ein Sicherheitsproblem des Staates in Frage zu stellen und sich von der Politik einer Verweigerung der Existenz der Kurden abzuwenden.

⁸⁰ Das dazu entsprechende Gesetz war bereits auf Initiative von Özal 1991 unter seiner Präsidentschaft abgeschafft worden. Nun verschwand die Möglichkeit eines Sprachverbots gänzlich aus der Verfassung.

⁸¹ 2002 wurde die Todesstrafe durch die Ratifizierung des Zusatzprotokoll 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention in Friedenszeiten abgeschafft. 2004 unterzeichnete die AKP-Regierung das Zusatzprotokoll 13 zur Europäischen Menschenrechtskonvention und verpflichtete sich auch in Kriegszeiten auf die Todesstrafe zu verzichten. Mit der Ratifizierung des Protokolls durch das Parlament 2006 wurde die Todesstrafe endgültig „unter allen Umständen“ abgeschafft (vgl. Özbudun/Gençkaya 2009).

Die Regierung begann die Frage nicht mehr als ein Problem der „nationalen Sicherheit“, sondern als ein Problem der kurdischen Minderheit anzugehen, denen die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten durch eine exzessive Machtausübung des Staates verweigert wurden. Erdoğan sprach im Jahr 2005 als erster Regierungschef öffentlich von einem „Kurdenproblem“ und räumte Fehler des Staates im Umgang mit der Minderheit ein (vgl. Güsten 2009). Nach Erdoğan war einerseits die Homogenisierungspolitik des Staates und andererseits der nationalistische Separatismus der PKK für den Kurdenkonflikt verantwortlich. So distanzierte er sich und seine Partei sowohl von den staatlichen Institutionen als auch von den PKK-nahen kurdischen gesellschaftlichen und politischen Akteuren. Erdoğan definierte das Problem auch nicht auf der Grundlage einer bürokratischen Rationalität als ein Problem der sozioökonomischen Unterentwicklung. Er strebte nicht danach, einen staatlichen Plan für die sozioökonomische Entwicklung der Region zu formulieren. Seine Strategie basierte vielmehr auf einer Entstaatlichung der Kurdenpolitik. Damit war einerseits eine rechtliche Anerkennung der kulturellen Rechte der kurdischen Bevölkerung im Rahmen der EU-Reformen und damit eine Abkehr vom Prinzip der Homogenität der Staatsnation im Zeichen der Staatsräson verbunden. Andererseits erwartete Erdoğan davon eine Deeskalation des Konfliktes, die den Weg der Integration der kurdischen Provinzen in die Marktwirtschaft und damit zu einem wirtschaftlichen Aufschwung ebnen würde (vgl. ebd.). Damit bildete die Marktwirtschaft letztendlich das Ziel und das Instrument der neoliberalen Regierung, mit dem die sozialen Probleme der unterentwickelten kurdischen Gebieten gelöst werden sollten.

Im Rahmen ihrer Bemühungen die Bedingungen der EU bezüglich von Minderheiten für einen zügigen Beginn der Beitrittsverhandlungen zu erfüllen, weitete die AKP die Liberalisierung der dazugehörigen Gesetze aus und forcierte gegen die Hürden der Staatsbürokratie die Implementierung von Neuregelungen. Der Freiraum für die kulturelle Entfaltung von Minderheiten, insbesondere der Kurden, begann sich damit zu vergrößern. Die Ausstrahlung von Radio- und Fernsehsendungen auf Kurdisch in den staatlich und privaten Sendern und die Einrichtung von Privatkursen auf Kurdisch wurde im Jahre 2004 möglich. Die Beschränkung der Registrierung von kurdischen Namen wurde aufgehoben. Schließlich herrschte gegenüber der Durchführung von kulturellen Aktivitäten in kurdischer Sprache, wie z.B. den Newroz-Feiern zum Frühjahrsbeginn, mehr Toleranz (vgl. European Commission 2005).

Es war eine große Herausforderung für das neoliberale Projekt in der Türkei die Balance zwischen der Bewahrung der Einheit des Nationalstaates als Garant eines großen Binnenmarktes und den Forderungen der kurdischen Minderheit nach mehr Autonomie herzustellen. In diesem Zusammenhang bekräftigte die AKP-Regierung die Staatsbürgerschaft der Republik als eine politische „Über-Identität“, um die nationalstaatliche Einheit zu gewährleisten. Parallel versuchte sie Raum und Möglichkeiten für die Formulierung von kulturellen, ethnischen und religiösen „Sub-Identitäten“ zu schaffen, die innerhalb der gesellschaftlichen Sphäre frei entfaltet werden konnten. Gleichzeitig erteilte Erdoğan damit dem kurdischen Nationalismus auf der politischen Ebene eine klare Absage (vgl. Güsten 2009). So leitete die Regierung nach 2004 nur halbherzig eine Rückkehrpolitik für die Binnenvertriebenen, eine Entschädigungspolitik für Verluste aus Terroranschlägen und schließlich eine Teilamnestie für PKK Mitglieder ein. Auch die kurdischen Parteien, die weiterhin einer Rationalität der Staatsräson folgten, bekamen relativ wenig Freiraum im Zuge des Reformprozesses. So wurde die nationale 10-Prozenthürde bei den Parlamentswahlen, an der die kurdischen Parteien regelmäßig scheiterten, beibehalten.

Neben der Anerkennung der Grundrechte und der kulturellen Vielfalt war drittens mit der Verschiebung der Regierungsform eine Neudefinition der Rolle des Militärs bei der politischen Machtausübung verbunden. Das „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“ schlug sich in einem Kampf um die Eingrenzung der politischen Rolle des türkischen Militärs nieder, das innerhalb der bestehenden Strukturen rechtlich-institutionell in der Lage war, die Ausbreitung der neuen Regierungsform und den Wandel der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu blockieren. Daher musste die Vorrangstellung der zivilen Regierung, die die aktive Beteiligung der Unternehmensgesellschaft an der Ausübung der politischen Macht gewährleistete, rechtlich-institutionell durchgesetzt werden.

Die politische Rolle des türkischen Militärs war ein Effekt der bis dahin vorherrschenden Machttechnologie der Staatsräson. Das Militär, das seit den 1950er Jahren in die Strukturen und der Praxis der NATO eng integriert war, wurde als Repräsentant des Staates auch vom transatlantischen Regierungsmilieu anerkannt. Es etablierte sich insbesondere nach 1960 in der Funktion, die Integrität des Nationalstaates und seine Westorientierung zu bewahren, ihn zu stärken und ihn wiederherzustellen, wenn er in Gefahr gebracht wurde. Die Offiziere betrachten sich selbst als die „wahren Vertreter“ des

Interesses des Nationalstaates. Dementsprechend waren die Interventionen des Militärs durch sein besonderes Verhältnis zum Staat legitimiert. Wenn der Schutz des Staates es erforderte, war es dem Militär erlaubt, die Verfassung und die Gesetze zu suspendieren. Dieses Selbstverständnis wurde weitgehend auch von den etablierten sozialen und politischen Akteuren und vom transatlantischen Block getragen, die dem Militär das größte Vertrauen unter den politischen Institutionen entgegenbrachten und in ihm den Garant der nationalstaatlichen Souveränität sahen. Nach der Denk- und Handlungsweisen der bis Mitte der 1980er Jahren ländlich dominierten Bevölkerung war die autoritäre Rolle des Militärs nach der Souveränitätslogik legitimiert.

Beginnend mit der Verfassung von 1961 wurde das Militär im Kontext des Kalten Krieges als ein über der Verfassung stehender Akteur aufgebaut. Die Verfassung von 1961 führte die Institution des Nationalen Sicherheitsrates (*Milli Güvenlik Kurulu*, MGK) in das politische System ein, in dem das Militär eine dominante Position innehatte. Das Militär wurde auch zum institutionellen Zentrum der geheimstaatlichen Aktivitäten, die im Zeichen der Staatsräson im Kalten Krieg einen festen Bestandteil der politischen Machtausübung darstellten. Mit der Verfassungsänderung von 1973, die auf die Intervention des Militärs von 1971 folgte, wurde der MGK berechtigt, der Regierung politische Empfehlungen zu geben (vgl. Alpay 2009). Die Verfassung von 1982 und die radikalen Veränderungen im Gesetzeswerk durch das Militärregime zwischen 1980 und 1983, die durch eine Bestimmung in der Verfassung aus der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit ausgenommen und damit über die Verfassung gestellt wurden, erweiterten und verstetigten die Rolle des Militärs als Repräsentanten des Staates. Die Verfassung von 1982 räumte bei allen wichtigen politischen Entscheidungen dem Militär eine bestimmende Position und entsprechende Kompetenzen ein (vgl. Alpay 2009, Cizre-Sakallıoğlu 1997). Sie legte fest, dass die Beschlüsse des MGK vom Ministerrat vorrangig zu beachten seien. Damit bekamen die Entscheidungen des MGK einen – wenn nicht in der Theorie, so doch zumindest in der Praxis – verbindlichen Charakter (vgl. Özbudun/Gençkaya 2009). Darüber hinaus wurde das Generalsekretariat des MGK, dem nur ein hochrangiger Militäroffizier vorstehen konnte, mit breiten exekutiven Befugnissen und Sonderfonds ausgestattet. Weiterhin war das Militär in vielen Verfassungsinstitutionen, wie dem Hochschulrat, vertreten und übte eine Kontrollfunktion aus. Schließlich wurde das Militär aus der Prüfung des Rechnungshofes (*Sayıştay*) und des Hohen Aufsichtsrates (*Yüksek Denetleme Kurulu*) ausgenommen und bekam bei

Personalentscheidungen eine weitgehende Autonomie (vgl. ebd.). Der Kampf gegen den kurdischen Separatismus der PKK und den Islamismus hatte zu einer enormen Stärkung der politischen Rolle des Militärs geführt. „(NSR) gradually extended its authority to cover any issue that could be deemed important in the total war against separatism and the Islamic movement“ (vgl. Keyder 2004: 67). Ende der 1990er Jahren hatte das Militär eine Macht, die während der Militärregierung zwischen 1980-1983 kaum größer war.

Die Krise der Strukturen der Staatsräson Ende der 1990er Jahre führte auch zu einer Transformation des Selbstverständnisses des Militärs. Spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 und dem Wahlsieg der AKP erkannten dominante Fraktionen innerhalb der Militärführung, dass das Militär immer noch innerhalb der Regierungsrationalität der Staatsräson funktionierte und damit Gefahr lief, aus dem Spiel der neoliberalen Globalisierung herausgedrängt zu werden. Es ging dem Militär damit weniger darum, die nationale Souveränität der EU-Mitgliedschaft unterzuordnen oder dem Islamismus der AKP nachzugeben, sondern darum, sich den neuen Regeln der neoliberalen Regierung zu fügen, um Teil der neuen Art und Weise der Regierung zu werden und die eigene Position innerhalb der neuen politischen Strukturen zu stärken, mit dem Ziel die Teilnahme der Türkei an der neoliberalen Globalisierung und damit die indirekt die externe Anerkennung des Staates zu gewährleisten.

Dies beinhaltete eine Verschiebung der Zielsetzung vom Schutz der Integrität des Staates zum Schutz und zur Ausbreitung des Wettbewerbsmarktes und der für dessen Funktionieren notwendig erachteten politischen Stabilität und individuellen Freiheiten. Das Militär unterstützte daher unter dem Befehl des Generalstabschefs Hilmi Özkök, der diese Funktion zwischen 2002 und 2006 innehatte, tiefgreifende Strukturreformen in Hinblick auf die Neudefinition der Rolle des Militärs bei der politischen Machtausübung entsprechend den Prinzipien der neoliberalen Regierung. Dieser Wandel wurde trotz des verbreiteten Misstrauens und des Widerstands unter den Mitgliedern des militärischen Apparates gegenüber der AKP-Regierung vollzogen. Sie betrachteten die das Projekt der Integration der Türkei in die neoliberale Globalisierung unter der Führung der AKP-Regierung als eine Bedrohung ihres eigenen Status' und setzten sich unter dem Vorbehalt des Schutzes der Prinzipien des Nationalstaates für die Aufrechterhaltung der durch die Staatsräson organisierten gesellschaftlichen Machtverhältnisse ein.

Eine Begrenzung der politischen Macht des Militärs erfolgte in erster Linie mit den Verfassungsänderungen von 2001, die den MGK einer grundlegenden Reform

unterworfen. So wurde einerseits der Vizepremierminister und der Justizminister als ständige Mitglieder ins MGK einbezogen, um die Anzahl der Regierungsvertreter im MGK zu erhöhen. Damit wurde die zahlenmäßige Dominanz des Militärs gebrochen und eine Mehrheit von Regierungsvertretern im MGK etabliert. Andererseits wurde der beratende Charakter des MGK bekräftigt, indem die Formulierung „Beschlüsse“ in dem relevanten Artikel 118 durch die Formulierung „die gefassten *beratenden* Beschlüsse“ ersetzt wurde. Schließlich forderte die Verfassung in ihrer geänderten Fassung vom Ministerrat nicht mehr eine „vorrangige Berücksichtigung“, sondern lediglich eine „Bewertung“ der Beschlüsse des MGK (vgl. Özbudun/Gençkaya 2009, European Commission 2003).

Die Begrenzung der politischen Rolle des Militärs wurde unter der AKP-Regierung ab 2002 entschieden fortgesetzt. Mit Veränderungen von Gesetzen und Verordnungen wurden die Kompetenzen, die Funktionsweise und die Struktur des MGK einer grundlegenden Veränderung unterworfen. So wurden die Exekutiv- und Überwachungsaufgaben des Amtes des Generalsekretärs des MGK abgeschafft, das bis dahin ermächtigt war, die Umsetzung jeder Empfehlung des MGK weiterzuverfolgen und dabei über einen uneingeschränkten Zugriff auf nicht geheime und geheime Informationen und Dokumente von Ministerien, öffentlichen Einrichtungen und Organisationen sowie private Rechtspersonen verfügte. Gleichzeitig wurde die Regelung, dass der Posten des Generalsekretärs ausschließlich von Angehörigen des Militärs besetzt werden kann, abgeschafft und die Häufigkeit der Zusammenkünfte des MGK reduziert, in dem von einem monatlichen auf einen zweimonatlichen Rhythmus übergegangen wurde. 2004 wurde als erster Zivilist ein hoher Diplomat auf Vorschlag des Premierministers zum Generalsekretär des MGK ernannt und die Mitarbeiterzahl des Sekretariats des MGK reduziert. Damit wurde die Institution des Generalsekretärs des MGK radikal umstrukturiert und seine Funktion auf die Festsetzung der Tagesordnung der MGK-Treffen reduziert. Weiterhin wurde die zivile Kontrolle über das Militär durch die Erhöhung der Transparenz des Militärbudgets gestärkt, indem einerseits dem Rechnungshof gestattet wurde, die Militär- und Verteidigungsaufgaben zu prüfen, und andererseits die außerbudgetären Fonds des Militärs in den allgemeinen Haushalt integriert wurden. Darüber hinaus wurde die Vertretung des Militärs im Hochschulrat (YÖK) und im Hohen Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) abgeschafft. Schließlich wurde die Zuständigkeit der Militärgerichte für Zivilisten eingrenzt (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004).

Insgesamt erfolgt mit den von der AKP-Regierung im Zeitraum zwischen 2002 und 2004 durchgeführten Reformen ein grundlegender Wandel der politischen Strukturen mit dem Ziel die politische Machtausübung im Zeichen des Wettbewerbsmarktes zu institutionalisieren. Als ein Instrument des „Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt“ wurde damit die Idee des Schutzes der Grundrechte und -freiheiten, die Anerkennung der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt der Bevölkerung als Prinzipien der Begrenzung der Regierung nach der Staatsräson eingeführt und die Neudefinition der Rolle des Militärs forciert. Mit der tiefgreifenden Reform des politischen Systems erreichte die Türkei letztendlich ihr erklärtes Ziel, den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Auf der Grundlage einer positiven Stellungnahme der EU-Kommission hinsichtlich der Reformen des politischen Systems entschieden die Staats- und Regierungschefs der EU am 17. Dezember 2004 in Brüssel Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Am 3. Oktober 2005 wurden schließlich die Beitrittsverhandlungen offiziell begonnen. Auch wenn dieses Ergebnis im Vorfeld in der EU stark umstritten war, so war mit dem Beschluss das Ziel verbunden, zu einer politischen Stabilität in der Türkei beizutragen, um einerseits durch die Integration der Türkei in den globalen Markt zu beschleunigen und andererseits die Sicherheit der europäischen Märkte zu stärken. Damit kann der Prozess der „Europäisierung“ und der „Demokratisierung“ der Türkei als Bestandteil der Strategie der internationalen und transnationalen Akteure gesehen werden, die neoliberale Globalisierung als Organisationsform der Machtverhältnisse auf der Ebene der Weltordnung zu fixieren.

Die Verleihung des Status’ als Beitrittskandidat wurde von den globalen Märkten als ein Beleg von günstigen Rahmenbedingungen für Investitionen in die Türkei wahrgenommen und löste einen starken Transnationalisierungsprozess der türkischen Wirtschaft aus, auf deren Bedingungen und Verlauf im nächsten Schritt näher eingegangen wird. Daran zeigt sich, dass die „Europäisierung“ eine zentrale Bedeutung für die Neuorganisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Türkei nach dem Prinzip des „Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt“ war.

Allerdings zeigte sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2007, dass der Prozess der Konsolidierung der neoliberalen Regierungsform keinem linearen Ablauf folgte, sondern der Erfolg, die Reihenfolge und die Geschwindigkeit des neoliberalen Strukturwandels abhängig von den Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen und politischen Rationalitäten waren. Dies wurde deutlich

bei der Präsidentschaftswahl, bei der es sich um die Besetzung des wichtigsten Amtes im politischen System nach der immer noch gültigen Verfassung von 1982 handelte, das insbesondere seitens der etablierten Staatseliten und ihren Verbündeten als eine symbolische Bastion der Vorherrschaft der Staatsräson gegenüber der AKP und ihrer Art und Weise der neoliberalen Regierung betrachtet wurde.

Tatsächlich zeigte sich der Widerstand der politischen und sozialen Akteure, die am Prinzip der Staatsräson festhalten wollten, an diesem wichtigen Entscheidungspunkt. Die AKP, dessen Kandidat Gül auf die Intervention der Staatseliten hin seine Kandidatur zurückziehen musste, optierte für Neuwahlen. Sie gewann die vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli 2007 mit einem Stimmenanteil von 46 Prozent – ein im Vergleich zu den Wahlen von 2002 um 12 Prozent verbessertes Wahlergebnis. Gül wurde im Anschluss an den Wahlerfolg im August 2007 vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt (vgl. Hale/Özbudun 2010). Damit war das neoliberale Projekt unter der Führung der AKP-Regierung abgesichert und ein wesentlicher Widerstand innerhalb der politischen Strukturen gebrochen worden.

6.3 Die neoliberale Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und die Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft

Im Wechselspiel mit der Neustrukturierung des rechtlich-institutionellen Rahmens der politischen Machtausübung, fand die Etablierung einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung als eine zweite konkrete Regierungsweise der neoliberalen Regierungstechnologie statt. Im Folgenden wird daher die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik unter der AKP-Regierung von 2002 bis 2007 als zweiter Aspekt ihrer Regierungspraxis vor dem Hintergrund der gescheiterten Reformversuche der bisherigen Koalitionsregierungen seit Mitte der 1990er Jahre untersucht.

Als Instrument der neoliberalen Regierung wurde die neue Wirtschaftspolitik als die Summe von politischen Interventionen verstanden, um einerseits den Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsprozess durchzusetzen und andererseits seine Rolle mit Bezug auf den Wettbewerbsmarkt in Form der Etablierung eines rechtlich-institutionellen Rahmens neu zu bestimmen. Damit wurde das Ziel der Wirtschaftspolitik neu definiert: als Gewährleistung der vollen Integration der Türkei in den Weltmarkt einschließlich der Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft durch die Öffnung des türkischen Marktes für ausländische Direktinvestitionen (ADI). Die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik

umfasste insbesondere die Förderung des Privateigentums bzw. des Privatsektors als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, u.a. durch eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik, eine Umstrukturierung des Finanzsektors und eine Privatisierung von Staatsbetrieben und staatlichen Monopolen im Bereich der Infrastruktur wie der Telekommunikation, dem Verkehr und der Energie. Parallel dazu fand die Etablierung von unabhängigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden statt, die ordnungspolitische Funktionen gegenüber den liberalisierten Märkten wahrnehmen sollten und damit die institutionelle Verankerung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in der Türkei darstellten.

Es ist dabei zu betonen, dass einzelne Elemente dieser wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik bereits vor dem Regierungsantritt der AKP Eingang in den türkischen Kontext gefunden hatten. So wurden in den 1990er Jahren neoliberale Strukturreformen zur Neudefinition der Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess und zur Etablierung einer Wettbewerbsordnung, die über die Liberalisierung und Außenöffnung der Märkte hinaus gingen, zu obligatorischen Richtlinien der IWF-Programme in den sog. aufstrebenden Märkten und zu einem Hauptkriterium der EU-Erweiterung. Gleichzeitig stieg in Folge der weltweiten Verflechtung der Finanzmärkte die disziplinierende Macht der globalen Finanzmärkte. Die Weichen der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in der Türkei wurden daher bereits ab Mitte der 1990er Jahren mit der dreifachen Konditionalität der Stabilisierungsprogramme des IWF (1998, 1999), der Zollunion mit der EU (1996) und der zunehmenden Integration des Landes in die globale Finanzmärkte gestellt.

Bereits nach der Finanzkrise von 1994 und im Zuge des Inkrafttretens der Zollunion mit der EU zu Beginn des Jahres 1996 war die Notwendigkeit, wettbewerbsorientierte Reformmaßnahmen durchzuführen, erheblich gestiegen. So setzte die Zollunion mit der EU – u.a. durch die Übernahme des Außenzolltarifs der EU – einerseits den türkischen Markt einem starken Wettbewerb aus, der eine Umorientierung der türkischen Wirtschaft an globalen Produktivitätsgesichtspunkten unumgänglich machte. Andererseits forderte das Abkommen über die Zollunion von der Türkei die Angleichung der rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen an die der EU, die auf die Wirtschaft regulierend wirken sollten. In diesem Zusammenhang wurde 1994 ein Wettbewerbschutzgesetz verabschiedet, das die Gründung einer unabhängigen Wettbewerbsbehörde vorsah (vgl. Mumcu/Zenginobuz 2001).

Eine umfassende wirtschaftspolitische Reformagenda wurde unter der Yılmaz-Regierung (1997-1999) im Jahre 1998 nach dem Sturz des politischen Islams formuliert. In enger

Absprache mit dem IWF verpflichtete sich die Yılmaz-Regierung ein Anti-Inflations-Programm durchzuführen, um die galoppierende Inflation und die hohe Staatsverschuldung unter Kontrolle zu bekommen. Das Programm stütze sich auf die Sanierung des staatlichen Haushaltes durch die Begrenzung der politisch motivierten Stimulierung der Wirtschaft, die u.a. durch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die Beschleunigung der Privatisierung und eine stufenweise Senkung der landwirtschaftlichen Subventionen unterstützt werden sollte. Aufgrund der Fortsetzung der klientelistischen Politik durch die Koalitionsparteien und der globalen Kreditverknappung nach der Russlandkrise 1998 scheiterte allerdings das Programm.

Eine noch umfassendere Reforminitiative wurde durch die Ecevit-Regierung (1999-2002) im Jahre 1999 gestartet. Die Regierung verpflichtete sich im Rahmen eines dreijährigen Beistandsabkommens mit dem IWF ein Anti-Inflations- und Strukturanpassungsprogramm durchzuführen, das durch den Fonds programmatisch gestaltet und in einem starken Maße finanziell unterstützt wurde. Das Programm sah nicht nur die Sanierung des Haushalts vor, sondern beinhaltete auch wesentliche Strukturreformen in Hinblick auf die Neudefinition der Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess. Dazu stellte die EU-Kommission fest: „Die Reformagenda erstreckt(e) sich praktisch auf alle Schlüsselbereiche: öffentliche Finanzen, öffentliche Verwaltung, Privatisierung von Staatsunternehmen, Bankwesen, Agrarsektor und Sozialversicherungssystem“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000: 25). Die Effektivität des anti-monopolistischen Rahmens konnte 1999 im Rahmen einer Änderung des Wettbewerbschutzgesetzes, das höhere Strafen für Verstöße vorsah, gewährleistet werden. 1999 fand entgegen dem massiven Widerstand der Gewerkschaften und nach langen Diskussionen auch eine Reform des Rentensystems zur Erhöhung des Renteneintrittsalters mit dem Ziel statt, die öffentlichen Finanzen zu entlasten. Weiterhin wurde die Unabhängigkeit der Zentralbank verstärkt und eine unabhängige Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für das Bankenwesen (*Bankacılık Düzenleme ve Denetleme Kurumu*, BDDK) gegründet. Schließlich wurde, um ausländische Investitionen zu erleichtern, im Jahr 2000 die Möglichkeit der Inanspruchnahme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in die türkische Gesetzgebung eingeführt – trotz des Widerstandes im Parlament, der mit den Argumenten der Abgabe der nationalen Souveränität und der stärkeren Abhängigkeit vom Ausland begründet wurde (vgl. Schönbohm 2000 b). Eine konsequente Orientierung der Türkei hin zum globalen Wettbewerbsmarkt blieb jedoch, bedingt durch „das Fehlen eines dauerhaften Konsenses der wichtigsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen

Kräfte über die zu verfolgende wirtschaftliche Strategie“, bis in die Zeit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2001 weitgehend aus (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998: 31f.).

Die Durchsetzung einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik in der Türkei entsprechend den zentralen Konditionen der internationalen Finanzinstitutionen und den Anforderungen der EU erfolgte erst nach der Krise von 2001. Die finanzielle Unterstützung und die damit verbundene Rettung des Landes aus der Schuldenfalle wurde seitens der externen Akteure von der Formulierung und Umsetzung eines tiefgreifenden neoliberalen Reformprogramms abhängig gemacht. Diese Forderung fand seine entsprechende Antwort in dem „Programm Übergang zu einer starken Wirtschaft“ (*Güçlü Ekonomiye Geçiş Programı*, GEGP) von Kemal Derviş, der durch die Ecevit-Regierung als Retter in der Not von seiner Position des Vize-Präsidenten bei der Weltbank in die Türkei geholt und zum Staatsminister für Wirtschaft mit außerordentlichen Kompetenzen ernannt worden war. Auf der Grundlage dieses Programms schloss die Ecevit-Regierung 2002 ein dreijähriges Beistandabkommen mit einer Unterstützung des IWF in der Höhe von 16 Milliarden US-Dollar ab. Unter Derviş' technokratischer Führung vom Frühjahr 2001 bis zum endgültigen Fall der Koalitionsregierung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im November 2002 erfolgte eine tiefgreifende Reform zur Etablierung eines Wettbewerbsmarktes in der Türkei (vgl. Kramer 2003, Schulz 2004).

Das „Programm Übergang zu einer starken Wirtschaft“ von Derviş, dessen Anforderungen in einem Eiltempo vom Parlament angenommen wurden, beinhaltete in erster Linie die Befreiung der Preisstruktur von den Verzerrungen, die aufgrund der sozialpolitisch bzw. klientelistisch motivierten Subventionierung einzelner Preise durch den Staat entstanden waren. Weitere Maßnahmen umfassten eine zügige und umfassende Privatisierung von staatlichen Unternehmen und die Etablierung der dafür notwendigen Rechtsordnung, die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Konsolidierung des türkischen Bankensektors unter Aufsicht der unabhängigen Regulierungsbehörde BDDK einschließlich der Sanierung und Privatisierung der Staatsbanken. Darüber hinaus sah das Programm eine umfassende Deregulierung des Telekommunikations-, des Energie- und des Agrarsektors vor. Die Neustrukturierung der liberalisierten Sektoren basierte darauf, dass die Eigentums- bzw. Betriebsrechte der Privatwirtschaft und die routinemäßigen Regulierungs- und Überwachungsfunktionen den neugegründeten, von der Regierung unabhängigen technokratischen sektoralen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden übertragen wurden,

während die Regierung sich um die Gestaltung der makroökonomischen Politik kümmerte. Damit sollte ein neuer rechtlich-institutioneller Rahmen für umfangreiche Privatisierungen in diesen Schlüsselsektoren geschaffen werden, die bis dahin durch staatliche Monopole geprägt waren. Auch die Märkte für landwirtschaftliche Produkte, wie z.B. Tabak und alkoholische Getränke und Zucker, sollten liberalisiert und unter die Regulierung und Überwachung von unabhängigen Behörden gestellt werden. Gleichzeitig sah das Programm die Ersetzung des Systems der Subventionierung der Agrarpreise durch eine neue Politik der direkten Einkommenshilfe für die Bauern zur Armutsbekämpfung vor (vgl. Derviş 2001). Die Verabschiedung der notwendigen Gesetze im Parlament und die Umsetzung der Reformmaßnahmen unterlag der engen Prüfung durch den IWF, der die Freigabe von Kredittranchen davon abhängig gemacht hatte.

Bereits vor den Parlamentswahlen von 2002 hatte die AKP-Führung ihre Entschlossenheit erklärt, das unter starkem externen Drucks des IWF und der Weltbank beschlossene Umstrukturierungsprogramm fortzusetzen (vgl. Patton 2006). Die AKP-Regierung machte sich nach ihrem Wahlsieg die Grundsätze des neoliberalen Reformprogramms von Derviş bereitwillig zueigen – im Gegensatz zu ihrer Vorgängerregierung, die eine von außen aufgezwungene Reformpolitik nur zögerlich anging – und vereinbarte 2003 mit dem IWF die Fortsetzung des Beistandsabkommens auf der Basis des bereits vereinbarten Programms. In ihrer Absichtserklärung zur Fortsetzung des Programms bestätigte die AKP-Führung dem IWF:

The objective of our Government is to unleash Turkey's development potential by providing a stable macroeconomic environment and implementing fundamental structural reforms. The Government's main goals are disinflation, debt reduction, and lasting rapid growth. (Government of Turkey 2003: 1)

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Abkommens von 2003 entschied sich die AKP, die Beziehungen mit dem IWF weiterzuführen und handelte im Jahr 2005 mit dem IWF ein neues dreijähriges Beistandsabkommen aus. Mit diesem Schritt verpflichtete die Regierung sich zur Verlängerung des Stabilisierungskurses und der strukturellen Anpassung entlang der Richtlinien und unter der Überwachung des IWF bis zum Jahr 2008. Die AKP knüpfte damit an vorangegangene wirtschaftspolitische Reformbemühungen an, die allerdings bis dahin nicht vollständig umgesetzt worden waren.

Im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen waren Maßnahmen zur Liberalisierung von Märkten und die ordnungs- und strukturpolitischen Interventionen unter der AKP-Regierung durch ihre strategische Ausrichtung gekennzeichnet. Die AKP verstand sie nicht als Machtzugeständnisse an externe Akteure zur Stabilisierung einer nach dem Prinzip der Staatsräson funktionierenden Gesellschaftsordnung, sondern sie dienten dazu, in der Türkei selbst eine nach dem Prinzip des Wettbewerbsmarktes organisierte gesellschaftliche Ordnung zu etablieren und die nachhaltige Integration der türkischen Gesellschaft in die neoliberale Globalisierung zu gewährleisten. Dabei zögerte die AKP-Regierung auch nicht, in Auseinandersetzung mit dem IWF eigene programmatische Akzente zu setzen, die ihrer Meinung nach die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Türkei besser berücksichtigten.

In diesem Sinne diente das Verwalten der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die AKP-Regierung nach 2002 nicht allein dem Zweck der Wiederherstellung der vor der Krise bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, denen die Staatsräson unterlag. Es handelte sich dabei auch nicht um einen Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Sphäre – abgeleitet aus einer liberalen Gegenüberstellung von Markt und Staat. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stand vielmehr eine Neudefinition der Rolle des Staates im Prozess der Verschiebung des Organisationsprinzips der gesellschaftlichen Machtverhältnisse vom Staat zum Wettbewerbsmarkt. Die vielfältigen staatlichen Interventionen waren damit Ausdruck der Durchsetzung der neoliberalen Regierungsform.

Zentrale Voraussetzung für die Durchsetzung der neoliberalen Regierungspraxis war dabei, dass es der AKP gelang, ihre Wirtschaftspolitik auf einer breiten Koalition von gesellschaftlichen Akteuren aufzubauen. Einerseits gewann sie mit ihrer Absage an eine isolationistische und klientelistische Politik und aufgrund ihrer Bereitschaft mit dem IWF zu kooperieren die Unterstützung der etablierten türkischen Bourgeoisie (TÜSIAD), die bereits seit Mitte der 1990er Jahre eine neoliberale Form der Regierung befürwortete. Andererseits repräsentierte sie die Interessen der neuen Unternehmerschichten aus der anatolischen Provinz (MÜSIAD) die sich nicht mehr am Staat, sondern vielmehr am Markt orientierten und eine neue Wirtschaftspolitik nachfragten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und ihnen neue Märkte eröffnen würde. Wegweisend für diese aufsteigende und fromme neue Mittelschicht war dabei die weite Ausbreitung einer neuen Denkweise, nach der das wirtschaftliche Handeln von Muslimen und in dessen Kontext der ökonomische Gewinn nicht etwas religiös Verwerfliches, sondern eine soziale Verantwortung jedes

Muslims darstellte (vgl. ESI 2005). Trotz ihrer Differenzen waren beide Gruppen davon überzeugt, dass eine Abkehr von der Wirtschaftspolitik, die bisher dem Prinzip der Staatsräson folgte, unabdingbar war, um die Wachstumspotentiale, die sie anstrebten, zu realisieren. Darüber hinaus schaffte es die AKP, auch die breite Masse der städtischen Mittel- und Unterschichten für das neoliberale Projekt zu gewinnen. Dafür war neben ihrem Anti-Korruptions-Image die effiziente, bürgernahe und effektive Arbeit der RP-Stadtverwaltungen, auf deren Erfolge die AKP unter der Führung von Erdoğan aufbauen konnte, ausschlaggebend. Damit verkörperte die AKP-Wirtschaftspolitik nicht eine durch die Repräsentanten des Staates „von oben“ durchgesetzte Reform nach der Staatsräson, wie es die Einführung der neoliberalen Modells durch Turgut Özal unter dem Militärregime 20 Jahre zuvor gewesen war, sondern sie stützte sich auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren, die die wirtschaftspolitische Ausrichtung der AKP befürworteten und nach ihr verlangten.

Die wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik unter der AKP-Regierung verfolgte drei zentrale Ziele. An erster Stelle stand die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte, um das Funktionieren des Preismechanismus zu gewährleisten und die türkische Wirtschaft krisenfest zu machen. Die makroökonomische Stabilisierung mit den Zielen der Senkung der Inflationsrate und des Schuldenabbaus unterstützt durch eine radikale Sparpolitik des Staates und eine monetaristische Geldpolitik wurde als eine notwendige Voraussetzung für eine umfassende Strategie zur Vorbereitung der türkischen Wirtschaft und ihrer Akteure für den freien Wettbewerb und ein nachhaltiges Wachstum gesehen. Zweitens zielte die Wirtschaftspolitik der AKP auf eine Politik der strukturellen Reformen und der industriellen Modernisierung ab, um die Schwächen und Unzulänglichkeiten in den Faktor- und Produktmärkten zu korrigieren und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft in Anbetracht der globalen Integration der Märkte zu gewährleisten. Insbesondere die Umgestaltung des Finanzsektors und die Privatisierung und die Liberalisierung der Märkte sollten den Boden für ein von der Privatwirtschaft getragenes Wachstum bereiten. Schließlich war die Stärkung der zukünftigen Position und Rolle der Türkei innerhalb der neoliberalen Globalisierung - einschließlich des EU-Integrationsprozesses - das ultimative Ziel. Entlang dieser Reihenfolge, der makroökonomischen Stabilisierung, der Strukturreformen und der vollständigen Integration der Türkei in den europäischen bzw. globalen Markt, verfolgte

die neu gewählte AKP-Regierung die Neuorientierung ihrer Wirtschaftspolitik (vgl. Schultz 2004).

Das mit dem IWF 2003 vereinbarte Programm stützte sich im Wesentlichen auf drei Säulen. Die Haushaltsdisziplin war die Grundsäule des Wirtschaftsprogramms. Dafür wurde mit dem IWF eine äußerst restriktive Finanzpolitik mit Primärhaushaltsüberschüssen in der Höhe von 6,5 Prozent des BIP für 2002-2003 und 5 Prozent des BIP für 2004-2008 vereinbart. Die zweite Säule machte die enge, restriktive Geldpolitik mit dem exklusiven Ziel der Eindämmung der Inflation aus. Als neues Instrument zur Kontrolle des Geldwertes wurde die formale Vorgabe eines Inflationsziels und dessen Überwachung durch eine unabhängige Zentralbank eingerichtet. Diese beiden Säulen, eine strikte Sparpolitik und eine restriktive Geldpolitik, sollten den Inflationsdruck verringern und den globalen Finanzmärkten ein deutliches Signal geben, dass die Türkei entschlossen ist, den Reformprozess fortzusetzen. Die dritte Säule bildeten die Strukturreformen, einschließlich der Neustrukturierung und Regulierung des Bankensektors und der Umstellung der Unternehmen des öffentlichen Sektors, u.a. durch Privatisierungen (vgl. ebd.).

Bei der Gestaltung ihrer Haushaltspolitik folgte die AKP-Führung nicht einem technokratischen Zugang mit radikalen Einsparungen in allen relevanten Bereichen. Denn die Bildung und Erhaltung einer politischen Mehrheit für das neoliberale Projekt stand stets im Vordergrund ihrer Wirtschaftspolitik. Daher respektierte sie die externen Beschränkungen und die dominierende Rolle der externen Akteure, vor allem der EU und des IWF, ohne dabei allerdings die eigenen gesellschaftlichen Interessen und Kosten zu ignorieren. So beschloss sie trotz Meinungsunterschieden mit dem IWF nach ihrer Machtübernahme erstmals eine Erhöhung der Pensionen und der Löhne im öffentlichen Sektor, um die negativen Auswirkungen der galoppierenden Inflation auf die Mittelschichten zu begrenzen. Darüber hinaus leitete sie ein umfangreiches Investitionsprogramm für die Modernisierung des Landstraßennetzes ein, das durch die geringen Qualitätsanforderungen der Projekte insbesondere für mittelständische Bauunternehmer aus den Provinzstädten Anatoliens zugeschnitten war und gleichzeitig eine Maßnahme zur Senkung der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen darstellte. Schließlich führte sie eine Steueramnestie durch, die auf eine indirekte Subventionierung des Realsektors abzielte (vgl. Patton 2006). Die Haushaltspolitik der AKP, die allgemein einer neoliberalen Disziplin folgte, war damit an bestimmten Stellen expansiv genug für die Verbesserung der Infrastruktur und für eine Ausweitung des Systems der sozialen

Sicherheit, mit dem Ziel die Integration der Gesellschaft in den Wettbewerbsmarkt und die Schaffung der Binnennachfrage zu beschleunigen.

Obwohl die AKP-Regierung von ihren Gegnern dafür kritisiert wurde, mit derartigen Maßnahmen ihre eigene Klientel bedienen zu wollen, und sich dieser Eindruck nur schwer widerlegen lässt, so kann auch argumentiert werden, dass es der AKP in einem weitgefassten Sinn darum ging, den inländischen Marktteilnehmern gegenüber den negativen Folgen des externen Schocks der Kapitalflucht von 2001 eine minimale Unterstützung zu bieten, die nicht, wie die dominanten Holdinggesellschaften, Monopol- bzw. Oligopolstellung auf dem Markt innehatten. Schließlich diente diese Politik langfristig zur Schaffung von mehr Wettbewerb zwischen den Unternehmen.

Die AKP-Führung war davon überzeugt, diese einzelnen expansionistischen Maßnahmen durchführen zu können, ohne von der insgesamt restriktiven Fiskalpolitik und vom Programmziel eines Primärüberschusses im öffentlichen Sektor von 6,5 Prozent des BIP abzukommen. Einsparungen wurden vor allem durch die Eingrenzung der klientelistischen Praktiken und damit der massiven Verschwendung von Ressourcen durch die Korruption, wie sie unter der Vorgängerregierung weit verbreitet war, erzielt werden (vgl. Öniş 2006 a). Im Januar 2003 verabschiedete die Regierung einen „dringenden Aktionsplan“ zur Stärkung der Korruptionsbekämpfung und zur Modernisierung der Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung und der Regierung. Neben der Verringerung der Anzahl der Ministerien von 36 auf 23 waren Maßnahmen, wie z.B. die Beschleunigung der Ratifikation der Zivil- und Strafrechtsübereinkommen des Europarates über Korruption, ein Gesetz über die Information der Öffentlichkeit zur Stärkung der Transparenz des öffentlichen Lebens und ein Verhaltenskodex für den öffentlichen Dienst Teil dieses Plans. In diesem Zusammenhang wurden auch die vorhandenen staatlichen Investitionsprogramme gestrafft und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst beschränkt. Für die kommenden Jahre wurde eine strenge Lohnpolitik angekündigt. Darüber hinaus erhöhte die Regierung die Konsumsteuern auf Alkohol, Tabakwaren sowie Autos. Außerdem führte sie, um die Einkommensseite des Budgets zu stärken, eine Vermögensteuer ein. Auch die oben erwähnte Steueramnestie führte zu einem Zufluss von Teilen der ausständigen Steuerschulden (vgl. European Commission 2003).

Die zweite Säule der Wirtschaftspolitik bildete die restriktive Geldpolitik der Zentralbank mit dem alleinigen Ziel der Inflationsbekämpfung. Mit der Veränderung des Zentralbankgesetzes im Jahre 2001 wurde das Hauptziel der Zentralbank ausdrücklich als

die Gewährleistung der Preisstabilität festgelegt. Damit wurde der Zentralbank gleichzeitig auch eine vollständige Autonomie hinsichtlich der anzuwendenden geldpolitischen Mittel gewährt, um das Ziel der Gewährleistung der Preisstabilität zu erreichen. Der Zentralbank wurde die Unterstützung der Wachstums- und Beschäftigungspolitik der Regierung nur erlaubt, solange sie damit nicht das Ziel der Gewährleistung der Preisstabilität gefährdet.⁸² Damit war die Unabhängigkeit der türkischen Zentralbank rechtlich weitgehend gewährleistet und die direkte Finanzierung des Staates durch die Zentralbank, die zuvor stark ausgenutzt worden war, unterbunden.

Nach der Finanzkrise 2001 hatte die Zentralbank die Wechselkurse frei gelassen und eine Hochzinspolitik eingeleitet, um die Inflation zu bekämpfen. Die hohen Zinssätze führten im Kontext der globalen Liquidität zu einem steigenden Zustrom von kurzfristigem spekulativen Kapital in die Türkei. Dies hatte eine starke und anhaltende Aufwertung des Wechselkurses der türkischen Lira nach 2003 zur Folge. Dadurch verbilligten sich die Preise für importierte Güter mit positiven Auswirkungen auf die Preisentwicklung und die Inflationserwartung. Damit trugen neben der restriktiven Fiskalpolitik die hohen Zinssätze und die drastische Aufwertung der türkischen Lira wesentlich zum Ziel der Inflationsbekämpfung bei.

Während die türkischen Privatbanken, die sich im Besitz der etablierten Wirtschaftseliten (TÜSIAD) befanden, über ein sehr großes Portfolio an Staatspapieren verfügten und von der Hochzinspolitik der Zentralbank profitierten, litten insbesondere die exportorientierten mittelständischen Unternehmer unter der Aufwertung der türkischen Lira (vgl. Öniş 2006 a). Obwohl die AKP, zu deren Wählern insbesondere auch die mittelständischen Unternehmer aus der anatolischen Provinz gehörten, öffentlich die Politik der Zentralbank kritisierte, unternahm sie keine Schritte die Unabhängigkeit der Zentralbank einzuschränken. Vielmehr ließ die AKP den Marktmechanismus frei funktionieren. Die Aufwertung der türkischen Lira hatte dabei auch den Effekt, dass durch den Rückgang der Preise der importierten Kapitalgüter in einheimischer Währung die dringend notwendigen Modernisierungsinvestitionen günstiger wurden. Damit profitierten vom freien Markt gerade diejenigen Sektoren und Unternehmen, die unter den neuen Bedingungen wettbewerbsfähig produzieren konnten und in die Lage versetzt worden waren, sich in die internationalen Produktionsnetzwerke integrieren zu können. Um das Vertrauen der inländischen Sparer und der Finanzmärkte in die türkische Währung zu stärken und die

⁸² Vgl. Türkische Zentralbank, <http://www.tcmb.gov.tr> (Zugriff: 05.01.2011).

Entschlossenheit der Regierung im Kampf gegen die hohe Inflation zeigen, kündigte die AKP-Führung knapp ein Jahr nach ihrer Regierungsübernahme Ende 2003 an, Anfang 2005 eine Währungsreform durchzuführen, um sechs Nullen aus der Währung zu streichen. Am 1. Januar 2005 wurde die „neue türkische Lira“ eingeführt (vgl. Castello-Branco 2007).

Die dritte Säule der neuen Wirtschaftspolitik bestand in einer tiefgreifenden Strukturreform, die insbesondere durch die Einführung des Prinzips der Freiheit von ausländischen Investitionen, die Umstrukturierung des Finanzsektors und eine umfangreiche Privatisierungspolitik gekennzeichnet war.

Die Politik der Etablierung der wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung und der Stärkung der Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft umfasste in erster Linie die Öffnung des türkischen Marktes für ausländische Investitionen und die Stärkung der Türkei als globalem Investitionsstandort. Im Zentrum dieser Anstrengungen lag die Schaffung von neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen. Mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über ausländische Direktinvestitionen im Jahre 2003 wurden ausländische Unternehmen rechtlich den inländischen gleichgestellt. Damit wurde das bürokratisch überladene und entmutigende Regelwerk des alten Gesetzes vom 1954 außer Kraft gesetzt und die bürokratischen Anforderungen und Bedingungen für ausländische Investoren enorm vereinfacht. Dabei wurde insbesondere die Möglichkeit der Verstaatlichung bzw. der Enteignung eingeschränkt und die Anforderungen nach finanziellen Sicherheitsleistungen für den Marktzutritt abgeschafft. Schließlich wurden die Bedingungen einer möglichen Entschädigung aufgrund des öffentlichen Interesses an internationale Standards angepasst und Erleichterungen hinsichtlich der Gewährung von Arbeitserlaubnissen für ausländische Mitarbeiter eingeführt.⁸³ Mit dem neuen rechtlichen Rahmen und der politischen Strukturwandel, die durch die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen 2005 in einem starken Maße auch extern bestätigt worden war, waren damit die Grundlage für eine Verstärkung des Zuflusses von ADI in die Türkei gelegt worden. 2006 fand eine umfangreiche Steuerreform statt. Ziel war es, die Türkei als Investitionsstandort für ausländische Investitionen attraktiver zu machen. Sie umfasste eine kräftige Senkung der Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne von 30 Prozent auf 20 Prozent (bereits 2004 war eine Senkung von 35 auf 30 Prozent vollzogen worden) und

⁸³ Vgl. The Republic of Turkey Prime Ministry Investment Support and Promotion Agency (ISPAT), <http://www.invest.gov.tr/en-US/investmentguide/investorsguide/pages/FDIinTurkey.aspx> (Zugriff: 05.01.2011).

eine gleichzeitige Reduzierung der Lohnsteuer um fünf Prozent (vgl. OECD 2006). Von der Senkung der Lohnsteuer profitierten insbesondere die Bezieher geringer Einkommen. Mit der Steuerreform zielte die Regierung darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der in der Türkei operierenden Firmen zu erhöhen und positive Zeichen für internationale Investoren zu setzen.

Die Umstrukturierung des Finanzsektors war ein weiterer Bestandteil der neoliberalen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Der türkische Bankensektor hatte sich in den 1990er Jahren vor allem auf die Finanzierung der Staatsverschuldung konzentriert. Gleichzeitig wurden die staatlichen Banken für eine billige Finanzierung der staatlichen Unternehmen bzw. von klientelistischen Maßnahmen instrumentalisiert, während die etablierten Privatbanken, die meistens organisch mit einer Holding-Gesellschaften der Großbourgeoisie verbunden waren, als günstige Finanzquelle der konzerneigenen Firmen dienten. Zusätzlich entstand aufgrund politisch motivierter Privatisierungen bzw. Lizenzvergabe eine Gruppe von Privatbankiers, die ihre Banken für die Finanzierung von korrupten klientelistischen Aktivitäten und zur persönlichen Bereicherung missbrauchten. Der Bankensektor konnte dabei nur durch die lukrative Staatsverschuldung seine Rentabilität behalten.⁸⁴ Die Instrumentalisierung und Ausbeutung von Banken konnte nach dem bestehenden Bankenregulierungsgesetz von 1985 nicht sanktioniert werden, da es keine von der Regierung unabhängige, autonome Bankenaufsicht vorsah. Innerhalb der bestehenden rechtlichen Strukturen hatten die schwachen Koalitionsregierungen keinen Anreiz in die Geschäftsführung einer Bank einzugreifen, wenn sie - im Falle einer Staatsbank - allein die Ursache ihrer Defizite waren, bzw. - im Falle einer Privatbank - in einer klientelistischen Verbindung mit dem jeweiligen Unternehmer standen. Damit spielten die türkischen Banken nur in einem sehr beschränkten Umfang eine Funktion zur Kanalisierung vom Kapital zum Privatsektor nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Mit der zunehmenden Verschuldung des Staates wuchs auch der Bankensektor und damit das Risiko einer Liquiditätskrise aufgrund eines Vertrauensverlustes der globalen Finanzmärkte. Mit dem Ausbruch der Kapitalflucht im Februar 2001 versagte schließlich das ganze Bankensystem automatisch (vgl. Alper/Öniş 2002).

Nach der Finanzkrise 2001 fand eine Sanierung und tief greifende Umstrukturierung des Bankensektors statt, die sowohl die Staatsbanken als auch die Privatbanken umfasste, mit

⁸⁴ Die Staatsbanken als auch die Privatbanken erwirtschafteten ihre Gewinne hauptsächlich durch das Arbitrage- und Anlagegeschäft mit öffentlichen Schuldtiteln mit Mitteln, die sie in Form von kurzfristigen Krediten international beschafften.

dem Ziel, durch die Interventionen des „Regierens für und durch den Wettbewerbsmarkt“ einen starken Finanzsektor einschließlich des notwendigen Rechtsrahmens und der ordnungspolitischen Aufsicht zu etablieren und ihn auf die Finanzierung des Privatsektors nach marktwirtschaftlichen Kriterien auszurichten. Der Finanzsektor wurde dabei als eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Wettbewerbsmarktes und des nachhaltigen Wirtschaftswachstums betrachtet.

Bereits im Rahmen des Reformprogramms von 1999 hatte der IWF ein umfangreiches Vorgehen in Richtung einer neoliberalen Umstrukturierung des türkischen Bankensektors einschließlich einer Sanierung und anschließenden Privatisierung der Staatsbanken gefordert. Daraufhin wurde zwar mit dem Bankengesetzes von 1999 ein neuer Rechtsrahmen geschaffen und die BDDK als eine technokratische Regulierungs- und Aufsichtsbehörde gegründet sowie einige der illiquiden Privatbanken unter Zwangsverwaltung genommen. Allerdings blieb eine radikale Umstrukturierung des Bankensektors aus. Die Bankenregulierungs- und Aufsichtsbehörde gewann erst nach der Finanzkrise von 2001 ihre vollständige Funktionsfähigkeit und begann ihre Aufgaben, die zuvor beim Finanzministerium und bei der Zentralbank lagen, autonom wahrzunehmen. Infolge der strengeren Überwachung sowie strengerer Aufsichtsstandards wurden in erster Linie die Staatsbanken durch eine Rekapitalisierung konsolidiert. Auch die Privatbanken mussten ihre Eigenkapitalausstattung drastisch ausweiten. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden 20 nicht tragfähige Banken der Bankenaufsicht unterstellt. Dabei wurden diese Banken entweder fusioniert oder durch die Schließung ihrer Filialen umstrukturiert. Damit sank die Zahl der Banken von 75 im Januar 1999 auf 49 Mitte 2004. Durch die Sanierung des Bankensektors stieg die öffentliche Verschuldung im Jahr 2001 um etwa 20 Prozentpunkte des BIP an. Die 100-prozentige staatliche Deckungsgarantie für Ersparnisse und Einlagen durch das Einlagensicherungssystem wurde – angelehnt an europäische Standards – reduziert (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004).

Der gesetzliche Rahmen war damit bereits vor der Machtübernahme der AKP-Regierung in 2002 geschaffen und die Umstrukturierung des Bankensektors wurde bereits eingeleitet. Die AKP-Regierung zeigte allerdings einen starken politischen Willen den Strukturwandel des Bankensektors entschieden voranzutreiben. Die AKP-Regierung sprach sich einerseits gegen den Rückgriff auf die Staatsbanken aus, um klientelistische Praktiken in großem Umfang zu finanzieren. Die Staatsbanken wurden vielmehr stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet. Durch die Nutzung von IWF-Mitteln zur

Finanzierung der Staatsverschuldung wurden darüber hinaus die türkischen Banken in die Lage versetzt, ihre Liquidität zu einer Ausweitung der Kreditvergabe an den Privatsektor zu nutzen. Unter der AKP-Regierung wurden andererseits die Verwaltungsstrukturen und Verwaltungskapazitäten der BDDK ausgebaut. Die BDDK begann durch die Verabschiedung von zahlreichen Verordnungen eine immer stärkere Rolle bei der Regulierung und Überwachung des Bankenwesens zu spielen. Mit der neuen Institution entstand ein neuer Rechtsrahmen und neue Arten von staatlichen Interventionen, die der Logik des Wettbewerbsmarktes folgten bzw. sich darüber legitimierten. Die AKP-Regierung war darüber hinaus willens, die Öffnung des türkischen Finanzmarktes für ausländische Investoren entschieden voranzutreiben. So signalisierte sie nach ihrer Machtübernahme, dass sie nicht daran interessiert sei, bei Banken und Versicherern mit politischer Legitimation, wie z.B. nationalem Interesse, eine Beteiligungsgrenze für ausländische Partner bzw. Übernahmen einzuführen. Die Öffnung des türkischen Finanzsektors für ausländische Investitionen war ein wichtiger Bestandteil der Strategie zur Integration der türkischen Wirtschaft in den Weltmarkt. Sie hatte zum Ziel, die Kapitalbasis und die technologische Infrastruktur der türkischen Banken zu stärken. Während vor der 2001er Krise der Anteil des ausländischen Kapitals im türkischen Bankensektor vernachlässigbar gering war, kam es im türkischen Bankensektor insbesondere ab 2005 zu einer Welle von ausländischen Übernahmen und Beteiligungen, in deren Folge die Transnationalisierung im Bankensektor stark zunahm. Dabei spielte offensichtlich die EU Beitrittsperspektive eine große Rolle. Das Wachstumspotential im Privat- und Firmenkundengeschäft machte den türkischen Markt für ausländische Banken besonders attraktiv. Die etablierten Wirtschaftseliten betrachteten die Erlöse aus den Teilveräußerungen ihrer Banken nicht nur als ein Mittel zur Stärkung der Kapitalbasis und des Technologietransfers, sondern auch als Mittel zur Beschaffung von Liquidität für ihre Expansion im Produktionssektor und in anderen Bereichen des Dienstleistungssektors insbesondere durch eine aktive Teilnahme am Privatisierungsprozess. Auch die Staatsbanken waren von der Transnationalisierung nicht ausgenommen. Ausländisches Kapital konnte sich frei an öffentlichen Banken beteiligen, wie die z.B. bei der Teilprivatisierung der staatseigenen Vakıfbank über die Istanbuler-Börse geschah. So befanden sich Ende 2007 22,8 Prozent der Anteile der Vakıfbank in ausländischer Hand (vgl. BDDK 2007). Der Anteil ausländischer Beteiligungen (direkt und indirekt) am türkischen Bankensektor stieg Ende 2007 auf 40 Prozent (vgl. ebd.).

Der Bankensektor erfuhr damit ab 2001 im Zuge der Konsolidierung der neoliberalen Regierungstechnologie einen grundlegenden Wandel und erlebte ein starkes Wachstum. In Folge der Umstrukturierung und der Stärkung des Bankensektors kam es zu einer hohen Konzentration im Bankensektor, sodass 2004 die sieben größten Banken einen Anteil von 75 Prozent am gesamten Aktivvermögen hielten (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004). Mit dem abnehmenden Finanzierungsbedarf des Staates aufgrund der restriktiven Fiskalpolitik, der finanziellen Unterstützung seitens des IWF und dem Rückgang der Inflation waren günstige Rahmenbedingungen für eine Neuausrichtung des Bankensektors geschaffen worden, der sich nun der Finanzierung der Privatwirtschaft als neuem Wachstumsmotor zuwenden konnte. Nach der Krise war die Kreditvergabe an den Privatsektor von rund 18 Prozent des BIP im Jahr 1999 auf 15 Prozent im Jahr 2002 gesunken, stieg jedoch bis Ende 2003 wieder auf rund 17 Prozent. Erst nach 2003 kam es zu einer Konsolidierung des Bankensektors und zu einer stärkeren Orientierung auf Finanzdienstleistungen. Der Anteil der Kredite an den Privatsektor nahm erheblich zu und erreichte Mitte 2007 32 Prozent des BIP, nachdem er im Jahr 2005 auf 25 Prozent angestiegen war (vgl. Commission of the European Communities 2007).

Ein weiteres wesentliches Element der neoliberalen Wirtschaftspolitik bestand in der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen im Bereich der verarbeitenden Industrie und der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Infrastruktur (z.B. Telekommunikation, Energie, Hafenanlagen usw.), die mit einer Öffnung des türkischen Marktes für ADI und der Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft einherging.

Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, die aufgrund der aktiven Rolle des Staates in der Industrialisierung des Landes seit den 1930er Jahren und insbesondere während der ISI-Periode zwischen 1960 und 1980 eine bedeutende Stellung im Bereich des verarbeitenden Gewerbes eingenommen hatten, war bereits in den 1980er Jahren unter der Regierung von Özal initiiert worden. Gemäß den neoliberalen Überzeugungen von Özal sollte der Staat sich aus der Sphäre der Produktion zurückziehen und sich auf die Ordnungs- und Strukturpolitik konzentrieren. Die Privatisierung betrachtete Özal darüber hinaus auch als Instrument zur Verbreitung des individuellen Kapitalbesitzes innerhalb der Bevölkerung. Allerdings gelang es weder den ANAP-Regierungen bis 1991 noch den darauf folgenden Koalitionsregierungen bis 2002, gegen den Widerstand der bürokratischen Eliten und der breiten Belegschaft im öffentlichen Sektor, die sich erfolgreich mit rechtlichen Mitteln, insbesondere durch den Rekurs auf das

Verfassungsgericht, gegen seinen Alleingang wehrten, einen ernennenswerten Rückzug des Staates aus der Produktion durchzuführen (vgl. Tekin 2003). Die Privatisierung war dabei andererseits auch weder im Interesse der etablierten politischen Parteien, die den öffentlichen Sektor für klientelistische Praktiken instrumentalisieren, noch der Großbourgeoisie, die von den billigen, subventionierten Rohstoffen profitierte (vgl. Schuß 2008). Ein strukturelles Hindernis in diesem Zusammenhang bestand darin, dass für den großen Umfang der zu privatisierenden Unternehmen keine entsprechende finanzkräftige Nachfrage in der Türkei vorhanden war. Damit hätte eine Privatisierung praktisch entweder zur Verschleuderung staatlichen Eigentums zu niedrigen Preisen an inländische Käufer mit einem hohen Potential für Korruption bzw. Diskriminierung oder zur Übernahme der Schwergewichte der türkischen Industrie durch ausländisches Kapital geführt. In den 1990er Jahren stagnierte die Privatisierung dementsprechend weitgehend auf einem niedrigen Niveau. Einzelne Privatisierungsmaßnahmen, die in dieser Periode unter dem Druck der externen Akteure, vor allem des IWF, nach der Finanzkrise von 1994 und 1999 erfolgten, wurden durch die Koalitionsregierungen größtenteils für ihre politischen Ziele instrumentalisiert - mit der Folge eines Korruptionsexzesses, ohne die Kontrolle des Staates über den Wirtschaftsprozess entscheidend zu reduzieren. Insgesamt blieben in den 1980er und 1990er Jahren die jährlichen Einnahmen aus der Privatisierungen daher mit einer Summe von etwa 500-600 Millionen US-Dollar relativ niedrig (vgl. Tekin 2003, Atiyas 2009). Der Anteil des Staates im verarbeitenden Gewerbe betrug 2001 immer noch etwa ein Viertel der Wertschöpfung, rund 12 Prozent der Beschäftigung entfiel auf die staatseigenen Betriebe und der Anteil der staatlich festgelegter Preise am Gesamtwert des Warenkorbs des Verbraucherpreisindex lag bei etwa 25 Prozent (vgl. Commission of the European Communities 2001).

Nach ihrer Machtübernahme zeigte sich die AKP-Regierung entschlossen eine umfassende Privatisierung als Teil ihrer Wirtschaftspolitik durchzuführen. Dabei hatte die Privatisierung einerseits bei der Großbourgeoisie, der Bürokratie und der breiten Öffentlichkeit im Zuge der Konsolidierung des neoliberalen Projektes nach der Finanzkrise von 2001 mehr an Legitimation gewonnen. Andererseits waren unter dem Druck der externen Akteure seit Ende der 1990er Jahren bereits rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen für eine tragfähige Privatisierungspolitik etabliert worden. Das erklärte Ziel der Privatisierung lag dabei in erster Linie in der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und in der Maximierung der Erlöse aus dem Verkauf

der staatlichen Unternehmen sowie in der Minimierung der Staatsausgaben für die verlustbringenden Staatsunternehmen (vgl. Tekin 2003).

Die Regierung kündigte Anfang 2003 im Rahmen des mit dem IWF vereinbarten Programms dementsprechend ein ambitioniertes Privatisierungsprogramm an, dem zufolge die Einnahmen aus der Privatisierung für das Jahr 2003 eine Höhe von 4 Mrd. US-Dollar erreichen sollten. Allerdings lief im Kontext der makroökonomischen Stabilisierung und der Hochzinspolitik der Zentralbank die Privatisierung zunächst nur zögerlich an. Eine dramatische Wende bei der Privatisierungspolitik erfolgte erst ab 2005, nachdem die EU-Beitrittsverhandlungen begonnen hatten.

Mit dem Rückgang des Zinsniveaus als Folge des erfolgreichen ökonomischen Krisenmanagements nahm ab 2005 einerseits das Interesse der Wirtschaftseliten an der Privatisierung zu. Mit der Privatisierungspolitik wurden für die etablierten Wirtschaftseliten der Türkei neue rentable Investitionsmöglichkeiten geschaffen, die ihren früheren Ertrag durch die hochverzinsliche Staatspapiere und die Subventionierung von billigen Inputs ersetzte. Andererseits stieg in Folge der politischen Reformen und der zunehmenden Integration in die europäischen Strukturen auch das Interesse der ausländischen Investoren an eine Teilnahme an der Privatisierung.

Die neuen Institutionen einschließlich der neu etablierten Regulierungsbehörden für die jeweiligen Sektoren und der Wettbewerbsbehörde, der gestärkte Bankensektor und die zunehmende Reintegration der Türkei in den globalen Kapitalmarkt, die den türkischen Großunternehmen einen günstigen Zugang zu Finanzquelle eröffnete, stellten damit insgesamt die notwendigen Rahmenbedingungen für eine neoliberale Privatisierungspolitik dar.

Die Herstellung von günstigen Finanzierungsbedingungen für die inländischen Unternehmen zusammen mit der Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der türkischen Firmen auf den globalen Finanzmärkten reduzierte die Gefahr ihrer Diskriminierung gegenüber ausländischen Investoren. Außerdem wurden auch die Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen abgebaut und die AKP-Regierung intensivierte ihre Bemühungen, ausländische Investoren mit attraktiven Angeboten ins Land zu locken. Zusätzlich zur Außenhandelsliberalisierung, u.a. durch den Abbau von Zollbeschränkungen, wie sie bereits seit 1980 verfolgt wurde, erfolgte damit unter der AKP-Regierung die Garantie der Investitionsfreiheit entsprechend der Umstrukturierung

der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, z.B. im Rahmen der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO).

Die AKP-Regierung betrachtete die Privatisierung von staatlichen Betrieben und rentablen Infrastrukturprojekten insbesondere auch als eine wichtige Einnahmequelle für die Finanzierung von staatlichen Investitionen in der Infrastruktur in den unterentwickelten Regionen und im sozialen Wohnungsbau im Rahmen ihrer Strukturpolitik, um einen breiten Zugang zum Markt und damit eine zügige Integration der türkischen Gesellschaft in die Marktwirtschaft zu gewährleisten.

Die AKP-Regierung optierte insbesondere bei der Privatisierung von großen Unternehmen für die Methode des Blockverkaufs anstelle des Verkaufs von Aktien an der Börse. Dadurch ging das Management auf Privatunternehmen über und der Einfluss der Wirtschaftsverwaltung und Politik auf das Management wurde effektiv reduziert. Dies zeigt die konsequente neoliberale Orientierung der AKP mit Bezug auf den Rückzug des Staates aus dem Bereich der Produktion. Bei den Privatisierungen im Energiesektor wurde die Methode der Übertragung von Operationsrechten durch Ausschreibungen verfolgt, wobei, wie Atiyas (2009) betont, hier die Sicherstellung der Rentabilität noch vor der Sicherstellung des Wettbewerbs stand. Insgesamt wurde die Privatwirtschaft mit der Privatisierungspolitik in die Lage versetzt, die dringend notwendigen Modernisierungsinvestitionen im Bereich der verarbeitenden Gewerbe und der Infrastruktur zu vorzunehmen. Damit sollte die Belastung der restriktiven Fiskalpolitik reduziert und ein Spielraum bei den Ausgaben für die Struktur- und Sozialpolitik geschaffen werden.

Dementsprechend erreichten auch die Privatisierungserlöse, die 2004 noch bei 1 Milliarde US-Dollar lagen, 2005 mit einer Summe von über 10 Milliarden US-Dollar eine Rekordhöhe. Die wichtigsten Privatisierungsvorhaben unter der AKP-Regierung ab 2005 umfassten die Giganten der türkischen Wirtschaft, u.a. die Privatisierung der Türk Telekom, des Petrochemieunternehmens PETKIM, des Raffinerieunternehmens TÜPRAS, des Alkohol- und Tabakmonopols TEKEL, des Eisen- und Stahlunternehmens ERDEMIR und der türkischen Luftfahrtgesellschaft THY (vgl. Tekin 2003). Gleichzeitig verschob sich der Fokus der Privatisierung auf die öffentlichen Dienstleistungen, wie z.B. Telekommunikation, Energie (Elektrizität) und Hafenanlagen (vgl. Atiyas 2009). Zwischen 2005 und 2007 erreichten die Erlöse aus der Privatisierung eine Höhe von 20 Mrd. US-Dollar (vgl. ebd.).

Insgesamt kann man festhalten, dass die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik als Instrument der neoliberalen Regierung, wie sie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 unter der Führung von Kemal Derviş und später durch die AKP praktiziert worden ist, beachtliche Erfolge bei der Umstrukturierung der türkischen Wirtschaft und bei der Etablierung eines Wettbewerbsmarktes zeigte. Die AKP-Regierung ging die Bekämpfung der Inflation und die für die internationale Anerkennung der Türkei als eine Marktwirtschaft notwendigen Reformen (u.a. eine restriktive Haushaltspolitik zur Reduzierung der Schuldenquote), mit einer strikten Disziplin an. Der Erfolg der Inflationsbekämpfung war beeindruckend mit einem Rückgang der jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 54 Prozent im Jahre 2001 auf 8 Prozent im Jahre 2005. Damit wurde in der Türkei zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten eine Inflationsrate im einstelligen Bereich registriert. Die Staatsverschuldung, die durch die Sanierung des Bankensektors und den Wertverlust der türkischen Währung explosionsartig zugenommen und von 55,6 Prozent des BIP im Jahr 1997 auf 102,4 Prozent im Jahr 2001 angestiegen war, konnte durch die strikte Haushaltspolitik ab 2003 und den Rückgang der Realzinssätze ab 2005 reduziert werden. Sie ging im Jahre 2007 auf 38,9 Prozent des BIP zurück. Parallel dazu kam es ab 2002 zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung. Im Zeitraum 2002-2007 stieg das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP auf 6,8 Prozent im Vergleich zu 1,5 Prozent in der Periode von 1997-2001. Gleichzeitig nahm die Volatilität des Wirtschaftswachstums drastisch ab. In Folge dieses stetigen Wachstums stieg das Pro-Kopf-Einkommen von 3.517 US-Dollar im Jahr 2002 auf 9.305 US-Dollar im Jahr 2007.

Insbesondere nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU 2005 zeigten sich die Ergebnisse der Strukturreformen, in deren Folge der rechtlicher Rahmen des Wettbewerbsmarktes etabliert, neue technokratische Institutionen mit ordnungspolitischen Aufgaben gegründet, der Finanzsektor saniert, umstrukturiert und transnationalisiert und der Rückzug des Staates aus der Sphäre der Produktion durch eine umfangreiche Privatisierungspolitik vollzogen wurde. Damit weitete sich insgesamt die Integration der Türkei in den Weltmarkt aus. Die Öffnung der Türkei für ausländische Direktinvestitionen und die vollständige Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Wettbewerbsmarkt schlug sich in den Wachstumsraten der Ein- und Ausfuhren und den Zuflüssen von ADI nieder. Während sich die Exporte zwischen 2002-2007 fast verdreifachten und in diesem Zeitraum von 40,1 Mrd. US-Dollar auf 115,4 Mrd. US-Dollar

anstiegen, vergrößerten sich die Importe noch stärker und stiegen von 47,7 Mrd. US-Dollar in 2002 auf 162,0 Mrd. US-Dollar in 2007 an (vgl. Hale/Özbudun 2010). Auch der Zufluss von ADI in die Türkei verstärkte sich ab 2005 erheblich. Zwischen 1995 und 2003, mit der Ausnahme von 2001, war die 1 Mrd. US-Dollar Grenze bei tatsächlichem Zufluss von ADI nicht überschritten worden. Nachdem sie in den Jahren 2003 und 2004 bei ca. 2 Mrd. US-Dollar lagen, stiegen sie in den Jahren 2005 und 2006 kontinuierlich an und erreichten im Jahr 2007 einen Umfang von über 21 Mrd. US-Dollar (vgl. The Republic of Turkey Prime Ministry Investment Support and Promotion Agency (ISPAT)).⁸⁵

Das beschleunigte Wachstum der türkischen Wirtschaft gekoppelt mit geringen Inflationsraten und einer starken Lira ging mit einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits einher. Zwei wesentliche Faktoren lagen der Verschlechterung der Leistungsbilanz zugrunde: Erstens, die wirtschaftliche Integration der Türkei in den europäischen Markt mit mehr Importen aus der EU im Rahmen der Zollunion und zweitens, der inländische Nachfrageboom nach 2004, der von einer starken Ausweitung der Verbraucherkredite durch den Bankensektor angetrieben war. Die boomende Nachfrage führte aufgrund der mittlerweile flächendeckenden Durchdringung des türkischen Marktes mit ausländischen (einschließlich langlebigen) Konsumgütern und der im Zuge der Globalisierung gestiegenen Neigung des durchschnittlichen türkischen Staatsbürgers zum Kauf dieser Waren zu einem überproportionalen Anstieg der Importe. Der Anstieg der Importe war auf der anderen Seite verbunden mit der groß angelegten Modernisierung der türkischen Wirtschaft. So kam es nach 2004 zu einem kräftigem Anstieg der privatwirtschaftlichen Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen im Zuge der Modernisierung und der transnationalen Integration der türkischen Industrie. Damit wurde es die Produktivität in der verarbeitenden Industrie zwar deutlich verbessert. Durch die Stagnation der Löhne auf dem niedrigen Niveau nach der Krise von 2001 kam es allerdings zu einem Rückgang der Realeinkommen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004).

Gleichzeitig fand ein Wandel des türkischen Exportsektors statt, der sich in einer zunehmenden Spezialisierung im Fahrzeugbau und in der langlebigen Konsumgüterindustrie (z.B. Fernsehgeräte) anstelle der Textilindustrie ausdrückte. Der hohe Wechselkurs erleichterte diesen neuen Industrien den Zusammenbau von vorgefertigten Zulieferteilen im Rahmen eines transnational integrierten

⁸⁵ Vgl. ISPAT, <http://www.invest.gov.tr/en-US/investmentguide/investorsguide/pages/FDIinTurkey.aspx> (Zugriff: 05.01.2011).

Produktionsprozesses. Damit stieg der Importanteil bei den Exporten. Diese Produktion war damit von einer geringen Wertschöpfung und einer niedrigen Beschäftigungsintensität (vgl. Telli et al. 2008).

Der Wandel in der Beschäftigungsstruktur schritt in diesen Jahren daher voran. Der Teil der Beschäftigung der auf unentlohnte Arbeit von Familienangehörigen und ineffiziente Tätigkeiten in der Landwirtschaft entfällt, ging zwischen 2002-2007 von 20,9 Prozent auf 14,1 Prozent zurück. Der Anteil der Lohnabhängigen an der Beschäftigung stieg im gleichen Zeitraum von 49,8 Prozent auf 58,9 Prozent an. Sektoral betrachtet kompensierte der Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungssektor den Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft. Im gleichen Zeitraum blieb allerdings die Arbeitslosigkeit insgesamt auf hohem Niveau von knapp 10 Prozent konstant.

Die Zollunion und der EU-Beitrittsprozess übte einerseits Druck aus in Richtung der Modernisierung der türkischen Wirtschaft und einer zügigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die die globale Wettbewerbsfähigkeit positiv beeinflusste. Steigende Unternehmensgewinne und eine Erhöhung der Beschäftigung, gekoppelt mit der Reduzierung der absoluten Armut, waren positive Ergebnisse der neoliberalen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Andererseits zeigten sich als zentrale wirtschaftspolitische Probleme insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit und die niedrige Erwerbsbeteiligung (im Vergleich zur EU) sowie das hohe Zahlungsbilanzdefizit. Trotz der Erfolge bei der Reduktion der Inflation und trotz des wirtschaftlichen Wachstums, blieb die türkische Wirtschaft nach wie vor von wichtigen ökonomischen Ungleichgewichten und damit von potentiellen Instabilitäten gekennzeichnet.

Obwohl die Regierung die Bedeutung einer ausgeglichenen Leistungsbilanz propagierte, stellte sie für die Regierung keine Priorität dar. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf der Begrenzung der Inflation. Durch angebotsorientierte, staatliche Interventionen sollte das makroökonomische Umfeld für private Investitionen verbessert werden. Um dabei erfolgreich sein zu können, sollte jedoch die steigende Produktivität nicht durch steigende Löhne beschnitten werden. Der Gewinn an Wettbewerbskraft auf der Basis von Lohnzurückhaltung war damit die einzige mögliche Option für die türkische Wirtschaft, weil eine Politik der billigen Währung um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern im Abkommen mit dem IWF ausgeschlossen wurde.

Damit muss der Schluss gezogen werden, dass die neoliberale Regierung, praktiziert durch die AKP, die Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Wettbewerbsmarkt vollzogen hat, indem sie der Begrenzung der Inflation und nicht der Förderung der Beschäftigung bzw. einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz die Priorität gab. Bei der Umstrukturierung der Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in diese Richtung war die AKP-Regierung jedoch in erheblichem Maße abhängig von externen Faktoren. In der Tat war es eine Kombination von preiswertem US-Dollar, überschüssiger globaler Liquidität und eine Aufwertung der türkischen Lira, die die restriktive Finanz- und Geldpolitik funktionieren ließ und den Strukturwandel (Privatisierungen, Stärkung des Finanzsektors) unterstützte.

6.4 Zwischenfazit

Wie deutlich wurde, fand ausgehend von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 die Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie als eine neue Art und Weise der Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse statt. Dabei spielten vier Kontextfaktoren eine wesentliche Rolle bei der Herauskristallisierung einer neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei.

Erstens offenbarte sich spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 die Krise der bestehenden Strukturen der Staatsräson mit ihren klientelistischen Praktiken, die im Kontext der neoliberalen Globalisierung nicht mehr in der Lage waren, die massiven sozialen Probleme angesichts der Vertiefung des Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesses zu lösen und die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern. Damit ging eine Legitimationskrise der etablierten politischen Akteure einher, die nur beschränkt durch die dominante Rolle des Militärs als Beschützer des Staates aufgefangen werden konnte. Zweitens waren seit 1980 durch die Liberalisierung und die Außenöffnung der türkischen Wirtschaft neue Mittelschichten entstanden, die durch eine marktorientierte Denk- und Handlungsweise und eine kritische Haltung gegenüber der politischen Rolle der Staatseliten nach der Staatsräson charakterisiert waren. Für sie waren die autoritären und klientelistischen Praktiken im Zeichen der Staatsräson unerwünscht, weil sie das Funktionieren der Marktwirtschaft und deren globale Integration verhinderten. Drittens litt Ende der 1990er Jahre die türkische Wirtschaft unter einem erheblichen Modernisierungsdruck angesichts der Bedingungen der Zollunion mit der EU, der einen enormen Anstieg an Investitionen dringend notwendig machte. Angesicht des drohenden

Staatsbankrotts nach der Finanzkrise 2001 bestand jedoch wenig Spielraum innerhalb der bestehenden Strukturen für eine staatlich getragene Industrieförderung. Schließlich basierte die Strategie der externen Akteure des transatlantischen Blocks gegenüber der Türkei auf einem Strukturwandel der Staatlichkeit mit dem Ziel ihrer vollständigen Integration in den globalen Wettbewerbsmarkt als deren aktiver Mitspieler. Die Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen und die Beitrittsperspektive der EU ab 1999 und die globalen Finanzmärkte erleichterten die Transformation der Staatlichkeit in eine neoliberale Richtung.

Vor diesem Hintergrund, in dem die Legitimation, die Handlungsfähigkeit und die Durchschlagskraft der etablierten politischen Akteure und Institutionen intern und extern in einem gravierenden Umfang in Frage gestellt worden war, gelang es der AKP-Führung mit ihrer expliziten Gegnerschaft zu den bestehenden politischen Praktiken und Strukturen ihr neoliberales Projekt zur dominanten Strategie der Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu machen. Der rasche Aufstieg der AKP war weitgehend darauf zurückzuführen, dass sie sich auf der Trennlinie zwischen zwei bis dahin ideologisch und sozial entzweiten Bevölkerungsgruppen, nämlich den westlich-orientierten städtischen Mittelschichten und den Wirtschaftseliten einerseits und den konservativen, aufstrebenden Zugewanderten andererseits, positionieren konnte. Mit ihrem Programm der „Konservativen Demokratie“ schaffte es die AKP erfolgreich die Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überbrücken und einen breiten Block derjenigen zu bilden, die anders regiert werden wollten.

Die politische Machtergreifung der AKP ging damit nicht nur mit einem Wandel der Regierungsrationalität der religiös-konservativen Eliten einher, sondern sie war vielmehr der Ausdruck einer Wende im politischen Denken und Handeln der türkischen Gesellschaft im Kontext der Globalisierung, die die etablierten Parteien der Mitte noch nicht vollzogen hatten. Die AKP verstand sich dabei als Erbin des politischen Projekts von Özal, das in einer erweiterten Form wieder eingeführt werden sollte mit dem Ziel, das wirtschaftliche Potential des Landes freizusetzen, um letztendlich die Türkei zu einem aktiven Akteur der Globalisierung und zu einem international einflussreichen regionalen Mitspieler zu gestalten.

Mit ihrem Projekt der „Konservativen Demokratie“ positionierte sich die AKP als eine Partei, die für eine Begrenzung der tendenziell „uferlosen“ politische Machtausübung nach dem Prinzip des Erhaltes und der Stärkung des Staates eintritt. Im Zentrum des politischen

Projekts der AKP stand eine Demokratisierung des politischen Systems mit einer Stärkung der Partizipation der Bevölkerung an der politischen Machtausübung und der Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft. Das politische Projekt der AKP-Führung sprach sich damit dagegen aus, die Regierungshandlungen aus einer Theorie des Staates, d.h. aus einem Seinsollen des Staates, abzuleiten. Im Rahmen der „Konservativen Demokratie“ sollte die Rolle des Staates nicht darin bestehen, in die gesellschaftliche Sphäre einschränkend, disziplinierend und regulierend einzugreifen, um das Wohl aller zu sichern, sondern einen Raum für die Freiheit der Individuen und die Entfaltung der Marktwirtschaft zu schaffen. Es war gleichzeitig auch die politische Äußerung einer neuen Denkweise, innerhalb der die Religion begann, nicht mehr als die Quelle der Gesetze des Staates, sondern als die Quelle einer Ethik gedacht zu werden, in deren Zentrum die selbst zu verantwortende Anstrengung für materiellen Wohlstand lag. Die neue Regierungstechnologie schlug sich in der Neuausrichtung aller Politikbereiche nieder, insbesondere der Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik.

Die vorliegende Untersuchung konzentrierte sich auf die zentralen Aspekte der neoliberalen Transformation der Staatlichkeit in der Türkei. So wurde in erster Linie die Reform des politischen Systems der Türkei im Zuge der EU-Integration mit dem Ziel der Errichtung einer demokratischen Freiheitsordnung analysiert, mit der sich die AKP gegen die verstaatlichte und verstaatlichende Regierungsnationalität und deren Repräsentanten wandte, um neue Räume für eine „indirekte“ Machtausübung nach dem Prinzip der neoliberalen Regierung zu eröffnen.

Das neoliberale politische Projekt schlug sich in einer Reihe von Veränderungen in der Verfassung und in den Gesetze nieder und umfasste zahlreiche Maßnahmen zur Implementierung dieser Veränderungen. Die politischen Strukturreformen zielten dabei erstens auf die Schaffung eines Rechtssystems ab, das sich auf die Achtung der Grundrechte und -freiheiten gründete. Zweitens wurde ein Wandel der Regierung in Bezug auf die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt der Bevölkerung eingeleitet. Damit war insbesondere eine radikale Neuordnung der Beziehungen zwischen dem Staat und der kurdischen Minderheit verbunden. Die AKP begann die Frage nicht mehr als ein Problem der „nationalen Sicherheit“, sondern als ein Problem der kurdischen Minderheit anzugehen. Durch die Anerkennung der kulturellen Rechte der kurdischen Minderheit und die damit einhergehende Deeskalation des Konfliktes sollten die kurdischen Provinzen in

die Marktwirtschaft integriert und die Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen werden. Drittens schlug sich das „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“ in einer Eingrenzung der politischen Rolle des türkischen Militärs bei der Ausübung der politischen Macht nieder. Dies beinhaltete eine Verschiebung der Rolle des Militärs vom Schutz der Integrität des Staates zum Schutz und Ausbreitung des Wettbewerbsmarktes und der für dessen Funktionieren notwendig erachteten politischen Stabilität und individueller Freiheiten. Die Strategie der progressiven EU-Integration, wie die AKP-Regierung sie ab 2002 verfolgte, spielte dabei eine erhebliche Rolle bei der Überwindung der internen Widerstände gegen das neoliberale Projekt.

Ein weiteres zentrales Instrument der neoliberalen Regierung bildete die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, wie sie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2001 unter der Führung von Kemal Derviş und später durch die AKP praktiziert worden ist. Sie bestand in erster Linie in einer restriktiven Geld- und Haushaltspolitik. Trotz des massiven Produktionsrückgangs und der drastischen Zunahme der Armut unmittelbar nach der Krise von 2001 bildeten die Inflationsbekämpfung und die Reduzierung der Staatsverschuldung die wichtigsten Prioritäten der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Diese wurden begleitet durch umfassende Strukturreformen. Dabei wurde der rechtlicher Rahmen des Wettbewerbsmarktes etabliert, neue technokratische Institutionen mit ordnungspolitischen Aufgaben gegründet, der Finanzsektor saniert, umstrukturiert und transnationalisiert und der Rückzug des Staates aus der Sphäre der Produktion durch eine umfangreiche Privatisierungspolitik vollzogen.

Die Integration der türkischen Wirtschaft in den europäischen bzw. globalen Markt, die Expansion des privaten Konsums, die Modernisierung der türkischen Wirtschaft durch privatwirtschaftliche Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen bildeten die wichtigsten Ergebnisse der Strukturreformen. Bei der Implementierung der neoliberalen Wirtschaftspolitik hatte die AKP-Regierung stets die Klein- und Mittelbetriebe als Rückrat der türkischen Wirtschaft besonders im Blick. Daher versuchte sie die negativen Auswirkungen der Sparpolitik und des Strukturwandels auf die breiten Teile der türkischen „Unternehmensgesellschaft“ durch eine gezielte Struktur- und Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt des Ausbaus der Straßennetze in der anatolischen Provinz und des sozialen Wohnungsbaus möglichst einzugrenzen.

Als Schlussfolgerungen kann festgehalten werden, dass sich unter der AKP-Regierung zwischen 2002-2007 in der Türkei das Organisationsprinzip der gesellschaftlichen

Machtverhältnisse vom Nationalstaat zum Wettbewerbsmarkt verschoben hat. Eine neue Form des Regierens der Menschen, die bereits durch Özal in den 1980er Jahren eingeführt worden war, nämlich das „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“ setzte sich damit in dieser Zeit durch. Der freie Markt ohne staatliche Eingriffe, wohl aber geschützt durch den Staat gegen jegliche Einschränkung oder Eingriffe von Machtblöcken, wurde damit in dieser Periode als einziges Prinzip der politischen Machtausübung etabliert. Die neoliberale Regierung nahm dabei einerseits die Form eines demokratischen Staates an. Im Zuge der EU-Annäherung wurden rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, die gewährleisten sollen, dass jedes staatliche Handeln nur mit Verweis auf die Anpassung der türkischen sozioökonomischen und politischen Strukturen an die EU und auf die Entfaltung der Unternehmensgesellschaft legitimiert wird. Zweitens manifestierte sich die neoliberale Regierungstechnologie in der Neuformulierung der Wirtschaftspolitik, nach der die Rolle des Staates einerseits als Regulierer gegen eine Monopolbildung und andererseits als Deregulierer zur Herstellung von Märkten neu definiert wurde. Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU im Jahre 2005 und der beachtliche Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in die Türkei, der die Wirtschaft auf einen starken Wachstumskurs brachte, verweisen auf eine Konsolidierung der neoliberalen Regierung, indem sie die neue Grundlage der Existenz des Staates als auch seiner internationalen Anerkennung darstellten.

7 Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit widmete sich der Frage, wie die politische Transformation in der Türkei seit den 1980er Jahren aus der Perspektive der sich verändernden Formen der politischen Machtausübung interpretiert werden kann. Ihr Hauptaugenmerk lag damit darauf, zu untersuchen, anhand von welchen politischen Projekten, d.h. auf der Grundlage von welchen politischen Rationalitäten und Praktiken, die Transformation der Staatlichkeit sich in dieser Phase vollzogen hat. Besondere Berücksichtigung fand die Regierungszeit der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) zwischen 2002 und 2007, in der sich eine neue Form der Staatlichkeit, die neoliberale Regierung, klar herauskristallisiert hat.

Betrachtet man die Literatur zur politischen Transformation in der Türkei, so wurde aus der Diskussion der vorherrschenden Ansätze deutlich, dass sie sich ihrem Gegenstand mit universell und abstrakt konzipierten Begriffen annähern. Sie akzeptieren die soziale Realität, die sie anhand von vorgegebenen Kategorien untersuchen als den objektiven Handlungsrahmen und fragen entlang von binären Begriffen, wie z.B. traditionelle Gesellschaft vs. moderner Staat, welche Faktoren die den Analysekategorien inhärente lineare Entwicklung hindern. Dabei wurde aus der Sicht der Modernisierungstheorie auf die traditionellen, religiös geprägten Strukturen als Hindernis der Entstehung des modernen Nationalstaates hingewiesen, während der liberale Ansatz den *Strong State* als Barriere für die Entfaltung einer demokratischen politischen Ordnung in den Vordergrund stellt. Aus der marxistischen Sicht wurde die Instrumentalisierung des Staates durch die kapitalistische Klasse als Grund der sozioökonomischen Unterentwicklung des Landes gesehen. Insgesamt wurde in der kritischen Auseinandersetzung mit den bestehenden Ansätzen deutlich, dass sie einem Substanzdenken und einer ahistorischen Denkweise verhaftet blieben.

Statt die politische Transformation in der Türkei anhand von abstrakt definierten Begriffen zu analysieren, wurde im Rahmen dieser Arbeit auf der Basis von Foucaults Analyse der Gouvernamentalität ein eigener theoretischer Ansatz entwickelt, der einem kritischen Zugang zur sozialen Realität entspringt. Das Ziel dieses alternativen theoretischen Rahmens war es, die politische Transformation als einen Prozess zu verstehen, der nicht evolutionär verläuft, und daher nicht anhand von allgemeingültigen Begriffen zu erklären ist, sondern aus dem strategischen Kampf unterschiedlicher politischer Projekte resultiert,

deren inhärenter Bestandteil die diskursive Produktion von Kategorien ist, anhand derer die soziale Realität in einer bestimmten Art und Weise sichtbar und regierbar wird.

Damit sollte eine alternative Lesart der politischen Transformation in der Türkei formuliert werden, die sich nicht die Frage stellt, wer die Macht hat, und damit in einer Dichotomie von Akteur und Struktur stehen bleibt, sondern dem Zugang von Michel Foucault folgend sich der Frage widmet, wie Macht ausgeübt wird. Die politischen Machttechnologien zur Organisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die den politischen Strukturen in einer Gesellschaft in einem gegebenen Zeitpunkt unterliegen, werden diesem Ansatz nach auf der Grundlage eines Wechselspiels zwischen den sich verändernden Ideen, materiellen Fähigkeiten und bestehenden Institutionen in einer Gesellschaft vorangetrieben und finden ihren Ausdruck in politischen Projekten. Dieser Prozess schließt die Subjektivierung von sozialen Akteuren und die Herausbildung von Strukturen mit ein, die sowohl Subjekte als auch Objekte der jeweiligen politischen Projekten sind. Damit werden Kategorien wie z.B. der Souverän, der Staat, der Markt, die Demokratie oder die Religion nicht als zeitlose und universelle Kategorien, sondern als Effekte von bestimmten Machttechnologien betrachtet, die in ihrer historischen Wirklichkeit wiederum auf die Transformation der Art und Weise der politischen Machtausübung einwirken.

Der theoretische Ansatz der vorliegenden Arbeit bestand damit darin, die politische Transformation in der Türkei als einen Effekt der Transformation der Machttechnologie zu analysieren, die in Auseinandersetzung von verschiedenen politischen Projekten auf der Grundlage der sich verändernden Denk- und Handlungsweisen innerhalb und außerhalb von institutionellen Strukturen stattfindet und im Kontext von globalen Entwicklungen bzw. der Ausbreitung von politischen Rationalitäten und Projekten auf der Ebene der Weltordnung untersucht werden soll. Die politische Transformation in der Türkei wurde damit als die Genese von Organisationsprinzipien der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der Art und Weise der politischen Machtausübung analysiert. Dabei wurde den jeweiligen politischen Projekten besondere Berücksichtigung geschenkt, die konstitutiv für das Entstehen und Handeln von sozialen Akteuren waren, die in wechselnden Allianzen versuchten, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Praktiken, einschließlich des individuellen Verhaltens, zu ihrem Vorteil zu regeln und in politischen Strukturen zu fixieren.

Vor dem Hintergrund dieses theoretischen Rahmens kommt die Arbeit in Bezug auf die Fragestellung und die in der Einleitung genannten Hypothesen zu den folgenden Ergebnissen.

Erstens hat die Arbeit deutlich gemacht, dass die politische Transformation der Türkei als eine Genese von verschiedenen Arten und Weisen der politischen Machtausübung interpretiert werden muss, die sich in einem Wechselspiel der bestehenden Strukturen, der Verbreitung von neuen Denk- und Handlungsweisen und der Strukturwandel auf der globalen Ebene ereignet hat. Wie in der nachfolgenden Analyse deutlich wurde, vollzog sich die Ausbreitung und die Durchsetzung der neoliberalen Gouvernamentalität in der Türkei, deren institutionelle Fixierung weitgehend unter der Regierung der AKP (2002-2007) stattfand, in Wechselwirkung und in Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen, die sich in den vorherigen Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem Osmanischen Reich auf der Basis der Machttechnologien der Souveränität und der Staatsräson herausgebildet hatten.

Die politischen Strukturen im Osmanischen Reich, das ein Agrarland war, stellten einen Effekt der durch die Herrschaftstechnologie organisierten gesellschaftlichen Machtverhältnisse dar. Innerhalb dieser historischen Struktur bildete die Herrschaft des göttlich legitimierte Soveräns über das Territorium die Grundlage der Legitimation der Ausübung der politischen Macht und damit das Organisationsprinzip der sozialen Beziehungen. Die Ausübung der politischen Macht im Osmanischen Reich hatte das Ziel, die Herrschaft des Sultans über das Territorium aufrechtzuerhalten. Der Rechtsmechanismus bildete dabei das Hauptinstrument der politischen Machtausübung. Sie vollzog sich als Abschöpfung der Ressourcen des Territoriums einschließlich des Lebens der Untertanen durch den Sultan bzw. als „Gewährung“ von verschiedenen Privilegien als Gegenleistung zur gezeigten Loyalität. Dabei richtete sich die Ausübung der politischen Macht nach der Weisheit des Sultans sowie nach den göttlichen Gesetzen und den Sitten und Gebräuchen der Länder, über die er herrschte.

Die Reformen im Osmanischen Reich gingen hauptsächlich auf die zunehmende externe Bedrohung zurück. Sie stellten einen Transfer von neuen Ideen und Institutionen aus Westeuropa dar, dass zum Ziel hatte, die Strukturen der Souveränität zu stabilisieren. Die Reformen des Osmanischen Reiches seit dem 18. Jahrhundert basierten damit nur limitiert auf einem gesellschaftlichen Wandel auf der Grundlage der Ausbreitung von neuen Denk- und Handlungsweisen vergleichbar mit der Entstehung einer gouvernementalisierten

Gesellschaft und des Kapitalismus in Westeuropa. Sie waren vielmehr Ausdruck der Krise der politischen Machtausübung nach dem Prinzip der Souveränität als der Gouvernentalisierung der politischen Machtausübung. Die politische Rationalität der Staatsräson, die sich in Westeuropa im Merkantilismus niederschlug und die Form des Verwaltungsstaates annahm, setzte sich im Osmanischen Reich nur zögerlich durch. Jedoch entstanden im Prozess der Modernisierung von Institutionen der Souveränität gerade innerhalb des herrschenden Blocks neue soziale Akteure, wie die jungen bürokratisch-militärischen Eliten, die begannen die Ausübung der politischen Macht nach dem Prinzip des Verwaltungsstaates zu denken und zu praktizieren. Damit ging die Einführung und Durchsetzung der Staatsräson im Osmanischen Reich als eine neue Form der Regierung nicht von der gesellschaftlichen Sphäre aus, sondern von dem herrschenden Block und damit von den Repräsentanten des Souveräns selbst aus.

Die Gründung der Türkischen Republik stellte, wie dargelegt wurde, nicht das Produkt der Annahme von modernen Institutionen dar, sondern war vielmehr Ausdruck der Dominanz eines neuen Prinzips der Organisation von sozialen Beziehungen, nämlich des Prinzips des Staates im Gegensatz zum Prinzip der Souveränität. Im Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik 1923 setzte sich die Staatsräson in der konkreten Form des Nationalstaates als die neue Regierungsrationalität durch, der nun ohne eine göttliche Legitimation, bezogen auf sich selbst und auf die Pluralität von Staaten existierte und regiert werden musste. Die Staatseliten, die aus dem herrschenden Block des Osmanischen Reiches hervorgegangen waren, waren sowohl Protagonisten als auch Effekte der Transformation der Machttechnologie. Das Ziel der Machtausübung nach dem Prinzip des Nationalstaates bestand nun in der Stärkung des Staates, als ein aus der Gesamtheit der Bevölkerung gebildeten Ganzem, um ihn auf das Niveau der modernen Zivilisation zu bringen und damit seine internationale Anerkennung zu gewährleisten und ihn schließlich zu einem Teil des Gleichgewichts zwischen den Staaten zu machen. Anstelle des Territoriums wurde die Bevölkerung zur Zielscheibe der politischen Machtausübung, die im Detail „regiert“, d.h. nach ökonomischen Kriterien durch disziplinarische Mechanismen verwaltet werden musste, um den Staat stärker und reicher zu machen. Durch den Aufbau einer allgegenwärtigen staatlichen Verwaltung mit den neuen modernen Institutionen, wie z.B. den Schulen, den säkularen Gerichten und den Fabriken, sollten die feudalen Strukturen aufgebrochen, die traditionellen Privilegien abgeschafft, der gesellschaftliche Wandel forciert und der Übergang von der Moralökonomie zur politischen Ökonomie

herbeigeführt werden. Die Menschen wurden nach dieser Regierungsrationalität als formal gleichberechtigte und homogenisierte „Staatsbürger“ subjektiviert, die nach formellen Kriterien verwaltet werden sollten.

Allerdings blieb die Neustrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses entlang der Staatsräson durch die traditionell legitimierten Privilegien, die die Staatseliten akzeptieren mussten, um ihre beherrschende Position behalten zu können, stark begrenzt. Die Begrenzung der Ausübung der politischen Macht nach der Staatsräson verstärkte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Übergang zum Mehrparteienregime. Die lokalen Eliten und die etablierten Wirtschaftseliten, die in erster Linie um die Erhaltung ihrer Privilegien kämpften, versammelten sich unter dem Dach der Demokratischen Partei (*Demokrat Parti*, DP) in den 1950er Jahren und verwandelten sich zu politischen Eliten. Durch symbolische Anpassung an die Strukturen des Nationalstaates brachten sie sich in eine Position, von der ausgehend sie mit den Stimmen der ländlichen Massen die Wahlen gewinnen und die Staatseliten marginalisieren konnten. Sie verfügten schließlich durch ihre symbiotischen Herrschaftsbeziehungen zu den ländlichen Massen über Möglichkeiten der Mobilisierung von „Wählern“. Obwohl die Strukturen des Nationalstaates nach Außen aufrechterhalten wurden, gewann in dieser Periode die Herrschaftstechnologie in der Form des Klientelismus im Inneren wieder eine Dominanz. Die politische Machtausübung vollzog sich im Klientelismus als die Abschöpfung der Staatsressourcen, die insbesondere in Form von politischen Renten als Gegenleistung zur Loyalität zum transatlantischen Block im Kontext des Kalten Krieges durch die USA zur Verfügung gestellt worden waren. Die ländlichen Massen wurden für ihre Loyalität gegenüber den politischen Eliten partikularistisch mit materiellen Vorteilen begünstigt.

Das Problem der politischen Machtausübung nach dem Prinzip des Klientelismus lag darin, dass er durch ein hohes Maß an politischer Instabilität gekennzeichnet war und damit für die Sicherheit des transatlantischen Blocks ein Risiko darstellte. So bildete sich nach 1960 eine neue Koalition von internen und externen sozialen Akteuren, deren politisches Projekt durch das Prinzip des Entwicklungsstaates als eine neue Version der Staatsräson geprägt war. Darin spiegelte sich die vorherrschende Rationalität des transatlantischen Blocks zur Regierung der Peripherie wider, wie sie auch in der fachlichen und finanziellen Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen (wie z.B. OECD) zum Ausdruck kam. Die neue Regierungsrationalität wurde durch neue bürokratisch-militärische Eliten in die Türkei getragen. Die politische Machtausübung nach dem Prinzip

des Entwicklungsstaates vollzog sich als die planmäßige Industrialisierung unter der Anleitung der technokratischen Verwaltung mit dem Ziel der sozioökonomischen Entwicklung der Gesellschaft. Sie drückte sich in der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie (ISI) aus und schlug sich institutionell insbesondere in der Gründung des staatlichen Planungsamtes (DPT) nieder. Korrektiv zum Plan schloss sie auch die relative Ausweitung der politischen Freiheiten ein, die in der Verfassung von 1961 fixiert wurden, Raum für die Subjektivierung und die Organisation der Gesellschaft als „Träger von wirtschaftlichen Interessen“ in Interessensvertretungsorganisationen und politischen Parteien schaffen. Auch in dieser Phase existierten jedoch mehrere politische Rationalitäten parallel zueinander, mit einer Dominanz der Staatsräson nach Außen und mit weitverbreiteten Praktiken der Herrschaft nach Innen. Die politischen Strukturen des Entwicklungsstaates wurden zwar erhalten, um die externe Legitimation des Staates im globalen Kontext nicht zu gefährden und politische Renten zu generieren. Die Träger des Projektes des Entwicklungsstaates, nämlich die neue Generation von militärisch-bürokratischen Eliten, wurden jedoch weitgehend marginalisiert. Die etablierten Staatseliten, die politischen Eliten und die Wirtschaftseliten, bildeten demgegenüber eine Allianz, mit der die Wiederausbreitung von klientelistischen Praktiken einherging. Damit vollzog sich die Art und Weise der politischen Machtausübung bis Ende der 1970er Jahre hauptsächlich als die Abschöpfung von Staatsressourcen. Innerhalb der Strukturen des Entwicklungsstaates wurde mehr „geherrscht“ als „regiert“.

Zweitens kommt die Arbeit zum Ergebnis, dass es nach 1980 zu einem tief greifenden Wandel der Staatlichkeit in der Türkei gekommen ist, der in der Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie bestand. Dabei bildeten die Strukturen der Staatsräson und die weitverbreiteten politischen Praktiken des Klientelismus sowohl den Anlass der Verbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei nach 1980, als auch den Grund ihrer Blockade bis Ende der 1990er Jahre.

Wie dargestellt wurde, fand im Krisenkontext Ende der 1970er Jahre und in enger Verbindung mit den Veränderungen in der Organisation der internationalen Beziehungen durch den transatlantischen Block in der Türkei die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie statt. Die neoliberale Wende in der Türkei, die unter dem Militärregime zwischen 1980 und 1983 eingeleitet wurde, war einerseits auf den politischen Kalkül der etablierten Staats- und Wirtschaftseliten zurückzuführen, die damit darauf abzielten, an externe politische Renten zu gelangen, um intern die bestehenden

Strukturen des westlich orientierten Nationalstaates, deren Vertreter sie waren, zu stabilisieren. Allerdings war die Wende zweitens auch untrennbar verbunden mit dem politischen Projekt der technokratischen Person von Turgut Özal, der ab Ende der 1970er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre die politische Transformation der Türkei stark prägte.

Für Özal, der organisch verbunden war mit den religiös-konservativen Eliten, die durch das Projekt des Nationalstaates weitgehend marginalisiert worden waren, stellte der Neoliberalismus nicht lediglich eine ökonomische Lehre bzw. eine liberale Form von Wirtschaftspolitik dar, mit dem Ziel gerade diejenige Form der Regierung zu stärken, die den Staat als Ziel und Instrument der politischen Machtausübung verstand und damit als Prinzip der Organisation der sozialen Beziehungen betrachtete. Für Özal war der Neoliberalismus ein umfassendes politisches Projekt, das die Umstrukturierung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses zum Ziel hatte. Özals politische Kalkül bewegte sich nicht innerhalb der Strukturen der Staatsräson, sondern zielte auf einen Strukturwandel auf der Basis einer neuen Form der Regierung ab, die als Ziel die Herstellung der Marktwirtschaft und deren Integration in den globalen Markt hatte.

Özals politische Projekt, die „Neue Vision“ (*Yeni Görüş*), leitete die Legitimität des Staates aus seiner expliziten und ausschließlichen Funktion für die Herstellung der Freiheit des Marktes ab. Verdankte die Nation ihre Existenz für die Staatseliten dem Staat und seinen Repräsentanten, die ihn erhielten und stark machten, wenn er in Gefahr gekommen war, stellte der Staat für Özal vielmehr ein Produkt der Nation dar. Die Nation, die Özal als eine Unternehmensgesellschaft verstand, war für Özal das politische Subjekt, die dem Staat seine Existenz und Stärke verlieh. Özal subjektivierte mit seinem Projekt damit gleichzeitig die Bevölkerung als eine Multiplizität von „selbstverantwortlichen und unternehmerischen Individuen“ neu, die durch ihre muslimische Ethik, die von jedem Gläubigen die höchste Anstrengung für die Gnade Gottes verlangt, charakterisiert ist. Die politische Machtausübung sollte sich nach Özal als die Schaffung von Rahmenbedingungen für das ungestörte Funktionieren des Wettbewerbsmarktes vollziehen.

Unter dem Militärregime konnte die Ausbreitung des neoliberalen Modells „ungestört“ von sozialen Kämpfen und gesellschaftlichem Druck unter Özals Federführung mit gezielten Interventionen des Staates in die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Sphäre vorangetrieben werden, um die türkische Wirtschaft zu liberalisieren und in die globalen Märkte zu integrieren. Die autoritäre Durchsetzung der neoliberalen Politik mit weiteren

Liberalisierungsmaßnahmen, einschließlich der Finanzmärkte, setzte sich im Rahmen der neuen Verfassung von 1982, die die sozialen und politischen Rechte der Bevölkerung stark einschränkte, unter der Regierungszeit von Özals ANAP (1983-1989) fort.

Wie die Analyse festgestellt hat, basierte allerdings die Ausbreitung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei nach 1980 nicht auf einem gesellschaftlichen Wandel, in dessen Folge sich die Denk- und Handlungsweisen der sozialen Akteure veränderten. Vielmehr existierten in dieser Phase mehrere politische Rationalitäten gleichzeitig, wobei die Staatsräson, vertreten von den Militärs, über die neoliberale Regierung eine Vorherrschaft inne hatte. Die liberalen Maßnahmen, die Özal unternahm, waren in den Augen des Militärs und der Bürokratie Wirtschaftsinterventionen, die nach der Staatsräson verwirklicht wurden. Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Reduzierung der Lohnkosten durch eine undemokratische Vorgehensweise gegen die Gewerkschaften für Özal eine höhere Priorität bei der Integration der türkischen Wirtschaft in den globalen Markt genoss, als die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Ohne eine ausgeprägte Rechtsstaatlichkeit fehlte in dieser Phase ein unabdingbares Instrument der neoliberalen Regierung. Der inhärente Widerspruch und die Blockade der neoliberalen Regierung in dieser Phase bestand somit darin, dass die Durchsetzung der Märkte, die durch autoritäre Maßnahmen vollzogen wurde, in Konflikt stand mit der Grundbedingung des Wettbewerbsmarktes, nämlich der Existenz eines Rechtsstaates. Deswegen gelang es Özal nicht die Organisation der sozialen Beziehungen nach dem Prinzip der Marktwirtschaft zu strukturieren und die neoliberale Gouvernamentalität auf Dauer zu stabilisieren.

Das neoliberale Projekt geriet in eine Krise, nachdem das Politikverbot der politischen Eliten der 1970er 1987 aufgehoben wurde. Özal war weder innerhalb seiner Partei ANAP noch innerhalb der politischen Sphäre der Türkei in der Lage eine substantielle Unterstützung für das neoliberale Modell aufrechtzuerhalten. Dies ging schließlich auch sehr stark darauf zurück, dass die externe finanzielle Unterstützung für den Strukturwandel in dieser Phase nicht in dem Maße wie zu Beginn der 1980er Jahre fortgesetzt wurde. In diesem Kontext gewann eine Allianz der politischen Eliten, der Wirtschaftseliten und der Staatseliten innerhalb des Militärs und der Bürokratie, wieder an Macht. Insbesondere die Möglichkeit der Abschöpfung von Renten in Form von Staatsverschuldung im Kontext der Expansion der globalen Finanzmärkte ermöglichte es in den 1990er Jahren dieser Allianz die politische Machtausübung wieder stärker an dem Prinzip der Staatsräson begleitet von

klientelistischen Praktiken auszurichten. Das alte Spiel „so viel Staat wie nötig, so viele Privilegien wie möglich“ ging weiter.

Die zunehmende wirtschaftliche Instabilität in Folge der unkontrollierten wirtschaftlichen Liberalisierung und der klientelistischen Praktiken als Reaktion auf den steigenden Verteilungsdruck der Verlierer der neoliberalen Reformen führte ab Mitte der 1990er Jahren zunehmend zum Versagen der oben erwähnten Allianz und der Schwächung der Autorität des Staates bei der Ausübung der politischen Macht. Sie hatte außerdem die Stärkung von alternativen politischen Projekten und gesellschaftlichen Organisationsformen, die in der Ausübung der politischen Macht dem Staat Konkurrenz machten, wie z.B. Mafia-Banden und paramilitärische Organisationen, zur Folge.

In diesem Kontext gewann das politische Projekt der RP unter Erbakan, dem seine Vision der „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*) unterlag, an Attraktivität und politischer Durchsetzungskraft. Gegen die Schwächung der staatlichen Ordnung, die zunehmende Distanzierung vom transatlantischen Block und die Gefahr der Marginalisierung der etablierten Eliten bildete sich zwar ab 1997 eine breite soziale Bewegung unter der Führung des Militärs, die sich als eine Gegenbewegung gegen die „Islamisierung“ des Staates durch die RP-Regierung definierte. Dieser Versuch basierte allerdings nicht auf einer gemeinsamen politischen Strategie und scheiterte schließlich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001. Der Unterschied dieser Krise zu den Krisen in der früheren Phase lag darin, dass sie sich im Kontext der neoliberalen Globalisierung als eine tiefgreifende Krise der Strukturen der Staatsräson ausdrückte.

Drittens wurde in dieser Arbeit deutlich, dass die Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie und deren Konsolidierung in institutionellen Strukturen nach 2001 von einer Koalition aus sozialen Akteuren getragen wurde, die in dieser Form bis dahin nicht existiert hatte. Diese gesellschaftlichen Akteure waren die marktorientierten neuen Mittelschichten einschließlich der aufstrebenden Wirtschaftseliten aus den Provinzen, der kulturellen und religiösen Gemeinschaften, der Migranten und der transnational orientierten Fraktionen der etablierten Wirtschaftseliten. Ihre Entstehung stand in Verbindung mit der Ausbreitung von neuen Ideen und Handlungsweisen, die ab 1980 einsetzten und jenseits der Staatsräson an Einfluss gewannen. Diese Akteure waren durch eine marktorientierte Denk- und Handlungsweise und eine kritische Haltung gegenüber sowohl der politischen Rolle der Staatseliten nach der Staatsräson als auch der politischen Eliten nach dem Prinzip der Souveränität charakterisiert. Für sie waren die

verstaatlichenden und klientelistischen Praktiken im Zeichen der Staatsräson unerwünscht, weil sie erstens nicht mehr in der Lage waren, die massiven sozialen Probleme angesichts der Vertiefung des Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesses zu lösen, und weil sie zweitens das Funktionieren der Marktwirtschaft und deren globale Integration behinderten. Spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001 offenbarte sich schließlich die Krise der bestehenden Strukturen der Staatsräson mit ihren klientelistischen Praktiken, die im Kontext der neoliberalen Globalisierung gescheitert waren, die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern. Damit ging eine Legitimationskrise des Staates einher, die nur beschränkt durch die dominante Rolle des Militärs als dessen Beschützer aufgefangen werden konnte. Die Koalition von sozialen Akteuren forderte daher die Neustrukturierung des rechtlich-institutionellen Rahmens der politischen Machtausübung nach dem Prinzip des Wettbewerbsmarktes.

Der politischen Machtergreifung der AKP 2002 ging damit nicht nur ein Wandel der Regierungsrationalität der religiös-konservativen Eliten voraus, sondern sie war darüber hinaus der Ausdruck einer Wende im politischen Denken und Handeln der türkischen Gesellschaft im Kontext der Globalisierung, die die etablierten Parteien der Mitte noch nicht vollzogen hatten. In diesem Prozess haben die gesellschaftliche Akteure in der Türkei die strukturellen Veränderungsprozesse auf der globalen Ebene einschließlich der Ausbreitung von neuen Ideen und Handlungsweisen für sich übersetzt und sich daran aktiv angepasst. Die Gründung AKP stellte die politische Widerspiegelung dieses gesellschaftlichen Wandels dar. Sie vermochte eine neue politische Strategie in diesem Kontext zu formulieren, der es gelang, mit einem politischen Projekt sowohl auf die globalen Prozesse als auch auf die soziale Krise in der Türkei zu reagieren.

Viertens kommt die Arbeit zum Ergebnis, dass es vor diesem Hintergrund, in dem die Legitimation, die Handlungsfähigkeit und die Durchschlagskraft der etablierten politischen Akteure und Institutionen intern und extern in einem gravierenden Umfang in Frage gestellt worden war, der AKP-Führung gelang, mit ihrer expliziten Gegnerschaft zu den bestehenden politischen Praktiken und Strukturen ihr neoliberales Projekt zur dominanten Strategie der Neuordnung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu machen. Die Reformpolitik der AKP-Regierung umfasste nach ihrem Regierungsantritt im Jahre 2002 umfangreiche Strukturveränderungen, mit denen die neoliberale Regierungspraxis ihre Konsolidierung fand. Sie stellte damit eine Zäsur in der Geschichte der Türkei dar.

Mit ihrem Programm der „Konservativen Demokratie“ schaffte es die AKP erfolgreich die Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überbrücken und einen breiten Block derjenigen zu bilden, die anders regiert werden wollten. Die AKP verstand sich dabei als Erbin des politischen Projekts von Özal, das in einer erweiterten Form wieder eingeführt werden sollte mit dem Ziel, das wirtschaftliche Potential des Landes freizusetzen, um letztendlich die Türkei zu einem aktiven Akteur der Globalisierung und zu einem international einflussreichen regionalen Mitspieler zu machen. Mit ihrem Projekt der „Konservativen Demokratie“ positionierte sich die AKP als eine Partei, die für eine Begrenzung der tendenziell „uferlosen“ politischen Machtausübung nach dem Prinzip des Erhaltes und der Stärkung des Staates eintritt. Es war gleichzeitig auch die politische Äußerung einer neuen Denkweise, innerhalb der die Religion begann, nicht mehr als die Quelle der Gesetze des Staates, sondern als die Quelle einer Ethik gedacht zu werden, in deren Zentrum die selbst zu verantwortende Anstrengung für materiellen Wohlstand und für die soziale Solidarität in gemeinschaftlichen Strukturen lag. Im Zentrum des politischen Projekts der AKP stand eine Demokratisierung des politischen Systems mit einer Stärkung der Partizipation der Bevölkerung an der politischen Machtausübung und der Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft. Im Rahmen des politischen Projektes der „Konservativen Demokratie“ sollte damit die Rolle des Staates darin bestehen, einen Raum für die Freiheit der Individuen und die Entfaltung der Marktwirtschaft zu schaffen.

Die Besonderheit dieser Phase liegt dabei in der Tatsache, dass die politische Strategie der AKP auf die Neuorganisation der gesellschaftlichen Machtverhältnisse abzielte und nicht auf ihre Stabilisierung durch Machtzugeständnisse an externe Akteure entlang der vorherrschenden Prinzipien der Staatsräson, wie es bei der Einführung des neoliberalen Modells unter dem Militärregime noch der Fall gewesen war. Damit war ausgerechnet eine Partei, deren führende Figuren aus den Reihen der religiös-konservativen Eliten stammten, im Verlauf der 2000er Jahre zum zentralen Akteur der Neuordnung des Staats-Gesellschaftsverhältnisses, der eine neoliberale Regierungstechnologie unterlag, geworden. Im Gegensatz zum politischen Islam formulierte die AKP keine Staatstheorie, sondern entwickelte eine Strategie der neoliberalen Regierung. Sie leitete den Umschwung in Richtung von politischen Reformen mit dem Ziel der EU-Integration und der intensiven Integration in den Weltmarkt ein. Unter ihrer Führung entstand eine neue Form des Staates in der Türkei, in dem die rechtlichen Rahmenbedingungen, die institutionelle Struktur und

die Rolle des Staates neu definiert wurden. Die neue Regierungstechnologie schlug sich dabei in der neoliberalen Neuausrichtung aller Politikbereiche nieder, insbesondere der Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik.

Fünftens kann als Schlussfolgerungen festgehalten werden, dass sich unter der AKP-Regierung zwischen 2002-2007 in der Türkei das Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Machtverhältnisse vom Nationalstaat zum Wettbewerbsmarkt verschoben hat. Eine neue Form des Regierens der Menschen, die bereits durch Özal in den 1980er Jahren eingeführt worden war, nämlich das „Regieren für und durch den Wettbewerbsmarkt“ setzte sich damit in dieser Zeit durch. Die Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe, wohl aber geschützt durch den Staat gegen jegliche Einschränkung oder Eingriffe von Machtblöcken, wurde damit in dieser Periode als das dominante Prinzip der politischen Machtausübung etabliert. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Aktivitäten einer „moralischen Gesellschaft“ und eines transnationalen Unternehmertums bildeten dabei die wichtigsten Elemente der neuen Rolle des Staates. Mit der Verschiebung der dominanten Form der politischen Machtausübung von der Staatsräson zu einer neoliberalen Regierungstechnologie war die zunehmende Integration in die europäischen Strukturen und die Transnationalisierung der türkischen Wirtschaft verbunden.

Die neoliberale Regierung nahm dabei erstens die Form eines demokratischen Staates an. Im Zuge der EU-Annäherung wurden rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, die gewährleisten sollten, dass jedes staatliche Handeln nur mit Verweis auf die Anpassung der türkischen sozioökonomischen und politischen Strukturen an die EU und auf die Entfaltung der Unternehmensgesellschaft legitimiert werden kann. Somit stellten die „Demokratisierung“ und die „Europäisierung“ wesentliche Instrumente und Effekte der Durchsetzung der neoliberalen Regierung dar. Durch die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sollten die institutionellen Einflussmöglichkeiten der Staatseliten und der klientelistischen politischen Eliten in der Ausübung der politischen Macht eingeschränkt und das Investitionsklima verbessert werden.

Zweitens manifestierte sich die neoliberale Regierungstechnologie in der Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, nach der der Staat einerseits die Rolle des Regulierers gegen monopolistische Tendenzen und andererseits die des Deregulierers für die Herstellung der Marktwirtschaft übernommen hat. Die Wirtschaftspolitik nach der neoliberalen Regierung, wie sie durch die AKP-Regierung praktiziert worden ist, bestand in erster Linie in einer restriktiven Geld- und Haushaltspolitik mit den Zielen der Inflationsbekämpfung und der

Reduzierung der Staatsverschuldung. Diese wurden begleitet von umfassenden Strukturreformen. Dabei wurde der rechtliche Rahmen des Wettbewerbsmarktes etabliert, neue technokratische Institutionen mit ordnungspolitischen Aufgaben gegründet, der Finanzsektor saniert, umstrukturiert und transnationalisiert und der Rückzug des Staates aus der Sphäre der Produktion durch eine umfangreiche Privatisierungspolitik vollzogen.

Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU am 3. Oktober 2005 und der beachtliche Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in die Türkei im Zuge dessen, der die türkische Wirtschaft auf einen starken Transnationalisierungs- und Wachstumskurs brachte, verweisen auf die Konsolidierung der neoliberalen Regierung, indem sie die neuen Grundlagen der Existenz des Staates als auch seiner internationalen Anerkennung darstellten. In diesem Kontext bildet die Wirtschaftspolitik der AKP-Regierung – wie die Demokratisierungsreformen im Zuge der EU-Integration und die Entmachtung der Staatseliten – Mittel und Ziel des türkischen Neoliberalismus, durch den die neuen sozialen Akteure danach strebten, die sozialen Beziehungen zu ihrem Nutzen zu organisieren und auf der internationalen Ebene an Einfluss zu gewinnen.

Das Regieren der AKP durch den globalen Wettbewerbsmarkt bedeutete jedoch nicht, dass der Nationalstaat im Verhältnis zur Freiheit der Individuen seine Bedeutung gänzlich einbüßte, sondern er war lediglich nicht mehr das primäre Ziel der politischen Machtausübung. Auch im Rahmen der neoliberalen Regierung war der Nationalstaat mit seinem Verwaltungsapparat weiterhin ein wichtiges Instrument der politischen Machtausübung. Er diente unter der AKP als politische Kategorie und institutionelle Struktur immer noch zur Gewährleistung der Herstellung, der Sicherheit und des Funktionierens von möglichst großen Märkten. Die potentielle Rolle einer Türkei, die den Status einer demokratischen Marktwirtschaft erlangt hat, als aktiver Akteur der neoliberalen Globalisierung innerhalb der Region stärkte die Bedeutung des Nationalstaates auch aus globaler Sicht.

Insgesamt lieferte die empirische Analyse der Herausbildung einer neoliberalen Form von Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren und insbesondere anhand des politischen Projektes der AKP einen Beitrag zum Verständnis von komplexen Veränderungsprozessen der Staats-Gesellschaftsbeziehungen in den Ländern der „Peripherie“ im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung. Damit wurde jenseits der in der bestehenden Forschung dichotom aufgebaute Analysekategorien, wie z.B. Staat vs. Zivilgesellschaft, Zwang vs. Freiheit, Islam vs. Demokratie, national vs. global, gezeigt, wie die Auswirkungen der

neoliberalen Globalisierung auf die Länder der Peripherie ausfallen und wie die jeweiligen Gesellschaften die strukturellen Veränderungsprozesse auf der globalen Ebene für sich übersetzen und sich ihnen aktiv anpassen. So wurde am Beispiel der Türkei gezeigt, dass die religiös-konservativen Eliten, die durch das Projekt des Nationalstaates bis 1980 weitgehend marginalisiert worden waren, sich strategisch an der neoliberalen Globalisierung orientierten und durch die Formulierung eines umfassenden politischen Projektes eine Koalition von sozialen Akteuren aufbauten, um schließlich eine beherrschende Position innerhalb der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Türkei und auf der globalen Ebene einzunehmen. Deswegen kann die gesellschaftliche Entwicklung der Peripherie im Kontext der neoliberalen Globalisierung nicht ausschließlich im Sinne einer passiven und extern vorgeschriebenen Anpassung analysiert werden, sondern muss vielmehr als die Wirkung strategischer Handlungen interner und externer Akteure betrachtet werden. Durch die strategischen Handlungen der gesellschaftlichen Akteure werden die Länder der Peripherie Teil der globalen Machtverhältnisse und wirken aktiv auf die neoliberale Neuordnung dieser ein.

In Hinblick auf die Frage nach der weiteren Stabilität der neuen Machtverhältnisse in der Türkei kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Wandel der Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren keinen linear-evolutionären Prozess darstellte. Die Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei wurde bisher in erheblichem Maße von externen Faktoren unterstützt. Sie war eine Kombination aus der Bereitschaft der internationalen Finanzinstitutionen, der Türkei beachtliche Mittel zur Verfügung zu stellen, der Stärkung der Integrationsperspektive durch die EU und der überschüssigen globalen Liquidität, die die restriktive Finanz- und Geldpolitik funktionieren ließ und den Strukturwandel (Privatisierungen, Stärkung des Finanzsektors) unterstützte. Darüber hinaus müssen interne Dynamiken berücksichtigt werden. Die Tatsachen, dass erstens die AKP den einzigen politischen Akteur mit einer neoliberalen Regierungsrationalität darstellt, dass zweitens mit der neoliberalen Regierung eine Verschlechterung der Verteilung von Einkommen und Vermögen und eine massive Zunahme der Ungleichheit einhergeht, und dass drittens sowohl innerhalb der staatlichen Bürokratie und des Militärs als auch auf der gesellschaftlichen Ebene zahlreiche Akteure bestehen, die weiterhin an der politischen Rationalität der Staatsräson festhalten, macht die dauerhafte Konsolidierung der neoliberalen Staatlichkeit in der Türkei abhängig von den

weiteren Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen den Blöcken mit unterschiedlichen politischen Rationalitäten.

Die Stabilität der neuen Ordnung wird demnach davon abhängig sein, ob die transnationale Integration der Türkei, die eine Eingliederung in die EU und die internationale Expansion der türkischen Wirtschaft beinhaltet, den notwendigen sozioökonomischen Entfaltungsraum für die türkische Gesellschaft schaffen wird. Während die Existenz einer relativ wettbewerbsfähigen Wirtschaft diese Option stärkt, wird sie durch die stark zunehmende Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft von externen Kapitalzuflüssen und zunehmender sozialer Ungleichheit geschwächt. Somit könnte eine Peripheralisierung der Türkei und ein Rückfall in die alten Machtformen angesichts der inhärenten Widersprüchen des neoliberalen Umstrukturierungsprojekts drohen, die durch die starke Rolle der externen Akteure bei der neoliberalen Umstrukturierung und die derzeitige neoliberale Ausrichtung des europäischen Erweiterungsprozesses eher verstärkt werden. Eine (abschließende) Beurteilung dieser Entwicklungen müsste Teil einer zukünftigen Forschungsagenda sein und bildet damit den weiteren Forschungsbedarf zu diesem Thema.

Literaturverzeichnis

- Acar, Feride (2002): Turgut Özal: Pious Agent of Liberal Transformation, in: Heper, Metin/Sayarı, Sabri (Hrsg.): Political Leaders and Democracy in Turkey, Lanham, Maryland: Lexington Books, S. 163-180.
- Açıkalın, Haluk (1982): Turgut Özal, in: Orient, 2, S. 173-176.
- Agai, Bekim (2004): Islam und Kemalismus in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2004, S. 18-24.
- Ahmad, Feroz (1980): The political power of the Turkish bourgeoisie has been increasing with every decade, in: MERIP Reports, No. 84, S. 19-22.
- Ahmad, Feroz (1993): The Making of Modern Turkey, London: Routledge.
- Ahmad, Feroz (1994): Demokrasi sürecinde Türkiye. 1945-1980, Istanbul: Hil Yayınları.
- Akdoğan, Yalçın (2004): Ak Parti ve Muhafazakar Demokrasi, Istanbul: Alfa Basım Yayım Dağıtım.
- Akdoğan, Yalçın (2006): The Meaning of Conservative Democratic Political Identity, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 49-65.
- AKP (2002): Acil Eylem Planı, AKP İktidarının Acil Eylem Planı 16 Kasım 2002, Belgenet, http://www.belgenet.com/eko/acileylem_161102.html (Zugriff 05.01.2011).
- AKP (o. J.): Party Programme, <http://eng.akparti.org.tr/english/partyprogramme.html> (Zugriff 05.01.2011).
- Alpay, Şahin (2009): Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2009, S. 8-15.
- Alper, Emre/Öniş, Ziya (2002): Soft Budget Constraints, Government Ownership of Banks and Regulatory Failure: The Political Economy of the Turkish Banking System in the Post-Capital Account Liberalization Era, Working Papers 2002/02, Bogazici University, Department of Economics, <http://ideas.repec.org/p/bou/wpaper/2002-02.html> (Zugriff 05.01.2011).
- Altunışık, Meliha/Tür, Özlem (2005): Turkey. Challenges of continuity and change, Oxon: RoutledgeCurzon.
- ANAP (1983): Parti Programı, Belgenet, <http://www.belgenet.com/parti/program/anap-1.html> (Zugriff 05.01.2011).
- Arat, Yeşim (1991): Politics and Big Business: Janus-faced Link to the State, in: Heper, Metin (Hrsg.): Strong State and Economic Interest Groups: The Post-1980 Turkish Experience, Berlin u.a.: de Gruyter, S. 135-149.
- Arat, Yeşim (1999): Democracy and Women in Turkey: In Defence of Liberalism, in: Social Politics, Fall 1999, S. 370-387.
- Atacan, Fulya (2005): Explaining Religious Politics at the Crossroad: AKP-SP, in: Turkish Studies, 6:2, S. 287-199.
- Ataman, Muhittin (2002): Özal Leadership and Restructuring of Turkish Ethnic Policy in the 1980s, in: Middle Eastern Studies, 38:4, S. 123-142.

- Atiyas, İzak (2009): Recent Privatization Experience of Turkey - A Reappraisal, in: Öniş, Ziya/Şenses, Fikret (Hrsg.): Turkey and the Global Economy - Neo-Liberal Restructuring and Integration in the Post-Crisis Era, London: Routledge, S. 101-122.
- Ayata, Sencer (1996): Patronage, Party and the State: The Politicization of Islam in Turkey, in: Middle East Journal, Vol. 50, Winter, S. 40-56.
- Aydın, Senem/Çakır, Ruşen (2007): Political Islam in Turkey, CEPS Working Paper No. 265/April 2007, <http://aei.pitt.edu/11663/01/1490.pdf> (Zugriff 05.01.2011).
- Aydın, Zülküf (2005): The political economy of Turkey, London: Pluto Press.
- Axt, Heinz-Jürgen (1991): Mittelmeerländer, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 383-388.
- Barkey, Henri J. (1990): The State and the Industrialization Crisis in Turkey, Boulder, Col.: Westview Press.
- Barkey, Henri J./Fuller, Graham E. (1998): Turkey's Kurdish Question, Maryland: Rowman and Littlefield.
- Barlas, Mehmet (2000): Turgut Özal'ın Anıları, Istanbul: Birey.
- Bayar, Ali H. (1996): The Developmental State and Economic Policy in Turkey, in: Third World Quarterly, 17:4, S. 773-785.
- BDDK (2007): Finansal Piyasalar Raporu, 8, Ankara: BDDK, http://www.bddk.org.tr/WebSitesi/turkce/Raporlar/Finansal_Piyasalar_Raporlari/4816_FPR-Aralik2007.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Belge, Murat (2002): Turkey – normal at last?, http://www.opendemocracy.net/democracy-turkey/article_735.jsp (Zugriff 05.01.2011).
- Berkes, Niyazi (1964): The Development of Secularism in Turkey, Montreal: McGill.
- Bieling, Hans-Jürgen/Marika, Lerch (Hrsg.) (2005): Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Birand, Mehmet Ali/Yalçın, Soner (2001): The Özal. Bir Davanın Öyküsü, Istanbul: Doğan Kitapçılık A.Ş.
- Bohle, Dorothee (2002): Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Boratav, Korkut (1997): İktisat Tarihi (1981-1994), in: Tanör, Bülent et al. (Hrsg.): Türkiye Tarihi, Cilt 5, Bugünkü Türkiye 1980-1995, Istanbul: Cem Yayınevi, S. 159-210.
- Boratav, Korkut (1998): Türkiye İktisat Tarihi, 1908-1985, Istanbul: Gerçek Yayınevi.
- Boratav, Korkut/Türel, Oktay/Yeldan, Erinç (1995): The Turkish economy in 1981-92: A balance sheet, problems and prospects, in: METU Studies in Development, 22:1, S. 1-36.
- Boratav, Korkut/Yeldan, A. Erinç/Köse, Ahmet H. (2000): Globalization, Distribution and Social Policy: Turkey, 1980-1998, CEPA Working Paper Series I, Working Paper No. 20, New York: CEPA, New School University
- Bourdieu, Pierre (1998): The Essence of Neoliberalism. in: Le Monde Diplomatique, <http://mondediplo.com/1998/12/08bourdieu> (Zugriff 05.01.2011).

- Bozdoğan, Sibel/Kasaba, Reşat (Hrsg.) (1997): *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, Seattle and London: University of Washington Press.
- Botschaft der Republik Türkei in Berlin (2004): *Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU: Auf dem Weg zum Europäischen Rat im Dezember 2004. Die Entwicklung seit September 2003 in Bezug auf die politischen Kriterien und auf Justiz und Inneres*, Berlin.
- Bozdoğan, Sibel (2001): *Modernism and Nation Building. Turkish Architectural Culture in the Early Republic*, Seattle and London: University of Washington Press.
- Böhmer, Jochen (1990): *Zwischen Exportboom und Re-Islamisierung: Stabilisierungs- und Strukturanpassungspolitik in der Türkei 1980-1987. Eine Analyse des wirtschaftspolitischen Managements, der Außenorientierung des Industriesektors und des Einflusses soziokultureller Bedingungen*, Münster u.a.: Lit.
- Brand, Ulrich/Christoph, Görg (2000): *Die Regulation des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse*, in: PROKLA, 118, S. 83-106.
- Brand, Ulrich (2007): *Die Internationalisierung des Staates*. in: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hrsg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Wien: Mandelbaum-Verlag, S. 260-279.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bruinessen, Martin van (1985): *Vom Osmanismus zum Separatismus: Religiöse und ethnische Hintergründe der Rebellion des Scheich Said*, in: Blaschke, Jochen/van Bruinessen, Martin (Hrsg.): *Islam und Politik in der Türkei*, Berlin: EXpress Edition, S. 109-166.
- Bruinessen, Martin van (2000): *Turkey and the Kurds in the 1990s: Guerrilla, Counter-Insurgency and Emerging Civil Society*, in: *Kurdish-Ethno Nationalism Versus Nation-Building States*, Istanbul: The ISIS Press.
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): *Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie*, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Buğra, Ayşe (1994): *State and Business in Modern Turkey: A Comparative Study*, Albany, N.Y.: State University of New York Press.
- Buğra, Ayşe (1998): *Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by Two Turkish Business Associations*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 30:4, S. 521 – 539.
- Buğra, Ayşe (1999): *Islam in Economic Organizations*, Istanbul: TESEV/Friedrich Ebert Foundation.
- Buğra, Ayşe (2003): *An Islamic Approach to Globalization: The Role of Interest Ideology in Business Attitudes toward International Economic Relations*, Paper presented at the Fourth Mediterranean Social and Political Research Meeting, March 19-23, Florence.
- Bulaç, Ali (1992): *Sözleşme temelinde toplumsal proje*, in: *Birikim*, 40, S. 53-62.
- Bulaç, Ali (1995): *Modern Ulus Devlet*, Istanbul: İz Yayıncılık.
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hrsg.) (1991): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf.

- Castello-Branco (2007): Turkey. Moving Toward Full-Fledged Inflation Targeting, in: Enoch, Charles/Habermeier, Karl/Castello-Branco, Marta (Hrsg.): Building Monetary and Financial Systems. Case Studies in Technical Assistance, Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Celasun, Merih (1994): Trade and Industrialization in Turkey: Initial Conditions, Policy and Performance in the 1980s, in: Helleiner, Gerald K. (Hrsg.): Trade Policy and Industrialization in Turbulent Times, London: Routledge, S. 453-486.
- Chang, Ha-Joon (1994): The Political Economy of Industrial Policy, London: Macmillan.
- Çakır, Ruşen (1990): Ayet ve Slogan. Türkiye'de İslami Oluşumlar, İstanbul: Metis.
- Çakır, Ruşen (1994): Ne Şariat Ne Demokrasi. Refah Partisini Anlamak, İstanbul: Metis.
- Çakır, Ruşen/Çalmuk, Fehmi (2001): Recep Tayyip Erdoğan. Bir Dönüşüm Öyküsü, İstanbul: Metis.
- Çarkoğlu, Ali (2002): Turkey's November 2002 Elections: A New Beginning?, in: Meria, 6:4, <http://meria.idc.ac.il/journal/2002/issue4/jv6n4a4.html> (Zugriff: 05.01.2011).
- Çarkoğlu, Ali (2006): The New Generation Pro-Islamists in Turkey. Bases of the Justice and Development Party in Changing Electoral Space, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The Emergence of a New Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 88-107.
- Çınar, Menderes (2006): Turkey's Transformation under the AKP Rule, in: The Muslim World, 96, S. 469-486.
- Cizre-Sakallıoğlu, Ümit (1991): Labour: The Battered Community, in: Heper, Metin (Hrsg.): Strong State and Economic Interest Groups: The Post-1980 Turkish Experience, Berlin u.a.: Walter de Gruyter, S. 57-70.
- Cizre-Sakallıoğlu, Ümit (1997): The Anatomy of the Turkish Military's Autonomy, in: Comparative Politics, 29:4, S. 151-165.
- Cizre-Sakallıoğlu, Ümit/Yeldan, Erinc (2000): Politics, Society and Financial Liberalization: Turkey in the 1990s, in: Development and Change, 31, S. 481-508.
- Cizre, Ümit (2002): Concept and Policy of National Security and the Civilians: The Case of Turkey, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), Conference Paper.
- Çokgezen, Murat (2000): New fragmentations and new cooperations in the Turkish bourgeoisie, in: Environment and Planning C: Government and Policy, 18:5, S. 525-544.
- Commission of the European Communities (2001): 2001 Regular Report on Turkey's Progress Towards Accession, 13.11.2001, SEC(2001) 1756, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2001/tu_en.pdf (Zugriff: 05.01.2011).
- Commission of the European Communities (2002): 2002 Regular Report on Turkey's progress towards accession, COM(2002) 700 final, 09.10.2002, SEC(2002) 1412, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2004/rr_tr_2004_en.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Commission of the European Communities (2007): Commission Staff Working Document, Turkey 2007 Progress Report accompanying the Communication to the European

- Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2007-2008, COM(2007) 663 final, 06.11.2007, SEC(2007) 1436, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_en.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Copeaux, Etienne (2000): Tarih Ders Kitaplarında (1931-1993) Türk Tarih Tezinden Türk-Islam Sentezine, Istanbul: Tarih Vakfı Yurt Yayınları.
- Coşar, Simten/Özman, Aylin (2004): Centre-right politics in Turkey after the November 2002 general election: neo-liberalism with a Muslim face, in: Contemporary Politics, 10:1, S. 57-74.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: Millennium, 10:2, S. 126-155.
- Cox, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, in: Millennium, 12:2, S. 162-175.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York: Colombia University Press.
- Cox, Robert W. (1995): Critical Political Economy, in: Hettne, Björn (Hrsg.): International Political Economy. Understanding Global Disorder, London: Zed Books, S.31-45.
- Dean, Mitchell (1999): Governmentality. Power and Rule in Modern Society, London u.a.: Sage Publications.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): Rhizom, Berlin: Merve.
- Delorme, Robert (1992): Staat und ökonomische Entwicklung. in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 158 – 181.
- Demir, Ömer/Acar, Mustafa/Toprak, Metin (2004): Anatolian Tigers or Islamic Capital: Prospects and Challenges, in: Middle Eastern Studies, 40:6, S. 166-188.
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Derviş, Kemal (2001): Türkiye'nin Güçlü Ekonomiye Geçiş Programı, http://www.tcmb.gov.tr/yeni/duyuru/eko_program/program.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Dieter, Amke (o.J.): Menschen- und Minderheitenrechte: die Türkei und die europäischen Standards, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/themen/T§SFAJ.html> (Zugriff 05.01.2011).
- Dinler, Demet (2003): Türkiye'de güçlü devlet geleneği tezinin eleştirisi, in: Praxis, 9, S. 17-54.
- Doğan, Kutlay (1994): Turgut Özal Belgeseli, Ankara: Türk Haberler Ajansı Yayınları.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1966): Modernization: Protest and Change, Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Eisenstadt, Shmuel N. (Hrsg.) (2002): Multiple Modernities, New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers.
- Eligür, Banu (2010): The Mobilization of Political Islam in Turkey, Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

- Emil, M. Ferhat/Yılmaz, H. Hakan/van Rijckeghem, Caroline (2005): *Kamu Borcu Nasıl Oluşturdu? Bu Noktaya Nasıl Gelindi?*, Istanbul: Tesev Yayınları.
- Eralp, Atilla (1990): *The Politics of Turkey's Development Strategies*, in: Finkel, Andrew/Sirman, Nükhet (Hrsg.): *Turkish State and Turkish Society*, London: Routledge, S. 219-258.
- Eralp, Atilla (1993): *Turkey and the European Community: Prospects for a New Relationship*, in: Eralp, Atilla/Tünay, Muharrem/Yeşilada, Birol (Hrsg.): *The Political and Socioeconomical Transformation of Turkey*, Westport, CT: Praeger Publishers, S. 193-213.
- Eralp, Atilla (1994): *Turkey in the Changing Post-War World Order: Strategies of Development and Westernization*, in: Keyder, Çağlar/Ibrahim, Saad-Eddin/Öncü, Ayşe, (Hrsg.): *Developmentalism and Beyond: Economy and Society in Egypt and Turkey*, Cairo: The American University in Cairo Press, S. 206-212.
- Eralp, Atilla/Tünay, Muharrem/Yeşilada, Birol (Hrsg.) (1993): *The Political and Socioeconomical Transformation of Turkey*, Westport, CT: Praeger Publishers.
- Erdoğan, Recep Tayyip (2006): *Conservative Democracy and the Globalization of Freedom*, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): *The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 333-340.
- Ergil, Doğu (2000): *The Kurdish Question in Turkey*, in *Journal of Democracy*, 11:3, S. 122-135.
- Ergün, Ismet (1995): *Zur Wirtschaftslage der Türkei*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 35:4, S. 360-366.
- Ergüder, Üstün/Hofferbert, Richard I. (1987): *Restoration of democracy in Turkey? Political Reforms and the elections of 1983*, in: Lane, Linda (Hrsg.): *Elections in the Middle East: Implications of Recent Trends*, Boulder, Col.: Westview Press, S. 19-43.
- Ergüder, Üstün (1991): *The Motherland Party, 1983-1989*, in: Heper, Metin/Landau, Jacob, M. (Hrsg.): *Political Parties and Democracy in Turkey*, London: I. B. Tauris & Co., S. 152-170.
- Ergüder, Üstün (2000): *Contemporary Turkish Politics: Challenges to Democratic Consolidation*, Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers.
- Eroğul, Cem (1987): *The Establishment of Multiparty Rule: 1945-1971*, in: Schick, Irvin C./Tonak, E. Ahmet (Hrsg.): *Turkey in Transition: New Perspectives*, Oxford: Oxford University Press, S. 101-143.
- ESI (2005): *Islamische Calvinisten. Umbruch und Konservatismus in Zentralanatolien*, 19 September 2005, Berlin, Istanbul, http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_71.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Europäischer Rat (2003): *Europäischer Rat in Kopenhagen, 21./22. Juni 1993, Schlussfolgerung des Vorsitzes*, http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/index_de.htm (Zugriff 05.01.2011).
- European Commission (1999): *1999 Regular Report From the Commission on Turkey's Progress Towards Accession*, 13.10.1999, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/1998/turkey_en.pdf (Zugriff 05.01.2011).

- European Commission (2003): 2003 Regular Report on Turkey's Progress Towards Accession, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2003/rr_tk_final_en.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- European Commission (2005): Turkey, 2005 Progress Report, COM (2005) 561 final, 09.11.2005, SEC (2005) 1426, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2005/package/sec_1426_final_progress_report_tr_en.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Evin, Ahmet (Hrsg.) (1984): Modern Turkey. Continuity and Change, Opladen: Leske und Budrich.
- Faroghi, Suraiya (2004): Geschichte des Osmanischen Reiches, München: C. H. Beck.
- Finefrock, Michael M. (1981): Laissez-Faire, the 1923 Economic Congress and Early Turkish Developmental Policy in Political Perspective, in: Middle East Studies, 17:3, S. 375-392.
- Foucault, Michel (1985): Freiheit und Selbstsorge. Ein Gespräch mit Michel Foucault am 20. Januar 1984, in: Foucault, Michel: Freiheit und Selbstsorge. Interview 1984 und Vorlesung 1982, Helmut Becker et al. (Hrsg.), Frankfurt a.M.: Materialis, S. 7-28.
- Foucault, Michel (1987): Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts, in: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul. (Hrsg.): Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt a.M.: Athenäum, S. 243-264.
- Foucault, Michel (1993): Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1998): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2000): Staatsphobie, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 68-71.
- Foucault, Michel (2006 a): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006 b): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Franz, Erhard (2003): Das Parteiensystem in der Türkei, Arbeitspapier 6/2003, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Geray, Cevat (1969): Urbanization in Turkey, in: SBFD, XXIV:4, S. 157-174.
- Gill, Stephen (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism, in: Millennium, 24:3, S. 399 – 423.
- Gill, Stephen (2000): The constitution of global capitalism, The Global Site, www.theglobalsite.ac.uk/press/010gill.pdf (Zugriff 05.01.2011).
- Goltz, Gabriel/Kramer, Heinz (2002): Politischer Erdrutsch bei den Wahlen in der Türkei, SWP-Aktuell, A 48, Berlin.

- Göle, Nilüfer (1995): *Republik und Schleier: Die muslimische Frau in der modernen Türkei*, Berlin: Babel Verlag.
- Göle, Nilüfer (1996): *Authoritarian Secularism and Islamist Politics: The Case of Turkey*, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): *Civil Society in the Middle East*, Leiden: E. J. Brill, S. 17-43.
- Government of Turkey (2003): *Letter of Intent*, Ankara, April 5, 2003, <http://www.imf.org/external/np/loi/2003/tur/01/index.htm> (Zugriff: 05.01.2011).
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks*, Quintin Hoare/Geoffrey Nowell Smith (Hrsg.), New York: International Publishers.
- Gül, Abdullah (2000): *Fazilet Partisi Kongresi. Abdullah Gül'ün adaylığını açıkladığı basın toplantısı* (8. Mart 2000), in: Belgenet, <http://www.belgenet.com/parti/ag080300.html> (Zugriff: 22.10.2010).
- Güngen, Ali Rıza/Erten, Şafak (2005): *Approaches of Şerif Mardin and Metin Heper on State and Civil Society in Turkey*, in: *Journal of Historical Studies*, 3, S.1-14.
- Güneş-Ayata, Ayşe (1994): *Roots and Trends of Clientelism in Turkey*, in: Luis Roniger/Güneş-Ayata, Ayşe (Hrsg.): *Democracy, Clientelism and Civil Society*, Boulder, Colorado: Lynne Rienner Publishers, S. 49-63.
- Güneş-Ayata, Ayşe/Ayata, Sencer (2001): *Turkey's Mainstream Political Parties on the Centre-Right and Centre-Left*, in: Lovatt, Debbie (Hrsg.): *Turkey since 1970. Politics, Economics and Society*, Houndmills, u.a.: Palgrave, S. 91-110.
- Gürbey, Gülistan (2004): *Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, Nr. 01, S. 45-57.
- Gürbey, Gülistan (2005): *Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Güsten, Susanne (2009): *Die Kurdenfrage in der Türkei*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39-40/2009, S. 21-26.
- Güvenç, Bozkurt/Şaylan, Gencay/Tekeli, İlhan/Şerafettin, Turan (1991): *Türk-Islam Sentezi Dosyası*, Istanbul: Sarmal Yayınevi.
- Hale, William (1994): *Turkish Politics and the Military*, London: Routledge.
- Hale, William (2000): *Turkish Foreign Policy, 1774-2000*, London: Frank Cass.
- Hale, William (2006): *Christian Democracy and the JDP. Parallels and Contrasts*, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): *The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 66-87.
- Hale, William/Özbudun, Ergun (2010): *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey: The Case of the AKP*, New York: Routledge.
- Hanioglu, Şükrü M. (2008): *A Brief History of the Late Ottoman Empire*, Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Hardt, Michael/ Negri, Antonio (2000): *Empire*, London, u.a.: Harvard University Press.
- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*, New York: Oxford University Press.

- Harris, George (1985): Turkey Coping with Crisis, Boulder, Col.: Westview Press.
- Hellman, Joel S./Jones, Geraint/ Kaufmann, Daniel (2000): Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption, and Influence in Transition, in: World Bank Policy Research. Working Paper No. 2444, Washington, D.C.: The World Bank.
- Held, David/Goldblatt, David/McGrew, Anthony/Perrton, Jonathan (1999): Global Transformations: Politics, Economics and Culture, Stanford, California: Stanford University Press.
- Heper, Metin (1985): The State Tradition in Turkey, Northgate, u.a.: The Eothen Press.
- Heper, Metin (Hrsg.) (1989): Local Government in Turkey: Governing Greater Istanbul, London: Routledge.
- Heper, Metin (Hrsg.) (1991): Strong State and Economic Interest Groups: The Post-1980 Turkish Experience, Berlin u.a.: Walter de Gruyter.
- Heper, Metin (1992): Extremely "Strong State" and Democracy: Turkey in Comparative and Historical Perspective, in: Eisenstadt, Shmuel N. (Hrsg.): Democracy and Modernity, Leiden: Brill, S. 142-169.
- Heper, Metin (1994): Turgut Özal's Presidency: Crisis and the Glimmerings of Consensus, in: Heper, Metin/Evin, Ahmet (Hrsg.): Politics in the Third Turkish Republic, Boulder, Col.: Westview Press, S. 187-198.
- Heper, Metin/Evin, Ahmet (Hrsg.) (1994): Politics in the Third Turkish Republic, Boulder, Col.: Westview Press.
- Heper, Metin/Keyman, E. Fuat (1998): Double-Faced State: Political Patronage and the Consolidation of Democracy in Turkey, in: Middle East Studies, 34:4, S. 259-277.
- Heper, Metin/Toktaş, Şule (2003): Islam, Modernity, and Democracy in Contemporary Turkey: The Case of Recep Tayyip Erdoğan, in: The Muslim World, 93 (April), S. 157-185.
- Hermann, Rainer (1996 a): Die Türkei auf dem Weg zu einer "Zweiten Republik", in: Schweizer Monatshefte, 76:9, S. 19-24.
- Hermann, Rainer (1996 b): Die drei Versionen des politischen Islam in der Türkei, in: Orient, 37:1, S. 35-57.
- Hirsch, Joachim (1992): Regulation, Staat und Hegemonie. in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster, Westfälisches Dampfboot. S. 203-231.
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (2001): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg: VSA-Verlag.
- Hobbes, Thomas (2005): Leviathan, Stuttgart: Reclam.
- Hobsbawm, Eric (2009): The Age of Extremes: The Short Twentieth Century 1914-1991, London: Abacus.
- Hoffmann, Judith (2003): Aufstieg und Wandel des politischen Islam in der Türkei, Berlin: Hans Schiler.
- Holman, Otto (1993): Internationalisation and democratisation: Southern Europe, Latin Amerika and the world economic crisis. In: Gill, Stephan (Hrsg.): Gramsci, Historical

- Materialism and International Relations, Cambridge: Cambridge University Press, S. 213-237.
- Holman, Otto (2002): Die Neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich, in: PROKLA, 32:3, S. 399-420.
- Horkheimer, Max (1987): Gesammelte Schriften. Band 2: Philosophische Frühschriften 1922-1932, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max (1988): Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936-1941, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hummel, Hartwig (2000): Der neue Westen. Der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan und die Integration der westlichen Gemeinschaft, Münster: Agenda.
- Içener-Çağlıyan, Zeyneb (2009): The Justice and Development Party's Conception of "Conservative Democracy": Invention or Reinterpretation?, in: Turkish Studies, 10:4, S. 595-612.
- Insel, Ahmet (2003): The AKP and Normalizing Democracy in Turkey, in: The South Atlantic Quarterly, 102:2/3, S. 293-308.
- Jaeger, Markus (2005): Türkei 2020. Auf Konvergenzkurs, in: Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen, Nr. 315, Frankfurt a.M..
- Kalaycıoğlu, Ersin (2001): Turkish Democracy: Patronage versus Governance, in: Turkish Studies, 2:1, S. 54-70.
- Kalaycıoğlu, Ersin (2002): The Motherland Party: The Challenge of Institutionalization in a Charismatic Leader Party, in: Turkish Studies, 3:1, S. 41-61.
- Kalaycıoğlu, Ersin (2005): Turkish Dynamics: Bridge across Troubled Lands, New York u.a.: Palgrave Macmillan.
- Kasaba, Reşat (1997): Kemalist Certainties and Modern Ambiguities, in: Bozdoğan, Sibel/Kasaba, Reşat (Hrsg.): Rethinking Modernity and National Identity in Turkey, Seattle, London: University of Washington Press, S. 15-36.
- Keyder, Çağlar (1987): State and Class in Turkey, London, New York: Verso.
- Keyder, Çağlar (1996): Ulusal Kalkınmacılığın İflası, Metis: Istanbul.
- Keyder, Çağlar (1997): Whither the Project of Modernity? Turkey in the 1990s, in: Bozdoğan, Sibel/Kasaba, Reşat (Hrsg.): Rethinking Modernity and National Identity in Turkey, Seattle and London: University of Washington Press, S. 37-51.
- Keyder, Çağlar (2004): The Turkish Bell Jar, in: New Left Review, 28, S. 65-84.
- Keyman, E. Fuat (1995): On the Relation Between Global Modernity and Nationalism: The Crises of Hegemony and the Rise of (Islamic) Identity in Turkey, in: New Perspectives on Turkey, 13, 93-120.
- Kili, Suna (1980): Kemalism in Contemporary Turkey, in: International Political Science Review, 1:3, S. 381-404.
- Kirişçi, Kemal (1997): Erzwungene Migration in der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen, 37:3, S. 165-184.
- Kirişçi, Kemal/Winrow, Gareth M (1997): The Kurdish Question and Turkey: An Example of Trans-Ethnic Conflict, London: Frank Cass.

- Kışlalı, Ahmet Taner (1993): Atatürk'e Saldırmanın Dayanılmaz Hafifliği, Ankara: Imge Kitabevi.
- Kışlalı, Ahmet Taner (1994): Kemalizm, Laiklik ve Demokrasi, Ankara: Imge Kitabevi.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 8 November, Brüssel, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2000/tu_de.pdf (Zugriff 05.01.2011)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 6.10.2004, KOM(2004) 656 endgültig, Brüssel.
- Kramer, Heinz (2000): A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States, Washington, D.C.: Brookings Institute Press.
- Kramer, Heinz (2002 a): Überraschung in der Türkei. Vorgezogene Neuwahlen, SWP-Aktuell, A 28, Berlin.
- Kramer, Heinz (2002 b): Ein wichtiger Schritt in Richtung EU. Das türkische Parlament verabschiedet „historisches“ Reformpaket, SWP-Aktuell, A 29, Berlin.
- Kramer, Heinz (2003): Die Türkei 2003. Auf dem Weg in eine neue Republik?, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01475.pdf> (Zugriff 05.01.2011).
- Kramer, Heinz (2004 a): Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen, 44:1, S. 30-43.
- Kramer, Heinz (2004 b): Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2004, S. 9-17.
- Kramer, Heinz (2006): Turkey and the EU: The EU's Perspective, in: Insight. Turkey, 8:4, S. 24-32.
- Kreiser, Klaus (2006 a): Das letzte osmanische Jahrhundert (1826-1920), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 315-382.
- Kreiser, Klaus (2006 b): Die neue Türkei (1920-2002), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 383-478.
- Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (2006): Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Krueger, Anne O. (2004): Perseverance in a Good Cause: The Benefits of Turkish Economic Reform, Keynote Speech, Istanbul Forum, Istanbul, May 6, <http://www.imf.org/external/np/speeches/2004/050604.htm> (Zugriff 05.01.2011).
- Kuru, Ahmet T. (2006): Reinterpretation of Secularism in Turkey. The Case of the Justice and Development Party, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press.

- Laçiner, Sedat (2009): Turgut Özal Period in Turkish Foreign Policy: Özalism, USAK Yearbook of International Politics and Law, Vol. 2, S. 153-205.
- Landau, Jacob M. (1974): *Radical Politics in Modern Turkey*, Leiden: E. J. Brill.
- Larner, Wender/Walters, William (2002): The political rationality of “new regionalism”: Toward a genealogy of the region, in: *Theory and Society* 31, S. 391-432.
- Leander, Anne (1996 a): ‘Robin Hood’ politics? Turkey missing the chance to adopt a new model in the 1990s, in: *Review of International Political Economy*, 3:1, S. 132-163.
- Leander, Anna (1996 b): Dubious dichotomies, restricted options, and deficient sight: a reply to Oktay Türel, in: *Review of International Political Economy*, 3:1, S. 179-185.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg: Argument.
- Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die “governmentality studies“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1, S. 31-47.
- Lemke, Thomas (2001 a): Gouvernementalität, in: Marcus S. Kleiner (Hrsg.): *Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken*, Frankfurt am Main: Campus, S. 108-122.
- Lemke, Thomas (2001 b): The birth of bio-politics: Michel Foucault’s lecture at the Collège de France on neo-liberal governmentality, in: *Economy and Society*, 30:2, S. 190-207.
- Lemke, Thomas (o.J.): „Eine Kultur der Gefahr“ – Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus, <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/EineKulturderGefahr.pdf> (Zugriff 05.01.2011).
- Lerner, Daniel (1958): *The Passing of Traditional Society*, New York: The Free Press.
- Lewis, Bernard (1961): *The Emergence of Modern Turkey*, London: Oxford University Press.
- Lipietz, Alain (1992): Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention, in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 181-202.
- Lovatt, Debbie (Hrsg.) (2001): *Turkey since 1970: politics, economics and society*, Houndmills, u.a.: Palgrave.
- Machiavelli, Niccolò (1991): *Politische Schriften*, Herfried Münkler (Hrsg.), Frankfurt a.M.: Fischer.
- Mardin, Serif (1962): *The Genesis of Young Ottoman Thought. A Study in the Modernization of Turkish Political Ideas*, Princeton-New Jersey: Princeton University Press.
- Mardin, Şerif (1973): Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?, in: *Daedalus*, 102:1, S. 169-190.
- Mardin, Şerif (1989): *Religion and social change in modern Turkey. The case of Bediüzzaman Said Nursi*, Albany: State University of New York Press.
- Mardin, Şerif (1991): The Just and the Unjust, in: *Daedalus*, 120:3, S. 113-129.

- Mardin, Şerif (1991): The Nakşibendi-Order in Turkish History, in: Tapper, Richard (Hrsg.): Islam in Modern Turkey. Religion, Politics and Literature in a Secular State, London: I. B. Tauris & Co., S. 121-144.
- Mardin, Şerif (2005): Turkish Islamic Exceptionalism Yesterday and Today: Continuity, Rupture and Reconstruction in Operational Codes, in: Turkish Studies, 6:2, S. 145-165.
- Mardin, Şerif (2006): Religion, society, and modernity in Turkey, Syracuse, New York: Syracuse University Press.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2001): Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart: Reclam.
- Matuz, Josef (1985): Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Mauro, Paulo (1997): Why Worry About Corruption? Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Mecham, R. Quinn (2004): From the Ashes of Virtue, a Promise of Light: The Transformation of Political Islam in Turkey, in: Third World Quarterly, 25:2, S. 339-358.
- Meeker, Michael E. (1994): The New Muslim Intellectuals in the Republic of Turkey, in: Tapper, Richard (Hrsg.): Islam in Modern Turkey: Religion, Politics and Literature in a Secular State, London: I. B. Tauris & Co., S. 189-219.
- Migdal, Joel S. (1988): Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Miller, Peter/Rose, Nikolas (1992): Political Power Beyond the State, in: British Journal of Sociology, 43:2, S. 172-205.
- Milor, Vedat (1990): The Genesis of Planning in Turkey, in: New Perspectives on Turkey, 4, S. 1-30.
- Mumcu, Ayşe/Zenginobuz, Ünal (2001): Competition Policy in Turkey, in: Conference Proceedings, ERF Eighth Annual Conference, Cairo, Egypt (2002), <http://mpira.ub.uni-muenchen.de/198/> (Zugriff 05.01.2011).
- Mumcu, Uğur (1991): Kürt-İslam Ayaklanması. 1919-1925, Istanbul: Tekin.
- Neumann, Christoph K. (2006 a): Ein besonderes Imperium (1512-1596), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.105-186.
- Neumann, Christoph K. (2006 b): Das kurze 18. Jahrhundert (1703-1768), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 243-282.
- Neumann, Christoph K. (2006 c): Das Osmanische Reich in seiner Existenzkrise (1768-1826), in Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 283-314.
- OECD (2006): Economic Surveys: Turkey 2006, OECD.
- Oehring, Otmar (1983): Die Verfassung der Dritten Türkischen Republik. Eine kritische Einführung, in: Orient, Nr. 3, S. 301-357.

- Öncü, Ahmet (2003): Dictatorship Plus Hegemony: A Gramscian Analysis of the Turkish State, in: *Science and Society*, 67:3, S. 303-328.
- Öniş, Ziya (1991): Political Economy of Turkey in the 1980s. Anatomy of Unorthodox Liberalism, in: Metin Heper (Hrsg.): *Strong State and Economic Interest Groups. The Post-1980 Turkish Experience*, Berlin, New York: Walter de Gruyter, S. 27-40.
- Öniş, Ziya (1995): International context, income distribution and state power in late industrialization: Turkey and South Korea in comparative perspectives, in: *New Perspectives on Turkey*, 13, S. 25-49.
- Öniş, Ziya (1996): Globalization and Financial Blow-Ups in the Semiperipherie: Perspectives on Turkey's Financial Crises of 1994, in: *New Perspectives on Turkey*, 15, S. 1-15.
- Öniş, Ziya (1997): Democracy, populism and chronic inflation in Turkey: The post liberalization experience, in: *Yapi Kredi Economic Review*, 6:1, S. 33-50.
- Öniş, Ziya (2003): Domestic Politics Versus Global Dynamics: Towards a Political Economy of the 2000 and 2001 Financial Crises in Turkey, in: Öniş, Ziya/Rubin, Barry (Hrsg.): *The Turkish Economy in Crisis*, London, Portland: Frank Cass, S. 1-30.
- Öniş, Ziya (2004): Turgut Özal and His Economic Legacy: Turkish Neo-liberalism in Critical Perspective, in: *Middle Eastern Studies*, 40:4, S. 113-134.
- Öniş, Ziya (2005): Entrepreneurs, Citizenship and the European Union: The Changing Nature of State-Business Relations in Turkey, in: İçduygu, Ahmet/Keyman, Fuat (Hrsg.): *Challenges to Citizenship in a Globalizing World: European Questions and Turkish Experiences*, London: Routledge, S. 173-195.
- Öniş, Ziya (2006 a): The Political Economy of Turkey's Justice and Development Party, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): *The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 207-234.
- Öniş, Ziya (2006 b): Globalization and party transformation: Turkey's Justice and Development Party in perspective, in: Burnell, Peter (Hrsg.): *Globalizing Democracy: Party Politics in Emerging Democracies*, London: Routledge, S. 122-140.
- Öniş, Ziya (2007): Conservative Globalists versus Defensive Nationalists: Political Parties and Paradoxes of Europeanization in Turkey, in: *Journal of Southern Europe and the Balkans*, 9:3, S. 247-261.
- Öniş, Ziya/Aysan, Ahmet Faruk (2000): Neoliberal globalization, the nation-state and financial crises in the semi-periphery: a comparative analysis, in: *Third World Quarterly*, 21:1, S. 119-139.
- Öniş, Ziya/Bakır, Caner (2007): Turkey's Political Economy in the Age of Financial Globalization: The Significance of the EU Anchor, in: *South European Society and Politics*, 12:2, S. 147-164.
- Öniş, Ziya (2009): Conservative Globalism at the Crossroads: The Justice and Development Party and the Thorny Path to Democratic Consolidation in Turkey, in: *Mediterranean Politics*, 14:1, S. 21-40.
- Öniş, Ziya/Yılmaz, Şuhnaz (2009): Between Europeanization and Euro-Asianism: Foreign Policy Activism in Turkey during the AKP Era, in: *Turkish Studies*, 10:1, S. 7-24.

- Özal, Turgut (1987 a): Turgut Özal'ın, 24 Ocak 1980 günü Bakanlar Kurulu toplantısında ekonomik kararların görüşülmesi başlarken yaptığı konuşma, in: Çölaşan, Emin: 24 Ocak. Bir Dönemin Perde Arkası, İstanbul: Milliyet Yayınları, S. 311-322.
- Özal, Turgut (1987 b): Turgut Özal'ın Kasım 1979'da, AP azınlık hükümeti kurulurken Süleyman Demirel'e verdiği, siyasal ve ekonomik değerlendirmeleri kapsayan not, in: Çölaşan, Emin: 24 Ocak. Bir Dönemin Perde Arkası, İstanbul: Milliyet Yayınları, S. 289-299.
- Özal, Turgut (1987 c): Yeni ekonomik programın hazırlandığı günlerde Başbakan Demirel'in soruları üzerine Turgut Özal'ın kendisine verdiği not, in: Çölaşan, Emin: 24 Ocak. Bir Dönemin Perde Arkası, İstanbul: Milliyet Yayınları, S.300-310.
- Özal, Turgut (2000 a): „Geleceğe Bakış” – “Değişim”, 16 Ekim 1992, İstanbul, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, 301-368.
- Özal, Turgut (2000 b): İkinci İzmir İktisat Kongresi, 2-7 Kasım 1981, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, S. 239-261.
- Özal, Turgut (2000 c): Kalkınmada Yeni Görüş'ün Esasları, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, S. 209-239.
- Özal, Turgut (2000 d): Sn. Süleyman Demirel'e Mektup, 15 Haziran 1973, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, S. 169-208.
- Özal, Turgut (2000 e): Türkiye'de Gerçekleşen Büyük Değişim, 2 Ekim 1992, İstanbul, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, S. 275-300.
- Özal, Turgut (2000 f): Üçüncü İzmir İktisat Kongresi, 4-7 Haziran 1992, in: Barlas, Mehmet: Turgut Özal'ın Anıları, İstanbul: Birey, S. 261-274.
- Özatay, Fatih (1996): The Lessons from the 1994 crisis in Turkey: Public debt (mis)management and confidence crisis, in: Yapi Kredi Economic Review , 7:1, S. 21-37.
- Özbudun, Ergun (1991): The Post-1980 Legal Framework for Interest Groups Associations Metin Heper ed., Strong State and Economic Interest Groups: The Post-1980 Turkish Experience (Berlin-New York: Walter de Gruyter, 1991), 41-53.
- Özbudun, Ergun (2000): Contemporary Turkish politics: Challenges to democratic consolidation, Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers.
- Özbudun, Ergun (2002): Die Parteien und das Parteiensystem in der Türkei, in: KAS-Auslandsinformationen (KAS-AI), Nr. 5/02, S. 46-62.
- Özbudun, Ergun/Yazıcı, Serap (2004): Democratization Reforms in Turkey (1993-2004), İstanbul: Tesev Publications.
- Özbudun, Ergun/Gençkaya, Ömer Faruk (2009): Democratization and the Constitution-Making in Turkey, Budapest: Central European University Press.
- Özcan, Gül Berna/Çokgezen, Murat (2003): Limits to Alternative Forms of Capitalization: The Case of Anatolian Holding Companies, in: World Development, 31:12, S. 2061-2084.
- Palan, Ronen (Hrsg.) (2000): Global Political Economy. Contemporary Theories, London: Routledge.
- Parla, Taha (1985): The Social and Political Thought of Ziya Gökalp, 1876-1924, Leiden: E.J. Brill.

- Parla, Taha/Davison, Andrew (2004): *Corporatist Ideology in Kemalist Turkey: Progress or Order?*, Syracuse, New York: Syracuse University Press.
- Patton, Marcie J. (2006): The economic policies of Turkey's AKP government: Rabbits from a hat?, in: *The Middle East Journal*, 60:3, S. 513-536.
- Pamuk, Şevket (1997): *Economic Change in Twentieth Century Turkey: Is the Glass More than Half Full?*, Working Paper No.4, Paris: The American University of Paris.
- Pijl, Kees van der (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London: Verso.
- Pijl, Kees van der (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London: Routledge.
- Pijl, Kees van der (2005): Feature Review. A Theory of Global Capitalism: Production, Class and State in a Transnational World. William I. Robinson, in: *New Political Economy*, 10:2, S. 273-277.
- Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reinkowski, Maurus (2005): Gewohnheitsrecht im multinationalen Staat: Die Osmanen und der albanische Kanun, in: Kemper, Michael/Reinkowski, Maurus (Hrsg.): *Rechtspluralismus in der Islamischen Welt: Gewohnheitsrecht zwischen Staat und Gesellschaft*, Berlin, New York: de Gruyter, S. 121-142.
- Republik Türkei, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat für EU Angelegenheiten (2004): *Politische Reformen in der Türkei*, März 2004, o.O.
- Robins, Kevin (1996): Interrupting Identities Turkey/Europe, in: Hall, Stuart/Du Gay, Paul (Hrsg.): *Questions of Cultural Identity*, London: Sage Publications, S. 61-86.
- Rodkey, F. S. (1958): Ottoman Concern about Western Economic Penetration in the Levant, 1849-1856, in: *The Journal of Modern History*, 30:4, S. 348-353.
- Rodrik, Dani (1990): *Premature Liberalization, Incomplete Stabilization: The Özal Decade in Turkey*, No 3300, NBER Working Papers from National Bureau of Economic Research, Inc.
- Rose-Ackermann, Susan (1998): Corruption and Development. In: Prelskovic, Boris/Stiglitz, Boris (Hrsg.): *Annual World Bank Conference on Development Economics 1997*, Washington D.C.: The World Bank.
- Rose, Nicolas (1996): The Death of the Social? Refiguring the Territory of Government. in: *Economy and Society*, 25:3, S. 327-356.
- Rose, Nicolas (1999): *Powers of Freedom: Reframing Political Thought*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rose, Nikolas/Miller, Peter (1992): Political Power Beyond the State, in: *British Journal of Sociology*, 43:2, S. 172-205.
- Rubin, Barry/Heper, Metin (Hrsg.) (2002): *Political Parties in Turkey*, London: Frank Cass.
- Rumpf, Christian (2008): *Verfassungsentwicklungen in der Türkei – ein Überblick von damals bis heute*, http://www.tuerkei-recht.de/Verfassung_aktuell_kurz.pdf, (Zugriff 05.01.2011).

- Rumpf, Christian/Steinbach, Udo (2002): Das politische System der Türkei, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Bonn: Leske+Budrich, S. 807-846.
- Rustow, Dankwart (1987): Turkey: America's Forgotten Ally, New York, NY: Council on Foreign Relations.
- SP (2001): Saadet Partisi Programı, Belgenet, http://www.belgenet.com/parti/program/saadet_2.html (Zugriff 05.01.2011).
- Savran, Sungur (2002): The Legacy of the Twentieth Century, in Neşecan, Balkan/Savran, Sungur (Hrsg.): The Politics of Permanent Crisis. Class, Ideology and State in Turkey, New York: Nova Science Publishers, S. 1-21.
- Sayarı, Sabri (2002): The Changing Party System, in: Sayarı, Sabri/Esmer, Yılmaz (Hrsg.): Politics, Parties, and Election in Turkey, Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers, S. 9-32.
- Schönbohm, Wulf (2000 a): Die islamische Tugendpartei (Fazilet-Partisi) im Umbruch, <http://www.kas.de/wf/de/33.2420>, (Zugriff 05.01.2011).
- Schönbohm, Wulf (2000 b): Die Türkei vor den Toren Europas, in: KAS-Auslandsinformationen (KAS-AI), Nr. 8/00, S. 16-36.
- Schönbohm, Wulf (2002): Beginn einer neuen politischen Ära. Die türkische Parlamentswahl vom 3. November, in: KAS-Auslandsinformationen (KAS-AI), Nr. 12/02, S. 81-92.
- Schönbohm, Wulf (2003): Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?, Länderberichte, 19. Februar, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., <http://www.kas.de/wf/de/33.1497>, (Zugriff 05.01.2011).
- Schüler, Harald (1998): Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Schultz, Siegfried (2004): Türkische Wirtschaft auf Stabilisierungskurs, in: Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 1, S. 59-65.
- Schuß, Heiko (2008): Wirtschaftskultur und Institutionen im Osmanischen Reich und der Türkei. Ein Vergleich institutionenökonomischer und kulturwissenschaftlicher Ansätze der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin: Hans Schiler.
- Scott, Alan (1997): Introduction – Globalization: Social Process or Political Rhetoric?, in: Scott, Alan (Hrsg.): The Limits of Globalization: cases and arguments, London, New York: Routledge, S. 1-24.
- Shmuelewitz, Aryeh (1996): Urbanization and Voting for the Turkish Parliament, in: Kedourie, Sylvia (Hrsg.): Turkey: identity, democracy, politics, London: Frank Cass Publishers, S. 162-176.
- Seibert, Thomas (2001): Die Krise der Vetternwirtschaft. Der Verfall der türkischen Lira als Syptom. Bürokratie und Korruption erdrücken das Land, in: Die Zeit, 10, http://www.zeit.de/2001/10/Die_Krise_der_Vetternwirtschaft?page=all&print=true (Zugriff 05.01.2011).
- Seufert, Günther (2002): Neue pro-islamische Parteien in der Türkei, SWP-Studien, S 6, Berlin.

- Seufert, Günther (2004): Die türkische Dialektik von pro-westlichem Diskurs bei anti-westlicher Haltung und vice versa, in: Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 6, S. 15-29.
- Seufert, Günther (2004): Laizismus in der Türkei – Trennung von Staat und Religion? , in: Südosteuropa Mitteilungen, 44:1, S. 16-29.
- Seufert, Günther (2004): Staat und Islam in der Türkei, SWP-Studien, S 29, Berlin.
- Seufert, Günther/Kubaseck, Christopher (2006): Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur, München: C. H. Beck.
- Sever, Metin/Dizdar, Cem (Hrsg.) (1993): 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara: Başak Yayınları.
- Steinbach, Udo (2002): Auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 277, <http://www.bpb.de/publikationen/7LQ8A3.html> (Zugriff 05.01.2011).
- Steinbach, Udo (2007): Geschichte der Türkei, München: C. H. Beck.
- Şenses, Fikret (1998): Kriz, Dış Yardım ve Neoliberal Politikalar, in: Toplum ve Bilim, 77, Summer, S. 29-44.
- Taylor, Ian (1999): South Africa's Promotion of "Democracy" and "Stability" in Southern Africa: Good Governance or Good for Business? Paper presented at the CSGR 3rd Annual Conference: After the global crises: What next for regionalism? Scarman House, University of Warwick, 16–18 September 1999.
- Tekin, Ali Güner (2003): 20 Jahre Privatisierung in der Türkei, in: TU International 54, August 2003, S. 41-43.
- Telli, Çağatay/Voyvoda, Ebru/Yeldan, Erinç (2008): Economics of environmental policy in Turkey: A general equilibrium investigation of the economic evaluation of sectoral emission reduction policies for climate change, in: Journal of Policy Modeling, 30:2, S. 321-340.
- Tepe, Sultan (2006): A Pro-Islamic Party? Promises and Limits of Turkey's Justice and Development Party, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 107-135.
- Tepe, Sultan (2005): Turkey's AKP: A Model "Muslim-Democratic" Party?, in: Journal of Democracy, 16:3, S. 69-82.
- Tibi, Bassam (1998): Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus, München, Zürich: Diana Verlag.
- Toprak, Binnaz (1981): Islam and Political Development in Turkey, Leiden: E. J. Brill.
- Toprak, Binnaz (1989): Religion als Staatsideologie in einem laizistischen Staat: Die Türkisch-Islamistische Synthese, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 2:1, S. 55-62.
- Toprak, Binnaz (2005): Islam and Democracy in Turkey, in: Turkish Studies, 6:2, S. 167-186.
- Tuncer, Baran (1975): External Financing of the Turkish Economy and its Foreign Policy Implications, in: Karpat, H. Kemal (Hrsg.): Turkey's Foreign Policy in Transition, Leiden: E. J. Brill, S. 206-224.

- Tünay, Muharrem (1993): The Turkish New Right's Attempt at Hegemony, in: Eralp, Atilla/Tünay, Muharrem/Yeşilada, Birol (Hrsg.): The Political and Socioeconomic Transformation of Turkey, Westport, Conn.: Praeger, S. 11-30.
- Türel, Oktay (1996): Has anybody seen Robin Hood in post-1980 Turkey? Comments on Leander's paper. In: Review of International Political Economy, 3:1, S. 164-178.
- Veyne, Paul (2009): Foucault. Der Philosoph als Samurai, Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Waterbury, John (1991): Export-led Growth and the Center-Right Coalition in Turkey, in: Comparative Politics, 24:2, S. 127-147.
- Wedel, Heidi (1999): Lokale Politik und Geschlechterrollen. Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen, Hamburg: Schriften des Deutschen Orient-Instituts.
- Wehler, Ulrich (2004): Verblendetes Harakiri: Türkei-Beitritt zerstört die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2004, S. 6-8.
- Yalman, Galip L. (2002): The Turkish State and Bourgeoisie in Historical Perspective: A relativist paradigm or a panoply of hegemonic strategies?, in: Neşecan, Balkan/Savran, Sungur (Hrsg.): The Politics of Permanent Crisis: Class, Ideology and State, New York: Nova Science Publishers, S. 21-54.
- Yalman, Galip L. (2004): Responding to Financial Crisis With or Without IMF: A Comparative Analysis of State – Capital Relations, in: http://www.networkideas.org/featart/sep2004/fa06_Capital_Relations.htm (Zugriff 05.01.2011).
- Yavuz, M. Hakan (2003): Islamic Political Identity in Turkey, Oxford, New York: Oxford University Press.
- Yavuz, M. Hakan (Hrsg.) (2006 a): The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press.
- Yavuz, M. Hakan (2006 b): The Role of the New Bourgeoisie in the Transformation of the Turkish Islamic Movement, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The emergence of a new Turkey: Democracy and the AK Parti, Salt Lake City: The University of Utah Press, S. 1-19.
- Yavuz, M. Hakan/Özcan, Nihat Ali (2006): The Kurdish Question and Turkey's Justice and Development Party, in: Middle East Policy, 13:1, S. 102-119.
- Yeldan, A. Erinc (1994): The Economic Structure of Power in Turkey, 1980-1990: Prices, Growth and Accumulation, in: Şenses, Fikret (Hrsg.): Industrialization Experience of Turkey in the 1980's, London: Greenwood Press.
- Zürcher, Erik Jan (2004): Turkey: A modern history, London u.a.: I. B. Tauris & Co.
- Zürcher, Erik Jan (o.J.): The rise and fall of "modern" Turkey, Turkology Update Leiden Project Working Papers Archive, <http://www.let.leidenuniv.nl/tcimo/tulp/Research/Lewis.htm> (Zugriff 15.02.2009).

Zeitungsquellen

Hürriyet, 03.10.2005.

Milliyet, 04.10.2005.

Der Spiegel, 16.05.1983, Nr. 20, Türkei: Wie die Hähne, S. 147 ff.

Der Spiegel 14.11.1983, Nr. 46, Türkei: Schlag aufs Auge, S. 158.

Der Spiegel 13.10.1980, Nr. 42, Türkei: Neues Blut. S. 182 ff.

Internetquellen

<http://www.invest.gov.tr>

<http://www.tcmb.gov.tr>

LEBENS LAUF

Mehmet Gökhan Tuncer

Bugenhagenstr. 6, 10551 Berlin, Deutschland

Tel.: 0049 (0)30 23638908; E-Mail: goekhantuncer@yahoo.com

Persönliche Angaben

Geburtsdatum und -ort 27.01.1974 – Istanbul, Türkei

Nationalität Türkisch

Ausbildung

- 04/2009 – 2011** Promotionsstudium am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- 04/2001 – 04/2009** Promotionsstudium am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin
- 10/1993 – 09/2005** Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, Gesamtnote: „Mit Auszeichnung bestanden“
- 10/1993 – 03/2001** Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Gesamtnote: „Mit Auszeichnung bestanden“
- 10/1999 – 04/2000** Studium am King’s College London im Rahmen des Erasmus-Programms
- 10/1992 – 06/1993** Studium des Textilingenieurwesens an der Technischen Universität Istanbul (Istanbul Teknik Universitesi – ITU), Besuch eines einjährigen Englischkurses
- 10/1985 – 06/1992** Besuch des deutschsprachigen Istanbul Gymnasiums (Istanbul Lisesi)

Stipendien

- 04/2001 – 09/2005** Promotionsstipendium der Konrad Adenauer Stiftung
- 10/1999 – 04/2000** Erasmus-Stipendium im Rahmen eines Austauschsemesters am King’s College London
- 10/1994 – 03/2001** Stipendium der Österreichischen Orient Gesellschaft/Wien
- 02/1998 – 09/1998** Forschungsstipendium des Afro-Asiatischen Instituts/Salzburg

Akademische Erfahrungen

- Seit 01/2009** Lecturer, International Masters Programs, Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS), Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
- 01/2008 – 01/2009** Program Coordinator, German-Turkish Masters Program in Social Sciences, BGSS, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
- Lecturer, International Masters Programs, BGSS, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
- 04/2001 – 10/2007** Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Berufserfahrungen

- 2008 – 2010** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, BGSS, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
- 2007** Consultant, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin
- 2002 – 2007** Projektleiter, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, Joint German Turkish Seminars in Kooperation mit der Middle East Technical University, Ankara
- 2003 – 2007** Seminarleiter, Studienkreis für Tourismus und Entwicklung
- 2001 – 2003** Consultant, Studienkreis für Tourismus und Entwicklung,

Publikation

- 2000** „Zwischen ‚Grüner Gefahr‘ und ‚Ziviler Befreiung‘. Zur aktuellen Diskussion über das Verhältnis zwischen Politik und Religion in der Türkei seit 1980“, in: Journal für Entwicklungspolitik, 1/2000, gemeinsam mit I. Atac und A. Odman

Zusammenfassung

Ziel dieser Arbeit ist es, die Transformation der Staatlichkeit in der Türkei seit den 1980er Jahren mit besonderer Berücksichtigung der Regierungszeit der AKP zwischen 2002 und 2007 aus der Perspektive der sich verändernden Art und Weise der Ausübung der politischen Macht zu untersuchen und diese in den Kontext der vor 1980 vorherrschenden Machttechnologien der Souveränität und der Staatsräson zu setzen.

Zentrales Ergebnis der Arbeit ist, dass es in dieser Phase einen tief greifenden Wandel der Staatlichkeit in der Türkei gegeben hat. Dieser Prozess wird in Anlehnung an Michel Foucault als eine Verschiebung von der Staatsräson zur neoliberalen Regierungstechnologie interpretiert.

Dieser Prozess wurde Ende der 1970er Jahren durch die Formulierung eines neoliberalen politischen Projektes durch Turgut Özal ausgelöst und stand in einem engen Verhältnis zum Projekt der neoliberalen Globalisierung auf der globalen Ebene. Özals politische Kalkül bewegte sich nicht innerhalb der Strukturen der Staatsräson, sondern zielte auf einen Strukturwandel auf der Basis einer neuen Form der Regierung ab, die als Ziel die Herstellung der Marktwirtschaft und deren Integration in den globalen Markt hatte.

Diese Arbeit zeigt, dass die Ausbreitung und Durchsetzung der neoliberalen Regierungstechnologie in der Türkei nicht einer linearen Entwicklung folgte. So wird in der Arbeit argumentiert, dass die wirtschaftliche und politische Krise in den 1990er Jahren als die Unfähigkeit der bestehenden Strukturen und der diesen Strukturen unterliegenden Machtformen interpretiert werden muss, die nicht in der Lage waren im Kontext der zunehmenden Integration in den globalen Markt und in die europäischen Strukturen im Zuge der EU-Integration entstandene soziale Kämpfe zu beenden.

Das politische Projekt der AKP und ihre Regierungspraxis in der Periode 2002-2007 wird vor diesem Kontext als eine Reaktion auf die Krise der Strukturen der Staatsräson in der Türkei und auf die globalen Prozesse verstanden, mit dem Ziel die neoliberale Regierungstechnologie als die dominante Art und Weise der politischen Machtausübung durchzusetzen. Die neoliberale Regierungstechnologie drückt sich, wie diese Arbeit feststellt, in einer Verschiebung der Legitimationsgrundlage der politischen Machtausübung vom Prinzip des Nationalstaates und der nationalen Entwicklung zum Prinzip der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit aus. Damit geht eine Neudefinition der Rolle des Staates einher, nach der die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Aktivitäten einer Unternehmensgesellschaft den wichtigsten Bestandteil der neuen Rolle des Staates bildet. Die Restrukturierung des Staates zeigt sich, insbesondere im Zuge der Annäherung an die EU, unmittelbar in der Transnationalisierung des Staates, deren Kennzeichen eine Demokratisierungspolitik und ein wirtschaftlicher Strukturwandel ist.

In Hinblick auf die Frage nach der Stabilität der neuen Machtverhältnisse stellt die Arbeit fest, dass sie davon abhängig sein wird, ob die transnationale Integration der Türkei, die eine Eingliederung in die EU und die internationale Expansion der türkischen Wirtschaft beinhaltet, den notwendigen sozioökonomischen Entfaltungsraum für die türkische Gesellschaft schaffen wird.